

**Geschäftsbericht der
Deutschen
Bundesbank**

für das Jahr 1983

Wir beklagen den Verlust
des ehemaligen Präsidenten der Landeszentralbank in Niedersachsen
und Mitglieds des Zentralbankrats

Wilhelm Rahmsdorf
† 16. Juli 1983

des ehemaligen Präsidenten der Landeszentralbank in Schleswig-Holstein
und Mitglieds des Zentralbankrats

Otto Kähler
† 11. September 1983

des ehemaligen Präsidenten der Landeszentralbank in Baden-Württemberg
und Mitglieds des Zentralbankrats

Dr. Fritz Schiettinger
† 21. Januar 1984

des früheren Vizepräsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder
und ehemaligen Mitglieds des Direktoriums sowie des
Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank

Wilhelm Könneker
† 27. Januar 1984

des ehemaligen Präsidenten der Landeszentralbank von Hessen
und Mitglieds des Zentralbankrats der Bank deutscher Länder
sowie früheren Vorsitzenden des Prüfungsamtes für den höheren Bankdienst

Professor Dr. Otto Veit
† 31. Januar 1984

des ehemaligen Präsidenten der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen
und Mitglieds des Zentralbankrats der Bank deutscher Länder

Pankraz Geiselhart
† 9. März 1984

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Johann Hegmann	† 14. 1. 1983	Karl Engelmeier	† 19. 5. 1983
Josef Kellner	† 22. 1. 1983	Gerd Schindelhauer	† 29. 7. 1983
Gerhard Fiedler	† 23. 1. 1983	Irmgard Simon	† 18. 8. 1983
Uta Kunze	† 28. 1. 1983	Rainer Grünenmai	† 24. 8. 1983
Alberto Lahn	† 2. 2. 1983	Hans Herring	† 18. 9. 1983
Karl Himmer	† 3. 2. 1983	Walter Heinrich	† 11. 10. 1983
Leo Degen	† 19. 2. 1983	Willi Hartmann	† 19. 11. 1983
Dr. Joachim Weschke	† 18. 3. 1983	Günter Dagne	† 25. 11. 1983
Otto Sontheimer	† 26. 3. 1983	Hans-Günter Rossel	† 6. 12. 1983
Herbert Ehrle	† 11. 4. 1983	Manfred Jahrmarkt	† 22. 12. 1983
Gerhard Bastian	† 3. 5. 1983		

Wir gedenken auch der im Jahre 1983 verstorbenen ehemaligen
Angehörigen der Bank und der früheren Deutschen Reichsbank

Ihnen allen ist ein ehrendes Andenken gewiß

DEUTSCHE BUNDESBANK

**Mitglieder des
Zentralbankrats
der Deutschen
Bundesbank im
Geschäftsjahr
1983**

Karl Otto Pöhl, Vorsitzender des Zentralbankrats
Dr. Drs. h. c. Helmut Schlesinger, stellv. Vorsitzender des Zentralbankrats
Dr. Julia Dingwort-Nusseck
Prof. Fritz Duppré
Dr. Hans Georg Emde
Dr. Leonhard Gleske
Hans Gliem
Dr. Alfred Härtl
Dr. Dieter Hiss
Prof. Dr. Dr. h. c. Norbert Kloten
Prof. Dr. Claus Köhler
Lothar Müller
Dr. Kurt Nemitz
Dr. Wilhelm Nölling
Dr. Johann Baptist Schöllhorn
Ottomar Werthmüller
Hans Wertz

**Mitglieder des
Direktoriums der
Deutschen
Bundesbank und
der Vorstände
der Landes-
zentralbanken**

Am 1. April 1984 gehörten an

dem Direktorium der Deutschen Bundesbank

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank
Dr. Drs. h. c. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank
Dr. Hans Georg Emde
Dr. Leonhard Gleske
Prof. Dr. Claus Köhler
Ottomar Werthmüller

den Vorständen der Landeszentralbanken

Baden- Württemberg	Prof. Dr. Dr. h. c. Norbert Kloten	Präsident
	Dr. Volkhard Szagunn	Vizepräsident
	Helmut Holzmaier	
Bayern	Lothar Müller	Präsident
	Herbert Zimmer	Vizepräsident
	Dr. Walter Gulden	
Berlin	Dr. Dieter Hiss	Präsident
	Dr. Werner Tratzsch	Vizepräsident
Bremen	Dr. Kurt Nemitz	Präsident
	Johannes Kremers	Vizepräsident
Hamburg	Dr. Wilhelm Nölling	Präsident
	Gerhard Jennemann	Vizepräsident
Hessen	Dr. Alfred Härtl	Präsident
	Prof. Dr. Dr. Adolf Hüttl	Vizepräsident
	Walter Kulla	
Niedersachsen	Dr. Julia Dingwort-Nusseck	Präsidentin
	Dr. Gerhard Hauptmann	Vizepräsident
Nordrhein- Westfalen	Hans Wertz	Präsident
	Helmut Röthemeier	Vizepräsident
	Edgar Krug	
Rheinland- Pfalz	Prof. Fritz Duppré	Präsident
	Eberhard Weiler	Vizepräsident
Saarland	Hans Gliem	Präsident
	Erhard Dauzenroth	Vizepräsident
Schleswig- Holstein	Dr. Johann Baptist Schöllhorn	Präsident
	Helmuth Homp	Vizepräsident

Inhalt

Teil A Allgemeiner Teil

Währung und Wirtschaft 1983	
I. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik	1
1 Wirtschaft im konjunkturellen Aufwind	3
2 Fortschritte in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	16
3 Außenwirtschaftliche Lage unter dem Einfluß starker Wechselkursbewegungen	25
4 Geldpolitik weiterhin auf Verstiegungskurs	35
a. Geldmengenziel 1983 und Geldmarktsteuerung im Jahresverlauf — Geldmengenziel 1984	35
b. Jüngste Erfahrungen mit der Zentralbankgeld- menge als Indikator und Zwischenzielgröße	39
c. Kräftige Geldmengenexpansion	41
d. Verstärkte private Kreditnachfrage	45
e. Geschäfts- und Ertragslage der Banken- gruppen	46
f. Leistungsfähiger Kapitalmarkt	47
5 Wettbewerbsfähigkeit im Exportgeschäft trotz einiger Schwachstellen gut behauptet	54
II. Internationale Währungsentwicklung und Währungspolitik	63
1 Der weltwirtschaftliche Rahmen	63
2 Internationaler Handels- und Leistungsverkehr	64
3 Wechselkursentwicklung und Wechselkurs- politik	68
a. Tendenzen der wichtigsten frei schwankenden Währungen	68
b. Entwicklungen im Europäischen Währungssystem	71
c. Zur Interventionspolitik am Devisenmarkt	74
d. Fragen der internationalen Währungsordnung	78
4 Entwicklung der Weltwährungsreserven	78
5 Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer	81
6 Die internationalen Finanzmärkte	86
7 Die Finanzhilfen des IWF und der multilateralen Entwicklungsbanken	88
Bankenaufsicht, kreditpolitische Regelungen, Regelungen des Devisen- und Währungsrechts	92
I. Änderungen des Bankenrechts und Mitwirkung der Deutschen Bundesbank bei der Bankenaufsicht	93
II. Die zur Zeit gültigen kreditpolitischen Regelungen der Deutschen Bundesbank	103
1 Diskontkredit	103
a. Rediskont-Kontingente für Kreditinstitute	103
b. Bundesbankfähige Wechsel	104
2 Lombardkredit	106
3 Geschäfte am offenen Markt	106

	4	Mindestreservebestimmungen	107
		Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR)	108
	5	Mindestreservesätze und Zinssätze der Deutschen Bundesbank	114
	III.	Regelungen des Außenwirtschaftsverkehrs	117
	IV.	Regelungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs	118
	V.	Währungsrechtliche Genehmigungen	120
Teil B	1	Rechtsgrundlagen, Gliederung und Bewertung	122
Erläuterungen zum Jahres- abschluß 1983 der Deutschen Bundesbank	2	Jahresabschluß	122
Teil C		Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	145
Teil D		Bericht des Zentralbankrats	148
Anlagen zu Teil B und C	1	Jahresabschluß der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 1983 Bilanz zum 31. Dezember 1983	152
		Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1983	154
	2	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen (Stand am 31. Dezember 1983)	155
	3	Geschäftsübersichten Ausweise der Deutschen Bundesbank	156
		Umsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank	161
		Vereinfachter Scheck- und Lastschriftinzug	161
		Telegrafischer Giroverkehr	161
		Vereinfachter Einzug von Auslandsschecks	162
		Bestätigte Schecks	162
		Umsätze im Abrechnungsverkehr	162
		Banknotenumlauf	162
		Münzumsatz	162
	4	Verzeichnis der Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank (Stand am 1. April 1984)	163

Abgeschlossen am 12. April 1984

ISSN 0070-394 X

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Teil A: Allgemeiner Teil

Währung und Wirtschaft 1983

I. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik

1

Die wirtschaftliche Bilanz der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1983 war im Gesamtergebnis positiv. Erstmals seit 1980 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder gewachsen. Das reale Bruttosozialprodukt war im ganzen Jahr 1983 um knapp 1½ % höher als 1982. Der Produktionsanstieg verstärkte sich jedoch im Verlauf des Jahres; im vierten Quartal betrug die Jahreszuwachsrate bereits 3 %, und in den ersten Monaten von 1984 setzte sich nach den bisher vorliegenden Informationen das Wirtschaftswachstum unvermindert kräftig fort. Die wichtigsten Impulse für den konjunkturellen Erholungsprozeß gingen zunächst vom Inland, insbesondere vom Wohnungsbau und der privaten Verbrauchsnachfrage, aus. Gleichzeitig nahm die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu, zunächst noch auf Grund der im Frühjahr 1982 beschlossenen Investitionszulage, dann aber auch zunehmend auf Grund der verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen in der Wirtschaft. Mit dem höheren Investitionsvolumen wird der Produktionsapparat modernisiert und erweitert. Der vermehrte Einsatz moderner Technologie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Warenaustausch. In der Wiederbelebung der Investitionstätigkeit ist daher ein Schlüssel für die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft zu erblicken, nicht nur wegen der sofort wirkenden positiven Impulse für die Gesamtnachfrage und die Produktion, sondern auch und gerade im Hinblick auf die längerfristigen Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Der konjunkturelle Auftrieb im Inland erhielt vom Sommer letzten Jahres an eine zusätzliche Stütze vom Exportgeschäft. Die zunehmende Investitionstätigkeit und die wachsende Auslandsnachfrage sichern seither ohne weitere konjunkturanregende staatliche Maßnahmen das wirtschaftliche Wachstum.

Auf der positiven Seite der wirtschaftlichen Bilanz des abgelaufenen Jahres steht überdies, daß mit der wirtschaftlichen Erholung zugleich ein größeres Maß an finanzieller Stabilität erreicht wurde. Das gilt insbesondere für die Geldwertstabilität. Trotz zeitweise kräftiger preissteigernder Einflüsse aus dem Ausland stiegen die Inlandspreise sowohl auf der gewerblichen Erzeugerstufe als auch für die Verbraucher 1983 weniger als im Vorjahr und in allen Jahren seit 1978. Die Baupreise erhöhten sich nur wenig, die Erzeugerpreise der Landwirtschaft gingen sogar leicht zurück. Erfahrungsgemäß ist die Preisbewegung im ersten Jahr eines Konjunkturaufschwungs immer gedämpft, denn der Produktivitätsfortschritt ist relativ groß und die Löhne steigen gemäßigt. Im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Erholung stellen sich hier zunehmend Probleme, doch sind sie durchaus zu meistern, wenn Unternehmer und Arbeitnehmer, insbesondere in den Lohnverhandlungen, sich weiter stabilitätsbewußt verhalten.

Nicht gering waren auch die Fortschritte im Hinblick auf die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen in der Bundesrepublik. Der Abbau der Defizite wurde 1983 fortgesetzt, und zwar überwiegend dadurch, daß der Ausgabenanstieg reduziert wurde, weniger durch eine weitere Erhöhung bestimmter Steuern und Sozialabgaben. Obgleich damit eine Einschränkung der Investitionsausgaben, besonders bei den Gemeinden, verbunden war, hat diese Politik der Konsolidierung, d. h. der Verminderung des Staatsdefizits — und zwar des strukturellen Teils dieses Defizits —, die wirtschaftliche Erholung nicht behindert; die mancherorts befürchtete „Überkonsolidierung“ blieb aus. Die kräftige Reduzierung der Haushaltsdefizite erweiterte den Spielraum für private Investitionen nicht zuletzt dadurch, daß die Ansprüche der öffentlichen Hand an den Kapitalmarkt zurückgingen. Für die Zukunft kommt es nun darauf an, die Konsolidierungserfolge nicht aufs Spiel zu setzen.

Gemessen an dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit waren die ersten positiven Reaktionen, die auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten waren, bescheiden. Doch folgt die Beschäftigungslage der konjunkturellen Verbesserung immer erst mit

Eckdaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung							
Zeit	Brutto-sozial-produkt 1)		Erwerbstätige 2)		Arbeitslosen- quote 3)	Verbraucher- preise 4) jährliche Zunahme in %	Saldo der Leistungs- bilanz in Mrd DM
	jährliche Veränderung						
	in %		in 1000				
JD 1970—1973	+ 4,2	+ 0,5	+ 140		0,8	+ 5,3	+ 5,3
JD 1974—1979	+ 2,4	— 0,6	— 150		3,5	+ 4,6	+ 10,5
JD 1980—1983	+ 0,4	— 0,8	— 210		5,8	+ 4,9	— 5,7
1974	+ 0,5	— 1,3	— 360		2,2	+ 7,0	+ 26,6
1975	— 1,6	— 2,8	— 760		4,0	+ 6,0	+ 9,9
1976	+ 5,6	— 0,8	— 220		4,0	+ 4,3	+ 9,9
1977	+ 2,8	— 0,2	— 40		3,9	+ 3,7	+ 9,5
1978	+ 3,5	+ 0,6	+ 150		3,8	+ 2,7	+ 18,1
1979	+ 4,0	+ 1,3	+ 340		3,3	+ 4,1	— 11,1
1980	+ 1,9	+ 1,0	+ 260		3,3	+ 5,5	— 28,6
1981 p)	— 0,3	— 0,8	— 200		4,8	+ 5,9	— 13,1
1982 p)	— 1,1	— 1,8	— 470		6,7	+ 5,3	+ 8,7
1983 p)	+ 1,3	— 1,7	— 450		8,1	+ 3,0	+ 10,1

1 In Preisen von 1976. — 2 Inländerkonzept, absolute Zahlen gerundet. — 3 Arbeitslose in % aller Erwerbs-
personen. — 4 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — p Spalten 1 bis 3 vorläufig.

größerer zeitlicher Verzögerung. So betrachtet, stimmt der Rückgang der (saisonbereinigten) Zahl der Arbeitslosen seit Sommer 1983 durchaus zuversichtlich.

Die Bundesbank hat sich auch im Jahre 1983 darum bemüht, durch ihre Politik den konjunkturellen Erholungsprozeß zu fördern, ohne die Stabilisierung des Preisniveaus zu gefährden. Sie unterstützte in den ersten Monaten v. J. mit ihrer Zins- und Liquiditätspolitik den in Gang gekommenen Zinssenkungsprozeß, was um so eher vertretbar war, als die Position der D-Mark an den Devisenmärkten zunächst stark blieb. Die über das Ziel hinauschießende monetäre Expansion und die Abschwächung der D-Mark auf den Devisenmärkten signalisierten im weiteren Verlauf jedoch, daß dieser vergleichsweise leichte Kurs der Geldpolitik längerfristig Gefahren für die Stabilität hätte mit sich bringen können. Durch vorsichtig dosierte liquiditäts- und zinspolitische Korrekturen — erkennbar insbesondere an der Erhöhung des Lombardsatzes von 5 auf 5½ % im September 1983 — und im Zusammenwirken mit anderen Faktoren, z. B. zeitweilig auch stärkeren Geldabflüssen ins Ausland, verringerte sich das Wachstum der Geldmenge bis Ende des Jahres. Das Geldmengenziel für 1983 — Zunahme der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1982 zum vierten Quartal 1983 um 4 bis 7 % — wurde zwar voll ausgeschöpft, aber nicht überschritten. Mit dem Geldmengenziel für das Jahr 1984, das einen Zuwachs der Zentralbankgeldmenge von 4 bis 6 % vorsieht, unterstrich die Bundesbank ihre Absicht, die erreichten Stabilitätsfortschritte zu sichern und gleichzeitig von der monetären Seite her ein zufriedenstellendes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Allerdings bleiben mit Blick auf die weltwirtschaftlichen Einflüsse einige Risiken bestehen. Im vergangenen Jahr war die Wirtschaft der Bundesrepublik durch die zeitweilig starken Schwankungen des Wechselkurses der D-Mark belastet, und die — zumindest zeitweise — Überbewertung des US-Dollars auf den Devisenmärkten erschwerte die Preisstabilisierung im Inneren, ganz abgesehen davon, daß die kurzfristig anregenden Impulse, die hieraus für den Export resultierten, unter längerfristigen Aspekten sich als problematisch erweisen könnten. Tatsächlich sind die für die Wechselkursbildung maßgeblichen Faktoren, insbesondere soweit es die DM-Dollar-Relation angeht, ungewiß und zu

einem großen Teil von der Bundesrepublik nicht zu beeinflussen. Ein weiterer Risikofaktor, auf den im zweiten Teil dieses Berichts näher eingegangen wird, besteht in der Überschuldung einiger größerer Entwicklungsländer. Die auf dem Gebiet des internationalen Schuldenmanagements inzwischen entwickelte Zusammenarbeit zwischen dem Internationalen Währungsfonds, dem Bankensystem und den Notenbanken erlaubt aber die Hoffnung, daß mögliche Konfliktfälle begrenzt und schließlich auch gelöst werden können, wenn die Schuldnerländer eine Politik betreiben, die ihre Kreditwürdigkeit wiederherstellt.

1. Wirtschaft im konjunkturellen Aufwind

Im Jahre 1983 setzten sich in der Bundesrepublik Deutschland nach einer fast drei Jahre dauernden Schwächeperiode erstmals wieder wirtschaftliche Auftriebskräfte durch. Die konjunkturelle Erholung kam schon am Jahresanfang in Gang und gewann im weiteren Verlauf an Breite und Intensität. Das Verlaufsmuster des Erholungsprozesses unterschied sich deutlich von dem früherer Aufschwungsphasen. Die ersten positiven Impulse kamen diesmal nicht, wie sonst üblich, von der Auslandsnachfrage, sondern aus dem Inland. Dabei fiel ins Gewicht, daß sich mit der strikt auf Haushaltskonsolidierung gerichteten Linie der Finanzpolitik die Erwartungen auf wieder mehr Spielraum für private wirtschaftliche Entfaltung festigten und daß auch die monetären Rahmenbedingungen günstiger wurden. Hinzu kamen Anstoßeffekte staatlicher Maßnahmen zur Stärkung der gewerblichen Investitionen und zur Förderung des Wohnungsbaus. Entscheidend war aber, daß sich die jahrelang sehr prekäre Ertragssituation der privaten Unternehmen, die den wirtschaftlichen Rückschlag in den Vorjahren mitverursacht hatte, deutlich besserte. Die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen (ohne Wohnungswirtschaft und finanzielle Institutionen), die einen guten Anhaltspunkt für die Ertragsentwicklung im laufenden Geschäft liefern, sind 1983 um rd. 14% gestiegen und damit erheblich stärker als im Vorjahr (7%). Dies muß allerdings im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Ertragsverfall der Jahre 1980/81 gesehen werden; auch nach der Ertragsbesserung von 1983 war der Anteil der Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen am Volkseinkommen mit gut 21½% noch rd. 1½ Prozentpunkte niedriger als 1979. Hinter dem Niveau von Anfang der siebziger Jahre (über 25%) blieb er nach wie vor weit zurück.

Konjunkturelle Erholung auf Grund gebesserter Rahmenbedingungen und günstiger Ertragsentwicklung

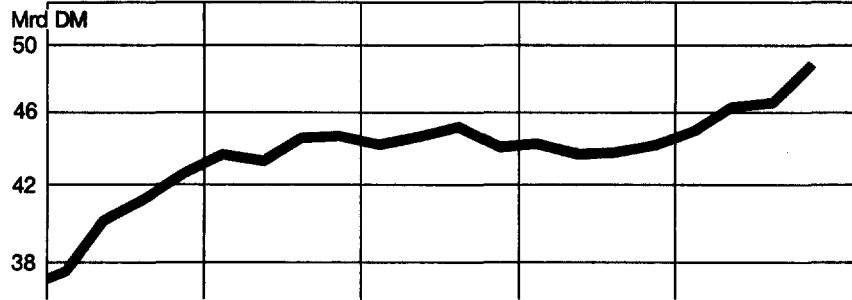
Immerhin bewirkte die günstigere Ertragssituation, daß sich das in Produktionsunternehmen gebundene Kapital nun wieder etwas besser rentierte und die Aussicht wuchs, daß sich die Rentabilität weiter erhöhen würde. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß wieder mehr Kapital in Sachanlagen investiert wird und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bezogen auf das in den Produktionsunternehmen (ohne Wohnungswirtschaft, Landwirtschaft und finanzielle Institutionen) gebundene Sachanlagevermögen stieg das Bruttoeinkommen der Unternehmen — nach Abzug eines geschätzten „Unternehmerlohns“ für den Arbeitseinsatz der Inhaber von nicht als Kapitalgesellschaft geführten Firmen — auf knapp 10%, während dieser Prozentsatz in den beiden Vorjahren bei reichlich 8% gelegen hatte. Auch wenn solche Schätzungen mit Vorbehalten zu versehen sind und die Entwicklungstendenz dieser Kapitalrentabilität mehr aussagt als ihre absolute Höhe, so festigt sich doch die Vermutung, daß der Ertrag aus Sachanlagen im Unternehmensbereich nun erstmals wieder eine Prämie für das mit solchen Anlagen verbundene, im Vergleich zur Wertpapieranlage wesentlich höhere Risiko abdeckt; freilich ist sie nach den vorliegenden Schätzungen noch weit niedriger als in den siebziger oder sechziger Jahren.

Ertrag aus Sachanlagen höher als in den Vorjahren

Investitionen und Einkommen der Unternehmen*)

**Bruttoanlageinvestitionen
in jeweiligen Preisen**

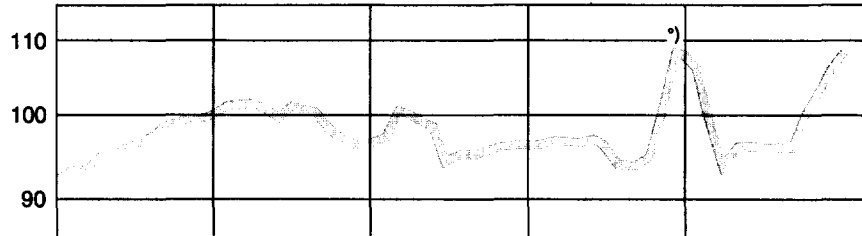
vierteljährlich saisonbereinigt, log. Maßstab



nachrichtlich:

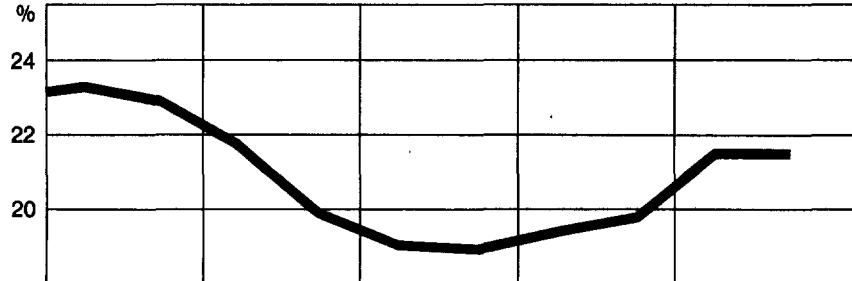
**Auftragszugang aus dem Inland
im Investitionsgütergewerbe (ohne Fahrzeugbau), Werte**

1980=100, saisonbereinigt, gleitende Viermonatsdurchschnitte, log. Maßstab



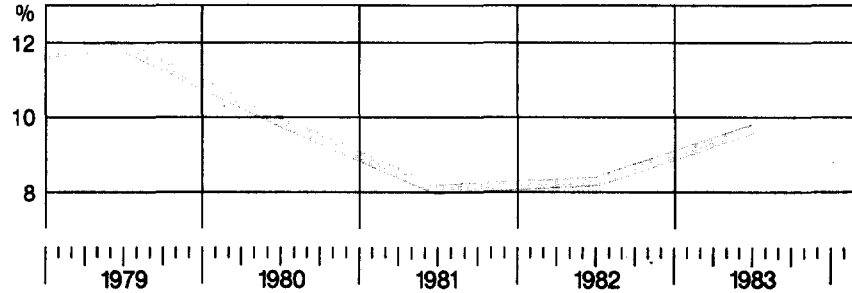
**Bruttoeinkommen 1) der Produktionsunternehmen
in % des Volkseinkommens**

halbjährlich, saisonbereinigt, lin. Maßstab



Rendite des Sachanlagevermögens 2)

jährlich, lin. Maßstab



*) Ohne Wohnungsvermietung und ohne finanzielle Institutionen.- °) Beeinflußt durch den Fristablauf für die Inanspruchnahme der Investitionszulage und Großaufträge.- 1) Im Inland entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Unternehmen abzüglich der per sakdo an andere Sektoren gezahlten Zinsen, Nettopachten u.ä.- 2) Bruttoeinkommen der Unternehmen (abzüglich kalkulatorischem Unternehmerlohn) bezogen auf das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen; eigene Schätzung.

Besonders wichtig, vor allem unter dem Aspekt der anzustrebenden Verstärkung des Aufschwungs, erscheint, daß die Besserung der Unternehmenserträge primär durch einen verlangsamten Kostenanstieg zustande kam, nicht aber durch einen verstärkten Preisanstieg, der zweifellos den Keim eines konjunkturellen Rückschlags in sich tragen würde. Während sich Abschreibungen und indirekte Steuern — letztere im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte — 1983 weiter kräftig erhöhten, wurden die Kostenrechnungen in der Wirtschaft von der Importseite her im Jahresergebnis kaum zusätzlich belastet. Güter aus dem Ausland waren bis ins Frühjahr 1983 hinein auf Grund der damaligen Aufwertungstendenz der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner zunächst billiger geworden, doch sind die damit verbundenen Kostenvorteile im weiteren Jahresverlauf, als sich die DM-Dollar-Relation erheblich verschlechterte, wieder verloren gegangen. Zur Entlastung der Kostenrechnungen der Unternehmen trug ferner maßgeblich bei, daß die Aufwendungen für Löhne und Gehälter — einschließlich der Sozialabgaben — 1983 nur relativ wenig, nämlich um 1½ % (nach 2 % 1982 und 4½ % 1981) zugenommen haben. Zum einen blieben die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 3 % deutlich (um rd. einen Prozentpunkt) unter denen des Vorjahres. Zum anderen ging die Zahl der abhängig Beschäftigten bis zum Herbst 1983 noch zurück. Im Jahresdurchschnitt unterschritt sie das Vorjahrsniveau um etwa 2 %. Die gesamten Aufwendungen für Einfuhren, Personal, indirekte Steuern und Abschreibungen nahmen 1983 um rd. 2 % zu, deutlich weniger als in den Vorjahren (1982: 3 %; 1981: 7 %) und auch weniger als der Umsatz im In- und Ausland, der sich im vergangenen Jahr um 3½ % erhöhte. Von den Finanzierungskosten her wurde die Wirtschaft 1983 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls entlastet, wenn sich auch der Rückgang der Zinssätze an den Kreditmärkten, wie weiter unten (S. 48) noch näher dargelegt wird, im Verlauf von 1983 nicht fortsetzte.

Ertragsbesserung primär durch Entlastung auf der Kostenseite

Die im ganzen günstigere Entwicklung der Unternehmenserträge im laufenden Geschäft darf freilich nicht den Blick dafür verstellen, daß die Ertragsverhältnisse im einzelnen weiterhin sehr unterschiedlich sind; vor allem leiden vermutlich nicht wenige Firmen noch an den Spätfolgen und Vermögensverlusten aus der vorangegangenen Flaute. Auch war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 1983 mit 11 850 im ganzen kaum niedriger als im Jahr davor; allerdings begann die Insolvenzenwelle im Jahresverlauf etwas abzuklingen. Insolvenzen aber bringen nicht nur den Kreditinstituten Verluste (vgl. S. 47), sondern auch den übrigen Unternehmen, auf die hier abgestellt ist.

Im Jahresverlauf sinkende Zahl von Insolvenzen

Das Investitionsklima in der Bundesrepublik hat sich 1983 deutlich gebessert. Einen ersten wichtigen Impuls in diese Richtung gab die im Frühjahr 1982 beschlossene Investitionszulagenregelung, von der viele Unternehmen Gebrauch machten, indem sie vor Ablauf der hierfür gesetzten Frist (31. 12. 1982) umfangreiche Bestellungen von Ausrüstungsgütern aufgaben. Danach stabilisierte sich die Investitionsgüternachfrage zunächst auf höherem Niveau als vor diesem Auftragsstoß, und im weiteren Jahresverlauf gewann sie nicht zuletzt angesichts der inzwischen deutlich verbesserten Ertragsperspektiven zusehends an Schwung. Von Dezember 1982 bis November 1983 (diese Zusammenfassung empfiehlt sich wegen des durch die Investitionszulagenregelung ausgelösten Auftragsschubs von Ende 1982) waren die Inlandsaufträge beim Investitionsgütergewerbe (ohne Fahrzeugbau) immerhin um rd. 5 % höher als im vorangegangenen Zwölfmonatszeitraum, nachdem sie zuvor zwei Jahre lang rückläufig gewesen waren. In den ersten Monaten von 1984 nahm die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, saisonbereinigt betrachtet, weiter zu.

Deutlich gebessertes Investitionsklima

Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen sind im Verlauf von 1983 kräftig gestiegen, und zwar mit Schwerpunkt im zweiten Vierteljahr und am Jahresende (hier spielte eine Rolle, daß die Inanspruchnahme der Investitionszulage an die

Kräftiger Anstieg der Anlageinvestitionen der Wirtschaft

Lieferung der Ausrüstungsgüter bis Ende 1983 gebunden war). Die gewerblichen Bauinvestitionen haben sich während des vergangenen Jahres ebenfalls erhöht, was auf eine gestiegene Bereitschaft schließen läßt, Kapazitätserweiterungen in Angriff zu nehmen, die in der Regel mit höherem Bauaufwand verbunden sind. Im Endergebnis sind die gesamten Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1983 um 6½ % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, in dem sie noch zurückgegangen waren. Im Verarbeitenden Gewerbe waren als Investoren vor allem die Hersteller von Investitions- und Verbrauchsgütern an dieser Entwicklung beteiligt. Auch das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft investierten 1983 erheblich mehr als im Jahr davor. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, so u. a. in der Stahlindustrie und in der Mineralölwirtschaft, blieben die Investitionsaufwendungen 1983 dagegen deutlich hinter dem Vorjahrsergebnis zurück.

Lebhafter Lageraufbau Erhebliche Impulse gingen im letzten Jahr auch von den Lagerdispositionen der Wirtschaft aus. Die fortschreitende Belegung der Produktion sowie zunehmend günstigere Absatzerwartungen im In- und Ausland veranlaßten die Unternehmen, ihre Lagerbestände an Vormaterialien stärker als im Vorjahr zu erhöhen. Hierfür spricht auch, daß die Einfuhren von Halbwaren und Vorzeugnissen im Verlauf des letzten Jahres spürbar gestiegen sind; im vierten Quartal übertrafen sie ihr vergleichbares Vorjahrsniveau dem Volumen nach um 13%, also weitaus mehr, als es der Zunahme von Produktion und Absatz entsprochen hätte. Daneben stockten Industrie und Handel ihre Fertigwarenlager merklich auf, um durch ein ausreichendes Warensortiment der wachsenden Nachfrage entsprechen zu können. In der gesamten Wirtschaft nahmen die Vorratsbestände 1983 nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um knapp 19 Mrd DM zu, annähernd dreimal soviel wie im Jahr davor.

Trotz knappen Einkommensspielraums der privaten Haushalte . . . Während steigende Betriebsergebnisse der Unternehmen 1983 die Investitionstätigkeit begünstigten und sich damit die Verwendung des Sozialprodukts mehr in die für künftiges Wachstum und Beschäftigung notwendige Richtung veränderte, war der Einkommensspielraum für zusätzliche private Verbrauchsausgaben im vergangenen Jahr relativ gering. Jedenfalls standen den privaten Haushalten 1983 aus unselbständiger Arbeit nach Abzug der vom Arbeitgeber einbehaltenen Lohnsteuer und der Sozialabgaben nur wenig (½ %) mehr Einkommen zur Verfügung als im Jahr davor. (Die effektive Belastung der Lohn- und Gehaltseinkommen mit Einkommensteuer ist allerdings nicht bekannt, da inzwischen viele Arbeitnehmer im Zuge der Einkommensteuerveranlagung Steuererstattungen erhalten oder Nachzahlungen leisten müssen.) Auch die aus öffentlichen Kassen in Form von Renten-, Pensions- und Unterstützungszahlungen gezahlten Einkommen sind im vergangenen Jahr nur vergleichsweise wenig gestiegen, nämlich um 2½ %, gegen 5 % im Jahre 1982; neben Einsparungen u. a. beim Kindergeld und bei der Ausbildungsförderung spielte dabei vor allem die Verschiebung der Rentenanpassung auf den 1. Juli v. J. eine Rolle. Die Einkünfte aller privaten Haushalte aus ihrem Geldvermögen — sie entsprachen 1983 mit schätzungsweise 85½ Mrd DM immerhin rd. 8 % des verfügbaren Einkommens — blieben auf Grund der gesunkenen Zinssätze um etwa 6 % unter ihrem Niveau vom Vorjahr. Unter Einschluß der Privatentnahmen der Selbständigen dürften die privaten Haushalte 1983 über rd. 2½ % mehr Einkommen verfügt haben als 1982.

. . . relativ kräftige Ausweitung des privaten Verbrauchs Ihre Verbrauchsausgaben haben die privaten Haushalte 1983 allerdings stärker, nämlich im Jahresergebnis um 4 % ausgeweitet; preisbereinigt sind sie um 1 % gestiegen, nachdem sie zuvor zwei Jahre lang real rückläufig gewesen waren. Besonders in den ersten Monaten v. J., also im Anfangsstadium der konjunkturellen Erholung, expandierte die private Verbrauchsnachfrage kräftig. Im weiteren Jahresverlauf gab sie ihre Schrittmacherrolle im Aufschwung aber an andere Nachfragekomponenten ab. Vor allem für längerlebige Konsumgüter wur-

Grunddaten zur Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland									
Position	Einheit	1980	1981	1982	1983	1980	1981	1982	1983
						Veränderung gegen Vorjahr in %			
Gesamtwirtschaftliche Nachfrage									
Privater Verbrauch	Mrd DM	834,0	873,2	899,4	935,1	+ 7,0	+ 4,7	+ 3,0	+ 4,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	297,9	317,8	325,3	333,5	+ 8,9	+ 6,7	+ 2,4	+ 2,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	338,0	338,2	329,1	344,4	+ 10,9	+ 0,1	- 2,7	+ 4,6
Ausrüstungen	Mrd DM	127,9	128,7	125,2	135,4	+ 6,9	+ 0,6	- 2,7	+ 8,1
Bauten	Mrd DM	210,1	209,6	203,9	209,0	+ 13,5	- 0,3	- 2,7	+ 2,5
Vorratsinvestitionen	Mrd DM	18,9	1,2	6,6	18,7
Inländische Verwendung	Mrd DM	1 488,8	1 530,5	1 560,5	1 631,7	+ 7,6	+ 2,8	+ 2,0	+ 4,6
Außenbeitrag 1)	Mrd DM	- 3,1	+ 13,2	+ 38,4	+ 39,6
Ausfuhr	Mrd DM	430,6	495,9	535,9	538,6	+ 12,4	+ 15,2	+ 8,1	+ 0,5
Einfuhr	Mrd DM	433,7	482,6	497,5	499,1	+ 16,6	+ 11,3	+ 3,1	+ 0,3
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen ²	Mrd DM	1 485,7	1 543,7	1 598,9	1 671,2	+ 6,5	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,5
Nachrichtlich:									
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	1980 = 100	100,0	104,5	103,4	107,9	+ 3,9	+ 4,5	- 1,0	+ 4,4
aus dem Inland	1980 = 100	100,0	98,8	98,3	103,1	+ 3,0	- 1,2	- 0,5	+ 4,9
aus dem Ausland	1980 = 100	100,0	116,7	114,4	118,3	+ 5,8	+ 16,7	- 1,9	+ 3,4
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	1980 = 100	100,0	85,3	85,9	94,4	+ 2,7	- 14,7	+ 0,6	+ 10,0
Einkommensverteilung									
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	842,1	881,3	900,2	915,3	+ 8,4	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,7
desgl. in % des Volkseinkommens	%	73,3	74,3	73,4	71,6
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	307,3	304,9	325,7	362,2	- 0,9	- 0,8	+ 6,8	+ 11,2
Nachrichtlich:									
Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen	Mrd DM	240,0	225,5	241,4	275,7	- 4,8	- 6,1	+ 7,1	+ 14,2
desgl. in % des Volkseinkommens	%	20,9	19,0	19,7	21,6
Volkseinkommen	Mrd DM	1 149,4	1 186,2	1 225,9	1 277,5	+ 5,7	+ 3,2	+ 3,3	+ 4,2
Produktion									
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1976	Mrd DM	1 265,5	1 262,0	1 247,5	1 263,2	+ 1,9	- 0,3	- 1,1	+ 1,3
Produktivität 2)	1976 = 100	113,3	115,1	116,3	120,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 3,4
Produktion im Produzierenden Gewerbe (ohne Bauhauptgewerbe) 3)	1980 = 100	100,0	98,3	95,5	96,4	+ 0,3	- 1,7	- 2,8	+ 0,9
Produktion im Bauhauptgewerbe 3)	1980 = 100	100,0	92,5	88,5	86,5	- 2,0	- 7,5	- 4,4	- 2,2
Beschäftigung									
Erwerbstätige	Mio	26,3	26,1	25,6	25,2	+ 1,0	- 0,8	- 1,8	- 1,7
Abhängig Beschäftigte	Mio	23,0	22,8	22,4	22,0	+ 1,4	- 0,6	- 2,0	- 1,9
Nachrichtlich:									
Arbeitsvolumen 4)	1976 = 100	99,4	97,6	95,5	93,6	+ 0,2	- 1,8	- 2,1	- 2,1
Arbeitslose	Tsd	889	1 272	1 833	2 258	+ 1,5	+ 43,1	+ 44,2	+ 23,2
desgl. in %									
aller Erwerbspersonen	%	3,3	4,8	6,7	8,1
der abhängigen Erwerbspersonen	%	3,8	5,5	7,5	9,1
Preise									
Preisindex des Sozialprodukts	1976 = 100	117,4	122,3	128,2	132,3	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,8	+ 3,2
Nachrichtlich:									
Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft 5)	1976 = 100	116,1	121,7	126,0	126,7	+ 5,9	+ 4,8	+ 3,5	+ 0,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	130,5	134,4	+ 5,5	+ 5,9	+ 5,3	+ 3,0
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	100,0	107,8	114,1	115,8	+ 7,5	+ 7,8	+ 5,8	+ 1,5
Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau	1980 = 100	100,0	105,3	108,1	109,9	+ 10,9	+ 5,3	+ 2,7	+ 1,7
Index der Einfuhrpreise	1980 = 100	100,0	113,6	116,2	115,8	+ 15,0	+ 13,6	+ 2,3	- 0,3

1 Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland (einschl. DDR). —
2 Bruttosozialprodukt in Preisen von 1976 je geleistete Arbeitsstunde; eigene Berechnung. —

3 Ergebnisse für fachliche Unternehmensteile. —
4 Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden. — 5 Quotient aus dem Index der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je

Beschäftigten und dem Index des realen Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen. — Die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind ab 1981 vorläufig.

de 1983, im ganzen gesehen, merklich mehr aufgewendet als im Vorjahr. So ließen aufgestauter Ersatzbedarf und attraktive Angebote die Nachfrage nach Personenkraftwagen rasch steigen. Auch Möbel und andere Einrichtungsgegenstände waren stärker gefragt. Technische Neuerungen — z. B. auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik sowie bei Heimcomputern — regten ebenfalls die Kaufneigung an. Bei den Käufen von Gütern des täglichen Bedarfs und von Dienstleistungen hielten sich die Verbraucher dagegen mehr zurück. Zum Beispiel erreichten ihre Ausgaben für Urlaubsreisen ins Ausland 1983 nicht wieder das Vorjahrsniveau. In den ersten Monaten von 1984 dürfte die private Verbrauchsnachfrage eher verstärkt gestiegen sein.

Belebung der privaten Verbrauchsnachfrage teilweise zu Lasten der Ersparnis

Die Ausweitung des privaten Verbrauchs ging 1983 zu einem guten Teil zu Lasten der Ersparnisbildung. Das gesamte Sparergebnis der privaten Haushalte blieb 1983 um 6½ % hinter dem von 1982 zurück; es entsprach im vergangenen Jahr 13 % des verfügbaren Einkommens, gegen rd. 14 % in 1982 und 15 % in 1981. Neben der, wie erwähnt, zuversichtlicheren Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektiven, die eine so hohe Risikovorsorge wie in den Vorjahren offenbar nicht mehr geboten erscheinen ließ, spielte bei der rückläufigen Ersparnisbildung eine Rolle, daß 1983 für erhebliche Beträge — insgesamt 22½ Mrd DM — an prämien- und zulagenbegünstigten Sparguthaben die Verfügungssperre ablief. Die Haushalte haben einen relativ großen Teil dieser freigegebenen Guthaben nicht wieder angelegt, sondern für konsumtive Zwecke verwendet. Vor allem in der ersten Jahreshälfte scheint dies zu der erwähnten Ausweitung der Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern beigetragen zu haben.

Vordringen längerfristiger Anlagen im Rahmen der privaten Geldvermögensbildung

Im Rahmen ihrer Geldvermögensbildung haben sich die privaten Sparer im vergangenen Jahr wieder mehr den längerfristigen Geldanlagen zugewendet. Bevorzugt wurden in erster Linie festverzinsliche Wertpapiere, besonders solche öffentlicher Emittenten, sowie längerlaufende Engagements in Termingeldern und Banksparbriefen. Auch bei den Versicherungsunternehmen hielt der kräftige Zustrom privater Spargelder an, während das Aufkommen an Sparmitteln bei den Bausparkassen 1983 das Vorjahrsergebnis nicht wieder erreichte. Die Nettozugänge auf den Sparkonten bei Banken blieben ebenfalls relativ gering; ihr Vorjahrsergebnis unterschritten sie 1983 um rund ein Sechstel. Das gesamte Sparergebnis wurde 1983 noch dadurch gedrückt, daß die privaten Haushalte angesichts der etwas niedrigeren Kreditzinsen wieder eher bereit waren, sich für den Kauf von Konsumgütern zu verschulden.

Kräftige Zunahme der Wohnungsbaunachfrage

Von der Wohnungsbaunachfrage erhielt die konjunkturelle Erholung vor allem in den ersten Monaten von 1983 eine kräftige Starthilfe. Die Entscheidung, geplante Bauvorhaben nun in Angriff zu nehmen, wurde den Bauherren nicht zuletzt dadurch erleichtert, daß gegen Ende 1982 neue staatliche Förderungsmaßnahmen beschlossen wurden; Bauherren von Eigenheimen kamen in den Genuß eines erweiterten Schuldzinsenabzugs und eines Sonderprogramms „Bausparzwischenfinanzierung“. Auch sind von Bund und Ländern 1983 wieder in erheblichem Umfang Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus bereitgestellt worden. Außerdem waren Wohnungsbaukredite nun zu günstigeren Bedingungen als im Vorjahr zu erhalten (obwohl die Zinssätze für Hypothekarkredite im Verlauf von 1983 wieder etwas anzogen). Hinzu kam, daß der Anstieg der Baupreise trotz der schon seit Anfang 1982 erkennbaren Nachfragebelebung im Wohnungsbau im Vergleich zu entsprechenden früheren konjunkturellen Erholungsphasen recht gering blieb. Gegen Ende 1982 und in den ersten Monaten von 1983 nahm unter diesen Umständen die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen sprunghaft zu; aber auch nach dem Auftragschub der ersten Monate v. J. blieb die Wohnungsbaunachfrage lebhaft. Im Jahresergebnis erhielt das Bauhauptgewerbe dem Wert wie dem Volumen nach etwa ein Fünftel mehr Aufträge für neue Wohnbauten als im Jahr davor. Die Vergabe neuer

Aufträge ging damit weit über die gleichzeitige Bauleistung hinaus; insgesamt wurden 1983 rd. 341 000 Wohnungen fertiggestellt, knapp 2% weniger als im Jahr davor. Am Jahresschluß verfügten die Baufirmen über erheblich (dem Volumen nach um 16%) höhere Auftragspolster als Ende 1982. Dies läßt erwarten, daß die Wohnungsbautätigkeit in der Bausaison 1984 auf vergleichsweise hohem Niveau bleiben wird.

Auf mittlere Sicht ist freilich nicht mit einer nachhaltigen weiteren Steigerung der Wohnungsbautätigkeit zu rechnen. Zum einen hat die Wohnraumversorgung in der Bundesrepublik quantitativ und qualitativ bereits ein recht hohes Niveau erreicht. Angesichts der rückläufigen Wohnbevölkerung würde sie sich auch dann noch weiter verbessern, wenn die Wohnbautätigkeit auf ihrem gegenwärtigen Niveau verharrte oder etwas darunter sinken würde. In manchen Regionen werden schon jetzt mehr Wohnungen angeboten als nachgefragt, die Zahl der zeitweilig freistehenden Wohnungen nimmt zu, und trotz weiterer Schritte zur Liberalisierung der Mietengesetzgebung sind die Mieten kaum stärker als früher gestiegen. Selbst neue Sozialwohnungen können zu den festgesetzten Mieten, die wegen der geringen Zinslast für staatliche Darlehen und anderer öffentlicher Hilfen Subventionselemente enthalten, nicht überall belegt werden. Zum anderen entfällt mit dem wiedergewonnenen Vertrauen in die Stabilität des Geldwertes das Motiv der „Flucht in Sachwerte“. Dies beeinflußt nicht nur die Neubautätigkeit, sondern entspannt den Immobilienmarkt ganz allgemein. Jedenfalls werden vielfach Preissenkungen für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen, vor allem außerhalb der Ballungsgebiete, gemeldet.

Hohes Niveau der Wohnraumversorgung

Die gewandelten Verhältnisse am Wohnungsmarkt rechtfertigen Überlegungen über eine Neuorientierung der Wohnungsbaupolitik. Soweit sich bisher erkennen läßt, ist eine Eindämmung des traditionellen sozialen Wohnungsbaus zu erwarten, zumal der Förderungsaufwand je Wohnung inzwischen die Größenordnung von durchschnittlich etwa 80 000 DM (im ersten Förderungsweg) erreicht hat. Auch wird über neue steuerliche Konzepte für den Wohnungsbau diskutiert. Hierüber muß Klarheit nicht zuletzt deswegen gewonnen werden, weil der Ende 1982 eingeräumte — auf 10 000 DM begrenzte — Abzug von Schuldzinsen nur für neue Eigenheime gilt, die vor dem 1. 1. 1987 fertiggestellt oder angeschafft werden. Eine dauerhafte Gewährung des Schuldzinsenabzugs wäre aber steuersystematisch unverträglich mit den nach bisheriger Praxis sehr niedrig festgesetzten Mietwerten der eigengenutzten Wohnung. Wie schon früher steht hier der Gesetzgeber letztlich vor der Aufgabe, wirtschaftspolitisches Interesse an individueller Vermögensbildung abzuwägen gegen Nachteile, die daraus entstehen können, daß unverändert ein nicht geringer Teil des begrenzten Kapitalangebots in der Volkswirtschaft in den Wohnungsbau gelenkt wird, der Kapital längerfristig bindet und deshalb in Konkurrenz steht zu jenen Bereichen der Wirtschaft, in denen über Sachinvestitionen die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Beschäftigung dauerhaft gesichert werden kann.

Wohnungsbaupolitik vor Neuorientierung

Die Baunachfrage der öffentlichen Haushalte blieb 1983 recht gering; die Auftragsvergaben für öffentliche Bauprojekte erreichten im Jahresergebnis nur knapp den niedrigen Stand vom Vorjahr. Mit Blick auf die unerläßliche Haushaltskonsolidierung hielten sich Bund, Länder und Gemeinden mit neuen Vorhaben sehr zurück. Auch um die Jahreswende 1983/84 löste sich die öffentliche Baunachfrage noch nicht von der Talsohle, wenngleich sich die Finanzlage der Gemeinden (siehe auch S. 19) deutlich gebessert hat.

Anhaltend niedrige öffentliche Bauaufträge

Die Nachfrage aus dem Ausland spielte in dem konjunkturellen Erholungsprozeß 1983 nicht die Vorreiterrolle, wie dies in früheren Aufschwungsphasen meist der Fall gewesen war. Sie verharrte vielmehr in der ersten Jahreshälfte auf relativ niedrigem Niveau. Danach aber belebte sie sich zusehends und trug

Kräftige Ausweitung der Auslandsnachfrage in der zweiten Jahreshälfte

damit maßgeblich dazu bei, daß sich die inländischen Auftriebskräfte weiter entfalten konnten. Im Jahresergebnis 1983 erhielt das Verarbeitende Gewerbe zwar nur 3½ % mehr Auslandsaufträge als 1982. Im vierten Quartal v. J., für sich betrachtet, überschritten die neu eingegangenen Exportaufträge aber ihr Vorjahrsniveau um 16 %. In den beiden ersten Monaten von 1984 hat sich die Zunahme gegenüber dem Vorjahr nochmals kräftig — auf 21 % — vergrößert. Die Ausweitung der Auslandsnachfrage erfaßte praktisch alle Hauptbereiche des Verarbeitenden Gewerbes. Besonders ausgeprägt war sie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe; in der Chemischen Industrie gingen die Auslandsbestellungen im Durchschnitt der Monate Januar/Februar 1984 um 25 % über ihren Vorjahrsstand hinaus. In der Stahlindustrie haben die neuen Exportaufträge ihr — freilich extrem niedriges — Vorjahrsniveau zuletzt noch erheblich mehr übertroffen; hielt diese Entwicklung an, so würde den Stahlwerken sicherlich in gewissem Maße die Bewältigung ihrer akuten Probleme erleichtert. Die strukturellen Schwierigkeiten dieses Bereichs sind damit jedoch keineswegs ausgeräumt. In den wichtigsten Investitionsgüterbranchen waren die Exportaufträge im Januar/Februar um reichlich ein Fünftel höher als vor Jahresfrist.

Exportwirtschaft
profitierte von der
Konjunkturerholung
im Ausland

Mit der Zunahme ihres Auslandsgeschäfts ab Mitte 1983 nahm die Exportwirtschaft der Bundesrepublik mit einer gewissen Verzögerung an der internationalen Konjunkturerholung teil, die in den USA und Japan schon gegen Ende 1982 eingesetzt hatte und im Verlauf von 1983 auch auf einige Länder Westeuropas übergriff. Hinzu kam, daß sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter wegen des steigenden Wertes des US-Dollars gegenüber der D-Mark im Verlauf von 1983 besserte; auf wie unsicherem Boden aber ein solcher wechsellkursbedingter Vorteil steht, zeigte die Umkehr der Wechselkursstendenz, die den US-Dollar gegenüber der D-Mark seit Ende Januar d. J. 7 % seines Wertes verlieren ließ. Viel wichtiger erscheint daher, daß die deutschen Anbieter, wie weiter unten (S. 54 ff.) noch näher dargelegt wird, ihre Stellung an den Auslandsmärkten auch unabhängig von solchen mehr vorübergehenden Einflüssen behaupten. Die augenblickliche Wettbewerbsposition darf nicht als gesicherter Besitzstand angesehen werden, sondern erfordert ständige weitere Bemühungen, die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken, um so die Teilnahme am technischen Fortschritt zu ermöglichen, ohne den die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb auf Dauer kaum bestehen kann. Angesichts der hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik — die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen entspricht etwa 30 % der heimischen Produktion — würde ein Nachlassen der Wettbewerbsfähigkeit, die nicht nur von den Preisen, sondern u. a. auch vom technologischen Niveau der Exportindustrien bestimmt wird, die strukturellen Schwierigkeiten im Inland, insbesondere das Beschäftigungsproblem, noch verschärfen.

Verschiebung
in der Güterverwen-
dung zugunsten der
Investitionen

Die geschilderten Nachfragetendenzen haben die Relationen der gesamtwirtschaftlichen Güterverwendung 1983 zugunsten der Investitionen und zu Lasten der Verbrauchsausgaben verschoben. Von dem gesamten Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts (gut 72 Mrd DM) wurden im vergangenen Jahr fast 27½ Mrd DM (oder 38 %) für neue Anlagen und Vorräte aufgewendet, davon 23 Mrd DM (bzw. 31½ %) allein von den Produktionsunternehmen (d. h. den Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen). Im Jahr davor hatten dagegen steigende Verbrauchsausgaben und ein höherer Außenbeitrag praktisch das gesamte zusätzliche Sozialprodukt absorbiert. Im längerfristigen Vergleich war die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote 1983 freilich nach wie vor gering. Mit 21½ % des Bruttosozialprodukts blieb sie im Jahresdurchschnitt deutlich unter ihrem Stand von 1980 (24 %), ehe die Wirtschaft von dem Konjunkturrückschlag betroffen worden war. In den frühen siebziger Jahren, vor dem ersten Ölpreisschock, waren vom gesamten Bruttosozialprodukt sogar rd. 27 % für Investitionen verwendet worden. Auf die Ver-

brauchsausgaben der privaten Haushalte entfielen 1983 rd. 56% und auf den Staatsverbrauch rd. 20% des gesamten nominalen Bruttosozialprodukts, insgesamt etwas weniger als im Jahr davor. Die 1983 in ersten Ansätzen erkennbare Umschichtung in der gesamtwirtschaftlichen Güterverwendung ging damit in die richtige Richtung, doch ist das Investitionsniveau weiterhin nicht hoch genug, um die Wettbewerbskraft der Unternehmen und damit die Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion reagierte auf das verbesserte wirtschaftliche Klima relativ rasch. Das reale Bruttosozialprodukt durchschritt bereits um die Jahreswende 1982/83 den konjunkturellen Tiefpunkt und ist im Verlauf des vergangenen Jahres kräftig gestiegen. Im vierten Quartal übertraf es sein vergleichbares Vorjahrsniveau (nach Ausschaltung von Kalendereinflüssen) um gut 3%. Im Jahresergebnis hat damit das Sozialprodukt um fast 1½% zugenommen, mehr als zu Beginn des vergangenen Jahres vielfach erwartet worden war. Auf's Jahr gesehen blieb das Wirtschaftswachstum 1983 wahrscheinlich geringfügig hinter der gleichzeitigen Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (von etwas mehr als 1½%) zurück, so daß die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zumindest im Jahresdurchschnitt nicht gestiegen ist; wohl aber vollzog sich eine entsprechende Tendenzwende im Jahresverlauf. Im Verarbeitenden Gewerbe, für sich betrachtet, hat sich der Nutzungsgrad der Sachkapazitäten im Verlauf von 1983 kräftig erhöht. Nach Befragungen des Ifo-Instituts, die freilich auf Einschätzungen seitens der Unternehmen abstellen, wurden die Sachkapazitäten im Dezember 1983 (saisonbereinigt) mit 80½% der betriebsüblichen Vollauslastung genutzt, nach knapp 75½% am Jahresende 1982; im Höhepunkt des letzten Konjunkturzyklus — an der Jahreswende 1979/80 — hatte der von den Unternehmen gemeldete Auslastungsgrad allerdings 85½% betragen.

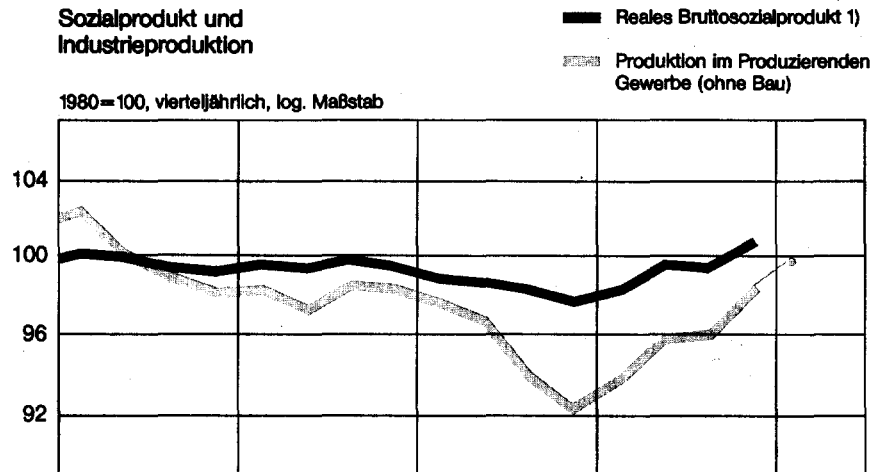
Die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts fielen recht unterschiedlich aus. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) wurde 1983, im ganzen gesehen, rd. 1% mehr erzeugt als im Jahr davor, in dem die Produktion um 3% zurückgegangen war. Das Wachstumsgefälle zwischen den einzelnen Branchen war im vergangenen Jahr größer denn je, was nicht zuletzt mit den ungelösten Strukturproblemen in der Wirtschaft zusammenhing. Während gesunde Branchen am Erholungsprozeß rasch Anteil hatten, fielen solche mit Überkapazitäten, deren Abbau jahrelang mit Hilfe von Subventionen verhindert oder zumindest gebremst worden war, weiter zurück. Zu den Spitzenreitern des Produktionswachstums zählten die Hersteller von Büromaschinen und EDV-Geräten, die ihre Erzeugung 1983 um 15½% ausweiten konnten. Ihre Produkte entsprechen in hohem Maße dem Trend zu technologisch hochwertigen Ausrüstungsgütern, die die Wirtschaft zunehmend zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit einsetzt. Einige andere Zweige des Investitionsgütersektors haben im Jahresverlauf ebenfalls ihre Erzeugung spürbar ausgedehnt, kamen im Jahresdurchschnitt aber nur auf ein bescheidenes Plus (z. B. der Straßenfahrzeugbau und die Elektrotechnische Industrie). Im Grundstoffbereich ist insbesondere der Ausstoß der Chemischen Industrie kräftig gestiegen (um 7½%). Dagegen blieben die Stahlindustrie und die Mineralölverarbeitung trotz zum Teil deutlicher Besserung in der zweiten Jahreshälfte mit ihrer Jahresproduktion hinter dem Ergebnis von 1982 zurück. Der Kohlenbergbau und die Wertindustrie mußten ihre Produktion erheblich reduzieren, der Steinkohlenbergbau um fast 10% und der Schiffbau um rd. 17%. Die Wertschöpfung des Baugewerbes ging 1983 trotz der erwähnten verstärkten Nachfrage insgesamt nicht über das Vorjahrsergebnis hinaus, wobei allerdings im Ausbaugewerbe die Entwicklung deutlich günstiger verlief als im Hoch- und Tiefbau.

Zunahme der
gesamtwirtschaftlichen
Produktion . . .

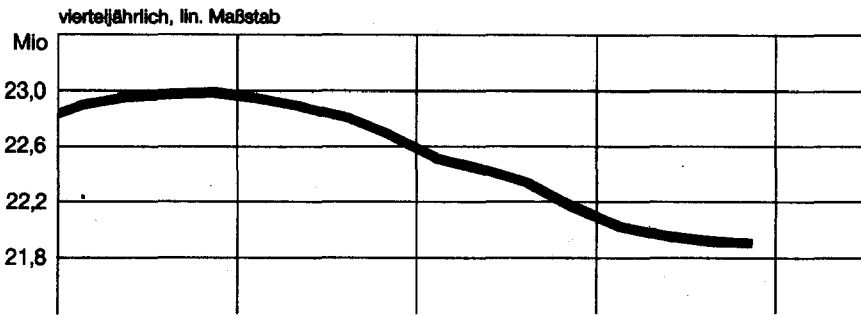
. . . bei starker
Differenzierung
im einzelnen

Produktion und Arbeitsmarkt

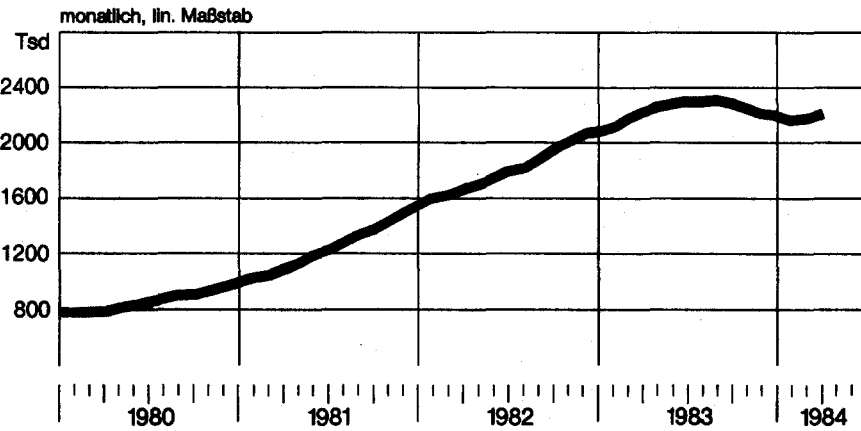
saisonbereinigt



Abhängig Beschäftigte



Arbeitslose



1) Umbasiert von der Preisbasis 1976=100; zusätzlich kalenderbereinigt. - ● = Januar/Februar.

Überproportionale Ausweitung des tertiären Sektors

Die langfristig zu beobachtende Tendenz zur überproportionalen Ausdehnung des tertiären Sektors der Volkswirtschaft hat sich auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. In manchen Dienstleistungsbereichen nahm die Wertschöpfung 1983 deutlich stärker als in der Gesamtwirtschaft zu; vor allem gilt dies für das Bank- und Versicherungsgewerbe. Dagegen fiel die Wertschöpfung des Verkehrssektors merklich niedriger aus als 1982, was nicht zuletzt mit der strukturellen Umschichtung von „schweren“, materialintensiven zu „leichteren“, technologisch hochwertigen Produkten mit relativ geringerem Transportaufkommen zusammenhängen dürfte. Die Erzeugung in der Land- und Forstwirtschaft ist – vor allem auf Grund relativ geringer Ernten – ebenfalls gesunken.

Zur Lage am Arbeitsmarkt							
in 1000; Durchschnitt							
Position	1982	1983					
		ins-gesamt	1. Hj.	2. Hj.	Veränderung gegen Vorjahr		
					ins-gesamt	1. Hj.	2. Hj.
Abhängig Beschäftigte	22 395	21 962	21 882	22 042	- 433	- 514	- 352
Kurzarbeiter	606	675	877	473	+ 69	+ 368	- 231
Zugang an offenen Stellen 1)	1 124	1 247	627	620	+ 123	- 2	+ 124
Bestand an offenen Stellen	105	76	75	76	- 29	- 51	- 8
Stellenvermittlungen durch die Arbeitsämter 1)	1 395	1 557	741	816	+ 162	+ 13	+ 150
Arbeitslose	1 833	2 258	2 331	2 185	+ 425	+ 543	+ 307
davon:							
Männer	1 021	1 273	1 357	1 189	+ 252	+ 340	+ 164
Frauen	812	985	974	996	+ 173	+ 203	+ 143
Nachrichtlich:							
Arbeitslose Jugendliche (unter 20 Jahren)	165	192	192	193	+ 27	+ 43	+ 12
Teilzeitarbeitslose	238	246	250	242	+ 8	+ 8	+ 7
Arbeitslose Ausländer	246	292	304	280	+ 46	+ 62	+ 31

1 Gesamtzahl im angegebenen Zeitraum.

Einige der vom Strukturwandel nachteilig betroffenen Branchen haben ihren Schwerpunkt im norddeutschen Raum. Vermutlich hat sich deshalb die Wertschöpfung in dieser Region (Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen) 1983 — wie schon in den Vorjahren — ungünstiger entwickelt als in Süddeutschland (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz)¹⁾, wo vornehmlich viele vom Strukturwandel begünstigte Industrien angesiedelt sind. Diese Differenzierung gilt in gleicher Weise für die Arbeitsmarktlage.

Die konjunkturelle Besserung in der Bundesrepublik übertrug sich, wie üblich, erst mit Verzögerung auf den Arbeitsmarkt. Zum einen konnten speziell im Verarbeitenden Gewerbe viele Firmen, die zuvor Kurzarbeit eingeführt hatten, zur Ausweitung ihrer Produktion erhebliche Arbeitskraftreserven durch Rückkehr zur normalen Arbeitszeit mobilisieren. Anfang 1983 waren bei den Arbeitsämtern 1,2 Mio Kurzarbeiter gemeldet; am Jahresbeginn 1984 war ihre Zahl nur noch halb so groß; im März 1984 lag sie bei 618 000. Berücksichtigt man, daß bei Kurzarbeit im Durchschnitt etwa ein Drittel der normalen Arbeitszeit ausfällt, so entsprach die Rückkehr zur normalen Arbeitszeit rein rechnerisch einem Beschäftigungseffekt von etwa 200 000 Personen. Zum anderen gingen in den vom Strukturwandel negativ betroffenen Wirtschaftszweigen weitere Arbeitsplätze verloren, besonders im norddeutschen Raum. Außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes hielt der Beschäftigungsabbau im Handel und im Verkehrsbereich an. Dagegen nahmen das Baugewerbe — angesichts der anziehenden Baukonjunktur — sowie die Dienstleistungsbereiche, die schon seit langem ihr Arbeitsplatzangebot erweitern, im Verlauf von 1983 Arbeitskräfte auf. Insgesamt ging der Personalbestand der Wirtschaft während des vergangenen Jahres zunächst noch weiter zurück, erst in den letzten Monaten v. J. hat er sich, saisonbereinigt betrachtet, praktisch stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt von 1983 ist die Zahl der Beschäftigten um 430 000 oder rd. 2% gesunken; der Abstand zum Vorjahr hat sich im Jahresverlauf aber spürbar vermindert.

Erleichtert wurde die Arbeitsmarktsituation 1983 in gewissem Umfang dadurch, daß der von der demographischen Entwicklung ausgehende Zustrom von Personen zum Arbeitsmarkt 1983 geringer war als in den Jahren zuvor. Die Zahl

¹ Das Saarland und Berlin sind hier wegen ihrer besonderen Struktur und geographischen Lage außer Ansatz gelassen worden.

Deutliches Süd-Nord-Gefälle im Erholungsprozeß

Verzögerte Reaktion des Arbeitsmarktes auf die Produktionsbelegung

Nachlassende Belastung des Arbeitsmarktes aus demographischen Gründen

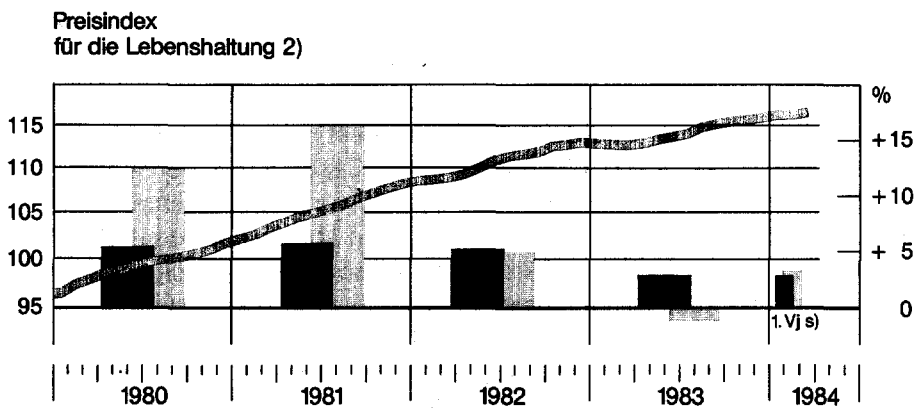
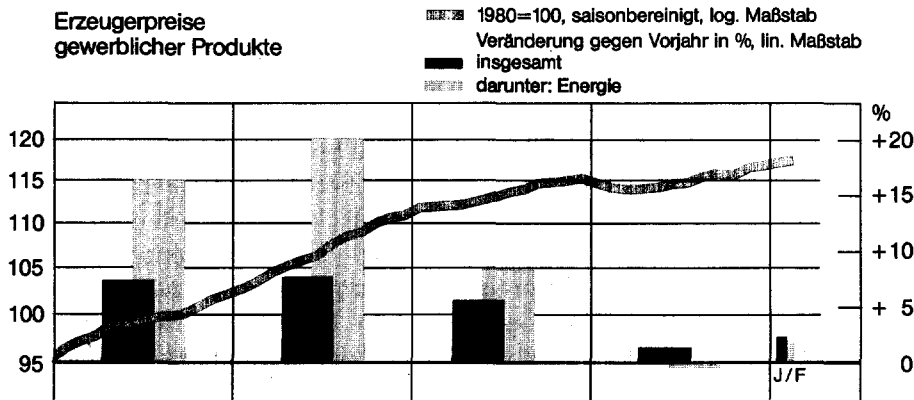
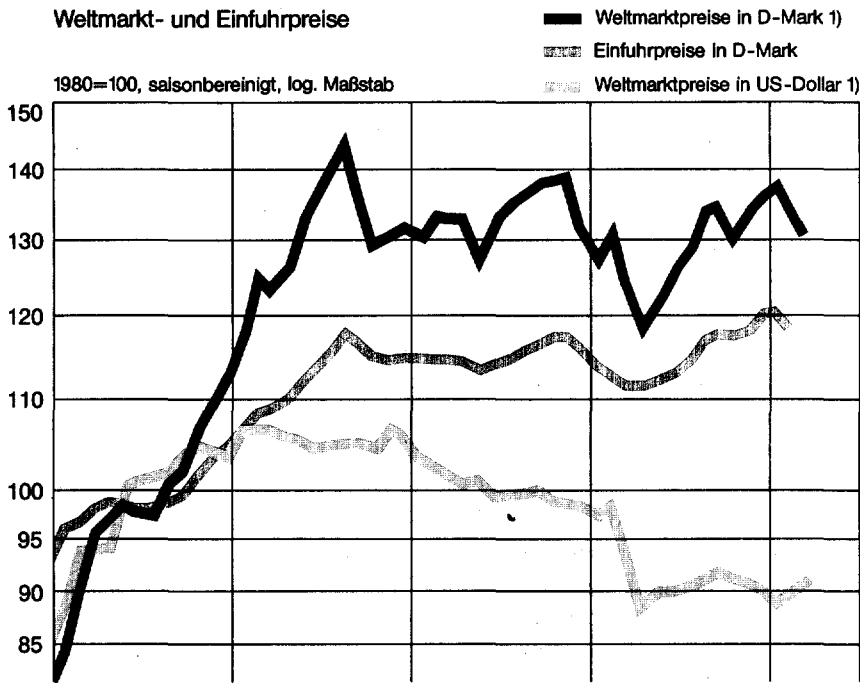
der Berufsanfänger, die sich um eine betriebliche Lehrstelle bemühten, hat im vergangenen Jahr allerdings nochmals zugenommen. Knapp 680 000 Ausbildungsverträge konnten abgeschlossen werden; das waren rd. 46 000 mehr als im vorangegangenen Ausbildungsjahr. Demgegenüber sind altersbedingt und durch Nutzung der Sonderregelung für Arbeitnehmer im Alter von 59 Jahren auch 1983 zahlreiche Personen aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden. Entlastung brachte ferner, daß, wie schon im Vorjahr, ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimatländer abwanderten. Die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik ist erstmals seit längerem etwas zurückgegangen.

Höhepunkt
der Arbeitslosigkeit
im Sommer 1983
überschritten

Die Zahl der Arbeitslosen war im Jahresdurchschnitt 1983 mit 2,26 Mio nochmals — um 425 000 — höher als im Vorjahr; die entsprechende Arbeitslosenquote betrug 8,1 % aller Erwerbspersonen (nach der international üblichen Definition) oder 9,1 % der unselbständigen Erwerbspersonen (wie sie in der Bundesrepublik meist berechnet wird, obgleich die Arbeitslosenziffer auch vorher Selbständige enthält). Im August v. J. hat die Zahl der Arbeitslosen jedoch ihren konjunkturellen Höhepunkt überschritten. Bis Februar ist sie um rd. 100 000 zurückgegangen. Diese Entwicklung hat sich zwar im März zunächst nicht weiter fortgesetzt, doch spricht viel dafür, daß sich ungeachtet dessen an der Grundtendenz einer allmählichen Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse nichts geändert hat. Ende März 1984 betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen, saisonbereinigt betrachtet, 2,24 Mio; das entspricht 9 % der abhängigen bzw. 8 % aller Erwerbspersonen. Die hohe Arbeitslosigkeit bleibt eine Herausforderung für alle an der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Beteiligten, insbesondere aber für die autonomen Tarifpartner. Auf den Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber ihren Konkurrenten an den Weltmärkten ist in Abschnitt 5 dieses Berichtsteils ausführlich eingegangen worden. Die Aussichten, die Arbeitslosigkeit rasch auf ein erträglicheres Niveau zurückzuschrauben, sind freilich gering; hierzu bedarf es sicherlich eines längeren Zeitraums. Immerhin spiegelt sich die seit dem Sommer in Gang gekommene etwas günstigere Arbeitsmarkttendenz außer in der erwähnten Tendenzwende bei der Arbeitslosigkeit nicht zuletzt in einer deutlichen Zunahme der Stellenvermittlungen durch die Bundesanstalt für Arbeit wider. Rd. 1,56 Mio Arbeitsuchende, 11½ % mehr als im Vorjahr, konnten die Arbeitsämter 1983 auf neue Arbeitsplätze vermitteln. Nahezu zwei Drittel davon gelangten in längerfristige Beschäftigungsverhältnisse. Auch die Zahl der bei der Arbeitsverwaltung neu gemeldeten offenen Stellen ist im Jahresverlauf von 1983 merklich gestiegen. Im ersten Quartal 1984 lagen die Neuzugänge um rund ein Fünftel über ihrem Vorjahresniveau. Der Bestand an offenen Stellen blieb 1983 mit 76 000 im Jahresdurchschnitt allerdings weiterhin sehr niedrig, weil die neu gemeldeten freien Plätze in der Regel relativ rasch besetzt werden konnten.

Entspanntes
Preisklima
trotz steigender
Güternachfrage

Das Preisklima in der Bundesrepublik war im Jahre 1983 durchweg entspannt, obwohl die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage, wie schon dargelegt, kräftig zunahm. Einerseits hielt offensichtlich der nach wie vor harte Wettbewerb an den Absatzmärkten die Preiserhöhungen in recht engen Grenzen; andererseits konnte die Wirtschaft Schwankungen auf der Kostenseite leichter als früher in ihren inzwischen deutlich gebesserten Ertragsmargen auffangen. Dämpfend auf die Preisentwicklung im Inland wirkte sich in den ersten Monaten von 1983 aus, daß die Importpreise — bedingt durch die damalige Festigung des Außenwerts der D-Mark — spürbar nachgaben. Auch sind die Rohölpreise der Ölförderländer unter dem anhaltenden Druck des hohen Angebots merklich zurückgenommen worden. Später gingen allerdings von der außenwirtschaftlichen Seite wieder preissteigernde Einflüsse auf die Binnenmärkte aus. Auslösender Faktor war dabei, daß die D-Mark gegenüber dem US-Dollar, der auf den internationalen Energiemärkten sowie bei zahlreichen Rohstoffen als Rechnungswährung verwendet wird, vom Frühjahr v. J. an erheblich an Wert einbüßte, eine



1) HWWA-Index; umbasiert von Originalbasis 1975=100.- 2) Umbasiert von Originalbasis 1976=100.- s) Geschätzt.

Entwicklung, die sich allerdings, wie weiter unten (S. 27) noch näher ausgeführt wird, in jüngster Zeit wieder umgekehrt hat. Manche Rohstoffanbieter reagierten auf den Anstieg des US-Dollars gegenüber der D-Mark und anderen Währungen wichtiger Industrieländer anscheinend mit Nachlässen bei ihren in US-Dollar denominierten Preisen, nachdem die reale Kaufkraft ihrer Erlöse im Auslandsgeschäft durch den Kursanstieg erheblich zunahm. Für die inländischen Importeure haben sich eingeführte Güter vom Frühjahr 1983 an gleichwohl er-

heblich verteuert; die vorangegangenen, zum Teil ebenfalls wechselkursbedingten Einfuhrverbilligungen wurden damit weitgehend kompensiert. Im Jahresdurchschnitt 1983 blieben die Einfuhrpreise zwar noch etwas unter ihrem Vorjahrsniveau; in den beiden ersten Monaten von 1984 gingen sie aber im Durchschnitt um gut 5 ½ % über ihren Vorjahrsstand hinaus.

Schwacher Anstieg
der gewerblichen
Erzeugerpreise

Auf den Inlandsmärkten wirkten sich die Preisimpulse aus dem Ausland bislang nur mit Verzögerung und in unterschiedlichem Maße aus. Auf der gewerblichen Erzeugerstufe setzten viele Firmen offenbar darauf, ihre Erträge statt durch höhere Preise über eine Kostendegression bei steigenden Absatzmengen zu verbessern. Insgesamt blieben die gewerblichen Erzeugerpreise in der ersten Hälfte v. J. saisonbereinigt stabil; in der zweiten Jahreshälfte begannen sie anzuziehen, wobei Preiserhöhungen im Grundstoffbereich, in dem Importvertierungen stets besonders stark zu Buch schlagen, im Vordergrund standen. Erzeugnisse des Investitionsgütergewerbes und des Verbrauchsgüterbereichs haben sich dagegen auch im zweiten Halbjahr 1983 nicht so stark verteuert. Im Jahresergebnis gingen die gewerblichen Erzeugerpreise 1983 nur um 1 ½ % über das Niveau des Vorjahres hinaus (in dem sie noch um fast 6 % gestiegen waren). Im Februar 1984 war der Vorjahrsabstand allerdings mit 2 ½ % etwas größer; Fertigprodukte der Investitionsgüterhersteller wurden zu diesem Zeitpunkt um knapp 3 % teurer abgegeben als ein Jahr zuvor. In der Bauwirtschaft war zunächst nur für mäßige Preiserhöhungen Raum. Das gesamtwirtschaftliche Baupreisniveau war im Jahresdurchschnitt 1983 um 1,7 % höher als im Vorjahr, übertraf aber gegen Ende des Jahres den vergleichbaren Vorjahrswert um 3 %.

Deutlich verringerter
Preisanstieg auf der
Verbraucherstufe

Auf der Verbraucherstufe hat sich 1983 der Preisanstieg im Jahresdurchschnitt auf 3 % verringert, nach 5,3 % und 5,9 % in den Jahren 1982 und 1981. Zur Dämpfung des Preisauftriebs trug insbesondere bei, daß Energie (Strom, Gas, Mineralölprodukte, Kohle) 1983, im ganzen gesehen, billiger war als im Jahr davor und daß sich Nahrungsmittel nur verhältnismäßig wenig verteuerten. In der ersten Jahreshälfte von 1983 kamen nach den vorangegangenen reichlichen Ernten Gemüse und Obst recht preiswert auf den Markt, im zweiten Halbjahr wirkte ein großes Angebot an tierischen Erzeugnissen preisdämpfend und kompensierte z. T. den nun unter dem Einfluß der recht knapp ausgefallenen neuen Ernten in Gang gekommenen Preisauftrieb bei pflanzlichen Produkten. Bei gewerblichen Waren (ohne Energie) schwächte sich der Preisanstieg von 5 ½ % 1982 auf 3 % im Jahresdurchschnitt 1983 ab. Hier war die Konkurrenz auf den Inlandsmärkten trotz der lebhafter gewordenen Nachfrage so stark, daß die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte vielfach nicht unmittelbar weitergewälzt werden konnte. Überdurchschnittlich gestiegen sind 1983 die Entgelte für Dienstleistungen und die Wohnungsmieten. Besonders in den ersten Monaten v. J. zogen die Mieten für Altbau- und Sozialwohnungen stärker an; im weiteren Verlauf hat sich der Anstieg dieser Mieten aber wieder deutlich verlangsamt. Die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau wurden dagegen weniger als 1982 heraufgesetzt. Die im Zusammenhang mit der Neufassung der Mietgesetze vielfach geäußerte Befürchtung nachhaltig steigender Mieten stellte sich damit als übertrieben heraus. In den ersten Monaten von 1984 haben sich die Verbraucherpreise insgesamt saisonbereinigt nur wenig erhöht. Ihr Vorjahrsabstand, der sich im Herbst 1983 auf rd. 2 ½ % vermindert hatte, vergrößerte sich zwar bis März d. J. wieder auf rd. 3 %; hierbei gab aber den Ausschlag, daß die Verbraucherpreise in der gleichen Vorjahrszeit rückläufig gewesen waren.

2. Fortschritte in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Konsolidierungskurs
erfolgreich
fortgesetzt

Der wirtschaftliche Erholungsprozeß und seine Dynamik sind bis zu einem gewissen Grade auch als ein Erfolg der finanzpolitischen Strategie anzusehen. Diese bestand 1983 entsprechend dem bereits ein Jahr zuvor eingeschlagenen

Kurs schwerpunktmäßig darin, den strukturellen Kern der Haushaltsdefizite hauptsächlich durch Ausgabeneinsparungen zurückzuführen. Flankierend kamen spezielle Maßnahmen zugunsten der privaten Investitionen hinzu. Die Politik der Haushaltskonsolidierung wirkte sich positiv auf die Entwicklung der Finanzmärkte aus und entlastete damit das Finanzierungskalkül der Wirtschaft, die im Verlauf des vergangenen Jahres ihre Investitionstätigkeit verstärkte. Daß sich die Konjunktur im Endeffekt kräftiger als erwartet belebte, beeinflusste seinerseits die Haushaltslage der Gebietskörperschaften günstig; nicht zuletzt deshalb fielen die Defizite im Jahre 1983 wesentlich niedriger aus, als nach den Planungen zu Jahresbeginn zu erwarten war. Die von mancher Seite geäußerten Befürchtungen, die Konsolidierungsmaßnahmen würden eine wirtschaftliche Erholung verhindern, haben sich also nicht bestätigt.

Die Weichen der Finanzpolitik für 1983 wurden im Laufe der zweiten Jahreshälfte von 1982 gestellt, als die Konjunkturperspektiven nochmals erhebliche Mehrbelastungen durch Steuerausfälle und eine größere Arbeitslosigkeit befürchten ließen. Aus fiskalischen wie aus gesamtwirtschaftlichen Gründen sahen sich die Gebietskörperschaften vor die Notwendigkeit gestellt, einem Ausufer der Haushaltsdefizite entgegenzuwirken. Die Haushaltsplanungen für 1983 standen somit im Zeichen des Bemühens um Einsparungen. Im Rahmen des geltenden Rechts waren hier freilich die Möglichkeiten begrenzt, weitere gesetzliche Eingriffe wurden also erforderlich. Im Dezember 1982 beschlossen die gesetzgebenden Körperschaften das Haushaltsbegleitgesetz 1983, mit dem die Haushaltslage der Gebietskörperschaften per saldo um 18 Mrd DM entlastet wurde, darunter allein der Bundeshaushalt um 12 Mrd DM. Hauptsächlich betrafen die Maßnahmen Abstriche von konsumtiven Ausgaben der Gebietskörperschaften sowie Ausgabeneinsparungen und Beitragssatzerhöhungen im Sozialversicherungsbereich, womit die Zuschußleistungen des Bundes verringert wurden. Außerdem wurde die Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 erhöht, um mit Hilfe des zusätzlichen Aufkommens — und das heißt zu Lasten der konsumtiven Verwendung des Sozialprodukts — die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern. In einem ersten Schritt traten zum Jahresbeginn 1983 gewerbesteuerliche Erleichterungen in Kraft; auch wurde, wie schon berichtet, der Schuldzinsenabzug für neu erbaute selbstgenutzte Häuser und Wohnungen — zeitlich begrenzt — erweitert.

Tatsächlich wurden über die im Zuge der Planungen beschlossenen Ausgabenkürzungen hinaus im Haushaltsvollzug noch in erheblichem Umfang weitere Ausgaben eingespart. Teils war dies ein Erfolg der Ausgabenpolitik, teils wurden aus verschiedenen Gründen geringere Anforderungen an die Haushalte gestellt; auch die allmähliche Besserung der Arbeitsmarktlage im Jahresverlauf hat dazu beigetragen, daß die veranschlagten Mittel nicht voll benötigt wurden. Im Ergebnis stiegen die Ausgaben der Gebietskörperschaften 1983 lediglich um 2%. Damit hat sich ihre Zunahme nochmals verlangsamt (1982 hatte sie 3% betragen) und war nur etwa halb so stark wie das Wachstum des nominalen Sozialprodukts. Dies entsprach dem Ziel, die Konsolidierung der Haushalte überwiegend durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik zu erreichen. Auch die Sozialversicherungen eingeschlossen nahmen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (mit 3%) weniger zu als das Sozialprodukt; die „Staatsquote“ ist damit 1983 auf 51% zurückgegangen (1981 und 1982 hatte sie fast 52% betragen).

Im Hinblick auf die Ausgabenstruktur, also unter qualitativen Aspekten, ist es wichtig, daß es den Gebietskörperschaften 1983 gelang, den Anstieg ihrer konsumtiven Ausgaben — abgesehen von den Zinsaufwendungen — in relativ engen Grenzen zu halten. Die Einkommensübertragungen der Gebietskörperschaften (einschließlich der Zuschüsse an die Sozialversicherungen) waren sogar um 2% niedriger als ein Jahr zuvor. Teilweise war dies auf die Kürzung des

Finanzpolitische Weichenstellung vor allem durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983

Geringerer Ausgabenanstieg als nach den Planungen

Zunahme der konsumtiven Ausgaben gedämpft

Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte*)

Position	1980	1981	1982 p)	1983 ts)	1980	1981	1982 p)	1983 ts)
	Mrd DM				Veränderung gegen Vorjahr in %			
A. Ausgaben, Einnahmen und Kassenabschlüsse								
Gebietskörperschaften								
<i>Ausgaben</i>								
Personalausgaben	164,1	174,2	178,9	184	+ 8,0	+ 6,2	+ 2,7	+ 3
Laufender Sachaufwand	77,0	82,0	86,0	89	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,8	+ 3,5
Transferausgaben	130,9	142,4	147,2	144,5	+ 7,9	+ 8,8	+ 3,3	- 2
Zinsausgaben	29,6	36,8	45,1	51,5	+ 18,3	+ 24,1	+ 22,7	+ 14
Sachinvestitionen	62,2	59,2	53,3	50	+ 12,5	- 4,9	- 10,0	- 6,5
Mittelbare Investitionen 1)	36,1	37,3	37,7	39	+ 6,3	+ 3,3	+ 1,2	+ 3,5
Sonstige Ausgaben 2)	11,2	13,6	13,9	15	+ 29,1	+ 21,0	+ 2,7	+ 7
Insgesamt	511,1	545,5	562,0	572,5	+ 9,3	+ 6,7	+ 3,0	+ 2
darunter:								
Bund	228,3	247,7	258,8	265	+ 7,3	+ 8,5	+ 4,5	+ 2,5
Länder	208,6	217,4	222,7	227,5	+ 8,8	+ 4,2	+ 2,4	+ 2
Gemeinden	145,6	152,1	152,5	151	+ 11,7	+ 4,5	+ 0,3	- 1
<i>Einnahmen</i>								
Steuereinnahmen	365,0	370,3	378,7	396,5	+ 6,5	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,5
Sonstige Einnahmen	86,8	95,7	113,4	122,5	+ 11,9	+ 10,2	+ 18,5	+ 8
Insgesamt	451,8	466,0	492,1	519	+ 7,5	+ 3,1	+ 5,6	+ 5,5
darunter:								
Bund	199,5	207,8	222,6	234	+ 6,9	+ 4,2	+ 7,1	+ 5
Länder	186,2	190,8	198,7	206,5	+ 5,0	+ 2,5	+ 4,1	+ 4
Gemeinden	139,9	142,0	145,0	150	+ 11,9	+ 1,5	+ 2,1	+ 3,5
<i>Kassendefizit (-)</i>	<i>- 59,3</i>	<i>- 79,5</i>	<i>- 69,9</i>	<i>- 53,5</i>				
darunter:								
Bund	- 28,8	- 39,9	- 36,2	- 31				
Länder 3)	- 23,2	- 27,6	- 25,3	- 20,5				
Gemeinden	- 5,7	- 10,1	- 7,5	- 1				
Sozialversicherungen								
Ausgaben	272,1	293,8	310,2	317,5	+ 7,6	+ 8,0	+ 5,6	+ 2,5
Einnahmen	275,3	299,2	315,0	315,5	+ 8,6	+ 8,7	+ 5,3	+ 0,0
Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 3,2	+ 5,4	+ 4,8	- 2				
Öffentliche Haushalte insgesamt								
Ausgaben	745,6	797,3	827,6	850,5	+ 8,5	+ 6,9	+ 3,8	+ 3
Einnahmen	689,5	723,2	762,6	795	+ 7,6	+ 4,9	+ 5,5	+ 4,5
Kassendefizit (-)	- 56,1	- 74,1	- 65,1	- 55,5				
B. Verschuldung der Gebietskörperschaften								
	Stand am Jahresende, Mrd DM				Veränderung gegen Vorjahr in Mrd DM			
Schuldscheindarlehen	334,4	409,3	449,4	474	+ 51,4	+ 74,9	+ 40,1	+ 24,5
Wertpapiere	111,9	110,7	142,4	175,5	+ 1,1	- 1,1	+ 31,6	+ 33,5
Sonstige Schulden	22,3	25,5	23,0	21	+ 2,2	+ 3,2	- 2,5	- 2
Insgesamt 4)	468,6	545,6	614,8	671	+ 54,7	+ 77,0	+ 69,2	+ 56
darunter:								
Bund	232,3	273,1	309,1	341,5	+ 26,8	+ 40,8	+ 36,0	+ 32,5
Länder	137,8	165,2	190,6	211,5	+ 21,9	+ 27,3	+ 25,5	+ 21
Gemeinden	88,1	95,1	101,8	104	+ 4,7	+ 7,0	+ 6,7	+ 2

* In kassenmäßiger Abgrenzung, die in mehreren Punkten vom Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abweicht. — 1 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen an Dritte sowie Beteiligungserwerb. — 2 Weiterleitung des EG-Anteils an den Steuern,

Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften sowie Sondertransaktionen. — 3 Das Kassendefizit der Länder weicht aus buchungstechnischen Gründen vom Saldo der Einnahmen und Ausgaben ab. — 4 Die Veränderung der Verschuldung weicht

vom Kassendefizit ab, weil daneben vor allem auch die Veränderung der Kassenmittel zu den Finanzierungspositionen gehört. — p Vorläufig. — ts Teilweise geschätzt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kindergeldes für Familien mit mittleren und höheren Einkommen und die Einschränkungen verschiedener anderer Sozialleistungen zurückzuführen. Noch mehr fiel ins Gewicht, daß der vom Bund zu deckende Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit stark zurückging. Neben der Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ab Anfang 1983 spielte hier eine Rolle, daß die für Geldleistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu entrichtenden Rentenversicherungsbeiträge herabgesetzt wurden¹). Außerdem blieben die Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeitslosengeld erheblich unter den Haushaltsansätzen. Dem stand zwar gegenüber, daß die Ausgaben für die unmittelbar vom Bund zu tragende Arbeitslosenhilfe (vor allem an längerfristig Arbeitslose) stärker als veranschlagt stiegen. Per saldo waren aber infolge der unerwartet kräftigen wirtschaftlichen Erholung die Ausgaben für Arbeitslose und Kurzarbeiter um rd. 1 Mrd DM geringer als in den Plänen einkalkuliert. Hinzu kamen Einsparungen von 1½ Mrd DM bei anderen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Das Wachstum des Personalaufwands (3 %) wurde dadurch gebremst, daß der Tarifabschluß für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst niedriger ausfiel als die Tarifierhöhungen des Vorjahres; auch wurde die Anhebung der Beamtenbezüge zum 1. Juli auf 2% begrenzt. Überdies haben die Gebietskörperschaften ihren Personalbestand vermutlich nicht mehr erhöht. Auch in dem nur mäßigen Anstieg des laufenden Sachaufwands (3½ %) wird das Bemühen um Einsparungen sichtbar.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Sachinvestitionen, vor allem Bauten, verringerten sich 1983 nochmals (–6½ %). In den Ausgaben für die durchgeführten Projekte wirkte sich immer noch der starke Rückgang der öffentlichen Bauaufträge in den Jahren 1980 und 1981 aus. Die neu erteilten Aufträge haben sich 1983 dagegen knapp auf dem – relativ niedrigen – Niveau des Vorjahres gehalten. Im Laufe des Jahres 1983 gab es Anzeichen dafür, daß allmählich etwas mehr finanzieller Spielraum für Investitionsvorhaben entsteht, denn bei den Gemeinden – den Hauptträgern der öffentlichen Investitionstätigkeit – ist die Haushaltskonsolidierung besonders weit vorangekommen.

Investitionsausgaben
noch gesunken

Die Bemühungen der Gebietskörperschaften um eine Rückführung der Defizite haben auch dazu beigetragen, daß die Zinsausgaben 1983 nicht mehr so exorbitant stiegen wie zuvor. Wegen der meist jährlich im nachhinein zu leistenden Zahlungen waren die Mehrausgaben für Zinsen freilich größtenteils noch auf die Kreditaufnahmen des Jahres 1982 zurückzuführen; auf die Zinskosten wirkte sich aus, daß schon damals sowohl die staatliche Neuverschuldung als auch die Kapitalmarktzinsen zurückgegangen waren. (Die weitere Verringerung der staatlichen Nettokreditaufnahme in 1983 und die im Durchschnitt des vergangenen Jahres nochmals niedrigeren Zinsen schlugen sich erst 1984 in den Zinsaufwendungen nieder.) Mit einer Zunahme um 14% im Jahre 1983 (nach 23 bzw. 24% in den beiden vorangegangenen Jahren) ging von den Zinsausgaben allerdings immer noch eine starke Mehrbelastung der Etats aus. Wie sehr die Folgekosten der hohen Neuverschuldung inzwischen zu Buche schlagen, wird daran sichtbar, daß von der gesamten Ausweitung der Ausgaben der Gebietskörperschaften im Jahre 1983 reichlich die Hälfte – gut 6 Mrd DM – auf höhere Zinsaufwendungen entfiel. Die Zinsausgaben erreichten damit eine Gesamthöhe von 51½ Mrd DM; ihr Anteil am Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften stieg im vergangenen Jahr auf 9% (zehn Jahre zuvor hatte er noch knapp 4% betragen).

Zinslasten nicht
mehr ganz so stark
gewachsen

Auch von der Einnahmenentwicklung her wurde die Verringerung der Deckungslücken unterstützt. Insgesamt wuchsen die Einnahmen der Gebietskörperschaften 1983 um 5½ %. Vor allem war hier von Bedeutung, daß das Steueraufkommen auf Grund der günstigeren Konjunktur mit 4½ % stärker als erwar-

Wachstum der
Einnahmen kräftiger
als erwartet

¹ Die dadurch von Einnahmefällen betroffene Rentenversicherung wurde ihrerseits vor allem durch eine Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr entlastet.

Wirtschaftspolitische Chronik

1983

I. Geld- und Währungspolitik

20. Januar

Mit Wirkung vom 1. Februar werden die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute und die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um insgesamt 5½ Mrd DM erhöht.

17. März

Die Bundesbank senkt mit Wirkung vom 18. März den Diskontsatz von 5% auf 4% und den Lombardsatz von 6% auf 5%. Zugleich werden die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute zum 5. April um 5 Mrd DM gekürzt, um einen Teil der Überliquidität bei den Kreditinstituten zu beseitigen, die durch umfangreiche Devisenzuflüsse vor dem Realignment im Europäischen Währungssystem (EWS) entstanden war.

21. März

Die Leitkurse im EWS werden neu festgesetzt. Dabei wird die D-Mark um 5¼%, der holländische Gulden um 3¼%, die dänische Krone um 2¼% sowie der belgische und luxemburgische Franc um 1¼% aufgewertet; der französische Franc und die italienische Lira werden jeweils um 2¼% und das irische Pfund um 3¼% abgewertet.

31. März

Der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds (IWF) beschließt, den Gesamtumfang der Quoten im Rahmen der 8. Allgemeinen Quotenüberprüfung von 61 Mrd SZR auf 90 Mrd SZR zu erhöhen. Ebenso wurde vereinbart, die Refinanzierungsmöglichkeiten des IWF im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) zu erweitern und das Volumen der AKV von 6½ Mrd SZR auf 17 Mrd SZR aufzustocken.

7. April

Die Bundesbank stellt den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1982 fest und führt 11 Mrd DM des Reingewinns an den Bund ab.

30. Juni

Bei der periodischen Überprüfung des Geldmengenziels zur Jahresmitte bekräftigt die Bundesbank ihr monetäres Wachstumsziel für 1983, das einen Anstieg der Zentralbankgeldmenge innerhalb einer Bandbreite von 4% bis 7% (vom vierten Quartal 1982 zum vierten Quartal 1983 gerechnet) vorsieht. Sie läßt dabei erkennen, daß sie die Einhaltung des Geldmengenziels bis zum Jahresende noch für möglich hält, wenn sich die im zweiten Quartal d. J. beobachtete Abschwächung der monetären Expansion fortsetzt.

7. Juli

Nach längerer Unterbrechung tätigt die Bundesbank mit den inländischen Kreditinstituten wieder Wertpapierpensionsgeschäfte. Auch im weiteren Verlauf d. J. wird den Banken zusätzliche Liquidität nur in kurzfristig reversibler Form zu marktgerechten Konditionen zur Verfügung gestellt.

8. September

Die Bundesbank erhöht mit Wirkung vom 9. September den Lombardsatz von 5% auf 5¼%.

15. Dezember

Die Bundesbank verkündet ihr Geldmengenziel für 1984: Der Anstieg der Zentralbankgeldmenge soll vom vierten Quartal 1983 bis zum vierten Quartal 1984 innerhalb einer Bandbreite von 4% bis 6% gehalten werden. Das neue Geldmengenziel wurde so bemessen, daß das stabilitätspolitische Ziel nicht gefährdet und ein kräftiges reales Wachstum von der monetären Seite her ermöglicht wird.

26. Dezember

Die revidierten und erweiterten Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) treten in Kraft. Im Rahmen dieser Kreditlinien können jetzt auch Kredite des Internationalen Währungsfonds zugunsten von nicht an den AKV beteiligten IWF-Mitgliedsstaaten refinanziert werden.

30. Dezember

Die neue IWF-Quote der Bundesrepublik Deutschland (5,4 Mrd SZR) tritt mit Einzahlung des Erhöhungsbetrages beim Internationalen Währungsfonds in Kraft.

II. Wirtschafts- und Finanzpolitik

1983

1. Januar

Wesentliche Teile des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 treten in Kraft. Das Gesetz enthält Maßnahmen zur Konsolidierung der Haushalte und zur Förderung der Investitionstätigkeit. Die Gebietskörperschaften insgesamt werden 1983 per saldo um 18 Mrd DM entlastet, davon der Bund allein um 12 Mrd DM. Wichtige Maßnahmen: Einsparungen beim Kindergeld und anderen Sozialleistungen der Gebietskörperschaften, Kürzung von Subventionen, Begrenzung des Personalkostenanstiegs durch geringe Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten (um 2%) zum 1. Juli 1983; Erhöhung der Umsatzsteuersätze ab 1. Juli 1983 auf 14 bzw. 7% und Verwendung der Mehreinnahmen für Steuerentlastungen zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen; Erhebung einer unverzinslichen rückzahlbaren Investitionshilfe-Abgabe, deren Aufkommen zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt wird. Ferner werden im Sozialversicherungsbereich Ausgaben eingespart und Beitragssätze erhöht, womit die Zuschußleistungen des Bundes begrenzt werden.

27. Januar

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1983 sieht die Bundesregierung das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik darin, die Beschäftigungsperspektiven nachhaltig zu bessern, indem wichtige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft – vor allem im Hinblick auf eine Stärkung der Investitionsbereitschaft – neu gestaltet werden. Sie hält eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der das reale Brutto sozialprodukt im Verlauf von 1983 deutlich zunimmt und damit das Vorjahrsniveau im Jahresdurchschnitt wieder erreicht. Ferner soll der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt nicht über rd. 4% hinausgehen.

28. April	Der Finanzplanungsrat ist der Auffassung, daß die Haushaltskonsolidierung entsprechend der erwarteten fortschreitenden wirtschaftlichen Belebung in den kommenden Jahren verstärkt voranzutreiben ist. Dies soll insbesondere durch eine wirksame und dauerhafte Begrenzung der Ausgabenentwicklung, nicht durch eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Abgaben- und Steuerbelastung geschehen.
14. Juni	Die Bundesregierung beschließt öffentliche Beihilfen für die deutsche Stahlindustrie in Höhe von 3 Mrd DM bis Ende 1985. Die Hälfte dieser Summe soll von den Bundesländern aufgebracht werden. Neben der Erhöhung der Investitionszulage von 10 auf 20% (1,2 Mrd DM) sind 1,8 Mrd DM zur Strukturverbesserung (Mittel für Sozialpläne und zur Subventionierung der Stilllegung von Produktionskapazitäten) vorgesehen.
29. Juni	Auf der Basis der Koalitionsvereinbarungen vom März und der Grundsatzbeschlüsse von Mitte Mai verabschiedet die Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1984 sowie den Finanzplan bis 1987. Das Wachstum der Bundesausgaben wird auf rd. 2% im Jahre 1984 und rd. 3% in den folgenden Jahren begrenzt. Das Finanzierungsdefizit soll im Jahre 1984 auf 37 1/2 Mrd DM beschränkt und bis 1987 schrittweise auf 23 Mrd DM abgebaut werden. Gleichzeitig werden Entwürfe mehrerer Gesetze beschlossen. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 sollen die öffentlichen Haushalte insgesamt um rd. 10 Mrd DM entlastet werden. Die Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen belaufen sich auf 5 Mrd DM; auch sollen den Sozialversicherungen durch die stärkere Einbeziehung von Sonderzahlungen und des Krankengeldes in die Beitragspflicht um rd. 5 Mrd DM höhere Einnahmen zufließen. Außerdem sind weitere Einsparungen vor allem durch Verschiebung der Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst vorgesehen. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 wird die zweite Hälfte des zusätzlichen Aufkommens aus der Mehrwertsteuererhöhung von Mitte 1983 insbesondere für die vermögensteuerliche Entlastung der Wirtschaft und für Sonderabschreibungen verwendet.
21. November	Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt in seinem Jahresgutachten 1983/84 fest, daß sich die wirtschaftliche Lage merklich gebessert hat. Ihren Antrieb habe die Konjunktur aus dem geänderten Verhalten von Investoren und Konsumenten bezogen, nicht wie früher zunächst aus einer Belebung der Auslandsnachfrage. Für die Wirtschaftspolitik als Konjunkturpolitik bestehe derzeit kein Handlungsbedarf. Der Rat äußert aber die Besorgnis, daß noch nicht genug getan ist, die binnenwirtschaftlichen Wachstumshemmnisse abzubauen, und empfiehlt u. a. die Fortsetzung des Konsolidierungskurses der öffentlichen Haushalte und einer Lohnpolitik, die zur Kostensenkung beiträgt.
2. Dezember	Der Finanzplanungsrat teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß der Konsolidierungskurs die wirtschaftliche Erholung nicht behindert, sondern im Gegenteil eher gefördert hat. Er unterstreicht, daß 1984 und in den folgenden Jahren dem schrittweisen Abbau der staatlichen Defizite Vorrang einzuräumen ist und die Konsolidierung bei den Ausgaben ansetzen sollte.
9. Dezember	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1984 und die Begleitgesetze (letztere mit nur geringen Änderungen gegenüber den Entwürfen). Der Haushaltsplan des Bundes weist nach den Beratungen ein Ausgabenvolumen von 257 Mrd DM (+ 1% im Vergleich zum Soll 1983) und ein Finanzierungsdefizit von 34 Mrd DM auf; auf der Einnahmenseite wurde dabei der Ansatz für die Gewinnabführung der Bundesbank um 2 1/2 Mrd DM auf 9 Mrd DM erhöht.
1984	
2. Februar	Die Bundesregierung bezeichnet in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1984 u. a. eine solide Haushaltspolitik, eine leistungs- und investitionsfördernde Steuerpolitik sowie den Abbau bürokratischer Hemmnisse als Voraussetzungen dafür, daß die Konjunkturerholung in eine langanhaltende Wachstumsphase übergehen kann. Sie hält eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von 2 1/2% sowie einen Rückgang der Arbeitslosenzahl auf knapp 8% aller Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 1984 für erreichbar und ein günstigeres Wachstumsergebnis durchaus für möglich. Ferner könnte der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt auf 3% begrenzt bleiben.
5. April	Der Finanzplanungsrat hält an dem Ziel fest, das Wachstum der öffentlichen Ausgaben mittelfristig auf eine Größenordnung von jährlich 3% zu begrenzen. Er betont, daß Maßnahmen zur Förderung der Familien und Änderungen der Lohn- und Einkommensbesteuerung im Einklang mit der unverändert vorrangigen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung stehen müssen.

tet zunahm; das Ergebnis der offiziellen Steuerschätzung vom Oktober 1982, das den Haushaltsplanungen im wesentlichen zugrunde gelegen hatte, wurde letztlich um 5 Mrd DM übertroffen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, das Verhältnis zwischen Steueraufkommen und nominalem Bruttosozialprodukt, hat sich 1983 mit gut 23½ % gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; sie liegt damit etwas unter ihrem durchschnittlichen Wert seit Anfang der siebziger Jahre. Unter den übrigen Einnahmen fiel ins Gewicht, daß dem Bund mit 11 Mrd DM ein noch etwas höherer Bundesbankgewinn zufließt als ein Jahr zuvor; auch wirkte sich aus, daß die Gemeinden ihre Gebühren sehr kräftig heraufsetzten.

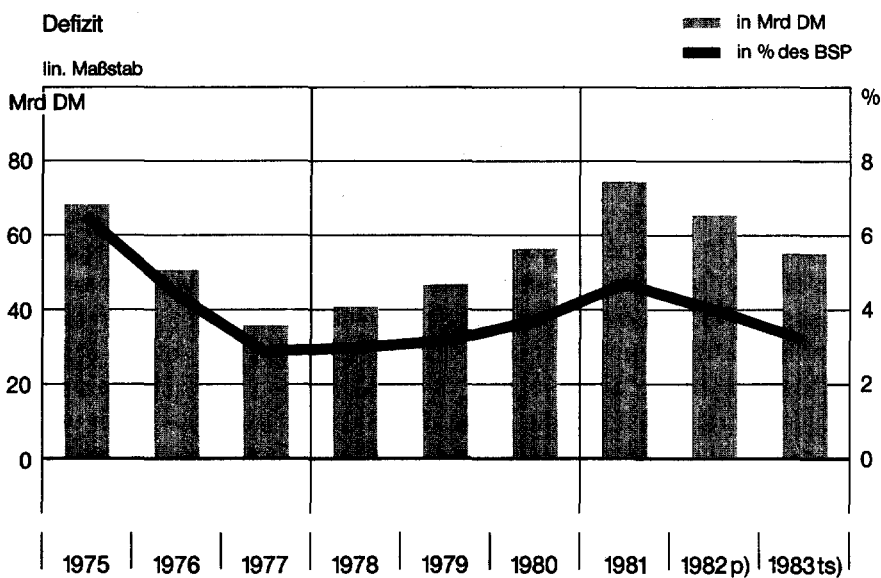
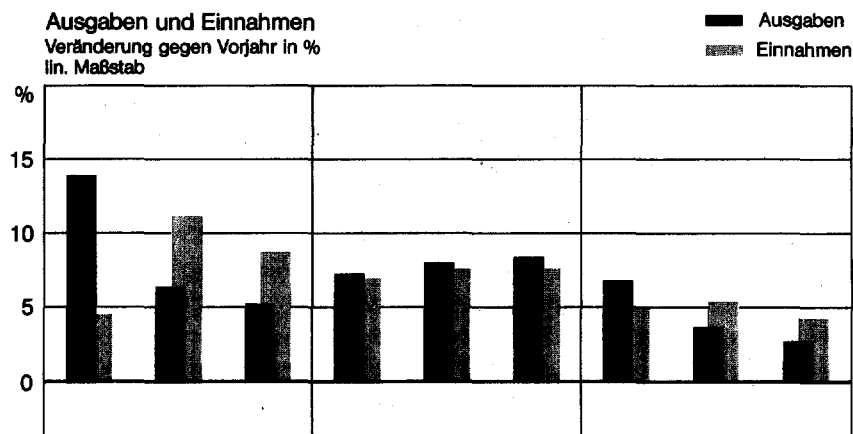
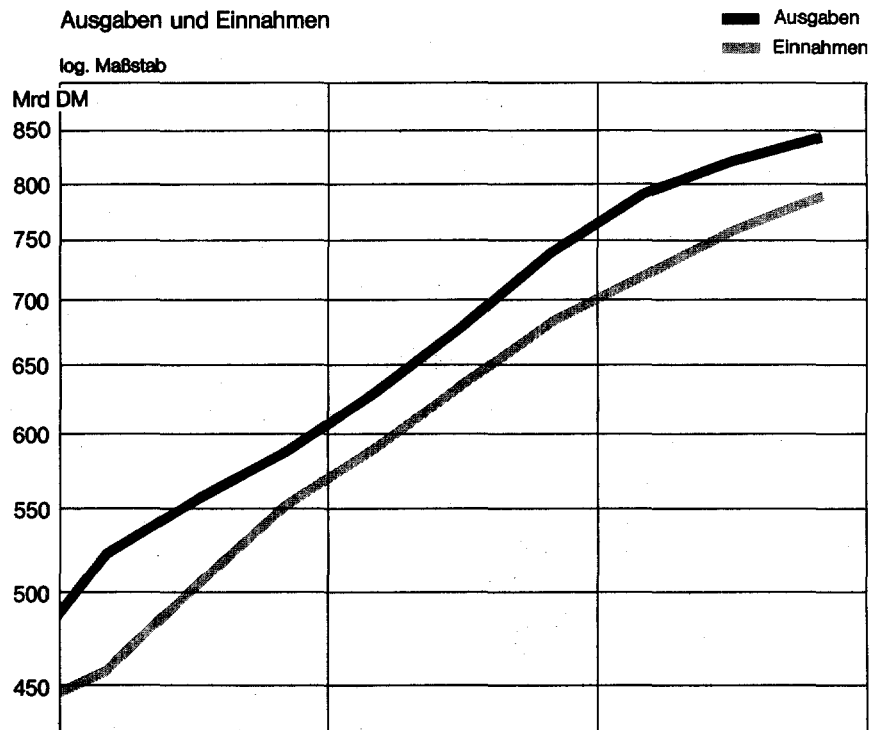
Verschiebungen in der Steuer- struktur

Innerhalb der Steuern hat sich im vergangenen Jahr — in erster Linie bedingt durch die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte 1983 — das Gewicht etwas zu den indirekten Abgaben hin verlagert¹). Die kräftige Zunahme des Umsatzsteueraufkommens (8½ %) war freilich nur zum Teil Folge der Steuersatzanhebung; sie beruhte auch auf der insbesondere zum Jahresbeginn lebhafteren Verbrauchskonjunktur und der regen Wohnungsbautätigkeit. Unter den direkten Abgaben sind allerdings die Körperschaftsteuereinnahmen mit 10½ % noch stärker gestiegen, was vor allem mit der im Zuge der konjunkturellen Erholung merklich verbesserten Ertragslage der Kapitalgesellschaften zu erklären ist. Die Einnahmen aus den Steuern auf die persönlichen Einkommen erhöhten sich 1983 um 2 %, wobei sich die Erträge aus der veranlagten Einkommensteuer und der Lohnsteuer sehr unterschiedlich entwickelten. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ging im vergangenen Jahr weiter zurück (—7½ %). Dafür spielte eine wesentliche Rolle, daß aus der Veranlagung vorangegangener Jahre nur sehr geringe Abschlußzahlungen eingingen (möglicherweise weil sich früher vorgenommene steuerliche Entlastungen nun verstärkt auswirkten). Überdies sind die zu Lasten des Einkommensteueraufkommens verbuchten Erstattungen, die wegen zuviel im Quellenabzug einbehaltener Lohnsteuer oder wegen Verlusten bei anderen Einkünften an veranlagungspflichtige Arbeitnehmer geleistet wurden, 1983 weiter kräftig gestiegen. (Im vergangenen Jahr entsprachen die im einzelnen nicht genau zuzurechnenden Erstattungen rd. 45 % des verbuchten Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer.) Diesen Erstattungen steht freilich gegenüber, daß andere veranlagungspflichtige Arbeitnehmer — sei es wegen zuwenig einbehaltener Lohnsteuer, sei es wegen anderer Einkünfte — im Einkommensteueraufkommen enthaltene Nachzahlungen leisten, deren Umfang nicht bekannt ist. Schon auf Grund dieser Überschneidungen mit der veranlagten Einkommensteuer ist es nicht möglich, aus der Entwicklung des Lohnsteueraufkommens, das 1983 um 4½ % und damit gut dreimal so stark gestiegen ist wie die Brutto Lohn- und -gehaltssumme, ohne weiteres auf die Belastung der Arbeitnehmereinkommen zu schließen. Im Jahre 1983 spielte überdies eine Rolle, daß im Haushaltsbegleitgesetz 1983 enthaltene Maßnahmen (wie der Abbau der sog. Vorsorgepauschale für Beamte) zwar das Lohnsteueraufkommen insgesamt erhöhten, aber nur einen bestimmten Kreis von Arbeitnehmern betrafen.

Starker Rückgang der Defizite

Vor allem durch die Ausgabeneinsparungen, aber auch durch die günstige Einnahmenentwicklung kamen die Gebietskörperschaften in der Konsolidierung ihrer Haushalte einen erheblichen Schritt voran. Ihre Defizite fielen 1983 mit 54 Mrd DM um 16 Mrd DM niedriger aus als ein Jahr zuvor, während nach den Planungen etwa gleich hohe Deckungslücken wie 1982 (70 Mrd DM) zu erwarten gewesen wären. Auch wenn man die Sozialversicherungen einschließt, ändert sich der Umfang der 1983 entstandenen Defizite nur wenig (55 Mrd DM). Jedoch ergibt sich dann für den öffentlichen Gesamthaushalt gegenüber dem Vorjahr nur eine Verbesserung um rd. 10 Mrd DM, was vor allem mit dem ungünstigeren Abschluß der Rentenversicherung zusammenhängt. Gemessen am Sozialprodukt ging das Defizit aller öffentlichen Haushalte auf 3¼ % zurück;

¹ Die zeitlich befristete rückzahlbare Investitionshilfeabgabe (Aufkommen 1983 ½ Mrd DM) ist in den Steuereinnahmen nicht enthalten; sie wird im Bundshaushalt als Kreditaufnahme behandelt.



*) Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.- p) Vorläufig.- ts) Teilweise geschätzt.

in den letzten zwei Jahren zusammen wurde es damit um 1½ Prozentpunkte vermindert.

Weitere entlastende Maßnahmen für 1984

Auch für das laufende Jahr haben sich die Gebietskörperschaften vorgenommen, den Konsolidierungskurs fortzusetzen. Wichtige Voraussetzungen hierfür wurden durch das Ende v. J. verabschiedete „Haushaltsbegleitgesetz 1984“ geschaffen. Es umfaßt Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen im Umfange von 5 Mrd DM. Erhebliche Mittel sollen weiter dadurch eingespart werden, daß die nächste Lohn- und Gehaltsanpassung im öffentlichen Dienst auf das Jahr 1985 verschoben wird. Außerdem sollen den Sozialversicherungen durch die stärkere Einbeziehung von Sonderzahlungen und des Krankengeldes in die Beitragspflicht um rd. 5 Mrd DM höhere Einnahmen zufließen. Gleichzeitig wurde ein Steuerentlastungsgesetz beschlossen, mit dem die zusätzlichen Einnahmen aus der 1984 für das volle Jahr wirksamen Mehrwertsteuererhöhung insbesondere für Entlastungen der Unternehmen bei der Vermögensteuer und für bestimmte Sonderabschreibungen verwendet werden. Faßt man — beginnend mit der „Operation '82“ — die in den letzten drei Jahren beschlossenen Maßnahmen zusammen, so werden die öffentlichen Haushalte hierdurch im Jahre 1984 um schätzungsweise 55 Mrd DM¹) entlastet (was zugleich deutlich macht, daß ohne die Maßnahmen mit einem weiteren Anstieg der öffentlichen Defizite zu rechnen gewesen wäre). Der Schwerpunkt liegt mit etwa 35 Mrd DM bei Ausgabeneinsparungen im konsumtiven Bereich. Etwa 20 Mrd DM stammen (per saldo) aus Abgabenerhöhungen, und zwar überwiegend aus Mehreinnahmen an Sozialversicherungsbeiträgen; eine wesentliche Rolle spielte hier, daß die bei der Bundesanstalt für Arbeit entstandenen großen Finanzierungslücken nicht ohne Beitragssatzerhöhungen zurückgeführt werden konnten. Neben den gesetzlichen Maßnahmen wurden in Planung und Vollzug der Haushalte Einsparungen bei den Personalausgaben (nicht zuletzt durch Zurückhaltung mit Personaleinstellungen), beim laufenden Sachaufwand und in beträchtlichem Umfang auch bei den Investitionsausgaben vorgenommen.

Fortgang der Konsolidierung

Im Jahre 1984 wird der Abbau der Defizite aller Voraussicht nach von der Wirtschaftsentwicklung unterstützt werden; denn die Steuererträge dürften konjunkturbedingt kräftiger als im vergangenen Jahr wachsen, und die Ausgaben für Arbeitslose könnten sogar sinken. Auch war die Ausgangslage für das neue Haushaltsjahr günstiger als noch kurz vor Jahresende angenommen, was in den Planungen — soweit diese schon 1983 abgeschlossen wurden — noch nicht berücksichtigt werden konnte. Dies gilt auch für die Einnahme des Bundes aus dem auszuschüttenden Bundesbankgewinn, die im Haushaltsplan mit 9 Mrd DM veranschlagt wurde, gemäß dem Jahresabschluß der Bundesbank (vgl. S. 144) aber gut 11 Mrd DM beträgt. Die Defizite der Gebietskörperschaften werden daher im Jahre 1984 vermutlich niedriger ausfallen als gegen Ende vergangenen Jahres erwartet, soweit nicht noch neue Belastungen entstehen. Freilich wird die Aufgabe der Konsolidierung auch damit noch nicht voll bewältigt sein. So wird im laufenden Jahr immer noch ein beachtlicher Teil der inländischen Geldvermögensbildung für staatliche Zwecke beansprucht werden; es wäre wünschenswert, hier für die Finanzierung der privaten Investitionen, des wichtigsten Trägers des Wirtschaftswachstums, in der Folgezeit weiteren Raum zu gewinnen. Angesichts der längerfristigen Wachstums- und Beschäftigungsprobleme erscheint in diesem Zusammenhang auch fraglich, ob Vorstellungen über die bei einer „Normallage“ der Wirtschaft tolerable Höhe des Staatsdefizits, wie sie in weiter zurückliegenden Jahren entwickelt wurden, noch eine Richtschnur für die künftige Finanzpolitik abgeben können. Relationen aus Zeiten, in denen es unter dem Einfluß des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes mehr um die Glättung konjunktureller Schwankungen mit Hilfe finanzpolitischer Maßnahmen ging und für die Wirtschafts- und Finanzpolitik noch nicht das Ziel im Vordergrund stand, die Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft langfristig zu stärken, den Struktur-

¹ Unberücksichtigt bleiben dabei Rückwirkungen der durch die Maßnahmen beeinflussten Wirtschaftsentwicklung auf die öffentlichen Haushalte.

wandel zu fördern und die Konkurrenzfähigkeit zu sichern, dürften inzwischen kaum noch ein geeigneter Maßstab sein. Für die Verbesserung der mittelfristigen Wachstumsbedingungen ist überdies die Rückführung des hohen Anteils der Staatsausgaben am Sozialprodukt nicht weniger wichtig als der Abbau der Defizite. Selbst 1984 wird die „Staatsquote“ voraussichtlich noch fast 50% betragen gegen 47% zehn Jahre und knapp 40% zwanzig Jahre zuvor. Die Staatsquote zu verringern verlangt freilich finanzpolitisch einen langen Atem; wie sich ihr Anstieg über einen längeren Zeitraum erstreckte (mit Schwerpunkt in den Jahren 1970 bis 1975), so kann sie auch nur schrittweise spürbar zurückgeführt werden. Dieser Zielsetzung entsprechend müßte auch in den Haushaltsplanungen für das Jahr 1985 angestrebt werden, die sich voraussichtlich fortsetzende günstige Wirtschaftsentwicklung für eine weitere Reduzierung des Staatsanteils zu nutzen. Je mehr die private Wirtschaft aus eigener Kraft hinreichende Dynamik entwickelt und dabei der Konsolidierungskurs durchgehalten wird, desto mehr gewinnen die Gebietskörperschaften selbst wieder Handlungsfähigkeit zur Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben. Dies zeichnet sich schon jetzt in Ansätzen ab, etwa darin, daß die Hauptträger staatlicher Investitionen, die Gemeinden, auf diesem Gebiet wieder aktiver werden können. Eine Voraussetzung hierfür besteht freilich darin, daß die relativ restriktive Linie bei den konsumtiven Ausgaben nicht aufgegeben wird.

Wird der gegenwärtige finanzpolitische Kurs weiterverfolgt, so ist auch zu erwarten, daß mittelfristig finanzieller Spielraum für eine Senkung der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (einschließlich familienpolitischer Maßnahmen) entsteht. Allerdings ist schwer zu überblicken, in welchem Umfang bisher nicht einkalkulierte Belastungen — beispielsweise von den Europäischen Gemeinschaften her — auf die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik zukommen. Schon deshalb ist es ungewiß, wie rasch der Konsolidierungsprozeß vorschreiten kann. Jedenfalls muß bei der Wahl des Zeitpunktes und des Ausmaßes der Steuersenkung vermieden werden, daß hierdurch die sich abzeichnende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erneut gefährdet wird.

Bedingungen einer Einkommensteuersenkung

3. Außenwirtschaftliche Lage unter dem Einfluß starker Wechselkursbewegungen

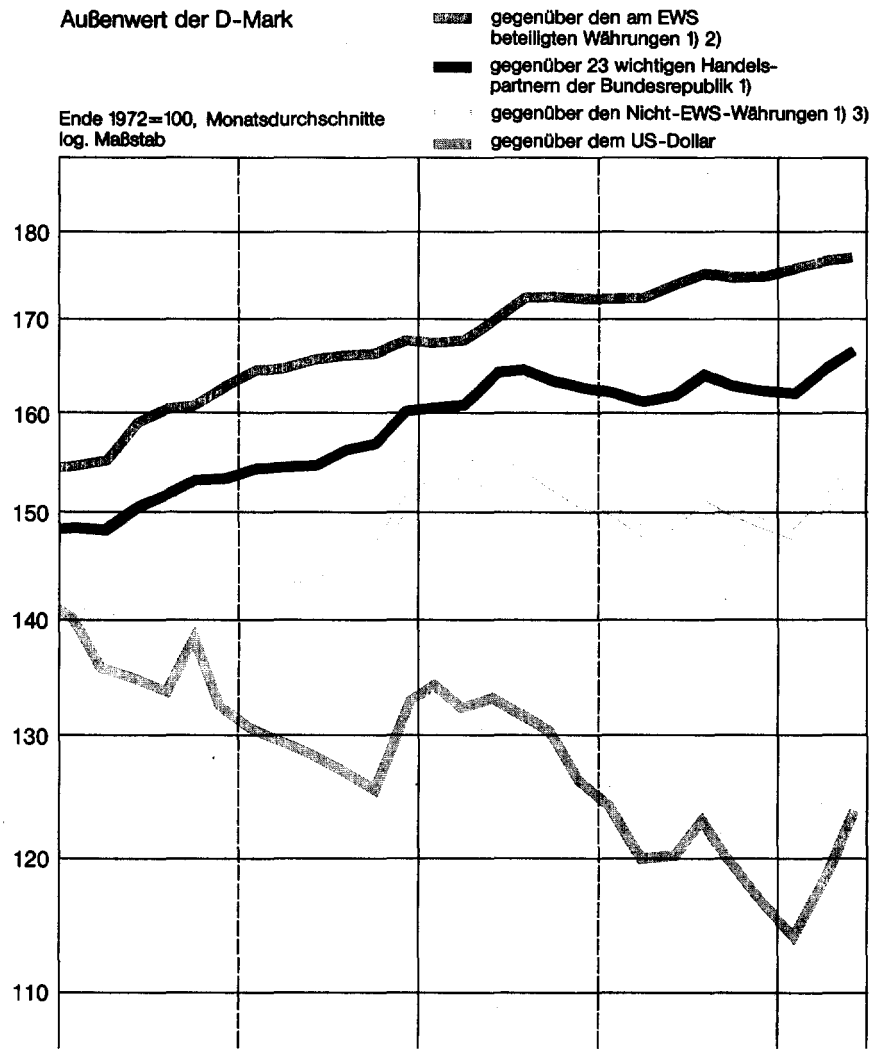
Nach den Jahresergebnissen zu urteilen, befand sich die außenwirtschaftliche Bilanz 1983 weitgehend im Gleichgewicht: In der Leistungsbilanz erzielte die Bundesrepublik erneut einen leichten Überschuß, der mit 10 Mrd DM geringfügig höher ausfiel als ein Jahr zuvor. Die Netto-Exporte im langfristigen Kapitalverkehr waren fast so hoch wie der Aktivsaldo im Leistungsverkehr mit dem Ausland; verglichen mit 1982 hat sich der Mittelabfluß halbiert. Die Währungsreserven änderten sich nicht nennenswert; die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank gingen, zu Bilanzkursen gerechnet, lediglich um 1½ Mrd DM zurück.

Zahlungsbilanz weitgehend im Gleichgewicht

Allerdings wurde dieses an sich erfreuliche Gesamtbild zeitweise durch beträchtliche Schwankungen der Wechselkurse getrübt. So notierte die D-Mark von Jahresbeginn bis zu der im März 1983 vorgenommenen Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem (EWS) gegenüber allen wichtigen Währungen ausgesprochen fest; vor allem auch gegenüber dem US-Dollar konnte sie sich in dieser Periode gut behaupten. Begleitet war diese Stärkephase der D-Mark von umfangreichen spekulativen Devisenzuflüssen, die mit zur damaligen Aufblähung der Geldmenge beitrugen. Das Realignement vom 21. März 1983 markierte einen gewissen Wendepunkt, jedenfalls neigte die D-Mark nach dieser Wechselkurskorrektur eher zur Schwäche. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß die Aufwertung der D-Mark gegenüber den EWS-Währungen — gemessen an den Leitkursen im gewogenen Durchschnitt um 5½% — allgemein für relativ hoch gehalten wurde. Erst im September löste sich die D-Mark nachhaltig von der Untergrenze des Kursbandes im EWS, wo-

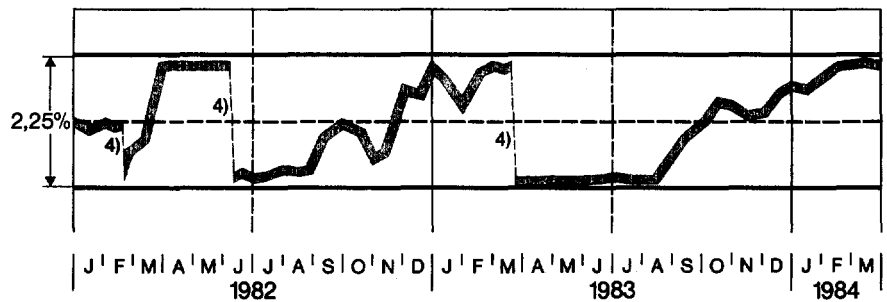
Vorübergehende Wechselkursspannungen im EWS

Wechselkursentwicklung



Position der D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems

halbmonatlich



1) Gewogener Außenwert der D-Mark; geometrische Mittelung.- 2) Ohne Pfund Sterling.- 3) Einschl. Pfund Sterling und US-Dollar.- 4) Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS.- Letzter Stand: März 1984.

bei auch die Anpassung des Lombardsatzes der Bundesbank an die gestiegenen Marktsätze von Bedeutung gewesen sein dürfte.

Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar nach dem Realignement im EWS

Vor allem gegenüber dem US-Dollar hat sich die D-Mark nach dem Realignement im EWS beträchtlich abgeschwächt. Notierte der US-Dollar unmittelbar vor der Wechselkursanpassung noch bei 2,39 DM, so stieg er danach bis zum Jahresende auf 2,72 DM; Mitte Januar 1984 erreichte die Dollarhaube mit einem Wechselkurs von 2,84 DM je US-Dollar (bzw. einer Aufwertung um 18 1/2 %)

seit März 1983) ihren Höhepunkt. Zwar haben sich andere wichtige „Drittwährungen“ wie der japanische Yen (21¼%), das Pfund Sterling (11%) und der Schweizer Franken (8¾%) im gleichen Zeitraum ebenfalls gegenüber der D-Mark aufgewertet. Dennoch dürfte es sich bei diesem Wertverlust der D-Mark nicht primär um eine eigenständige, in der Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik begründete DM-Schwäche, sondern vor allem um den Reflex einer allgemeinen Dollarstärke gehandelt haben, die sich gegenüber der D-Mark als der am meisten exponierten Währung besonders stark ausprägte. Die hohen Zinsen in den USA, die günstige Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und politische Faktoren verhinderten nicht nur eine Abwertungstendenz, wie sie sonst aus dem wachsenden Leistungsbilanzdefizit der USA resultiert hätte, sondern gaben dem US-Dollar zusätzlich Auftrieb. Die D-Mark als Gegenpol zum US-Dollar wurde durch dessen Aufwärtstendenz in besonderer Weise betroffen.

Im Verlauf des Januar 1984 kehrte sich freilich die für die D-Mark ungünstige Wechselkursentwicklung erneut um. Die D-Mark gewann gegenüber dem US-Dollar erheblich an Boden. Bei Abschluß dieses Berichts notierte der US-Dollar bei 2,63 DM, womit sich die D-Mark seit Mitte Januar um fast 8% aufgewertet hat. Wie schon vor längerer Zeit erwartet, scheinen nun am Devisenmarkt die eher für eine feste D-Mark sprechenden ökonomischen Grundbedingungen an Gewicht gewonnen zu haben, so daß mittlerweile die vorangegangene Unterbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar um einiges korrigiert werden konnte. Mit der Umkehr der Wechselkursentwicklung des US-Dollars hat sich zugleich auch die Position der D-Mark gegenüber anderen EWS-Währungen seit Januar d. J. gefestigt; teilweise wurde sogar wieder mit beträchtlichen Beträgen zugunsten von Partnerwährungen interveniert. Offensichtlich wird die D-Mark am Devisenmarkt nun grundsätzlich besser eingeschätzt, nicht zuletzt, weil die Preise in der Bundesrepublik nach wie vor langsamer steigen als in den meisten anderen EWS-Ländern und eine „reale“ Abwertung der D-Mark, wie sie nach dem letzten Realignment eingetreten ist, als nicht gerechtfertigt angesehen wird.

Die Wechselkursausschläge blieben nicht ohne Einfluß auf den Leistungsverkehr mit dem Ausland. Insbesondere wurde 1983 abermals deutlich, wie sensibel die Leistungsbilanz der Bundesrepublik auf eine Dollaraufwertung reagiert. Zwar schloß der Leistungsverkehr mit dem Ausland insgesamt — wie erwähnt — mit einem Aktivsaldo von 10 Mrd DM ab. Doch wurde der Überschuß vorwiegend im ersten Halbjahr erzielt, also in einer Phase, in der die D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Durchschnitt noch relativ hoch notierte. In der zweiten Jahreshälfte wies die Leistungsbilanz dagegen saisonbereinigt nur noch ein geringes Plus auf. Unter anderem spielte hier der Wertverlust der D-Mark gegenüber dem US-Dollar eine Rolle.

Seit April 1983 haben sich die Einfuhren im Zusammenhang mit dem Dollar Kursanstieg stark verteuert. Da etwa ein Drittel der deutschen Einfuhren in US-Dollar fakturiert wird, mußte eine Aufwertung des US-Dollars über höhere Einfuhrpreise die deutsche Leistungsbilanz direkt belasten. Insbesondere die Preise für eingeführtes Erdöl und sonstige Rohstoffe zogen im zweiten Halbjahr 1983 kräftig an. Dagegen war der Preisanstieg bei Fertigerzeugnissen weniger stark, wobei ins Gewicht fiel, daß sich der Außenwert der D-Mark gegenüber den am Europäischen Währungssystem beteiligten Ländern, aus denen ein erheblicher Teil der Fertigwaren eingeführt wird, leicht verbessert hat. Erst im Februar 1984 ließ der Preisdruck spürbar nach, nachdem sich die D-Mark gegenüber dem US-Dollar wieder festigen konnte.

Erneute Festigung
der D-Mark seit
Mitte Januar 1984

Verschlechterung
der Leistungsbilanz
im Verlauf von
1983 . . .

. . . wegen wechsel-
kursbedingter
Einfuhrpreis-
steigerungen

Starker konjunktur-
bedingter Anstieg
der Einfuhrmengen

Während die Einfuhrpreissteigerungen unmittelbar die Handelsbilanz belasteten, konnten gegenläufige Mengenreaktionen in so kurzer Zeit nicht erwartet werden, zumal gerade die Nachfrage nach teurer gewordenen Rohstoffen und Energieträgern kurzfristig weit mehr von den produktionstechnischen Bedürfnissen im Inland abhängt als vom jeweiligen Preisniveau (nur längerfristig treten hier Einspar- und Substitutionseffekte auf). So ist das Einfuhrvolumen im wesentlichen konjunkturbedingt um reichlich 4% gestiegen, nachdem 1981 und 1982 die Einfuhren — ebenfalls konjunkturbedingt — rückläufig gewesen waren bzw. annähernd stagniert hatten. Vom Anstieg der deutschen Einfuhrnachfrage gingen damit erhebliche konjunkturelle Impulse auf die Wirtschaft unserer Handelspartnerstaaten aus; nicht zuletzt profitierten hiervon die Industrieländer Westeuropas.

Kräftiges Wachstum
der Fertigwaren-
einfuhren

Bemerkenswert ist, daß 1983 wieder verstärkt Fertigwaren eingeführt wurden (dem Volumen nach 7%). Nach zwei Jahren mit einer eher gedämpften Entwicklung scheint sich damit der bis 1980 zu beobachtende Trend erneut durchzusetzen, daß ausländische Fertigwaren zunehmend auf dem deutschen Markt vordringen. Im Berichtsjahr wurden insbesondere Straßenfahrzeuge, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und elektrotechnische Produkte vermehrt aus dem Ausland bezogen. Aber auch Rohstoffe und Halbwaren — soweit sie nicht zu den Energieträgern zählen — sind 1983 stärker eingeführt worden (real 2%). Dagegen haben die Energieeinfuhren dem Volumen nach praktisch stagniert, obwohl das Bruttosozialprodukt wieder deutlich gestiegen ist. Offensichtlich wurde angesichts der hohen Energiepreise weiter sparsam mit Energie umgegangen. Innerhalb der Energieeinfuhr kam es freilich zu erheblichen Verschiebungen. So haben 1983 die Einfuhren von Mineralölprodukten erneut kräftig zugenommen (dem Volumen nach im Vergleich zum Vorjahr um 16%). Gegenläufig dazu wurden die Rohölimporte der Bundesrepublik nochmals stark gedrosselt, und zwar mengenmäßig um 10%. Diese Umschichtungen innerhalb der Energieeinfuhr erklären sich daraus, daß durch den scharfen Preiswettbewerb auf dem Markt für einzelne Mineralölprodukte eine Weiterverarbeitung des Rohöls in deutschen Raffinerien, mit relativ hoher Wertschöpfung im Inland, häufig vergleichsweise kostengünstiger ist als die Direkteinfuhr von Mineralölerzeugnissen. Da die Einfuhrpreise für Energie 1983 insgesamt — trotz der Verteuerung in der zweiten Jahreshälfte — nachgaben (gemessen an den Durchschnittswerten um 6%), mußte für die gesamten Energieeinfuhren dem Wert nach mit 85 Mrd DM deutlich weniger aufgewendet werden als im Jahr zuvor (90 Mrd DM). Nach Abzug der Energieausfuhren (1983 15 Mrd DM) schloß die Energiebilanz der Bundesrepublik mit einem Defizit von 70 Mrd DM ab (verglichen mit 74 Mrd DM 1982).

Seit Mitte 1983
starkes Wachstum
der Ausfuhren

Erst seit Mitte 1983, also mit erheblicher Verzögerung im Vergleich zu den Einfuhren, kam auch das Wachstum der deutschen Ausfuhren — nach einer einjährigen Stagnationsphase — wieder auf breiter Front in Gang. Von da an konnte zumindest ein Teil der konjunktur- und wechselkursbedingten Einfuhrbelastungen aufgefangen werden. Wegen der verhaltenen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte haben sich die Ausfuhren im gesamten Jahr 1983 dem Wert und dem Volumen nach kaum verändert. Im zweiten Halbjahr 1983 sind die Ausfuhren jedoch gegenüber der ersten Jahreshälfte — nach Ausschaltung der Saisonschwankungen — real und nominal um etwa 5% gestiegen. Diese Ausfuhrbelebung ist umso bemerkenswerter, als wichtige Abnehmerländer deutscher Produkte, wie Frankreich und Italien, der weltweiten Konjunkturerholung nur zögerlich folgen können, da in diesen Staaten nach wie vor ungelöste Struktur- und Stabilisierungsprobleme im Vordergrund stehen. Außerdem haben die OPEC-Länder 1983 ihre Einfuhrnachfrage drastisch eingeschränkt, denn die weitere Abnahme der Öleinnahmen erzwang die Streckung — weñ nicht sogar die Aufgabe — mancher ehrgeiziger Entwicklungspläne. Insbesondere der Großanlagenbau wurde von diesem veränderten weltwirtschaftlichen

Hauptposten der Zahlungsbilanz

Mrd DM

Position	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
A. Leistungsbilanz								
1. Außenhandel								
Ausfuhr (fob) 1)	256,6	273,6	284,9	314,5	350,3	396,9	427,7	432,3
Einfuhr (fob) 1)	214,6	227,7	235,8	282,7	331,4	357,3	365,2	378,9
Saldo	+ 42,1	+ 45,9	+ 49,2	+ 31,8	+ 18,9	+ 39,6	+ 62,6	+ 53,5
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 2) und Transithandel	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,2	- 0,0	+ 1,0	+ 2,1	+ 4,9
Saldo des gesamten Warenhandels	+ 42,0	+ 46,0	+ 51,2	+ 32,0	+ 18,9	+ 40,6	+ 64,7	+ 58,4
3. Dienstleistungsbilanz	- 14,2	- 18,2	- 15,3	- 21,9	- 23,0	- 26,9	- 27,7	- 21,8
darunter:								
Reiseverkehr	- 14,6	- 16,4	- 19,0	- 21,6	- 25,2	- 25,8	- 26,3	- 24,4
Kapitalerträge	+ 3,3	+ 0,4	+ 5,1	+ 3,2	+ 4,2	+ 0,5	- 2,2	+ 4,1
4. Übertragungsbilanz	- 17,9	- 18,2	- 17,8	- 21,2	- 24,5	- 26,8	- 28,3	- 26,5
darunter:								
Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte	- 6,7	- 6,1	- 6,3	- 7,0	- 7,5	- 7,9	- 7,8	- 7,4
Leistungen an die Europäischen Gemeinschaften (netto)	- 3,5	- 3,5	- 1,9	- 4,0	- 4,5	- 6,5	- 7,5	- 6,1
Saldo der Leistungsbilanz	+ 9,9	+ 9,5	+ 18,1	- 11,1	- 28,6	- 13,1	+ 8,7	+ 10,1
B. Kapitalverkehr								
1. Langfristiger Kapitalverkehr								
a) Deutsche Anlagen im Ausland (Zunahme: -)	- 19,9	- 23,1	- 24,1	- 20,9	- 28,8	- 27,6	- 30,1	- 34,6
darunter:								
Direktinvestitionen	- 6,2	- 5,1	- 7,2	- 8,2	- 7,4	- 8,8	- 8,0	- 7,4
Kredite und Darlehen der Wirtschaftsunternehmen	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,8	- 1,1	- 0,7
Portfolioinvestitionen	- 0,9	- 5,4	- 4,2	- 3,0	- 7,7	- 6,0	- 11,4	- 10,4
Kredite und Darlehen der Banken	- 9,7	- 9,6	- 8,5	- 5,4	- 9,4	- 5,3	- 3,7	- 8,4
Öffentliche Hand	- 2,4	- 2,1	- 3,3	- 2,4	- 2,3	- 4,9	- 4,4	- 5,6
b) Ausländische Anlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 19,1	+ 10,5	+ 21,3	+ 33,1	+ 34,5	+ 35,9	+ 14,2	+ 27,2
darunter:								
Direktinvestitionen	+ 3,4	+ 2,2	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,6	+ 2,9
Kredite und Darlehen der Wirtschaftsunternehmen	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,5
Portfolioinvestitionen	+ 4,8	+ 2,3	+ 3,2	+ 5,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,7	+ 13,6
Kredite und Darlehen der Banken	+ 4,9	+ 5,0	+ 14,8	+ 22,8	+ 8,5	+ 7,0	- 3,9	- 1,7
Öffentliche Hand	+ 4,8	+ 0,5	- 0,0	+ 0,9	+ 23,1	+ 23,0	+ 9,2	+ 12,1
Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs	- 0,8	- 12,6	- 2,8	+ 12,2	+ 5,7	+ 8,3	- 15,9	- 7,4
2. Kurzfristiger Kapitalverkehr (Nettokapitalexport: -)								
a) Wirtschaftsunternehmen und Private	- 5,7	+ 4,6	- 2,9	- 5,3	+ 7,6	+ 8,2	+ 2,7	- 7,3
Finanzkredite	- 0,0	+ 8,5	+ 1,0	- 3,7	+ 13,3	+ 13,0	+ 3,6	- 1,0
Handelskredite	- 5,7	- 3,9	- 3,9	- 1,7	- 5,7	- 4,8	- 0,9	- 6,3
b) Öffentliche Hand	- 0,6	- 0,0	+ 1,2	- 0,3	- 0,4	+ 3,0	+ 0,7	- 3,3
c) Kreditinstitute	+ 6,7	+ 8,1	+ 10,1	+ 4,1	- 8,9	- 10,3	+ 8,1	+ 2,0
Forderungen	- 2,7	+ 1,2	- 2,2	- 1,7	- 7,1	- 11,2	+ 4,3	+ 5,3
Verbindlichkeiten	+ 9,4	+ 6,9	+ 12,3	+ 5,8	- 1,8	+ 0,9	+ 3,8	- 3,3
Saldo des kurzfristigen Kapitalverkehrs	+ 0,4	+ 12,6	+ 8,4	- 1,5	- 1,6	+ 0,9	+ 11,5	- 8,5
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	- 0,3	+ 0,0	+ 5,6	+ 10,7	+ 4,1	+ 9,2	- 4,4	- 15,9
C. Saldo der statistisch nicht aufglieder- baren Transaktionen (Restposten)	- 0,8	+ 0,9	- 3,9	- 4,5	- 3,4	+ 1,6	- 1,2	+ 1,8
D. Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank 3)	- 7,5	- 7,9	- 7,6	- 2,3	+ 2,2	+ 3,6	- 0,4	+ 2,4
E. Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +) (A + B + C + D)	+ 1,3	+ 2,6	+ 12,2	- 7,3	- 25,7	+ 1,3	+ 2,7	- 1,6

1 Spezialhandel. — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung. — 3 Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland

zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank durch Neubewertungen; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis zu Bilanzkursen

ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Umfeld betroffen. Wenn dennoch die Ausfuhren im Verlauf des Jahres 1983 wieder stark zu expandieren begannen, so hängt dies zum einen damit zusammen, daß auf den übrigen Absatzmärkten der Bundesrepublik ein kräftiger konjunktureller Aufschwung in Gang gekommen ist, durch den dort die Nachfrage nach Einfuhrgütern stark zunahm. Selbst viele überschuldete Entwicklungsländer konnten mit der Besserung ihrer Ausfuhrerlöse — unter anderem wegen des Anstiegs der Weltmarktpreise für Rohstoffe — ihre Einfuhrzurückhaltung zuletzt wieder etwas lockern. Zum anderen spricht der Ausfuhrerfolg aber auch dafür, daß die deutsche Wirtschaft im allgemeinen wettbewerbsfähig geblieben ist, worauf weiter unten näher eingegangen wird (S. 54 ff.). Durch die Dollaraufwertung hat sich die Konkurrenzsituation für deutsche Industrieprodukte insbesondere im „Dollarraum“ verbessert; jedoch ging die damit verbundene nominale Abwertung der D-Mark über das hinaus, was auf Grund der längerfristigen Preis- und Kostenrelationen gerechtfertigt erscheint, so daß eine Korrektur dieses Wechselkurssprunges in Rechnung gestellt werden muß. Die Preisvorteile für deutsche Ausfuhrerlöse in dem erreichten Ausmaß können deshalb nicht als dauerhaft betrachtet werden.

Belebung des Ausfuhrgeschäftes in praktisch allen Industriezweigen

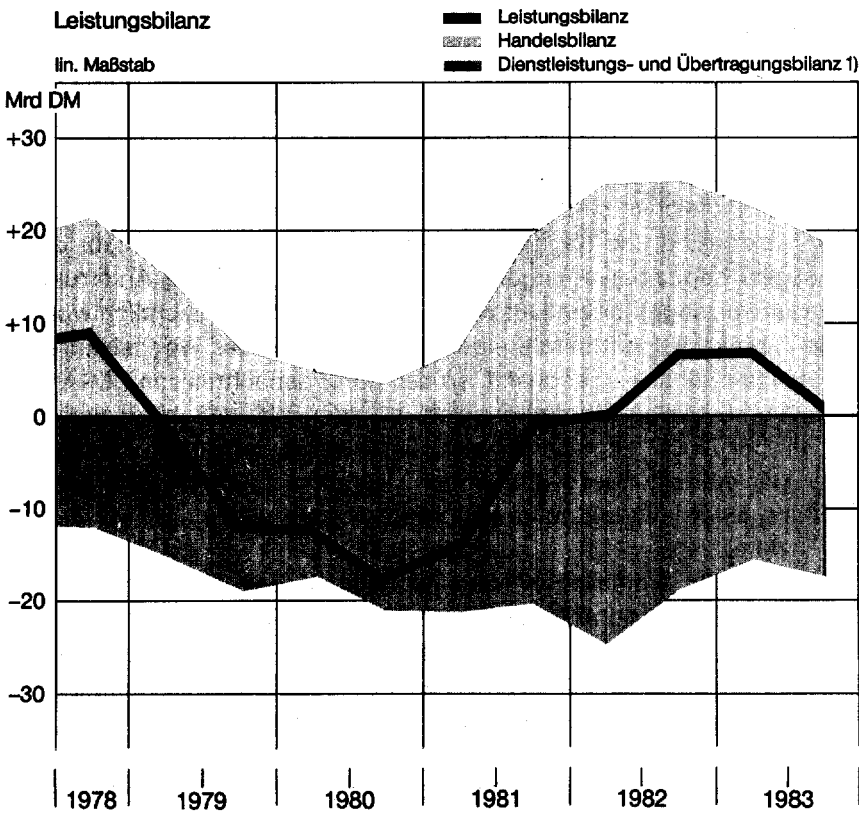
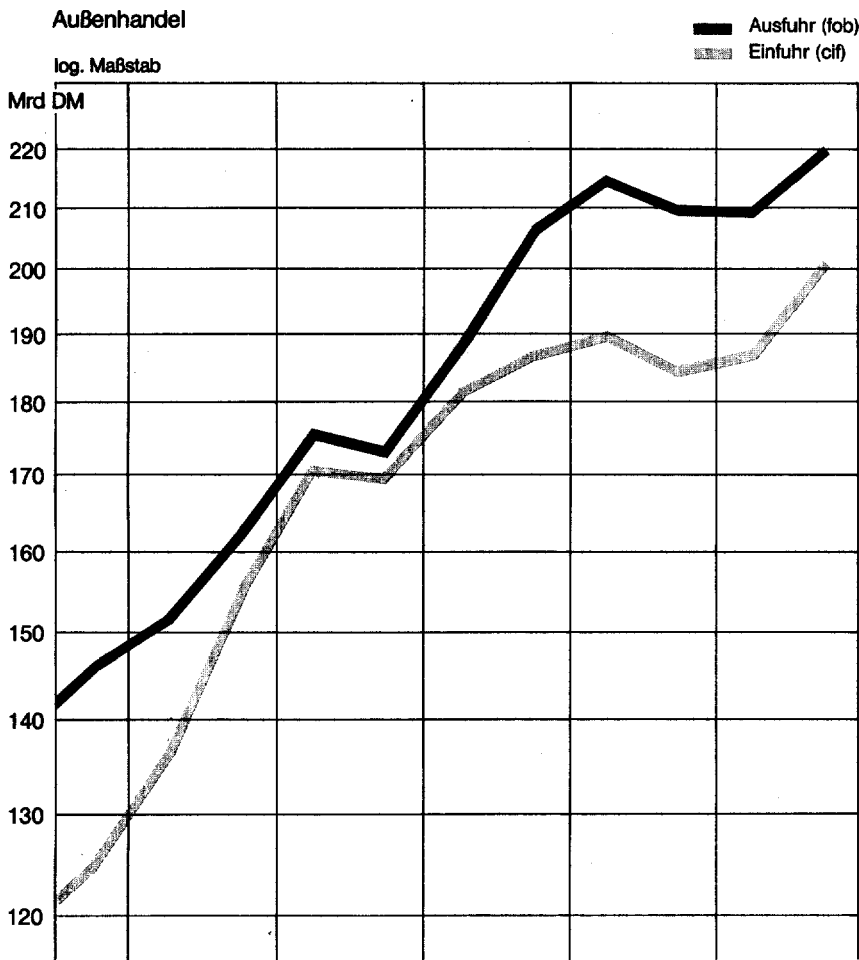
Im Zusammenhang mit der weltweiten Konjunkturerholung hat sich insbesondere das Ausfuhrgeschäft in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie belebt. Vor allem chemische Produkte wurden verstärkt ausgeführt; aber auch die deutsche Stahlindustrie konnte ihren Auslandsabsatz — allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus — im Verlauf des Jahres wieder deutlich steigern. Angesichts der z. T. niedrigen Kapazitätsauslastung ließ sich die höhere Auslandsnachfrage nach solchen Massenprodukten in der Regel ohne größere Zeitverzögerung befriedigen. Lebhaft war auch das Ausfuhrgeschäft des Verbrauchsgütergewerbes, wobei sich positiv auswirkte, daß die konjunkturelle Erholung in den meisten westlichen Industriestaaten zunächst überwiegend von der Konsumnachfrage getragen wurde. Die realen Ausfuhren von Investitionsgütern, insbesondere von Maschinenbauerzeugnissen, blieben dagegen eher gedämpft; erst in der zweiten Jahreshälfte nahmen hier die Auftragseingänge aus dem Ausland stärker zu. Von der wiedergewonnenen Wachstumsdynamik im Auslandsgeschäft sind seit Jahresmitte 1983 beträchtliche zusätzliche Impulse auf die Binnenkonjunktur ausgegangen.

Rückgang des Handelsbilanzüberschusses, aber auch der Defizite bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen

Die zeitliche Verzögerung zwischen dem durch die Entwicklung der Inlandsnachfrage bedingten Anstieg der Einfuhren und dem erst später einsetzenden Anspringen der Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten trug mit dazu bei, daß der Aktivsaldo im Außenhandel — saisonbereinigt betrachtet — von Quartal zu Quartal leicht zurückging. Insgesamt ergab sich 1983 im Außenhandel — auf fob-Basis¹⁾ — ein Überschuß, der mit 53½ Mrd DM um 9 Mrd DM niedriger als ein Jahr zuvor ausfiel. Wenn sich gleichwohl die Leistungsbilanz gegenüber dem Vorjahr — wie erwähnt — leicht verbessern konnte, so lag dies an einer — in dieser Form wohl kaum wiederholbaren — positiven Entwicklung bei den „unsichtbaren“ Transaktionen mit dem Ausland. Die Defizite der Bundesrepublik in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz (einschließlich der Transport- und Versicherungskosten bei der Einfuhr) waren 1983 — mit insgesamt 48½ Mrd DM — um 7½ Mrd DM niedriger als ein Jahr zuvor. Am stärksten hat dazu die Aktivierung der Kapitalertragsbilanz beigetragen, in der die Bundesrepublik nach einem Passivsaldo von gut 2 Mrd DM im Jahre 1982 einen Überschuß in Höhe von über 4 Mrd DM erzielte. Hierbei wirkten verschiedene Faktoren in die gleiche Richtung, wie beispielsweise die Rückkehr zu Leistungsbilanzüberschüssen und die damit verbundene Zunah-

¹⁾ Entsprechend den internationalen Gepflogenheiten bei der Erstellung der Zahlungsbilanz werden hier — im Gegensatz zur amtlichen deutschen Außenhandelsstatistik — nicht nur die Ausfuhren, sondern auch die Einfuhren mit ihrem Wert an der Grenze des ausländischen exportierenden Landes (fob-Wert) ausgewiesen. Die Transport- und Versicherungskosten, die bei der Einfuhr anfallen, werden dem Dienstleistungsverkehr zugerechnet, so daß der Saldo der Leistungsbilanz von dieser „Umbuchung“ nicht berührt wird. Auf fob/cif-Basis, also entsprechend der amtlichen Außenhandelsstatistik, ging der — methodisch bedingt niedrigere — Ausfuhrüberschuß von 51,3 Mrd DM (1982) auf 42 Mrd DM im Jahr 1983 zurück.

halbjährlich, saisonbereinigt

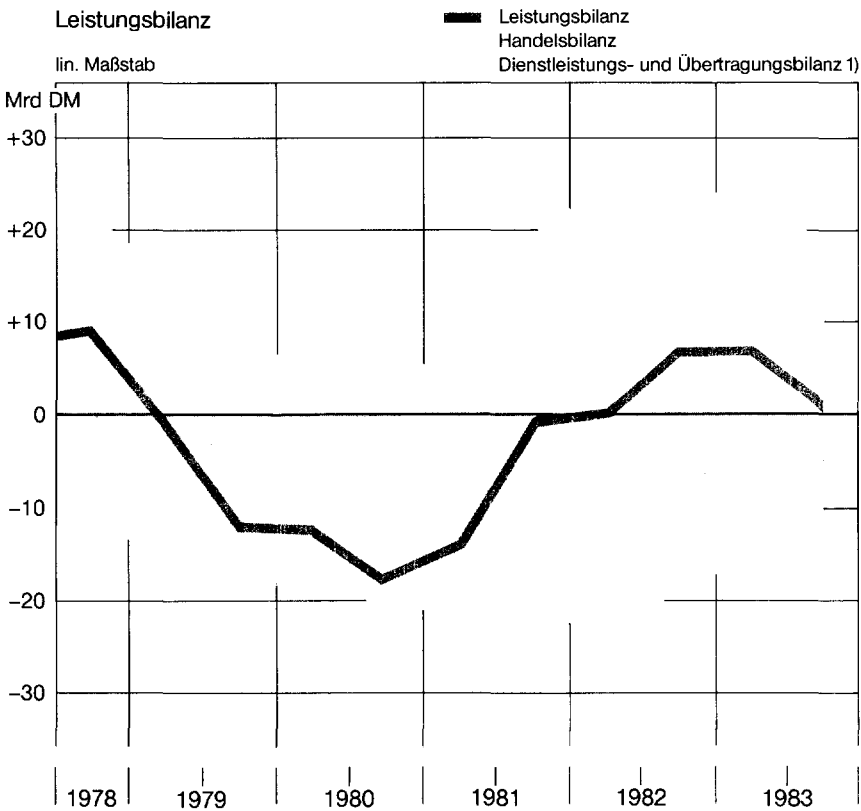
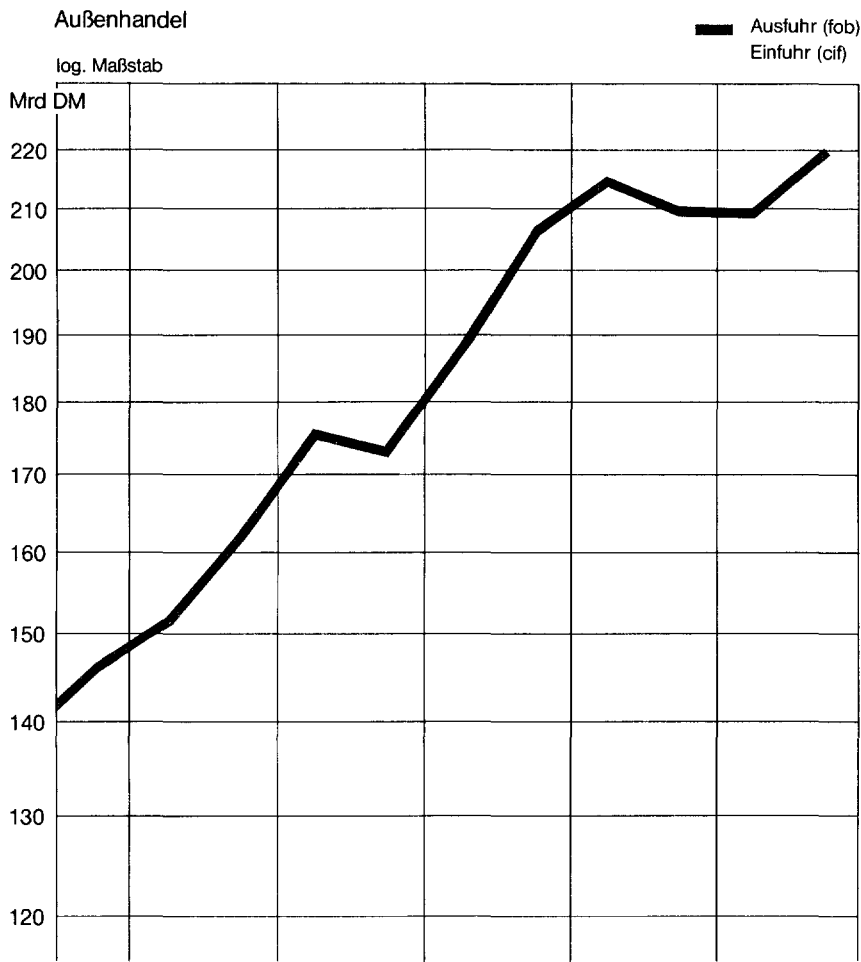


1) Einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr und Saldo des Transithandels.

BERICHTIGUNG

Der SCAN des vorhergehenden
Schriftstückes wurde wiederholt,
um volle Lesbarkeit zu gewährleisten.
Das Schriftstück erscheint unmittelbar
nach diesem Hinweis.

halbjährlich, saisonbereinigt



1) Einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr und Saldo des Transithandels.

me des Netto-Auslandsvermögens der Bundesrepublik, der Dollarkursanstieg, der den DM-Wert der Zinseinnahmen aus Dollar-Anlagen entsprechend steigen ließ, sowie die unterschiedliche Fristigkeitsstruktur der Auslandsaktiva und -passiva der Bundesrepublik, die dazu führte, daß der weltweite Zinssenkungsprozeß die Zinszahlungen an das Ausland stärker ermäßigte als die Zinserträge auf der Einnahmenseite. Darüber hinaus ist das Defizit im Reiseverkehr zwischen In- und Ausland etwas zurückgegangen, nachdem es in den beiden vorangegangenen Jahren schon auf nahezu gleicher Höhe geblieben war. Auch in der Übertragungsbilanz nahm der Passivsaldo deutlich ab, vor allem weil der deutsche Netto-Beitrag zum EG-Haushalt im Gesamtjahr 1983 um 1½ Mrd DM auf 6 Mrd DM zurückging.

Längerfristig eher wieder steigende Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz

Auf etwas längere Sicht ist jedoch damit zu rechnen, daß die Defizite bei den „unsichtbaren“ Transaktionen wieder steigen werden. So wird sich die Kapitalertragsbilanz nicht mehr so stark wie bisher aktivieren können, wenn Sonderinflüsse der erwähnten Art keine Rolle mehr spielen. Überdies werden im Reiseverkehr mit dem Ausland bei wieder steigenden Masseneinkommen die Passivsalden erneut zunehmen, und auch die Zahlungen an die EG werden sich vermutlich wieder erhöhen. Zum Ausgleich dieser Belastungen ist deshalb die Bundesrepublik tendenziell auf steigende Handelsbilanzüberschüsse angewiesen, wenn die Leistungsbilanz nicht in ein Defizit geraten soll.

Halbierung des langfristigen Netto-Kapitalexports

Während die Bilanz des Leistungsverkehrs mit dem Ausland — wie erwähnt — stark durch kurzfristige Wechselkursbewegungen beeinflusst wurde, waren die Reaktionen im langfristigen Kapitalverkehr weit weniger eindeutig. Trotz der überwiegend vorherrschenden Schwächeneigung der D-Mark im Verlauf von 1983 hat sich der langfristige Netto-Kapitalexport gegenüber dem Vorjahr halbiert (auf nur noch 7½ Mrd DM), wodurch sich die Struktur der deutschen Zahlungsbilanz erheblich verbesserte. Zwar fielen die „autonomen“, von Zins- und Wechselkursüberlegungen kurzfristig weitgehend unabhängigen Netto-Kapitalexporte für Direktinvestitionen sowie für bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfekredite mit insgesamt 10 Mrd DM etwa so hoch aus wie im Vorjahr. In den übrigen Bereichen des langfristigen Kapitalverkehrs stellte sich aber 1983 per saldo ein leichter Überschuß zugunsten der Bundesrepublik ein, nachdem hier im vorangegangenen Jahr noch beträchtliche Mittel abgeflossen waren. Ausschlaggebend für diesen Umschwung war nicht so sehr die Zinsentwicklung — das Zinsgefälle gegenüber den USA hat sich im Durchschnitt des Jahres 1983 nur wenig zurückgebildet — oder der tatsächliche Wechselkursverlauf der D-Mark, wenngleich in einzelnen Monaten durchaus eine gewisse Parallelität von DM-Abwertung und Kapitalexporten festzustellen ist. Vielmehr dürften die langfristigen Kapitalbewegungen entscheidend durch eine Änderung der Wechselkurserwartungen beeinflusst worden sein. Denn offensichtlich wurde im Verlauf des Jahres 1983 mit dem steigenden Dollarkurs das Wechselkursrisiko von Dollaranlagen höher eingeschätzt, so daß der Zinsnachteil von DM-Anlagen weniger zu Buche schlug. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß im zweiten Halbjahr 1983, als der Dollar deutlich höher notierte als in der ersten Jahreshälfte, die langfristigen Mittelzuflüsse überwogen, während zuvor noch in beträchtlichem Umfang langfristiges Kapital exportiert worden war.

Kapitalexportbeschränkungen kontraproduktiv

Dieser Prozeß einer allmählichen Neueinschätzung der Währungspositionen durch in- und ausländische Anleger wäre sicherlich erheblich gestört — wenn nicht sogar verhindert — worden, falls man von deutscher Seite den gelegentlichen Vorschlägen zu einer administrativen Beschränkung des Kapitalexports gefolgt wäre. Auch nur die leiseste Andeutung von Eingriffen in den Kapitalverkehr, durch die das „Herausgehen“ aus der D-Mark erschwert worden wäre, hätte das Vertrauen in die D-Mark beeinträchtigt und Ausländer teilweise davon abgehalten, sich in der Bundesrepublik finanziell in dem Maße zu engagieren, wie es tatsächlich der Fall gewesen war.

Besonders ausgeprägt war das Interesse des Auslands an deutschen Rentenwerten, die seit dem August 1983 in einem bisher noch nicht verzeichneten Umfang gekauft wurden. Gerade hier wurde offenbar der Zinsnachteil gegenüber Dollar-Papieren durch längerfristige Aufwertungserwartungen für die D-Mark mehr als aufgewogen — ein Zeichen dafür, daß trotz der damaligen Schwächeneigung der D-Mark das Vertrauen des Auslands in die D-Mark als Anlagewährung erhalten geblieben war. Neben deutschen festverzinslichen Wertpapieren (10,8 Mrd DM) erwarben ausländische Anleger 1983 auch etwas mehr langfristige Schuldscheine von Bund und Ländern (12,1 Mrd DM verglichen mit 9,2 Mrd DM 1982). Zum allergrößten Teil vollzog sich dieser Kapitalimport durch die Übernahme von Schuldscheinen aus dem Bestand der Banken, also nicht durch gezielte Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand im Ausland, für die bei positiver Leistungsbilanz außenwirtschaftlich gesehen auch keine Veranlassung mehr besteht. So sind auch die Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand aus Schuldscheindarlehen von OPEC-Ländern — hier hatte der Bund in den Jahren 1980/81 umfangreiche Direktkredite aufgenommen — im letzten Jahr erstmals leicht zurückgegangen. Dagegen engagierten sich vor allem Anleger aus europäischen Industrieländern, deren Zahlungsbilanzlage sich 1983 weiter verbessert hat, verstärkt in solchen DM-Titeln. Der Erwerb von Rentenwerten und Schuldscheinen der öffentlichen Hand ging allerdings teilweise zu Lasten der Direktanlagen langfristiger Gelder bei deutschen Banken. Ihre Auslandsverbindlichkeiten aus Einlagen und Schuldscheinen gingen daher im Verlauf des letzten Jahres — wie schon 1982 — zurück (– 1,7 Mrd DM).

Umfangreiche
Auslandskäufe von
Rentenwerten und
Schuldscheinen der
öffentlichen Hand

Während das Ausland verstärkt langfristige Anlagen in der Bundesrepublik tätigte, bewegten sich die privaten Kapitalexporte durch Erwerb ausländischer Wertpapiere und Bankkredite an das Ausland im vergangenen Jahr mit 21 Mrd DM¹⁾ etwa auf dem Vorjahrsniveau (19½ Mrd DM). Inländer engagierten sich zwar 1983 in einem bisher noch nicht beobachteten Ausmaß (4,6 Mrd DM) in ausländischen Aktien, die auf Grund der weltweiten Aktienhausse attraktiv erschienen. Gleichzeitig aber ließ das Interesse an ausländischen Fremdwährungsanleihen erheblich nach; in solchen Papieren — überwiegend handelte es sich um Dollar-Bonds — wurden im letzten Jahr per saldo mit 5,3 Mrd DM nur noch halb soviel Mittel angelegt wie 1982. In Anbetracht des hohen Dollarkurses und des gestiegenen Anteils von Dollar-Anlagen in den Portefeuilles privater und institutioneller Investoren stellten offenbar auch deutsche Anleger das Wechselkursrisiko bei Dollar-Anleihen zunehmend in Rechnung, während bei Anlagen in amerikanischen Aktien die möglichen Kursgewinne an der Börse im Vordergrund standen.

Gleichbleibender
Kapitalabfluß im
privaten Bereich

Die recht gedämpfte Expansion der langfristigen Auslandskredite der Banken deutet darauf hin, daß die Banken angesichts der gestiegenen Risiken im Auslandskreditgeschäft bei Neuengagements sehr zurückhaltend waren. Zwar stiegen die langfristigen Auslandsforderungen der Banken im Verlauf des letzten Jahres per saldo um 8½ Mrd DM und damit etwas stärker als 1982 (6¼ Mrd DM)¹⁾; für diesen Forderungszuwachs war aber nicht etwa eine gestiegene Neukreditgewährung, sondern vielmehr der Rückgang der Tilgungsraten ausschlaggebend. Im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen wurden an sich fällige Tilgungen hinausgeschoben, so daß — selbst bei gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Neuausleihungen — die Auslandskredite insgesamt kräftig, aber eben zum Teil „unfreiwillig“ expandierten.

Vorsichtigere
Kreditvergabe
der Banken

¹⁾ Bereinigt um die Tilgungen von sog. Carter Bonds bzw. Carter Notes durch das amerikanische Schatzamt.

Kurzfristige
Geldbewegungen
dominiert von
Wechselkurs-
spannungen im EWS

Anders als der langfristige Kapitalverkehr waren die kurzfristigen Geldbewegungen 1983 von heftigen Schwankungen, besonders im Zusammenhang mit Wechselkursspannungen im EWS, geprägt. Vor dem Realignement vom März flossen, vor allem über die Banken, umfangreiche kurzfristige Gelder in die Bundesrepublik. So belief sich der gesamte kurzfristige Geldimport im Verlauf des ersten Quartals — also nach Abzug der bis Ende März bereits wieder zurückgeströmten Gelder — auf über 15 Mrd DM (einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz gerechnet). Auf diese Phase von Devisenzuflüssen, die mit entsprechend umfangreichen Interventionen einhergingen, folgte eine praktisch bis zum Jahresende anhaltende Abflußphase mit Netto-Geldexporten von insgesamt 22 Mrd DM. Der massive Umschwung der kurzfristigen Kapitalbewegungen hing wohl vor allem damit zusammen, daß nach dem Realignement im EWS (das zu einer recht kräftigen DM-Aufwertung geführt hatte) das unmittelbare Risiko einer DM-Aufwertung entfallen war und somit in EWS-Ländern, in denen die Zinssätze wesentlich höher lagen als in der Bundesrepublik (bzw. am Euro-DM-Markt), eine kurzfristige Verschuldung in D-Mark wieder attraktiv erschien. Neben solchen Schwankungen in der kurzfristigen DM-Position des Auslands war für den Abfluß kurzfristiger Gelder aus der Bundesrepublik aber wohl auch bedeutsam, daß der Euro-DM-Markt im Verlauf des letzten Jahres praktisch nicht mehr gewachsen ist. Per saldo gingen damit im Jahresverlauf — erstmals seit 1979 — die von deutschen Firmen am Euromarkt aufgenommenen kurzfristigen DM-Kredite zurück. Außerdem flossen von den Unternehmen — anders als im Vorjahr — über 6 Mrd DM (netto) in Form von Handelskrediten ab, da die Exportforderungen im Zuge der Belebung des Exportgeschäfts während der zweiten Jahreshälfte beschleunigt expandierten und zugleich wegen des Auftragsrückgangs im Großanlagengeschäft und im Auslandsbau keine zusätzlichen Anzahlungen hereinkamen.

Währungsreserven
insgesamt wenig
verändert

Die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank haben sich im vergangenen Jahr per saldo kaum verändert; zu jeweiligen Bilanzkursen gerechnet waren sie Ende 1983 — wie erwähnt — rund 1½ Mrd DM niedriger als zu Anfang des Jahres. Innerhalb des Jahres freilich entwickelten sich die Währungsreserven in Abhängigkeit von der jeweiligen Devisenmarktsituation — insbesondere im EWS — zwar recht unterschiedlich, wie an anderer Stelle in diesem Bericht ausgeführt (vgl. S. 71f.); doch glichen sich in der Auslandsposition der Bundesbank im Verlauf des Jahres Devisenzugänge und Devisenabgänge weitgehend aus. Der unverändert mit 1,73 DM/US-Dollar bewertete Dollarbestand der Bundesbank war damit am Jahresende 1983 fast ebenso hoch wie zu Beginn des Jahres. Während sich der Anteil der Dollar-Anlagen (ohne die vorläufig in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit — EFWZ — eingebrachten Dollar) an den Brutto-Währungsreserven im Verlauf des letzten Jahres kaum verändert hat, ist allerdings der Anteil der Forderungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF), also der Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte, infolge der DM-Ziehungen des IWF merklich gestiegen (und zwar von 14½ % auf knapp 18 %). Die vom IWF mit wichtigen Schuldnerländern vereinbarten Kreditprogramme und die wesentlich erweiterten Refinanzierungsmöglichkeiten des Fonds, die — soweit sie anteilig auf die Bundesrepublik entfallen — von der Bundesbank zu erbringen sind, lassen zudem eine weitere Zunahme der IWF-bezogenen Aktiva der Bundesbank erwarten. Dagegen entfiel auf die Forderungen der Bundesbank gegenüber dem EFWZ am Jahresende 1983 ein entsprechend geringerer Anteil der Brutto-Währungsreserven (19 %) als zu Anfang des Jahres (23 %)¹). Im Zusammenhang mit den Wechselkursspannungen im EWS sind diese — normalerweise nur im Rahmen des EWS verwendbaren — Reserveaktiva zuletzt allerdings wieder erheblich gestiegen. Außerdem hat die Bundesbank angesichts des Um-

¹ Jeweils unter Berücksichtigung des Unterschiedsbetrages zwischen ECU-Wert und Buchwert der vorläufig eingebrachten Reserven.

schwungs des Dollarkurses die ihr außerhalb des Marktes zufließenden Dollar (wie z. B. Zinseinnahmen) nicht vollständig am Devisenmarkt verkauft, so daß die Netto-Auslandsaktiva — bewertet zu Bilanzkursen — im Verlauf des ersten Quartals d. J. um rd. 6 Mrd DM zunahmen.

4. Geldpolitik weiterhin auf Verstetigungskurs

a) Geldmengenziel 1983 und Geldmarktsteuerung im Jahresverlauf —
Geldmengenziel 1984

Die Geldpolitik des vergangenen Jahres setzte sich das Ziel, der konjunkturellen Erholung Raum zu geben und zugleich die Stabilität weiter zu fördern. Bei der Festlegung des Geldmengenziels für 1983, das wie 1982 wieder einen Anstieg der Zentralbankgeldmenge innerhalb einer Bandbreite von 4 bis 7% im Jahresverlauf vorsah, verdeutlichte die Bundesbank diese Absicht. Sie gab bekannt, daß sie wie im Jahr zuvor eine Geldmengenausweitung in der oberen Hälfte des Zielkorridors zulassen würde, solange die konjunkturelle Schwäche im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Probleme stehe und die Preis- und Kostenentwicklung sowie die außenwirtschaftliche Lage dies zuließen.

Geldmengenziel 1983

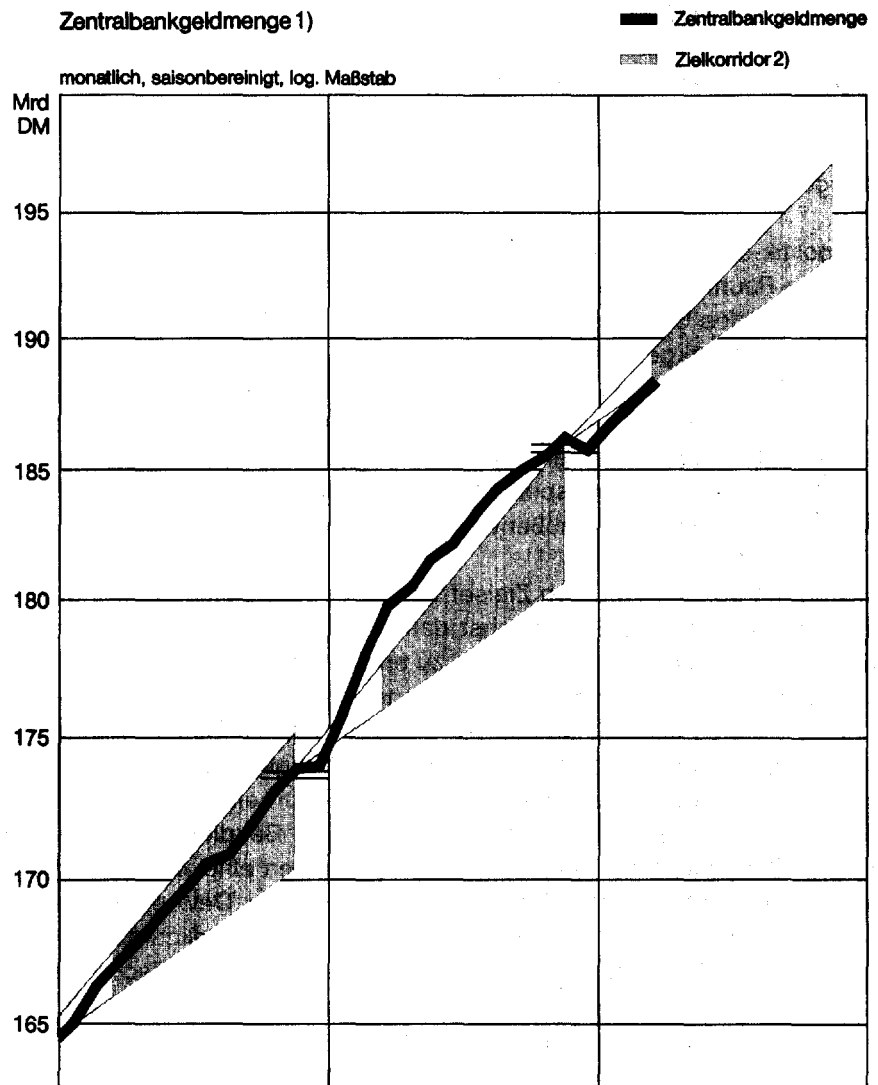
Im Einklang mit den verkündeten Zielsetzungen bemühte sich die Bundesbank um die Jahreswende 1982/83 zunächst darum, die Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft, wenn möglich, nochmals zu erleichtern. Es gab zwar Ende 1982 Anzeichen für ein Ingangkommen des binnenwirtschaftlichen Aufschwungs. Doch zeichnete sich gleichzeitig ab, daß die Wirtschaft im Gegensatz zu früheren Erholungsphasen vorerst ohne stärkere Nachfrageimpulse aus dem Ausland auskommen mußte. Die Preissituation erschien in einem günstigen Licht, und die D-Mark notierte fest an den Devisenmärkten. Bei dieser Ausgangslage förderte die Bundesbank in den ersten Jahresmonaten eine weitere Auflockerung des Geldmarktes. Mitte Februar setzten massive Devisenzuflüsse aus Ländern des EWS ein, die im weiteren Verlauf die Bankenliquidität in unerwünschtem Ausmaße anreicherten. Hierdurch erhielt der inländische Zinssenkungsprozeß vorübergehend zusätzliche Impulse. Unter dem Eindruck dieser Situation entschloß sich der Zentralbankrat, in der zweiten Märzhälfte den Diskont- und Lombardsatz erneut um je einen vollen Prozentpunkt auf 4 bzw. 5% zu senken. Gleichzeitig faßte er den Beschluß, die Rediskontkontingente der Banken Anfang April um 5 Mrd DM zu kürzen. Um die Kontrolle über die Bankenliquidität möglichst rasch zurückzugewinnen, machte die Bundesbank damit eine erst im Februar vorgenommene Erhöhung der Rediskontkontingente um etwa den gleichen Betrag rückgängig. Dies erschien auch deshalb angezeigt, weil die Zentralbankgeldmenge — von Sonderfaktoren beeinflusst — im ersten Quartal v. J. recht kräftig expandierte.

Reichliche
Liquiditätsversorgung
bis zum Frühjahr

Mit dem Maßnahmenbündel vom März v. J. wurden unter den gegebenen Bedingungen die Grenzen der geldpolitischen Auflockerung erreicht. Dies zeigte sich u. a. in der Zinsentwicklung, da nur noch die kurzfristigen Geldmarkt- und Kreditzinsen auf die Ermäßigung der Notenbanksätze reagierten. Die längerfristigen Zinssätze am Geldmarkt und die Rendite am Kapitalmarkt zogen nach der Senkung der Notenbankzinsen und dem sich unmittelbar daran anschließenden Realignment im EWS wieder an. Hierbei wirkten mehrere Faktoren zusammen. Nach dem Realignment war nicht mit weiteren Devisenzuflüssen zu rechnen, im Gegenteil, es kam bald zu größeren Geldabflüssen aus der Bundesrepublik. Ab Mai setzten sich überdies die Zinssätze in den USA wieder nach oben in Bewegung. Damit verstärkte sich der Kapitalabfluß, und der Wechselkurs der D-Mark schwächte sich gegenüber den meisten größeren Währungen ab.

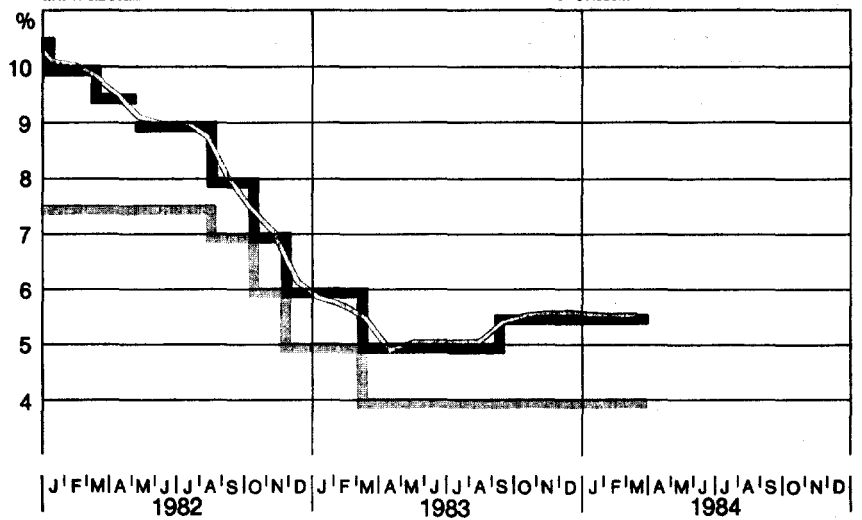
Grenzen
der Auflockerung
erreicht

Wachstum der Zentralbankgeldmenge und Zinsentwicklung



Zinssätze der Bundesbank und Tagesgeldsatz

lin. Maßstab



1) Bargeldumlauf plus Reserve-Soll auf Inlandsverbindlichkeiten (mit konstanten Reservesätzen -Basis Januar 1974-berechnet).- 2) In den Jahren 1982 und 1983 jeweils 4% bis 7%, 1984 4% bis 6% (vom vierten Quartal des vorangegangenen Jahres bis zum vierten Quartal des laufenden Jahres).- 3) Lombardkredit zum Lombardsatz wurde den Kreditinstituten vom 20.2.1981 bis einschl. 6.5.1982 nicht zur Verfügung gestellt (in dieser Zeit gewährte die Bundesbank den Kreditinstituten im Bedarfsfall Sonderlombardkredit zu einem besonderen Refinanzierungssatz).

Die nach dem Realignment im EWS einsetzenden Devisenabflüsse und die Anfang April wirksam gewordene Kürzung der Rediskontkontingente führten die Liquidität des Bankensystems noch im Verlauf des Frühjahrs auf einen Pegelstand zurück, der im Hinblick auf die angestrebte Ausweitung der Geldmenge angemessen erschien. Etwas verzögert wurde dieser Prozeß allerdings dadurch, daß der im April v. J. ausgeschüttete hohe Bundesbankgewinn von 11 Mrd DM sofort kassenwirksam verausgabte wurde. Mit Beginn des Sommers nahm die Bundesbank dann ihre liquiditätspolitischen Zügel am Geldmarkt noch etwas fester in die Hand. Dies erschien angezeigt, weil die Zentralbankgeldmenge weiterhin den Zielkorridor überschritt, während zu beobachten war, daß der erhoffte konjunkturelle Erholungsprozeß sich eher kräftiger als erwartet durchsetzte. Bei der periodischen Überprüfung zur Jahresmitte, als die Zentralbankgeldmenge gegenüber dem vierten Quartal 1982 noch mit einer Jahresrate von rd. 9% expandierte, bekräftigte die Bundesbank nochmals ausdrücklich das Geldmengenziel und ließ zugleich erkennen, daß sie es für möglich hielt, die Zielvorgabe bis zum Jahresende noch einzuhalten.

Vorsichtiges
Gegenhalten bei der
Liquiditätssteuerung

In der folgenden, bis in den Spätsommer hineinreichenden Phase wirkten die liquiditätspolitischen Maßnahmen darauf hin, daß das Bankensystem mit etwas höheren Beträgen als vordem auf Lombardkredite angewiesen war. Dieser etwas knapperen Liquiditätsversorgung und ungünstigen Zins- und Wechselkursenerwartungen für die D-Mark war es zuzuschreiben, daß sich die Geldmarktsätze schließlich von den Notenbankzinsen tendenziell nach oben entfernten. Mit der Erhöhung des Lombardsatzes von 5 auf 5½% reagierte die Bundesbank dann Anfang September deutlich erkennbar auf die monetäre Gesamtlage. Diese Zinsanhebung wirkte offensichtlich vertrauensbildend auf die Erwartungen an den Finanz- und Devisenmärkten. Die Marktzinssätze bröckelten längere Zeit ab. Gleichzeitig konnte sich auch der Wechselkurs der D-Mark tendenziell befestigen. Im Zusammenwirken mit dem vorsichtigeren Kurs der Liquiditätspolitik und dem marktbedingten Zinsanstieg seit dem Frühjahr hat die leichte Anhebung des Lombardsatzes auch dazu beigetragen, daß sich das Wachstumstempo der Zentralbankgeldmenge vom Herbstbeginn an deutlich abschwächte. Mit einer Zuwachsrate von 7% vom vierten Quartal 1982 zum vierten Quartal 1983 hielt sich die Zentralbankgeldmenge im Rahmen des letztjährigen Zielbandes, nachdem sie zeitweilig erheblich stärker gewachsen war.

Zinspolitische An-
passung im Herbst

Um die Jahreswende 1983/84 stellte sich mit dem Blick auf die unmittelbare Zukunft die wirtschaftspolitische Aufgabe, den erzielten Stabilitätsgewinn im Zuge des anhaltenden konjunkturellen Belebungprozesses zu sichern und möglichst weiter zu vergrößern. Dies steht nicht im Konflikt zu dem Wunsch nach weiterem wirtschaftlichen Wachstum, sondern zielt gerade darauf ab, dieses zu verstetigen und durch ein hohes Maß an Geldwertstabilität abzusichern. Nur in einem inflationsfreien Wachstumsklima kann vermieden werden, daß Nachfrage- und Produktionsentwicklung früher oder später wieder der „kalten Dusche“ harter Antiinflationsmaßnahmen ausgesetzt werden müssen, die für jedes Land unumgänglich werden, wenn die Stabilität ernsthaft bedroht wird oder schon verlorengegangen ist. Für das Jahr 1984 hat die Bundesbank daher eine mittelfristig vertretbare Zielvorgabe für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge formuliert. In diesem Sinne beschloß der Zentralbankrat im Dezember v. J. auch, den Anstieg der Zentralbankgeldmenge 1984 in einer etwas enger angelegten Bandbreite zu halten. Bei der Bemessung des Zielrahmens wurde eine Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von etwa 2% im Jahresdurchschnitt 1984 unterstellt. Außerdem wurde ein „unvermeidlicher“ Preisanstieg von rd. 3% berücksichtigt. Aus diesen Wachstumsraten ergab sich für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt 1984 und bei entsprechender Umrechnung auch für den Verlauf dieses Jahres, auf den die Bundesbank bei ihrem Geldmengenziel letztlich abstellt, eine Rate von etwa 5%. Die Bandbreite wurde auf ± 1 Prozentpunkt um den Mit-

Geldmengenziel 1984

Geldmengenziele und ihre Realisierung					
in %					
Jahr	Ziel: Wachstum der Zentralbankgeldmenge			Tatsächliche Entwicklung (gerundete Zahlen)	
	im Verlauf des Jahres 1)	im Jahres-durchschnitt	Konkretisierung im Verlauf des Jahres	im Verlauf des Jahres 1)	im Jahres-durchschnitt
1975	8	—	—	10	—
1976	—	8	—	—	9
1977	—	8	—	—	9
1978	—	8	—	—	11
1979	6–9	—	Untergrenze	6	—
1980	5–8	—	Untergrenze	5	—
1981	4–7	—	untere Hälfte	4	—
1982	4–7	—	obere Hälfte	6	—
1983	4–7	—	obere Hälfte	7	—
1984	4–6	—	—	—	—

1 Jeweils vom vierten Quartal des Vorjahres bis zum vierten Quartal des laufenden Jahres; 1975: Dezember 1974 bis Dezember 1975.

telwert reduziert und als offizielles Geldmengenziel ein Zuwachs der Zentralbankgeldmenge von 4 bis 6% vom vierten Quartal 1983 zum vierten Quartal 1984 festgelegt. Bei der Ableitung des neuen Zielbandes trug die Bundesbank der Tatsache Rechnung, daß im abgelaufenen Jahr ein relativ hoher „Geldsokkel“ entstanden war. Dieser wird teilweise der Alimentierung des Geldbedarfs im Jahre 1984 dienen. Tatsächlich wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 1984 aller Voraussicht nach mehr als das Produktionspotential steigen. Der Ableitung des Geldmengenziels liegt insofern auch die Annahme einer besseren Kapazitätsauslastung zugrunde.

Hohe Gewinnausschüttungen können Geldpolitik belasten

Der „Einstieg“ in die neue Zielperiode gelang im Jahre 1984 vergleichsweise reibungslos, zumal im Gegensatz zum Vorjahr die monetäre Entwicklung in den ersten Monaten des laufenden Jahres kaum durch Sonderfaktoren beeinflusst wurde. Die Bundesregierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß in diesem Jahr die Gewinnausschüttung in Raten erfolgt, mit einem Betrag von 5 Mrd DM im April und weiteren Raten von je 1½ Mrd DM in den Monaten Mai bis August. Eine solche Regelung soll in ähnlicher Lage auch in Zukunft gelten. Bisher mußte unmittelbar vor der Ausschüttung eine ausreichend bemessene „Liquiditätslücke“ am Geldmarkt angestrebt werden, die dann jeweils durch die rasch kassenwirksam werdende Gewinnabführung geschlossen wurde. Durch die ratenweise Gewinnausschüttung wird die Steuerung des Geldmarktes erleichtert; sie reduziert die abrupte Aufblähung der Bankenliquidität, die mit der alten Regelung verbunden war, und die Bundesbank muß sich bei der Refinanzierung der Banken auch nicht im vorhinein auf diesen Liquiditätsschub einstellen. Gleichwohl wird durch die „Streckung“ der Gewinnabführung die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen der geldpolitischen Aufgabe der Bundesbank und den monetären Konsequenzen der Ausschüttung eines hohen Bundesbankgewinnes an den Staat nicht beseitigt. Dieser Konfliktfall könnte besonders dann akut werden, wenn die Gewinnausschüttung in eine Zeit fällt, in der die Bundesbank aus anderen Gründen gezwungen ist, zusätzliche Zentralbankguthaben bereitzustellen, wie das beispielsweise im Frühjahr 1983 der Fall gewesen war, als im Rahmen des Europäischen Währungssystems hohe Devisenzuflüsse zur Bundesbank zu verzeichnen waren, die die Bankenliquidität und tendenziell auch die Geldbestände der Nichtbanken ausweiteten.

b) Jüngste Erfahrungen mit der Zentralbankgeldmenge als Indikator und Zwischenzielgröße

Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren fiel es der Bundesbank im Jahre 1983 auf Grund zahlreicher Sonderentwicklungen beim Geldmengenwachstum schwerer, die Zinskonditionen und Knappheitsverhältnisse am Geldmarkt frühzeitig im Sinne ihrer monetären Zielvorstellungen zu beeinflussen. Es dauerte einige Zeit, bis die längerfristige monetäre Grundtendenz eindeutig erkennbar wurde. In den ersten Monaten des vergangenen Jahres bestand zunächst der Eindruck, daß der beobachtete starke Geldmengenanstieg z. T. auf reversible Sondereinflüsse zurückzuführen war. Das Bargeldwachstum fiel in dieser Zeit ungewöhnlich stark aus, weil vermutlich aus spekulativen Gründen auch außerhalb der Bundesrepublik zusätzlich DM-Noten gehalten wurden. Hierauf wiesen insbesondere die verlangsamteten Notenrückflüsse aus dem Ausland und die zeitweilig sehr starke Nachfrage nach DM-Noten mit großen Stückelungen hin. Nachdem sich die Wechselkursentwicklung vom Frühjahr an nachhaltig gegen die D-Mark gekehrt hatte, mußte der anhaltende Anstieg des Bargeldumlaufs im weiteren Verlauf allerdings weitgehend inländischen Einflüssen zugeschrieben werden. War der Bargeldumlauf im Durchschnitt der letzten fünf Jahre nicht rascher als das Bruttosozialprodukt gewachsen, so nahm 1983 — bei einer Ausweitung des Bargeldumlaufs um 8½ % — die Bargeldquote etwas zu. Ganz offensichtlich stiegen die Bargeldzahlungen überproportional im Vergleich zu den Gesamtumsätzen. Schon seit 1975 ist zu beobachten, daß sich die „säkulare“ Tendenz einer abnehmenden Bargeldquote — im Zuge des verstärkten unbaren Zahlungsverkehrs — nicht mehr fortgesetzt hat. Möglicherweise spielt hier auch eine Rolle, daß sich die Umsätze in der Schattenwirtschaft, die üblicherweise mit Bargeld abgewickelt werden, weiter erhöht haben.

Ungewöhnliches
Bargeldwachstum
am Jahresanfang

Die „Reservekomponente“ der Zentralbankgeldmenge, das ist das inländische Mindestreserve-Soll, berechnet zu konstanten Sätzen, expandierte zu Beginn der letztjährigen Zielperiode ebenfalls kräftig. Die Entwicklung der reservepflichtigen Einlagen wurde dabei mehrfach durch Störeinflüsse stimuliert, deren Bedeutung teilweise erst im Nachhinein voll erkennbar wurde. So wurden durch die Aufwertungsspekulation vor dem EWS-Realignment nicht nur die Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, sondern auch in einem schwer einzuschätzenden Ausmaß die weitgehend unbar gehaltenen Geldbestände der Wirtschaft angereichert. Ungewöhnlich hohe Freigaben prämiengünstiger Spareinlagen zum Jahresbeginn, die nur verzögert eine längerfristige Wiederanlage fanden oder in den Konsum flossen, trugen ebenfalls zu dem beschleunigten Wachstum der Geldbestände bei. Schließlich führte auch die hohe Gewinnausschüttung an den Bund im April, deren kassenmäßige Verausgabung wie eine Kreditaufnahme des Staates bei der Notenbank expansiv auf das Geldangebot wirkt, tendenziell zu einer Anreicherung des Geldvolumens. Die Bundesbank sah sich in dieser Phase praktisch gezwungen, den Banken zunächst zu angemessenen Konditionen Zentralbankguthaben bereitzustellen, um der Erhöhung des Mindestreserve-Solls, das mit dem temporären Hochschnellen der reservepflichtigen Einlagen verbunden war, Rechnung zu tragen. Hätte die Bundesbank — wie ihr besonders von jenen empfohlen wurde, die schon die Zielsetzung der Geldmengenausweitung im Jahre 1983 für zu großzügig hielten — eine entsprechende Liquiditätsbereitstellung „verweigert“, um das Wachstum der Zentralbankgeldmenge strikt auf ihrem Zielpfad zu halten, hätte dies Störungen an den Finanzmärkten hervorrufen können, die mit der anvisierten längerfristigen Grundausrichtung der Geldpolitik nicht zu vereinbaren gewesen wären. Die Bundesbank hat daher im letzten Jahr — wie schon früher — auf potentiell umkehrbare Sonderbewegungen im Geldmengenwachstum nicht abrupt reagiert.

Reservepflichtige
Einlagen ebenfalls
kräftig gestiegen

Monetäre Entwicklung

Veränderung im Jahresverlauf 1)

Position	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Mrd DM							
A. Zentralbankgeldbedarf der Banken und Illiquiditätspolitische Maßnahmen der Bundesbank 2)							
1. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Anstieg der Bestände an Zentralbankgeld 3) (Zunahme: -) Devisenbewegungen (ohne Devisenswap- und -pensionsgeschäfte) Kassentransaktionen der zentralen öffentlichen Haushalte (ohne Verlagerungen von Bundesguthaben gem. § 17 BBankG) Gewinnausschüttung an den Bund Sonstige Einflüsse	- 10,9 + 8,4 + 5,0 - 4,5	11) - 14,1 + 20,3 - 2,1 - 3,8	- 7,8 - 5,2 + 3,9 - 5,2	- 6,5 - 24,6 + 0,3 - 7,9	- 2,7 - 3,1 + 1,1 + 2,3 - 9,4	- 7,5 + 1,7 - 4,1 + 10,5 - 12,1	- 10,1 - 2,4 + 1,7 + 11,0 - 9,2
Summe 1	- 2,1	+ 0,3	- 14,3	- 38,8	- 11,8	- 11,4	- 9,0
2. Liquiditätspolitische Maßnahmen Änderung der Mindestreserven Veränderung der Refinanzierungslinien Offenmarktoperationen (mit Nichtbanken, in N-Papieren und in langfristigen Titeln) Reversible Ausgleichsoperationen 4)	+ 8,2 + 6,5 - 0,7 -	- 1,8 + 4,4 - 3,6 -	- 3,2 + 5,1 + 2,7 - 2,3	+ 10,5 + 12,1 + 4,5 + 10,5	+ 4,1 + 5,1 - 0,1 + 3,9	+ 5,4 + 7,7 + 1,5 + 0,2	- 0,2 - 0,7 + 2,4 + 3,3
Summe 2	+ 14,0	- 1,1	+ 2,4	+ 37,6	+ 13,0	+ 14,8	+ 4,7
3. Verbleibender Fehlbetrag (-) bzw. Überschuß (+) (1+2) gedeckt bzw. absorbiert durch: Rückgriff auf unausgenutzte Refinanzierungslinien (Abbau: +) Aufnahme (+) bzw. Abdeckung (-) von Lombard- bzw. Son- derlombardkrediten	+ 11,9 - 5,5 - 6,5	- 0,8 - 0,2 + 1,0	- 11,9 + 9,7 + 2,2	- 1,2 - 1,4 + 2,6	+ 1,2 + 1,3 - 2,5	+ 3,4 - 3,5 + 0,1	- 4,3 + 3,3 + 1,0
in %							
B. Wichtige monetäre Indikatoren							
Zentralbankgeldmenge 2) 5) Nachrichtlich: im Jahresdurchschnitt	+ 9,8 + 9,0	11) + 11,9 11) + 11,4	+ 5,5 11) + 9,0	+ 5,5 + 4,8	+ 3,1 + 4,4	+ 5,9 + 4,9	+ 6,8 + 7,3
M1 (= Bargeldumlauf und Sichteinlagen) M2 (= M1 zuzüglich Termingelder unter 4 Jahren) M3 (= M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist)	+ 11,2 + 11,1 + 11,2	+ 14,3 + 13,4 + 11,1	+ 3,8 + 8,4 + 5,8	+ 4,4 + 9,3 + 6,3	- 0,8 + 9,0 + 5,0	+ 6,7 + 5,2 + 7,3	+ 8,2 + 2,6 + 5,9
Kredite der Kreditinstitute und der Bundesbank an inländische Nichtbanken	+ 9,4	+ 11,5	+ 11,5	+ 9,4	+ 8,9	+ 6,5	+ 6,7
Mrd DM							
C. Geldvolumen im Bilanzzusammenhang							
Geldmenge M3 (= 1+2-3-4-5) Bilanzgegenposten:	+ 58,9	+ 64,8	+ 39,2	+ 42,8	+ 36,1	+ 54,8	+ 45,3
1. Kreditvolumen 6) darunter:	+ 94,2	+ 125,4	+ 139,0	+ 126,3	+ 132,0	+ 104,4	+ 113,2
Kredite der Kreditinstitute an inländische Nichtbanken	+ 95,8	+ 122,6	+ 140,9	+ 122,4	+ 129,9	+ 106,1	+ 111,3
- an Unternehmen und Private 7)	+ 42,3	+ 49,0	+ 67,5	+ 56,3	+ 41,7	+ 30,0	+ 44,0
- für den Wohnungsbau 8)	+ 26,8	+ 38,9	+ 44,8	+ 44,5	+ 40,7	+ 36,1	+ 48,0
- an öffentliche Haushalte	+ 26,7	+ 34,7	+ 28,5	+ 21,6	+ 47,5	+ 40,0	+ 19,3
2. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland 9)	+ 10,1	+ 7,1	- 21,8	- 10,6	+ 11,9	+ 4,5	+ 1,2
3. Geldkapital	+ 42,9	+ 54,8	+ 75,8	+ 61,7	+ 86,0	+ 46,5	+ 67,1
darunter:							
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist	+ 0,8	+ 7,7	+ 3,3	- 1,9	- 2,1	+ 4,3	- 2,0
Sparbriefe	+ 13,4	+ 10,3	+ 14,8	+ 17,8	+ 14,0	+ 11,9	+ 13,0
Termingelder von 4 Jahren und darüber	+ 13,6	+ 17,0	+ 18,7	+ 14,6	+ 13,8	+ 7,2	+ 27,2
Umlauf an Bankschuldverschreibungen 10)	+ 9,7	+ 14,2	+ 33,6	+ 26,7	+ 53,6	+ 14,1	+ 22,6
4. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	- 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 1,9	- 0,2	+ 0,5	+ 0,9
5. Sonstige Einflüsse	+ 3,3	+ 10,4	+ 3,8	+ 13,2	+ 22,0	+ 7,2	+ 1,0

1 Soweit nicht anders vermerkt, berechnet auf der Basis von Monatsendständen. — 2 Berechnet auf der Basis von Tagesdurchschnitten im letzten Monat der Periode bzw. Vorperiode. — 3 Bargeldumlauf (ab März 1978 ohne die auf die Mindestreserve anrechenbaren Kassenbestände der Kreditinstitute an inländischen Noten und Münzen) und Reserve-Soll für Inlandsverbindlichkeiten der Banken in jeweiligen Reservesät-

zen; Änderungen des Mindestreserve-Solls auf Grund von Neufestsetzungen der Reservesätze sind in Position A2 erfaßt. — 4 Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufsvereinbarung in Wechseln und Wertpapieren, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte sowie Verlagerungen von Bundesguthaben gem. § 17 BBankG. — 5 Reservekomponente mit konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974) berechnet. — 6 Kre-

ditinstitute und Bundesbank; einschl. Wertpapierkredite. — 7 Ohne Wohnungsbau. — 8 Ohne Wertpapierkredite. — 9 Kreditinstitute und Bundesbank. — 10 Ohne Bankbestände. — 11 Der mit der Neuabgrenzung der Zentralbankgeldmenge eingetretene statistische Bruch (vgl. Anmerkung 3) wurde bereinigt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Im zweiten Quartal korrigierten sich die Sondereinflüsse erwartungsgemäß. Nach dem Realignment floß Geld ins Ausland ab, und über die zu Beginn des Jahres freigegebenen Sparguthaben wurde teilweise durch zusätzliche Bildung längerfristigen Geldvermögens disponiert. Als diese Phase der „Selbstkorrektur“ um die Jahresmitte zu Ende ging, blieb die Dynamik der monetären Expansion allerdings zunächst noch recht kräftig. Angesichts der fortschreitenden Belebung der Inlandsnachfrage, die von der expansiven Grundausrichtung der Geldpolitik seit Herbst 1981 bereits nachhaltig gestützt worden war, wuchs die Gefahr, daß die Geldversorgung der Wirtschaft auf längere Sicht zu großzügig bemessen sein könnte. Die Bundesbank mußte daher in der Folgezeit darum bemüht sein, das Geldmengenwachstum etwas zu bremsen, um mit der Realisierung des Geldmengenziels 1983 zugleich günstige monetäre Voraussetzungen für ein inflationsfreies, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Abklingen der Sondereinflüsse im zweiten Quartal

Mit der gedämpften monetären Gesamtentwicklung, die sich im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1983 einstellte, wurde diese Zielsetzung mit einiger Verzögerung erreicht. Die anfänglichen Wachstumsunterschiede beim Bargeldumlauf und bei der Mindestreservekomponente glichen sich, aufs ganze Jahr gesehen, zwar nicht vollständig aus. Jedoch hat dies die Eignung der Zentralbankgeldmenge als Indikator und Zwischenzielgröße der Geldpolitik nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dieser Eindruck bestätigt sich auch, wenn daneben die weit definierte Geldmenge M3 als ergänzendes Beurteilungskriterium herangezogen wird. Diese wies im letzten Jahr vergleichbare Wachstumsschwankungen auf und expandierte im Verlauf des Jahres 1983 fast ebenso kräftig wie der zentrale Geldmengenindikator der Bundesbank.

Monetäres Wachstum in der zweiten Jahreshälfte auf Potentialpfad

In den vergangenen Jahren erschien es angesichts der zu Beginn einer Zielperiode bestehenden Unsicherheiten erforderlich, der Geldpolitik einen gewissen diskretionären Manövrierspielraum in Form einer Bandbreite von drei Prozentpunkten einzuräumen. Damit wollte sich die Bundesbank die Möglichkeit schaffen, im Verlauf des Jahres auf unerwartete Entwicklungen bei der Konjunktur sowie bei den Preisen und Wechselkursen reagieren zu können, ohne die Grundprinzipien einer längerfristig orientierten Geldmengenpolitik aufzugeben. In der Ausgangslage um die Jahreswende 1983/84 schienen die Unsicherheiten über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die auf absehbare Zeit erkennbaren Preistendenzen dagegen weniger ausgeprägt zu sein, so daß die Bandbreite für das Jahr 1984 von bisher drei auf zwei Prozentpunkte vermindert werden konnte. Eine Unsicherheitsmarge von etwa zwei Prozentpunkten wird schon allein wegen der kurzfristigen Unregelmäßigkeiten im Funktionieren der Finanzmärkte benötigt, denen bei der laufenden Geldmengensteuerung Rechnung zu tragen ist¹⁾.

Nachlassende Unsicherheit erlaubt Zielvorgabe mit verminderter Bandbreite

c) Kräftige Geldmengenexpansion

Ähnlich wie die Zentralbankgeldmenge weiteten sich auch die gesamten Geldbestände in den Händen der inländischen Nichtbanken im Verlauf des vergangenen Jahres kräftig, wenn auch mit wechselndem Tempo aus. Mit der um die Jahreswende 1982/83 einsetzenden konjunkturellen Belebung und dem bis zum Frühjahr 1983 anhaltenden Zinsabbau gewann unter den Bestimmungsfaktoren vor allem die Kreditgewährung der Banken an inländische Unternehmen und Private im ersten Halbjahr 1983 an Bedeutung; gleichzeitig blieb die Neuverschuldung öffentlicher Stellen bei inländischen Kreditinstituten zunächst recht hoch. Damit war von vornherein ein kräftig nach oben gerichteter Trend des Geldmengenwachstums vorgezeichnet. In den ersten Monaten des Jahres

Stark wechselnde Einflüsse auf den Geldschöpfungsprozeß

¹ Bei der grafischen Darstellung des Geldmengenziels 1984 (und nachträglich für 1982 und 1983) wurde der Zielkorridor bis März nicht mehr farbig ausgelegt, um den um die Jahreswende i. d. R. stärkeren Zufallsschwankungen der Zentralbankgeldmenge Rechnung zu tragen. Nach Berechnungen der Bundesbank überschreitet die durchschnittliche Marge dieser Zufallsabweichungen vom Trend die Breite des Zielkorridors vom Frühjahr an nicht mehr.

wurde die Geldmengenausweitung außerdem durch die im vorangehenden Abschnitt bereits im einzelnen geschilderten Sondereinflüsse stimuliert. Da sich diese Einflüsse bis zur Jahresmitte teilweise wieder korrigierten, trat die dynamische Grundtendenz der monetären Expansion zeitweilig weniger deutlich zutage. Der zwischen Frühjahr und Herbst eintretende Zinsanstieg am längeren Ende der Finanzmärkte verstärkte im weiteren Verlauf die Neigung der Anleger, die Haltung von Geldbeständen zugunsten höher verzinslicher, aber weniger liquider Mittel einzuschränken, was die Geldmengenentwicklung tendenziell bremste. Hinzu kam, daß die öffentliche Hand auf Grund der Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung von Jahresmitte an weniger Bankkredite in Anspruch nahm. Unter dem Einfluß dieser dämpfenden Faktoren ließ das Tempo des Geldmengenwachstums vom Spätsommer an nach. Im Dezember 1983 übertrafen die Geldbestände in Händen inländischer Nichtbanken in der weiten Abgrenzung M3¹⁾ ihren Stand von Dezember 1982 um 6% bzw. 45 Mrd DM. Sie expandierten damit kräftig, aber relativ gesehen etwas langsamer als die gesamten Bankkredite an inländische Nichtbanken und auch nicht ganz so stark wie die Zentralbankgeldmenge²⁾. Auch am Jahresbeginn 1984 hielt sich die Geldmengenentwicklung in vertretbaren Grenzen.

Unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Geldkomponenten

Die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Geldvolumens folgte im vergangenen Jahr weitgehend einem „Reaktionsmuster“, das für Phasen niedriger Einlagenzinsen typisch ist. Bei den Bankeinlagen hielt der im Herbst 1981 einsetzende Zinssenkungsprozeß bis zum Frühjahr 1983 an. Danach blieben die Sparzinsen (von Bonuszahlungen abgesehen) unverändert auf dem damals erreichten, auch historisch niedrigen Niveau (für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist galt ein Satz von 3%). Die Sätze für kurzfristige Termingelder zogen im Gefolge der Zinsversteifung am Geldmarkt im Jahresverlauf leicht an; sie erreichten jedoch nicht wieder den Stand von Ende 1982. Wegen ihrer unattraktiven Verzinsung wurden die kürzerfristigen Termingelder in der ersten Jahreshälfte stärker zurückgeführt. Die traditionell niedrig verzinslichen Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist, auf denen zum Jahresbeginn 1983 ein ungewöhnlich hoher Block frei werdender prämienbegünstigter Sparguthaben gutgeschrieben worden war, wurden dagegen zunächst noch reichlich dotiert. Auch die praktisch unverzinslichen Sichteinlagen und der Bargeldumlauf stiegen rasch; der Zinsentgang, der mit dieser liquidesten Form der Geldhaltung verbunden ist, wurde angesichts des gesunkenen Zinsniveaus nicht mehr so stark bewertet wie vordem. Insgesamt stand das Jahr 1983 im Zeichen einer weiteren Zunahme der liquiden Kassen- und Quasigeldbestände der Wirtschaft, obwohl sich die Wirtschaftstätigkeit kräftig und nachhaltig belebte. Die unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Geldkomponenten ließ die Geldmenge in der engsten Abgrenzung M1 im Verlauf des vergangenen Jahres mit gut 8% merklich kräftiger, das Geldvolumen M2 dagegen mit 2½% schwächer expandieren als die gesamten Geldbestände M3 (die wie erwähnt um 6% stiegen).

Kräftige Reaktion der Geldkapitalbildung auf steigende Zinsen

Im Gegensatz zu den Zinsen für kürzerfristige Bankeinlagen wurden die Sätze bei den langfristigen Bankpassiva nach der Umkehr der Zinsentwicklung im vergangenen Frühjahr stärker angehoben. Bankschuldverschreibungen und Sparbriefe rentierten beispielsweise im Herbst v. J. teilweise über 1 Prozentpunkt höher als im Frühjahr. Begünstigt durch diesen Zinsauftrieb am „langen Ende“, sparten die privaten Haushalte gegen Ende letzten Jahres wieder einen wachsenden Teil ihres Einkommens und dotierten dabei die längerfristigen Anlageformen erheblich stärker als die liquiden Geldbestände. Das reichlichere Aufkommen an längerfristigen Spargeldern schuf eine solide Finanzierungsbasis für die verstärkte Investitionstätigkeit. Im gesamten Jahr war die Geldkapi-

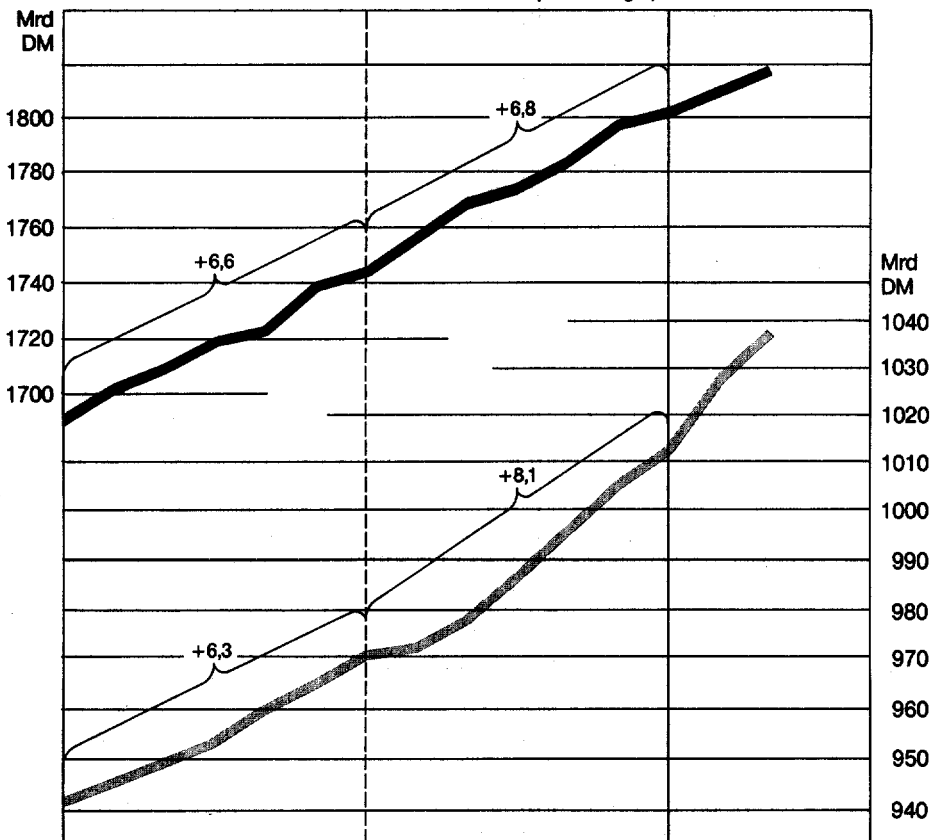
¹ Die Geldmenge M1 umfaßt Bargeld und Sichteinlagen, M2 das Aggregat M1 und die Termingelder mit einer Befristung unter 4 Jahren, M3 das Aggregat M2 sowie die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

² Letzteres geht überwiegend darauf zurück, daß der Bargeldumlauf, der stärker zunahm als die kürzerfristigen Bankeinlagen, in der Zentralbankgeldmenge ein höheres Gewicht hat als im Geldvolumen M3.

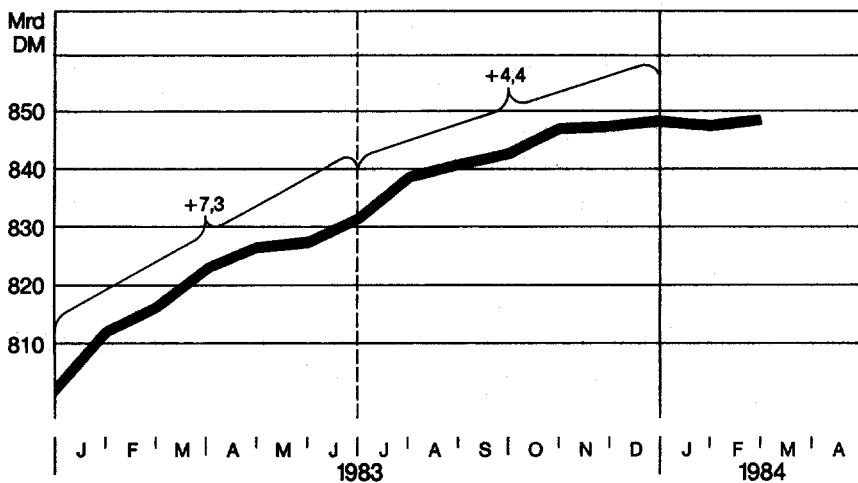
saisonbereinigt; log. Maßstab

Kreditexpansion und Geldkapitalbildung

Veränderung in %, auf Jahresrate umgerechnet
 Kredite des Bankensystems 1)
 Geldkapitalbildung 2)



Geldvolumen in weiter Abgrenzung (M3) 3)



1) Kreditinstitute und Bundesbank; einschl. Schatzwechsel- und Wertpapierkredite.-2) Längerfristige Geldanlagen inländischer Nichtbanken bei den Kreditinstituten ohne Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.- 3) Bargeld, Sichteinlagen, Termingelder unter 4 Jahren, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

talbildung bei Banken mit 67 Mrd DM nahezu um die Hälfte höher als im Jahr davor (46 Mrd DM). Das längerfristige Geldkapital nahm damit wesentlich rascher zu als die weit definierte Geldmenge M3. Das Schwergewicht des längerfristigen Mittelzuflusses bei den Kreditinstituten lag bei den langlaufenden Termingeldern (27 Mrd DM). Zu ihnen zählen auch die insbesondere von institutio-

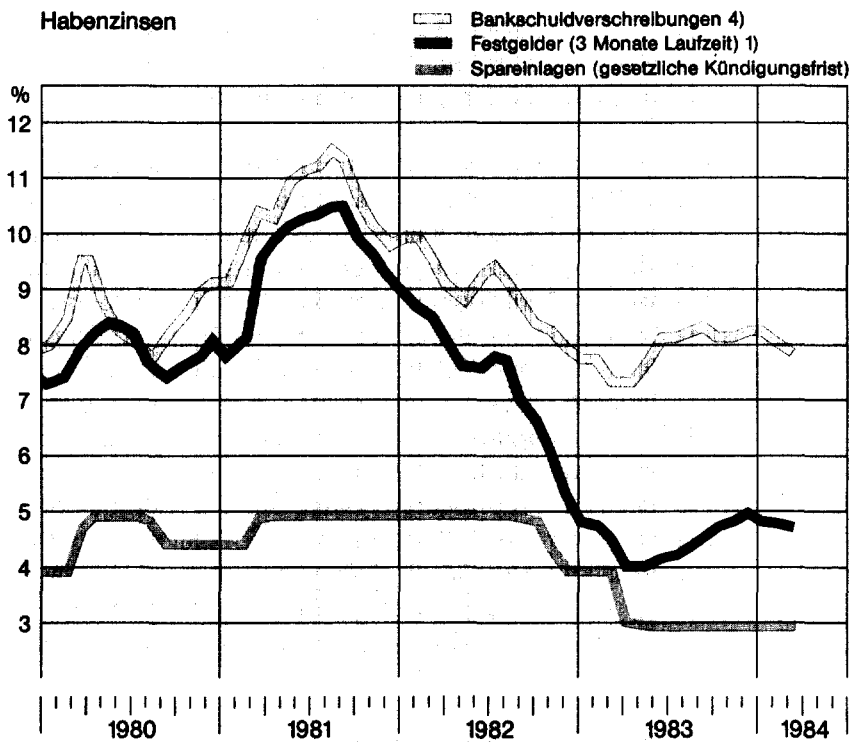
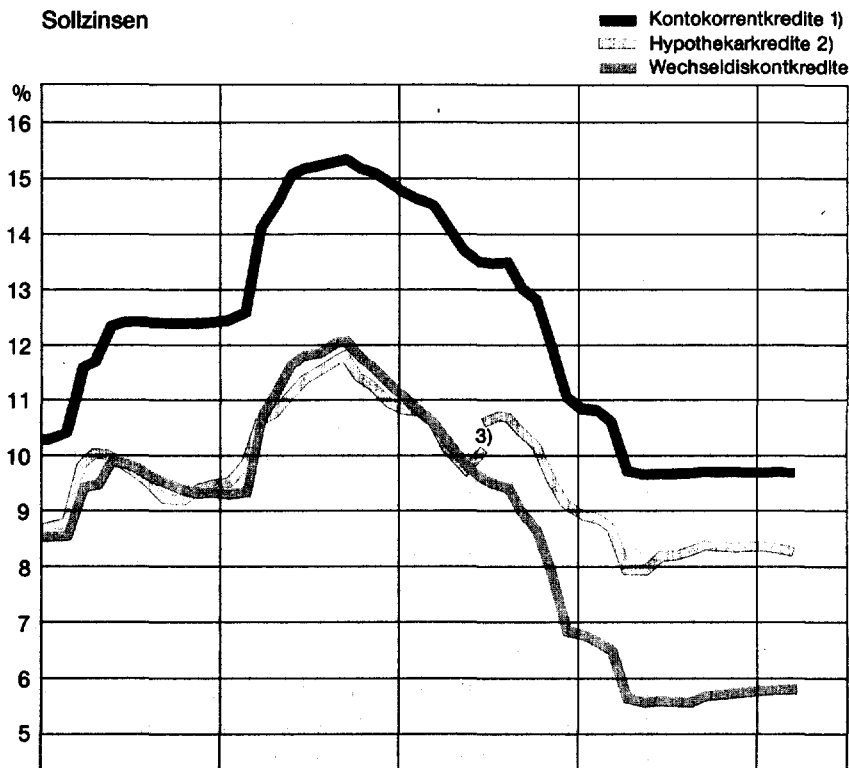
nellen Anlegern nachgefragten Bank-Namensschuldverschreibungen und von Banken ausgestellte Schuldscheine, die bei steigenden Zinsen im Gegensatz zu den Inhaberschuldverschreibungen von den Käufern in ihren Bilanzen nicht abgeschrieben zu werden brauchen. Dies ist allerdings nur für die institutionellen Anleger wichtig. Tatsächlich sind auch Inhaberschuldverschreibungen (23 Mrd DM) und Sparbriefe (13 Mrd DM) in hohen Beträgen an inländische Nichtbanken abgesetzt worden. Papiere mit kurzer vereinbarter Laufzeit spielten 1983 keine große Rolle, doch waren bei recht vielen Bankschuldverschreibungen die Laufzeiten durch Sondervereinbarungen stark abgekürzt. Die weitere Entwicklung bei diesen — möglicherweise als Termingeldsurrogate dienenden — Emissionen der Banken wird in Zukunft sorgfältig beobachtet werden müssen, da eine stärkere Ausweitung solcher nicht der Mindestreservepflicht unterworfenen Bankverbindlichkeiten die Wirksamkeit des Mindestreserveinstruments schwächen könnte.

Kreditexpansion
stimuliert Geld-
schöpfungsprozeß

Wie schon angedeutet, erhielt der Geldschöpfungsprozeß im vergangenen Jahr vom Aktivgeschäft der Banken recht kräftige Impulse. Die ausstehenden Kredite des Bankensystems (einschl. Bundesbank) an inländische Nichtbanken erhöhten sich mit einer gegenüber dem Jahr 1982 unveränderten Rate von 6½ %; dem absoluten Betrag nach stiegen sie um 113 Mrd DM gegen 104 Mrd DM 1982. Die Gewichte zwischen der öffentlichen und privaten Kreditnachfrage haben sich dabei in einem für die Wirtschaftsentwicklung erwünschten Sinne verschoben. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß der Bestandszugang an Bankkrediten das Ausmaß der Neukreditgewährung an den privaten Sektor unterzeichnet, da die Kreditinstitute in den ersten Monaten des vergangenen Jahres in ungewöhnlich hohem Umfang Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Inlandsforderungen (etwa in Höhe von 7½ Mrd DM) vornahmen. Mit der Abschwächung der öffentlichen Kreditnachfrage ging also ein „crowding-in“ der privaten Kreditnachfrage einher, was, wie erwähnt (S. 17), die private Investitionstätigkeit positiv beeinflusste. Im gesamten Jahr wuchsen die Ausleihungen des Bankensystems an öffentliche Haushalte mit 5% (oder 21 Mrd DM) nur noch halb so stark wie 1982 und erstmals seit 1980 wieder langsamer als die Bankkredite an den privaten Sektor. Allerdings erfassen die genannten Zahlen die tatsächliche Inanspruchnahme der Finanzmärkte durch den Staat und seinen unmittelbaren Beitrag zur monetären Expansion nicht vollständig. Die Gewinnausschüttung der Bundesbank an den Bund (in Höhe von 11 Mrd DM) wirkte tendenziell geldvermehrend. Andererseits konnten die öffentlichen Haushalte, insbesondere der Bund, angesichts des ergiebigen Rentenmarktes umfangreiche Wertpapieremissionen im Nichtbankenbereich unterbringen; sie waren nicht zuletzt auch aus diesem Grunde weniger als im Jahre 1982 auf Bankkredite angewiesen.

Schwankende
Auslandseinflüsse
erschweren
monetäre Kontrolle

Der Zahlungsverkehr der inländischen Nichtbanken mit dem Ausland hat den inländischen Geldschöpfungsprozeß im Gesamtergebnis des vergangenen Jahres per saldo nur wenig beeinflusst. Kurzfristig entwickelten sich die Netto-Auslandsforderungen der Kreditinstitute und der Bundesbank, die die Mittelzu- bzw. -abflüsse im Leistungs- und Kapitalverkehr der Nichtbanken mit dem Ausland widerspiegeln, jedoch unstetig. Dies erschwerte zeitweilig eine vorausschauende Kontrolle der monetären Expansion. Wie schon erwähnt, strömten vor dem Realignment im Europäischen Währungssystem im März v. J. umfangreiche Mittel zu, und danach flossen in noch höheren Beträgen Gelder ab. Als das deutsche Zinsniveau im Herbst international wieder attraktiver geworden war, entstand erneut eine Tendenz zu Kapitalzuflüssen, die auch zu Beginn des neuen Jahres anhielt. Bis zum Abschluß dieses Berichts führte dies zusammen mit der relativ starken Leistungsbilanzposition zu einer kräftigen Zunahme der Netto-Auslandsforderungen des Bankensystems.



1) Unter 1 Mio DM.- 2) Auf Wohngrundstücke; Effektivzins.- 3) Ab Juni 1982 ausschl. Durchschnittzinssatz für Hypothekarkredite mit variablem Zinssatz; Angaben mit den früheren Werten (Juni 1982 geschätzt) nur begrenzt vergleichbar.- 4) Umlaufrendite.

d) Verstärkte private Kreditnachfrage

Im Einklang mit der lebhafteren Investitionstätigkeit der gewerblichen Unternehmen und im Wohnungsbau hat sich die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und Privatpersonen im Verlauf des vergangenen Jahres kräftig verstärkt. Die Ausleihungen inländischer Kreditinstitute an den privaten Sektor

Belebung der privaten Kreditnachfrage auf breiter Front

wurden um gut 7% ausgeweitet, verglichen mit knapp 5½% im Jahr davor. Allerdings nahm die Wirtschaft 1983, im Gegensatz zu 1982, praktisch keine Kredite mehr bei ausländischen Banken auf. Das Kreditgeschäft der inländischen Banken mit privaten Kunden belebte sich auf breiter Front. Als Folge der niedrigeren Zinsen sprang insbesondere die Kreditnachfrage im Wohnungsbau stark an. Die Bankdarlehen stiegen in dieser Sparte um 9½%. Auch die privaten Haushalte nutzten die günstigeren Zinskonditionen, um ihre steigenden Verbrauchsausgaben verstärkt über „Konsumentenkredite“ zu finanzieren. Die Bankkredite an wirtschaftlich Unselbständige erhöhten sich um 8½%. Demgegenüber weitete die Wirtschaft ihre Verschuldung gegenüber den Kreditinstituten trotz der höheren Investitionstätigkeit mit 5% vergleichsweise mäßig aus. Auf Grund der schon erwähnten hohen Abschreibungen und Wertberichtigungen, die vor allem Forderungen an Unternehmen betrafen, wird die Kreditinanspruchnahme des Unternehmenssektors allerdings statistisch erheblich unterzeichnet. Davon abgesehen waren die Unternehmen im letzten Jahr auf Fremdmittel weniger angewiesen, weil sie auf früher gebildete finanzielle Reserven und einen hohen Zufluß von Eigenfinanzierungsmitteln zurückgreifen konnten, in dem sich ihre verbesserte Gewinnsituation widerspiegelte.

Längerfristige Kredite stark gefragt

Die finanzielle Konsolidierung im Unternehmenssektor kam auch insofern weiter voran, als die Unternehmen — wie auch andere private Schuldner — das gesunkene Zinsniveau nutzten, um kurzfristige Kredite langfristig umzuschulden. Insbesondere nachdem der Rückgang der Kreditzinsen im Frühjahr zum Stillstand gekommen war und zeitweilig wieder mit eher steigenden Zinssätzen gerechnet werden mußte, wurde die Konsolidierung kürzerfristiger Schulden noch einmal forciert. Im gesamten Jahr nahmen die längerfristigen Direktkredite an den privaten Sektor um 8% zu und damit wesentlich stärker als die kurzfristigen Ausleihungen (5%). Die Neuzusagen für langfristige Darlehen entwickelten sich noch dynamischer, so daß der Trend der längerfristigen Kredite zumindest zunächst weiterhin nach oben gerichtet bleiben dürfte.

Zinsumkehr ohne negative Folgen für Investitionen

Bei den Kreditzinsen der Banken lief die seit Oktober 1981 anhaltende Zinssenkungsphase im Frühjahr 1983 aus. Danach veränderten sich die Sätze im kurzfristigen Kreditgeschäft praktisch nicht mehr. Die Verteuerung der Refinanzierung der Banken über den Geldmarkt und bei der Bundesbank betraf allenfalls Sonderkonditionen einzelner Bankkunden. Am Jahresende zahlte die Wirtschaft für kurzfristige Bankkredite im Schnitt um 1 bis 1½ Prozentpunkte weniger Zinsen als Ende 1982 und um rd. 6 Prozentpunkte weniger als im Herbst 1981. Längerfristige Darlehen haben sich dagegen zwischen Frühjahr und Herbst 1983 um ½ bis 1 Prozentpunkt verteuert, wobei der Anstieg bei Festzinskrediten etwas stärker war als bei zinsvariablen Darlehen. Anschließend stabilisierten sich die Sätze auf dem höheren Niveau. Am Jahresende kosteten langfristige Festzinskredite ähnlich viel wie Ende 1982; Gleitzinshypothesen waren dagegen gut ½ Prozentpunkt billiger. Gegenüber Herbst 1981 war auch hier der Zinsrückgang groß. Das gegenwärtige Zinsniveau ist offensichtlich kein Hinderungsgrund für die Ausweitung der Investitionstätigkeit, die sich außerhalb des Wohnungsbaus recht deutlich abzeichnet.

e) Geschäfts- und Ertragslage der Bankengruppen

Institute mit langfristigem Geschäft von der Kreditnachfrage begünstigt

Die kräftige Nachfrage nach längerfristigen Krediten hat im vergangenen Jahr, ähnlich wie schon im Jahr davor, insbesondere das Bilanzwachstum jener Institute gefördert, bei denen das langfristige Darlehensgeschäft traditionell eine größere Rolle spielt. Bei den im Spareinlagengeschäft stärker engagierten Institutsgruppen wurde die Ausweitung der längerfristigen Kredite zusätzlich durch die vergleichsweise attraktiven Spannen zwischen den Zinsen für langfristige Kredite und kürzerfristige Einlagen begünstigt. Diese entwickelten sich positiv nach dem leichten Zinsanstieg für längerfristige Kredite, weil die Verzinsung

der kürzerfristigen Einlagen relativ wenig zunahm und die Spareinlagen niedrig verzinst wurden. Unterstützt durch diese Zinstendenzen, aber auch wegen des für diese Institute typischen, breiten Kundenkreises, expandierten die Ausleihungen der Kreditgenossenschaften (8,2%) und der Sparkassen (6,9%) an inländische Nichtbanken stärker als die aller Kreditinstitute. Überdurchschnittlich war die Kreditausweitung auch bei den Realkreditinstituten (7,2%) sowie den Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken (8%). Die Girozentralen und die mehr vom Geldmarkt abhängigen Genossenschaftlichen Zentralbanken und Privatbankiers konnten ihr Kreditvolumen demgegenüber nur unterdurchschnittlich ausweiten. Bei den Großbanken war im Gegensatz zu den Instituten insgesamt das kurzfristige Kreditgeschäft mit der Wirtschaft sehr lebhaft. Dabei spielte eine Rolle, daß sich die Kreditaufnahme der Unternehmen im vergangenen Jahr von den Euromärkten zurück zu den inländischen Banken verlagerte.

Die Ertragslage der Banken entwickelte sich im Jahre 1983 erneut günstig. Das Betriebsergebnis, das die für einzelne Bankengruppen nicht unbedeutenden Erträge aus Eigengeschäften und die Wertverluste im Aktivgeschäft nicht einschließt, dürfte sich im Jahre 1983 gegenüber dem schon recht hohen Wert des Jahres 1982 in vielen Fällen noch einmal verbessert haben¹⁾. Hierzu trug unter anderem bei, daß die Zinsspanne aufs ganze Jahr gesehen weit blieb, obwohl sie sich im Jahresverlauf etwas verengt haben dürfte. Die Ertragsrechnung vieler Institute wurde allerdings weiterhin durch einen hohen Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf belastet. Insbesondere bei solchen Instituten, die das Kreditgeschäft mit Großunternehmen pflegen oder im Ausland stärker engagiert sind, dürften zusätzliche Vorsorgemaßnahmen erforderlich gewesen sein. Demgegenüber waren bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften vermutlich geringere Kreditausfälle zu erwarten. Sie waren daher auch mehr als andere Institute in der Lage, ihr Eigenkapital aus selbsterwirtschafteten Mitteln zu stärken. Eine substantielle Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute erscheint angesichts der Risikosituation im Kreditgewerbe auch unerlässlich. Ebenso bestätigten manche Vorgänge im letzten Jahr erneut, wie notwendig eine bessere Streuung der Kreditrisiken im Bankgewerbe ist. Daneben stellt sich nach wie vor die dringliche bankpolitische Aufgabe, die bankaufsichtliche Gefahrenabwehr, wie von der Bundesbank seit langem gefordert, auf der Basis konsolidierter Bilanzmeldungen zu verbessern, damit die Mehrfachbelegung des haftenden Eigenkapitals miteinander verflochtener Kreditinstitute vermieden werden kann.

Gute, aber differenzierte Ertragslage im Kreditgewerbe

f) Leistungsfähiger Kapitalmarkt

Die deutschen Finanzmärkte standen im vergangenen Jahr im Zeichen der Konsolidierung. Viele Kreditnehmer nutzten die verbesserten Marktbedingungen dazu, die zuvor entstandenen Unausgewogenheiten ihrer Finanzstruktur zu beseitigen, und bevorzugten in zunehmendem Umfang längere Zinsbindungen. Die längerfristige Neuverschuldung (Kredite mit Kündigungsfristen von einem Jahr und mehr) der inländischen nichtfinanziellen Sektoren ging im vorigen Jahr um 17 Mrd DM über die entsprechenden Kreditaufnahmen vom Vorjahr hinaus, während im kurzfristigen Bereich ihre Kreditaufnahmen um 15 Mrd DM geringer als 1982 ausfielen. Parallel dazu hat sich auch die Struktur der Geldvermögensbildung zugunsten der längerfristigen Anlageformen verändert. Dazu gab insbesondere der relativ starke Rückgang der kurzfristigen Zinsen Anlaß, die vor allem als Reaktion auf die von der Bundesbank verfolgte Auflockerungspolitik bereits im vorangegangenen Jahr deutlich unter die bei langfristigen Anlagen erzielbaren Renditen gefallen waren. Im Ergebnis wurde der Kapitalmarkt damit 1983 zum gewichtigsten Bereich im gesamtwirtschaftlichen Finanzierungskreislauf.

Finanzmärkte im Zeichen der Konsolidierung

¹ Vgl.: Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahre 1982, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 35. Jg., Nr. 8, August 1983, S. 14 ff.

Hohe Anlagebereitschaft des privaten Publikums . . .

Den Wertpapiermärkten fiel hierbei als den klassischen Durchleitstellen längerfristigen Kapitals naturgemäß eine Schlüsselrolle zu. Insbesondere beim privaten Publikum waren Wertpapieranlagen rege gefragt, nachdem die Banken ihre Einlagenzinsen, und hier vor allem die Sparzinsen, im Verlauf des ersten Jahresdrittels stark nach unten angepaßt hatten. Insgesamt haben die inländischen nichtfinanziellen Sektoren im letzten Jahr 39 Mrd DM in Rentenwerten und Dividendenpapieren neu angelegt, das entspricht gut einem Fünftel ihrer gesamten Geldvermögensbildung, nachdem dieser Anteil 1982 auf knapp 15% gefallen war.

. . . trotz wechselnder Zinsverhältnisse

Zum weitaus überwiegenden Teil wurde daraus der Rentenmarkt gespeist, an dem sich die Emittenten über das ganze Jahr 1983 hinweg, bei teilweise recht wechselhaften Zinsverhältnissen, einer bemerkenswert hohen und zugleich stabilen Anlagebereitschaft gegenübersehen. In den ersten Monaten bis zum Frühjahrsbeginn und sporadisch auch später ließen sich die Marktteilnehmer, rückblickend gesehen, in ihren Anlagedispositionen von einem stark ausgeprägten Zinsoptimismus leiten, der dem tatsächlichen Zinssenkungspotential vauseilte. Zu einer vorsichtigeren Einschätzung der künftigen Zinsentwicklung wurden sie zum ersten Mal veranlaßt, als sich — nach einem vorübergehenden Rückgang der Anleiherenditen von knapp 8% am Jahresanfang bis auf 7% im März — kurze Zeit später die Zinstendenz an den amerikanischen Finanzmärkten nach oben kehrte. An die Diskont- und Lombardsatzsenkung der Bundesbank Mitte März knüpften die Märkte am „langen Ende“ offensichtlich keine neuen Zinshoffnungen mehr, vielmehr zogen die Renditen in diesem Bereich nach und nach stärker an. Als Reflex der veränderten Erwartungshaltung fächerte sich die Zinsstruktur am Rentenmarkt im letzten Frühjahr außerordentlich weit auf. Zwischen den Renditen lang- und kurzfristiger Papiere bildete sich ein Abstand von über 2% Prozentpunkten heraus, verglichen mit 1 Prozentpunkt zu Jahresbeginn. Anfang Juni übertrafen die deutschen Anleihezinsen mit einem durchschnittlichen Niveau von 8% ihren bis dahin tiefsten Stand vom März v. J. bereits wieder um mehr als einen vollen Punkt. Zu dieser Zeit mehrten sich zugleich die Sorgen, daß die außerordentlich kräftige monetäre Expansion und die ungünstige Wechselkursentwicklung die erreichten Stabilitätspolitischen Erfolge gefährden könnten. Im Verlauf des letzten Sommers traten größere Zinsschläge auf, bei denen die Anleiherendite in der Spitze fast 8½% erreichte; dies förderte eine skeptischere Einschätzung der Zinssaussichten. Das leichte Anziehen der geldpolitischen Zügel im Spätsommer und die Anhebung des Lombardsatzes Anfang September v. J. beruhigten die Märkte.

Hohe Anlagekäufe aus dem Ausland . . .

Danach verbreitete sich ein vorsichtiger Zinsoptimismus, der schließlich in einer neuerlichen, allerdings nur sehr kurzlebigen Rentenhausse mündete, als ein wachsendes Interesse ausländischer Käufer an DM-Anlagen die Phantasie der Marktteilnehmer in doppelter Weise beflügelte: einmal wegen der erwarteten positiven Kursentwicklung bei den DM-Rentenwerten, zum anderen wegen der möglichen Aufwertungstendenz für die D-Mark. Ausländische Erwerber engagierten sich vom Spätsommer an mit Rekordbeträgen in DM-Rentenwerten, die über die hohen Auslandskäufe der „Aufwertungsjahre“ 1978 und 1979 weit hinausgingen. Insgesamt erwarben Ausländer im vorigen Jahr auf D-Mark lautende Schuldverschreibungen im Betrag von mehr als 14 Mrd DM, davon entfielen knapp 11 Mrd DM auf inländische Anleihepapiere und 3½ Mrd DM auf ausländische DM-Anleihen. Die ausländischen Wertpapieranleger hielten sich jedoch gegen Jahresende vorübergehend am deutschen Markt zurück, als sich die Wechselkursentwicklung erneut deutlich gegen die D-Mark kehrte und die internationale Zinstendenz wieder nach oben zeigte. Im Ergebnis schwankten die deutschen Anleihezinsen unter dem Einfluß der wechselnden internationalen Zinsbewegungen in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zwischen 8 und 8½%. Erst im neuen Jahr schien sich ein gewisser „Durchbruch“ nach unten abzuzeichnen, als die D-Mark im Februar d. J. weltweit Terrain zurückge-

Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der inländischen nichtfinanziellen Sektoren *)								
Position	1981 p)		1982 p)		1983 ts)		1982 p)	1983 ts)
	Mrd DM	An-teile in %	Mrd DM	An-teile in %	Mrd DM	An-teile in %	Nachrichtlich: Veränderung gegen Vorjahr Mrd DM	
Geldvermögensbildung								
Längerfristig 1)	128,6	63,5	144,5	77,5	160,6	87,1	15,9	16,1
darunter:								
bei Banken	15,1	7,5	53,4	28,6	58,8	31,9	38,2	5,5
in Rentenwerten	47,0	23,2	20,3	10,9	30,4	16,5	-26,7	10,1
in Aktien	6,0	3,0	6,6	3,5	8,9	4,8	0,5	2,3
Kurzfristig	74,0	36,5	42,0	22,5	23,8	12,9	-32,0	-18,3
darunter								
bei Banken 2)	58,6	28,9	33,5	18,0	15,0	8,1	-25,1	-18,5
Insgesamt	202,6	100	186,5	100	184,3	100	-16,1	-2,2
Kreditaufnahme und Aktienemission								
Längerfristig	173,5	72,2	164,2	81,7	182,8	89,5	-9,3	18,6
darunter:								
bei Banken	103,4	43,0	81,5	40,6	94,9	46,5	-21,8	13,4
am Rentenmarkt	-3,7	-1,5	28,0	13,9	33,8	16,6	31,7	5,8
am Aktienmarkt	3,6	1,5	4,5	2,2	5,9	2,9	0,9	1,4
Kurzfristig	66,9	27,8	36,8	18,3	21,5	10,5	-30,1	-15,3
darunter								
bei Banken	29,6	12,3	15,1	7,5	18,8	9,2	-14,5	3,6
Insgesamt	240,4	100	201,0	100	204,3	100	-39,4	3,3

* Private Haushalte, Unternehmen (einschl. Wohnungswirtschaft), Öffentliche Haushalte (einschl. Sozialversicherungen). — 1 Geldanlagen mit Befristung von mehr als 1 Jahr, einschl. gesamte Spareinlagen und Wertpapiererwerb (unabhängig von der Laufzeit). — 2 Einschl. Bargeld. — p) Vorläufige Ergebnisse. — ts Teilweise geschätzt.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

winnen konnte und in diesem Zusammenhang auch wieder hohe Beträge aus dem Ausland an den deutschen Kapitalmarkt geflossen sind. Doch eine gewisse Abhängigkeit von der internationalen Zins- und Wechselkursentwicklung blieb bestehen, auch wenn dieser Zusammenhang einmal lockerer und einmal etwas strenger ist.

Der Schwerpunkt der inländischen Nachfrage nach Rentenpapieren hat sich im vergangenen Jahr von den Kreditinstituten auf die Anleger aus dem Nichtbankenbereich verlagert. Diese haben 1983 für fast 43 Mrd DM in- und ausländische Rentenpapiere erworben. Das sind, trotz rückläufiger Ersparnis der privaten Haushalte im abgelaufenen Jahr, 6 Mrd DM mehr als 1982. Bemerkenswert ist darüber hinaus die Stetigkeit, die die Anlagedispositionen der Nichtbanken insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zeigten. Sie ließen sich in ihren Entscheidungen während dieser Zeit offenbar mehr von dem relativen Renditevorteil der Geldanlagen in Schuldverschreibungen gegenüber Bankeinlagen mit Bindungsfristen von vier Jahren und darüber leiten als von der kurzfristigen Zinstendenz. Nach dem Anstieg der Kapitalmarktzinsen auf ein Niveau von 8 bis 8½ % bewegte sich dieser Abstand im Durchschnitt in der Größenordnung von 2½ Prozentpunkten, verglichen mit 1 bis 1½ Prozent ein halbes Jahr davor.

Im auffälligen Gegensatz dazu stand der rasche Wechsel in den Anlagekäufen der Banken, der offenbar mit den kurzfristigen Kursbewegungen am Rentenmarkt zusammenhing. Davon unabhängig scheinen die Banken auch weniger Spielraum für eigene Rentenanlagen gesehen zu haben, nachdem die Nachfrage im Kreditgeschäft mit der privaten Kundschaft, insbesondere im längerfristigen Bereich, stark gewachsen war. Mit einem Jahresergebnis von 35 Mrd DM lagen die Rentenkäufe der Banken 1983 um 8 Mrd DM unter dem Vergleichswert vom vorangegangenen Jahr.

. . . und aus dem inländischen Nichtbankenbereich

Abnehmende Bedeutung der Rentenanlagen der Banken

Banken bleiben bedeutendste Emittentengruppe	Auf der Seite der Emittenten spielten die Banken, die üblicherweise einen großen Teil ihrer längerfristigen Direktdarlehen an private und öffentliche Kreditnehmer am Rentenmarkt refinanzieren, aber nach wie vor die dominierende Rolle. Im abgelaufenen Jahr nahmen die Banken aus dem Absatz eigener Schuldverschreibungen 51½ Mrd DM auf, das waren 7 Mrd DM mehr als 1982. In der Zusammensetzung des Absatzes von Bankschuldverschreibungen ergaben sich beträchtliche Gewichtsverschiebungen. Diese spiegelten bis zu einem gewissen Grad die im Jahresverlauf gewandelten Schwerpunkte in der Kreditnachfrage wider. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die veränderte schuldenpolitische Linie der öffentlichen Hand, die verstärkt Mittel direkt am Rentenmarkt aufnahm, anstatt sich bei Banken zu verschulden.
Rückläufiger Absatz von Kommunalobligationen und Pfandbriefen	Dementsprechend hat das Angebot an Kommunalobligationen, mit denen die Kreditinstitute in erster Linie Darlehen an öffentliche Stellen refinanzieren, spürbar an Gewicht verloren. Der Netto-Absatz dieser Titel fiel 1983 mit 28½ Mrd DM um knapp 8 Mrd DM niedriger aus als 1982. Auch der Absatz von Pfandbriefen, dem zweiten klassischen Refinanzierungsinstrument der Emissionsinstitute, entwickelte sich nur schwach; mit 8½ Mrd DM erreichte er kaum seinen Vorjahrswert (9 Mrd DM). Dies war jedoch keineswegs auf eine allgemeine Abschwächung der Nachfrage nach Hypothekarkrediten zurückzuführen, sondern in erster Linie Spiegelbild einer Verschiebung der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten zugunsten derjenigen Institutsgruppen, die ihre Ausleihungen vorwiegend aus dem Einlagengeschäft refinanzieren und deshalb nach dem Zinsanstieg am Rentenmarkt mit verhältnismäßig günstigen Konditionen werben konnten. So stieg beispielsweise bei den Sparkassen die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten im vergangenen Jahr um mehr als die Hälfte des entsprechenden Vorjahrswertes, während bei den privaten Hypothekenbanken die entsprechenden Darlehenszusagen die Vorjahrszahlen nur knapp übertrafen. Im Ergebnis sind bei den Emissionsinstituten also nicht nur im Kreditgeschäft mit der öffentlichen Hand, sondern teils auch im Bereich des Realkredits expansive Impulse ausgeblieben.
„Sonstige“ Bankschuldverschreibungen sprunghaft gewachsen	Die Emissionshäuser und ihre angeschlossenen Institute stießen aber im Darlehensgeschäft mit der gewerblichen Wirtschaft auf eine recht rege Nachfrage nach neuen bzw. der Ablösung kurzfristiger Verbindlichkeiten dienenden längerfristigen Krediten. Damit zusammenhängend ist das Angebot an „sonstigen“ Bankschuldverschreibungen, die in erster Linie zur Refinanzierung solcher Ausleihungen begeben werden, im letzten Jahr geradezu sprunghaft gewachsen. Nach Netto-Tilgungen in Höhe von 5 Mrd DM 1982 plazierte die Kreditinstitute im vergangenen Jahr netto für 7½ Mrd DM Papiere dieser Art. Zum Beispiel sind hier die Girozentralen, wohl zum Ausgleich der schwächeren Entwicklung des Kreditgeschäfts mit der öffentlichen Hand, mit hohen Emissionen an den Markt getreten. Auch die privaten Hypothekenbanken scheinen sich im vorigen Jahr stärker engagiert zu haben. Auffällig ist der beträchtliche Zuwachs im Umlauf solcher Papiere bei den übrigen Kreditinstituten, die dieses Refinanzierungsinstrument angesichts der hohen Kaufbereitschaft am Rentenmarkt ebenfalls verstärkt einsetzten.
Öffentliche Emittenten nutzten aufnahmefähige Märkte	Die öffentlichen Emittenten nutzten, wie bereits angedeutet, im vergangenen Jahr die ergiebige Marktverfassung, indem sie die direkte Mittelbeschaffung am Rentenmarkt Schuldscheinfinauzierungen vorzogen. So erklärt es sich, daß 1983 der Absatz von Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand (einschl. Bundesbahn und Bundespost) um 6 Mrd DM auf 34½ Mrd DM wuchs, obwohl gleichzeitig die zu finanzierenden Defizite spürbar abgebaut werden konnten. Bezogen auf die Gesamtheit der Gebietskörperschaften stieg damit der Anteil der Finanzierungen über den Rentenmarkt an der gesamten Netto-Kreditaufnahme 1983 von knapp zwei auf drei Fünftel. Dies war im wesentlichen das Ergebnis der veränderten Schuldenpolitik des Bundes, der sein Rentenangebot

Erwerb von Rentenwerten nach Käufergruppen und Wertpapierarten							
Mrd DM (Kurswert)							
Erwerber	Jahr	Inländische Rentenwerte				Ausländische Rentenwerte 2)	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt
		zusammen	Bank-schuld-verschreibungen	Industrie-obliga-tionen	Anleihen der öffent-lichen Hand 1)		
Inländer	1978	39,7	30,6	- 0,8	9,9	3,6	43,3
	1979	37,2	36,0	- 1,0	2,3	3,7	40,9
	1980	44,9	41,9	- 1,2	4,3	7,3	52,3
	1981	68,3	70,7	- 0,9	- 1,5	6,2	74,5
	1982	70,5	45,3	- 0,6	25,8	11,0	81,5
	1983	74,7	47,2	- 0,6	28,1	5,7	80,5
davon:							
Kreditinstitute	1978	20,2	16,7	- 0,2	3,7	1,2	21,4
	1979	1,1	3,3	- 0,2	- 2,0	2,6	3,7
	1980	14,1	15,6	- 0,1	- 1,5	3,3	17,3
	1981	17,0	18,0	- 0,0	- 1,0	0,5	17,6
	1982	44,3	31,8	- 0,1	12,6	- 1,2	43,1
	1983	35,9	25,9	- 0,1	10,1	- 0,7	35,2
Nichtbanken	1978	16,0	13,9	- 0,6	2,7	2,3	18,3
	1979	38,2	32,7	- 0,9	6,4	1,1	39,3
	1980	29,1	26,2	- 1,1	4,0	4,1	33,2
	1981	51,5	52,7	- 0,9	- 0,3	5,7	57,2
	1982	24,5	13,5	- 0,5	11,6	12,2	36,7
	1983	36,4	21,3	- 0,5	15,6	6,5	42,9
Offenmarktoperationen der Bundesbank	1978	3,5	-	-	3,5	-	3,5
	1979	- 2,1	-	-	- 2,1	-	- 2,1
	1980	1,8	-	-	1,8	-	1,8
	1981	- 0,2	-	-	- 0,2	-	- 0,2
	1982	1,7	-	-	1,7	-	1,7
	1983	2,4	-	-	2,4	-	2,4
Ausländer 3)	1978	0,1	s) - 1,2	s) - 0,2	1,5	x	0,1
	1979	4,0	s) 0,4	s) - 0,1	3,7	x	4,0
	1980	0,3	s) - 0,3	s) - 0,0	0,7	x	0,3
	1981	- 1,5	s) - 0,3	s) - 0,0	- 1,1	x	- 1,5
	1982	2,2	s) - 0,5	s) - 0,0	2,8	x	2,2
	1983	10,8	s) 4,5	s) - 0,0	6,3	x	10,8
Insgesamt 4)	1978	39,8	29,4	- 1,0	11,4	3,6	43,4
	1979	41,2	36,4	- 1,1	6,0	3,7	45,0
	1980	45,2	41,5	- 1,3	4,9	7,3	52,6
	1981	66,9	70,5	- 1,0	- 2,6	6,2	73,1
	1982	72,7	44,8	- 0,6	28,6	11,0	83,7
	1983	85,5	51,7	- 0,6	34,4	5,7	91,3

1 Im wesentlichen Anleihen, Kassenobligationen, Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen. — 2 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Rentenwerte durch Inländer. — 3 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Rentenwerte durch Ausländer. — 4 Netto-Absatz plus/minus Veränderungen der Eigenbestände der Emittenten. — s) Geschätzt.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1983 um knapp 7 Mrd DM auf netto 29½ Mrd DM steigerte. Auf diese Weise deckte er rd. 90% seines gesamten Finanzierungsbedarfs, verglichen mit rd. 60% im Jahr davor. Die Hälfte des Platzierungsergebnisses entfiel auf den laufenden Verkauf von Bundesobligationen und Bundesschatzbriefen, die im Wege der Daueremission begeben werden (15½ Mrd DM), der andere Teil auf den Absatz von Anleihen und Kassenobligationen (14 Mrd DM).

Im Bereich der auf D-Mark lautenden Anleihen von ausländischen Schuldern war die Emissionstätigkeit 1983 weiterhin lebhaft. Die abgesetzten Papiere wurden im Ergebnis fast vollständig im Ausland plziert. Dort werden diese Papiere vielfach deutschen Rentenpapieren vorgezogen, weil die daraus erlösten Zins-einnahmen nicht der deutschen Kapitalertragsteuer (sog. Kuponsteuer) unterliegen, die von den Zinszahlungen inländischer Emittenten an Ausländer im Quellenabzugsverfahren einbehalten wird. Auf Grund dieser steuerlichen Ungleichbehandlung waren die ausländischen Anleger auch im vergangenen Jahr bereit, bei DM-Auslandsanleihen durchweg vergleichsweise niedrige (Brutto-)

Lebhaft
Emissionstätigkeit
am Markt für
DM-Auslands-
anleihen

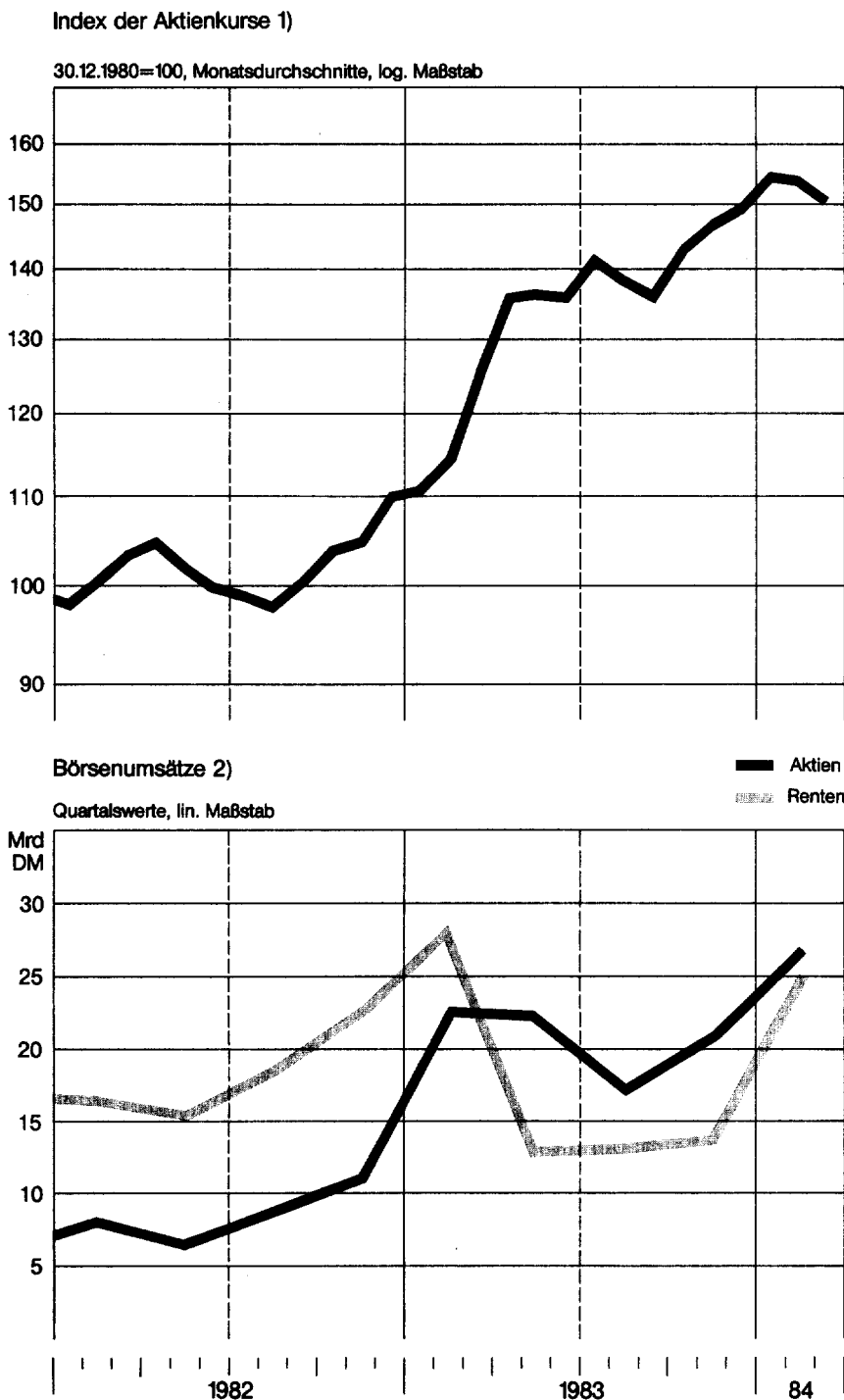
Renditen in Kauf zu nehmen, obwohl inländische Papiere von der Bonität und der Marktgängigkeit her häufig höher einzustufen sind. Im letzten Halbjahr bewegte sich dieser Renditeabschlag bei den DM-Auslandsanleihen bei starker Streuung für die einzelnen Emissionen zwischen $\frac{1}{4}$ und 1 Prozentpunkt. Für den deutschen Markt stellt dies derzeit zwar keine unmittelbare Belastung dar. Tendenziell liegt aber in der ursprünglich zum Schutz vor unerwünschten Kapitalzuflüssen eingeführten steuerlichen Sonderregelung bei den Zinseinkünften von Ausländern — neben anderen Gründen — ein Anreiz für ausländische Emittenten, sich in D-Mark zinsgünstig zu verschulden. Wahrscheinlich wird auf diese Weise ein Teil des ausländischen Kapitalangebots von DM-Papieren inländischer Emittenten auf DM-Auslandsanleihen gelenkt.

Das Jahr der Aktie Im vergangenen Jahr ist der deutsche Aktienmarkt, der über Jahre hinweg im Schatten des Anleihemarktes gestanden hatte, in den Mittelpunkt des Interesses vieler in- und ausländischer Anleger gerückt. Sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung hielt sich freilich auch 1983 in einer bescheidenen Größenordnung, gemessen an den Börsenumsätzen hat er den Rentenmarkt aber im Jahre 1983 überrundet. Ausgeprägt war der Höhenflug der deutschen Aktienkurse, die mit wenigen Unterbrechungen und ohne größere Rückschläge von einem Rekordstand zum anderen kletterten. Bereits im letzten Frühjahr, als ein erster vorläufiger Höhepunkt erreicht wurde, lag der Aktienindex des Statistischen Bundesamtes 25% über seinem Wert vom Jahresanfang. In zwei weiteren Kursschüben im Sommer und gegen Jahresende stiegen die Kurse um weitere 8%. Anfang Februar 1984 erreichten sie einen neuen Höchststand, der das Kursniveau von Anfang 1983 um 48% übertraf.

Anregende Impulse aus dem Ausland . . . Der bemerkenswerte Kursanstieg am deutschen Aktienmarkt verdankt sicherlich einiges der vorangehenden Aufwärtsentwicklung an den Märkten anderer Industrieländer, insbesondere der Aktienhausse in den Vereinigten Staaten. Mehrfach gingen von den Dispositionen international operierender Anlegerkreise kräftige Anstöße auf die Aktienkursentwicklung in der Bundesrepublik aus. Ausländer betrachteten offenbar selbst nach den beträchtlichen Kurssteigerungen des vergangenen Jahres deutsche Dividendenwerte als attraktive Anlagealternative, zumal der steigende Dollarkurs deutsche Aktien für die Käufer, die in Dollar rechnen, insoweit „verbilligte“; tatsächlich dürften die in D-Mark gerechneten Aktienkurse nicht zuletzt wegen der Wechselkursentwicklung stark gestiegen sein.

**. . . und durch stark verbesserte Ertrags-
erwartungen der
Unternehmen** Außer den günstigen Ausstrahlungen, die von ausländischen Aktienmärkten und der Wechselkursentwicklung herrührten, gingen freilich auch wichtige Impulse von den verbesserten Ertragsverhältnissen der deutschen Unternehmen aus. Die hier in Gang befindliche, dringend notwendige Korrektur hat in mehrfacher Hinsicht günstige Auswirkungen auf das Klima an der deutschen Aktienbörse. Die steigenden Renditeerwartungen bei Sachkapitalanlagen verstärkten die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und haben gleichzeitig durch ihre Anstoßwirkungen auf die Aktienkurse und die Nachfrage nach Dividendenwerten in geradezu „lehrbuchmäßiger“ Weise die Voraussetzungen dafür verbessert, das Sparkapitalangebot in volkswirtschaftliche Verwendungen zu lenken, die das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft auf längere Sicht stärken.

**Aktienfinanzierung
attraktiver** Die inländischen Unternehmen scheinen die verbesserten Bedingungen für die Aktienfinanzierung zum Teil bereits zu nutzen. Mit einem Absatzergebnis von 7% Mrd DM (Kurswert) lagen ihre Mittelaufnahmen am Aktienmarkt im vergangenen Jahr um gut 1 Mrd DM über dem Vorjahrswert. Es hat zudem den Anschein, daß die dynamische Entwicklung der Aktienmärkte die Emissionsbereitschaft der Unternehmen grundlegend gestärkt hat, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß nun Gesellschaften vermehrt den Gang an die Börse erwä-



1) Index des Statistischen Bundesamtes.- 2) Kassahandel in inländischen Papieren zum Kurswert.

gen. Tatsächlich blieb aber der Beitrag des Aktienmarktes für die Gewinnung von Eigenkapital über die Emission neuer Aktien — oder im Vorgriff hierauf durch die Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen — im vergangenen Jahr noch bescheiden. Teilweise sind die institutionellen Hemmnisse für Aktienemissionen wie für die Gründung von Aktiengesellschaften noch zu groß (Doppelbesteuerung im Rahmen der Vermögensteuer, Erschwernisse bei der Umwandlung der Rechtsform, Zugangs- und Organisationsprobleme der Wertpapiermärkte und der Risikokapitalbereitstellung), obgleich die Bundesregierung ihren teilweisen Abbau inzwischen in Angriff genommen bzw. auch schon verwirklicht hat. Teilweise sind aber auch Aversionen gegen Neuemissionen oder

Umgründungen in der Haltung der Unternehmenseigentümer begründet (Furcht vor der Änderung der Beteiligungsverhältnisse oder der erweiterten Mitbestimmung), die erst überwunden werden müßten.

Neue Wege
der Eigenkapital-
finanzierung

Jüngeren und kleineren Unternehmen, auf deren Innovationsfreude und Investitionsbereitschaft die Wirtschaft nicht verzichten kann, bleibt die Beschaffung von Risikokapital auf dem Wege über die Aktienbörse praktisch verschlossen. Hier sind vor allem Banken und große Unternehmen aufgerufen, jungen Firmen die marktmäßige Eigenkapitalfinanzierung zu erleichtern. Die jüngste Diskussion über die Rolle der Kapitalbeteiligungsgesellschaften und zahlreiche Neugründungen auf diesem Gebiete haben deutlich gemacht, daß die hier zu lösenden Aufgaben erkannt werden. Gleichzeitig ist die Bundesregierung darum bemüht, fiskalische und gesetzgeberische Möglichkeiten auszuloten, um Existenz- und Unternehmensgründungen sowie die Bildung zusätzlichen Risikokapitals auch außerhalb der Aktienbörse zu erleichtern.

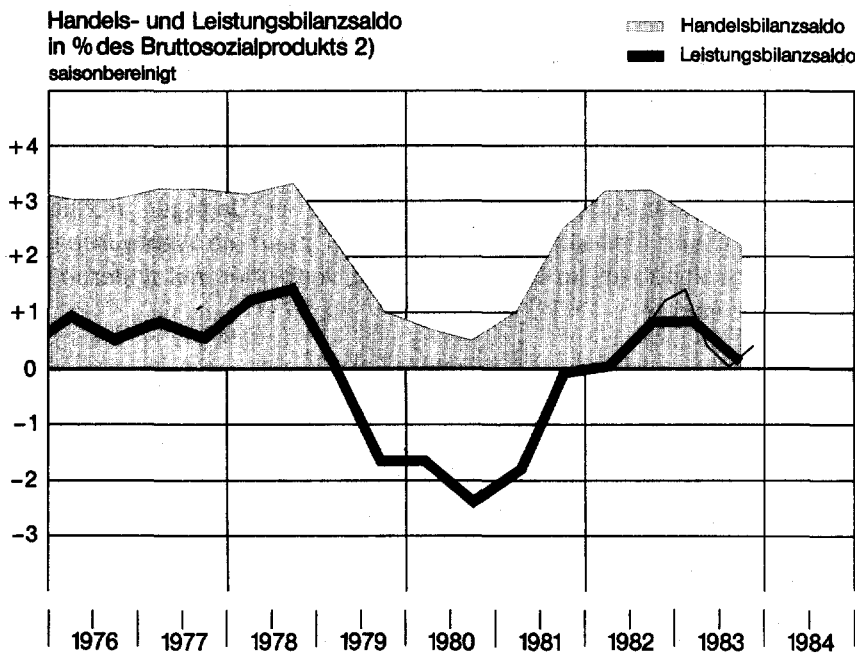
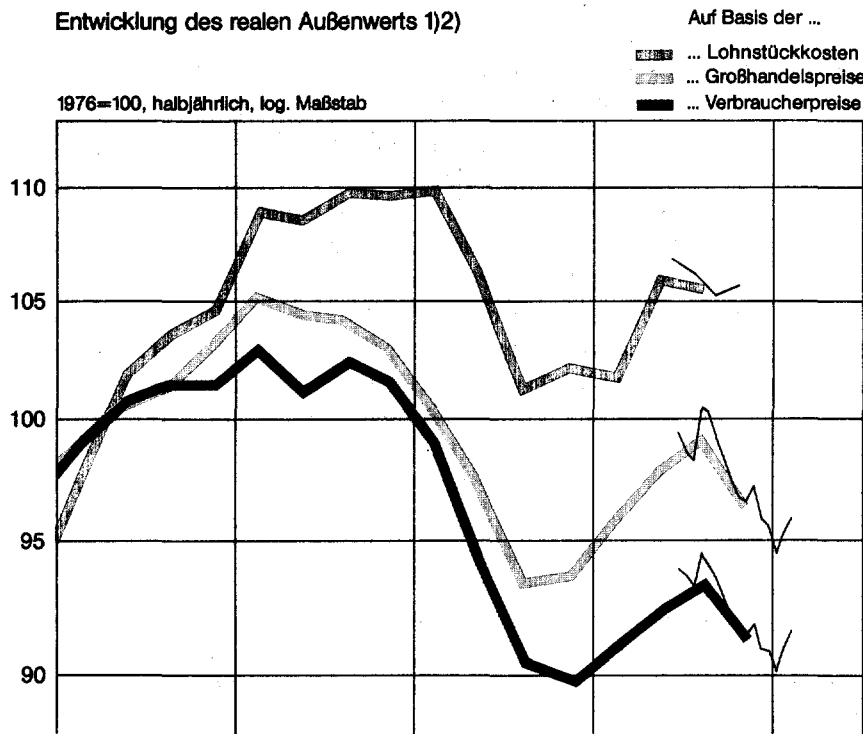
5. Wettbewerbsfähigkeit im Exportgeschäft trotz einiger Schwachstellen gut behauptet

Die Wettbewerbs-
fähigkeit im
Exportgeschäft —
eine Schlüsselgröße
für die deutsche
Wirtschaft

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik im Verlauf von 1983 war, wie schon dargelegt, stark abhängig von der Wiederbelebung des Exports. Damit bestätigte sich erneut, daß die wirtschaftliche Aktivität in unserem Lande erheblich vom Auslandsgeschäft mitbestimmt wird. Dies ergibt sich schon daraus, daß auf die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen etwa dreißig Prozent der inländischen Wertschöpfung entfallen (freilich stehen den Exporten nicht wesentlich weniger Einfuhren von Waren und Dienstleistungen gegenüber). Die Bedeutung der Ausfuhren wird auch dadurch akzentuiert, daß die wichtigsten Exportindustrien der Bundesrepublik zugleich den Kern der deutschen Industrie darstellen, einen Bereich der Wirtschaft, in dem eine große Zahl von Arbeitnehmern Beschäftigung findet, in dem überdies beträchtliche Investitionen getätigt werden, mit großen Chancen, technologischen Neuerungen zum Durchbruch zu verhelfen. Anders ausgedrückt, wären die deutschen Exporteure auf den Weltmärkten nicht genügend wettbewerbsfähig, so hätte das nicht nur Nachteile für die Zahlungsbilanz und den Wechselkurs unserer Währung; es würde auch das reale Einkommensniveau und der Lebensstandard unserer Bevölkerung gefährdet. Dies würde es dann zunehmend schwieriger machen, den Beschäftigungsgrad zu steigern und die Arbeitslosigkeit so weit wie möglich abzubauen. Im Jahre 1983 hat die Bundesrepublik, wie schon 1982, in der Leistungsbilanz mit dem Ausland einen leichten Überschuß erzielen können, was dafür spricht, daß sich die Wirtschaft der Bundesrepublik unter schwierigen Bedingungen auf den Weltmärkten durchaus behauptet hat. Bedenkt man aber, daß in dieser Zeit die inländischen Produktionskapazitäten nicht annähernd ausgelastet waren, was den Export eher stimulierte, und daß überdies, entgegen den bisher vorherrschenden Tendenzen, die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz — wohl nur vorübergehend — beträchtlich zurückgingen, so kann aus dem Leistungsbilanzergebnis 1983 nicht ohne weiteres auf eine auch längerfristig gesicherte internationale Wettbewerbsfähigkeit geschlossen werden.

Leistungsbilanz-
defizite der
Jahre 1979 bis 1981
auch durch
vorangegangene
Verschlechterung
der Wettbewerbs-
fähigkeit verursacht

Daß die Wirtschaft der Bundesrepublik an ihrer außenwirtschaftlichen Flanke verwundbar ist, zeigte sich in den Jahren 1979 bis 1981, in denen die Leistungsbilanz der Bundesrepublik erstmals seit langem hohe Defizite aufwies, was es dann umso mehr erforderlich machte, eine restriktive wirtschaftspolitische Linie einzuschlagen. Diese heute weitgehend überwundenen Schwierigkeiten beruhten damals auf mehreren Ursachen. Zu einem großen Teil hingen sie sicher damit zusammen, daß sich die D-Mark bis zum Herbst 1979 unverhältnismäßig stark aufgewertet hatte — mehr jedenfalls, als es dem damaligen Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern entspro-



1) Gewogener nominaler DM-Außenwert gegenüber wichtigen Handelspartnern, bereinigt um die Unterschiede in den Kosten- bzw. Preissteigerungsraten (geometrisch gemittelt). - 2) Ab Ende 1982 auch Vierteljahres- bzw. Monatswerte.

chen hätte. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf Preise und Produktionskosten war dadurch geschwächt worden. In voller Schärfe wurde dies sichtbar, als sich 1979 und 1980 eingeführte Energie und Rohstoffe erneut verteuerten, gleichzeitig aber die mit den 1978 eingeleiteten konjunkturellen Ankurbelungsmaßnahmen verbundene Nachfragebelebung im Inland einen größeren Teil der inländischen Produktion absorbierte und das Exportgeschäft für die heimischen Produzenten etwas weniger dringlich erscheinen ließ. Mit einem Leistungsbilanzdefizit von 28½ Mrd DM im Jahre 1980 wies

die Bundesrepublik den absolut gesehen höchsten Passivsaldo auf, der bis dahin in einem einzelnen Land entstanden war.

Rückkehr zu Leistungsbilanzüberschüssen im Jahre 1982

Die Rückkehr zu Leistungsbilanzüberschüssen in den Jahren 1982 und 1983 spricht nun aber dafür, daß sich die Bundesrepublik neuerdings auf ihren Absatzmärkten wieder besser behaupten kann. Deutsche Erzeugnisse haben inzwischen soviel an Anziehungskraft für ausländische Käufer zurückgewonnen, daß der hohe Importbedarf der Bundesrepublik, insbesondere die gestiegene Energierechnung sowie die großen Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz, abgedeckt werden können. Zwar spielten bei der Verbesserung der Leistungsbilanz auch Einflüsse auf der Importseite eine Rolle, so vor allem Erfolge beim Energiesparen und die leichte Ölpreissenkung durch die OPEC-Länder, ganz abgesehen davon, daß auch die bis Ende 1982 dauernde wirtschaftliche Abschwächung in der Bundesrepublik den Importbedarf etwas ermäßigt hatte. Entscheidend dürfte aber gewesen sein, daß die deutsche Exportwirtschaft ihre Position im Welthandel wieder verbessern konnte.

Deutsche Exporte expandieren wieder stärker als der Welthandel

Während das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt 1983 noch etwas unter dem 1980 erzielten Ergebnis lag, nahmen die realen Ausfuhren der Bundesrepublik in den vergangenen drei Jahren um rd. 10% zu; der Anteil der Bundesrepublik am Welthandel stieg damit (zu Preisen von 1980 gerechnet) von 10% im Jahre 1980 auf gut 11% (1983). Abgesehen vom weltweiten Rückgang der Ölexporte beruht dieser statistische Marktgewinn teilweise darauf, daß die Bundesrepublik durch die Regionalstruktur ihrer Ausfuhr begünstigt wurde, da für die deutsche Exportwirtschaft die expandierenden Märkte zu den traditionell wichtigen Abnehmern deutscher Produkte gehörten, während diejenigen Teilmärkte, die nur unterdurchschnittlich expandierten oder gar schrumpften, nur eine geringe Rolle spielten. Beispielsweise wurden die deutschen Exporteure von der Importdrosselung in den lateinamerikanischen Ländern (in den Jahren 1981 bis 1983 real um etwa ein Drittel) relativ wenig betroffen; an der deutschen Gesamtausfuhr hatte der lateinamerikanische Subkontinent vor diesem Einbruch nur einen Anteil von 3,3% (1983: 2,3%). Dagegen profitierte die Bundesrepublik davon, daß sich der Warenhandel innerhalb Westeuropas, dem traditionellen Absatzgebiet der Bundesrepublik, verglichen mit anderen Regionen spürbar ausweitete.

Exportindustrie gewinnt verlorengegangene Marktanteile größtenteils zurück

Das überproportionale Wachstum des Exports aus der Bundesrepublik geht aber auch darauf zurück, daß deutsche Produkte auf den jeweiligen Regionalmärkten im Durchschnitt besser abgeschnitten haben als Waren aus den konkurrierenden Exportländern. Zwar wurden in den letzten drei Jahren die in den siebziger Jahren entstandenen Marktanteilsverluste damit noch nicht wieder völlig wettgemacht, doch ist der Erfolg der Bundesrepublik durchaus bemerkenswert, insbesondere wenn man zusätzlich berücksichtigt, daß sich die Marktanteilsgewinne nicht auf einzelne Warengruppen oder Regionen konzentrieren, sondern sich auf den größten Teil des Exportangebots erstrecken — die Produkte hoher Technologie ausgenommen (vgl. S. 59).

Internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert

Angesichts solcher Erfolge schätzen neuerdings die Unternehmen selbst ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit allgemein günstiger ein, wie eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages vom Februar 1984 zeigt. Zum einen dürfte sich die Bundesrepublik bei den nichtpreislichen Wettbewerbsfaktoren, wie Qualität und Kundenservice, gut behauptet haben; das Argument der besonderen Lieferpünktlichkeit, das häufig zugunsten der deutschen Exportwirtschaft angeführt wird, hat angesichts weltweit ungenutzter Kapazitäten gegenwärtig nicht die frühere Bedeutung. Zum anderen ist in der Kostenentwicklung unter Berücksichtigung der veränderten Wechselkursverhältnisse eine Wende zum Besseren eingetreten.

Indikatoren zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland							
	Lohn- und Gehaltsaufwand je Beschäftigten 1) 2)	Produktionsergebnis je Beschäftigten 1)	Lohnstückkosten 1)	Lohnstückkosten in den wichtigsten Partnerländern 1) 3)	Nominaler Außenwert der D-Mark 3)	Wechselkursbereinigtes Lohnstückkostengefälle 4)	Nachrichtlich: Wechselkursbereinigtes Preisgefälle 4) 5)
Jahr	1	2	3	4	5	6 = 3:4 x 5	7
	1972 = 100						
1975	135	105	128	146	115	101	101
1976	147	117	126	154	122	100	102
1977	160	121	132	166	130	104	105
1978	169	123	138	175	137	108	108
1979	181	129	140	184	142	108	106
1980	193	128	151	201	142	107	101
1981	203	129	158	217	138	101	96
1982	212	130	164	232	146	103	99
1983	221	137	161	237	152	104	100
	Veränderungen in %						
1975/79	+ 34	+ 22	+ 9	+ 26	+ 23	+ 7	+ 5
1979/83	+ 22	+ 7	+ 15	+ 29	+ 7	- 4	- 6
1 Verarbeitendes Gewerbe. — 2 Bruttolöhne und -gehälter. — 3 Gewogen mit Außenhandelsanteilen gegenüber 13 wichtigen Handelspartnern. — 4 Lohnstückkosten- bzw. Preisgefälle bereinigt um die Entwicklung des nominalen Außenwerts. — 5 Auf Basis der Großhandelspreise industrieller Produkte.							

Von 1980 an sind die Produktionskosten in der Bundesrepublik, in nationaler Währung gerechnet, langsamer gestiegen als in den Jahren zuvor, aber auch verglichen mit anderen Ländern; eine Korrektur der Kostenlastigkeit vorangegangener Jahre ist also in Gang gekommen. Die Arbeitsentgelte im Verarbeitenden Gewerbe — Bruttolöhne und -gehälter sowie Lohnnebenkosten — schlagen hier allein schon wegen ihrer Größenordnung besonders zu Buche. Zwar hat sich in allen westlichen Industrieländern der Lohnkostenanstieg in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Gleichwohl klappte die Entwicklung der Löhne und Gehälter in einzelnen Ländern weiterhin stark auseinander. Während sich die Löhne und Gehälter pro Kopf im Verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik im Zeitraum 1979 bis 1983 um 22% erhöhten (verglichen mit einem Anstieg um 34% in den Jahren 1975 bis 1979), sind die Lohnkosten in den übrigen wichtigen Industrieländern in den letzten vier Jahren durchschnittlich um 55% gestiegen; zu den (in diesem Durchschnitt enthaltenen) größeren europäischen Ländern war der Abstand noch ausgeprägter, denn in Italien stiegen die Lohnkosten um 90%, in Frankreich um 63½% und in Großbritannien um 60%, obgleich auch in diesen Ländern die Lohndynamik mittlerweile etwas nachgelassen hat. Allerdings hat sich die Produktivität, das Produktionsergebnis je Beschäftigten, in der Bundesrepublik etwas weniger günstig als in den meisten anderen Ländern entwickelt. Gemessen an den Lohnstückkosten, d. h. dem Lohn- und Gehaltsaufwand je Produkteinheit, stellt sich deshalb der Vorsprung der Bundesrepublik nicht ganz so groß dar. Von 1979 bis 1983 erhöhten sich die Lohnstückkosten der deutschen Industrie um 15%, verglichen mit 29% im gewogenen Durchschnitt der 13 wichtigsten Partnerländer.

Der Vorteil der geringeren Lohnkostensteigerung in der Bundesrepublik wurde in den letzten vier Jahren auch noch durch eine relativ starke DM-Aufwertung reduziert. Zwar hat die D-Mark gegenüber dem US-Dollar in dieser Zeit beträchtlich an Wert verloren; gegenüber den meisten anderen Währungen, insbesondere im Europäischen Währungssystem, wurde die D-Mark aber erheblich höher bewertet, so daß im gewogenen Durchschnitt gegenüber 13 wichtigen Industrieländern der Außenwert der D-Mark seit 1979 um etwa 7% zunahm. Dies war allerdings etwas weniger, als der kumulativen Lohnstückkostendiskrepanz (11%) zum Ausland entsprochen hätte. Faßt man — um die Kostenunterschiede international vergleichbar zu machen — die relativen

Im internationalen Vergleich gesehen relativmäßiger Lohnkostenanstieg in der Bundesrepublik

Auch unter Einschluß der Wechselkursänderungen in den letzten vier Jahren vergleichsweise niedriger Anstieg der Lohnstückkosten

Lohnstückkosten mit der Wechselkursentwicklung zusammen, so zeigt sich, daß auch wechsellkursbereinigt die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik in den letzten vier Jahren etwas langsamer gestiegen sind als im Ausland (um 4%). Diese Entwicklung kontrastiert mit jener der Jahre von 1975 bis 1979, in denen die Lohnstückkosten, korrigiert um die Außenwertveränderung der D-Mark, um 7% mehr zugenommen hatten als im Ausland. Die im internationalen Vergleich inzwischen günstigere Lohnkostenentwicklung in der Bundesrepublik hat einen Teil der die Wettbewerbsfähigkeit belastenden Einflüsse aufgewogen.

Gesamte Kostensituation auch erheblich durch andere Kostenfaktoren beeinflußt

Ähnlich wie bei den Lohnkosten dürfte die Industrie der Bundesrepublik in den letzten vier Jahren bei den Kosten des Rohstoffeinsatzes weniger als andere Länder belastet worden sein, da die Preissteigerungen für diese Produkte auf den Weltmärkten durch eine vergleichsweise günstige Wechselkursentwicklung der D-Mark nicht so stark zu Buche schlugen wie anderswo. Zwar hat sich die D-Mark gegenüber dem US-Dollar und anderen Hartwährungen in den letzten Jahren abgewertet; doch haben insbesondere die Währungen einiger europäischer Länder gegenüber dem US-Dollar noch stärker an Wert verloren, so daß sich die Bundesrepublik bei der Rohstoffzufuhr besser als diese Konkurrenzländer stellte. Welches Gewicht diese divergierenden Materialkosten für die Wettbewerbsfähigkeit wirklich hatten, entzieht sich freilich einer genaueren Wertung mit Hilfe der vorliegenden Angaben. Die Vergleiche auf Basis wichtiger Kostenfaktoren können naturgemäß nur grobe Anhaltspunkte für Entwicklungstendenzen liefern. Sie müßten überdies auch durch die Kostenbelastung für den Kapitaleinsatz (Zinsen) und die Kapitalnutzung (Abschreibungen) ergänzt werden, was mit einiger Zuverlässigkeit noch weniger möglich ist; Kostenvergleiche im Inland zeigen freilich, daß diese Kostenarten ein relativ geringes Gewicht haben.

Kostensteigerungen nicht voll in den Absatzpreisen weitergegeben

Die kräftige Konkurrenz auf den Weltmärkten erlaubte es deutschen Unternehmen den vorliegenden Statistiken zufolge freilich auch in den letzten Jahren nicht, die gegenüber früher geminderten Produktionskostensteigerungen im Exportgeschäft voll in den Absatzpreisen weiterzugeben. Die bei der Ausfuhr zu erzielenden Gewinnmargen gingen dadurch zurück. In der Tat hat sich die Ertragskraft deutscher Unternehmen mit hohem Exportanteil seit Anfang der siebziger Jahre nicht weniger verringert als die nicht so stark exportorientierter Branchen. Wie die Ergebnisse der Bundesbank-Statistik über die Jahresabschlüsse der Unternehmen zeigen, sank beispielsweise in der Chemischen Industrie der Jahresüberschuß in Prozent des Umsatzes von 4,3% (1970) und 3,1% (1974) auf 1,8% (1982) und im Maschinenbau von ebenfalls 4,3% auf 1,4%. In der Elektroindustrie sind die Umsatzrenditen von 1970 bis 1982 von 4,7% auf 1,7% und in der Automobilindustrie von 3,6% auf 1,6% gefallen. In den Industriezweigen mit geringeren Exportquoten¹⁾ betrug der Jahresüberschuß im Jahre 1970 zwischen 3½% und 4½% des Umsatzes; diese Relation ging bis 1982 ebenfalls beträchtlich zurück, und zwar auf 1% bis knapp 2%. Die Ertragskompression in den Jahren bis 1982 war also nicht auf die Exportindustrien beschränkt und auch in diesen nicht ausschließlich außenwirtschaftlich bedingt; denn auch auf dem Inlandsmarkt war es nicht möglich, die Kostensteigerungen voll in den Preisen zu überwälzen. Wie an anderer Stelle schon geschildert, verbesserte sich aber im Jahre 1983 die Ertragslage wieder — für die Unternehmen mit hohem Exportanteil bei sich abwertender D-Mark vermutlich stärker als für andere.

¹⁾ Darunter fallen insbesondere das Bekleidungs-gewerbe, der Stahl- und Leichtmetallbau, die Papier- und Pappverarbeitung, die Holzverarbeitung und die Herstellung von Kunststoffwaren.

Export von Produkten der Spitzentechnologie ausgewählter Länder*)						
Position	1972	1976	1978	1980	1982	1983 (ts)
	Exportanteile in %					
Bundesrepublik Deutschland	26,3	21,7	21,6	20,0	17,0	17
darunter für:						
Datenverarbeitung	40,2	24,8	16,0	16,7	14,5	14½
Nachrichtentechnik	22,8	19,1	20,2	19,6	16,5	14½
Elektronenröhren, Transistoren	17,4	15,3	19,3	17,1	11,0	11
Meßinstrumente	25,6	24,0	22,9	21,6	20,2	21
Medizinische Geräte	36,4	33,1	31,5	29,4	26,1	26½
Frankreich	11,1	10,9	10,4	10,3	8,1	8
Großbritannien	13,8	11,5	11,7	12,6	11,1	10
Schweiz	3,5	3,6	4,1	3,6	3,2	3
Japan	13,0	18,2	18,5	18,2	20,3	25
USA	32,2	34,1	33,7	35,3	40,2	37
	in Mrd US-\$					
Ausgewählte Länder insgesamt	8,4	20,6	29,8	44,2	49,7	54
darunter Bundesrepublik Deutschland	2,2	4,5	6,5	8,8	8,5	9

* USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Schweiz. — ts Teilweise geschätzt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Wenngleich die Entwicklung von Kosten und Erträgen in jüngerer Zeit signalisiert, daß sich die Bundesrepublik gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten besser behaupten konnte und daß die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eingetretenen Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit größtenteils rückgängig gemacht wurden, so sollten auf der anderen Seite nicht die verbliebenen Grundprobleme und Schwachstellen übersehen werden. Zu einem guten Teil war es nämlich in den Jahren seit 1979 auf die reale Abwertung der D-Mark zurückzuführen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik hinsichtlich der Preise und Kosten verbesserte. Jedoch ist eine Abwertung der eigenen Währung, wenn sie nicht von einer vorangegangenen eindeutigen Überbewertung ausgeht, nach aller Erfahrung keine längerfristig erfolgversprechende Strategie. Eine Abwertung bringt für ein Land schlechtere reale Austauschbedingungen im Außenhandel mit sich, die über einen „abwertungsbedingten“ Preisanstieg im Inland ein vermindertes Realeinkommen zur Folge haben. Sie kann überdies, besonders in einer Phase expansiver Nachfrageentwicklung im Inland, eine Preis-Lohn-Spirale mit allen negativen Folgen für die Wirtschaft, vor allem auch für die Beschäftigung, auslösen. So gesehen ist der Wechselkurs kein geeignetes Instrument, um die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer zu gewährleisten. Die deutsche Exportwirtschaft muß sich auf ihren Märkten auch behaupten können, wenn sich — wie seit Ende Januar 1984 — die Abwertungstendenz nicht mehr fortsetzt, der gestiegene Wechselkurs der D-Mark im Gegenteil wieder zum Ausdruck bringt, daß der innere Wert der D-Mark stabiler ist als der anderer Währungen und eine gewisse Aufwertungstendenz des nominellen Wechselkurses angezeigt sein kann, um den DM-Außenwert real stabil zu halten.

Eine Untersuchung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedarf der Ergänzung in einzelnen Bereichen. Hier sei nur die Frage behandelt, wie sich der deutsche Export in den letzten zehn Jahren auf dem Gebiet der Spitzentechnologie entwickelt hat. Dabei geht es nicht primär um die Frage, wo die Bundesrepublik in der Skala technischer und wissenschaftlicher Erfindungen und Entdeckungen heute rangiert, sondern um die ökonomische Umsetzung neuen technischen Wissens in neue Produkte, wobei der wirtschaftliche Erfolg dieser Innovationen im internationalen Warenaustausch seinen Niederschlag findet. Zwar ist der Anteil solcher Exporte an den Gesamtausfuhren derzeit

Nicht eine „schwache“, sondern eine „starke“ Währung sichert auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit

Beim Export von Produkten der Spitzentechnologie an Boden verloren

quantitativ nicht besonders gewichtig, doch weist dieser Bereich die stärkste Wachstumsdynamik auf und ist somit besonders zukunftssträftig. Für ein Land wie die Bundesrepublik handelt es sich hierbei überdies um Güter, bei denen eine nachrückende Konkurrenz aus weniger hochentwickelten Ländern zunächst kaum zu erwarten ist und daher am ehesten ein Ausgleich für die wachsende internationale Konkurrenz bei „alten“ Industrieprodukten erreicht werden könnte. Den verfügbaren Angaben nach hat die Bundesrepublik im Export ausgewählter Produkte der Spitzentechnologie, so stark er dem Wert nach auch gewachsen ist, im Vergleich zu den Hauptkonkurrenten an Boden verloren. Von den 54 Mrd US-Dollar, die 1983 die sechs wichtigsten Lieferländer (die USA, Japan, die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und die Schweiz) aus dem Export von Datenverarbeitungsanlagen, Nachrichtentechnik, Elektronenröhren, Meß- und Prüfinstrumenten sowie medizinischen Geräten erlösten, entfielen nur noch 17% auf die Bundesrepublik, gegen 21½% im Jahre 1978 und — bei freilich viel niedrigerem Marktvolumen — 26% im Jahre 1972. Dagegen gelang es der japanischen Industrie — von sehr geringen Exportzahlen ausgehend —, die Ausfuhr dieser technologie-intensiven Produkte besonders rasch zu erhöhen. Japan verweist mit einem Marktanteil von 25% die Bundesrepublik inzwischen auf den dritten Rang. Auch die USA — der wichtigste Anbieter solcher Produkte — konnten ihre Quote im längerfristigen Vergleich auf 37% erhöhen. (Nach den vorliegenden Angaben für 1983 dürfte sich die Position der Bundesrepublik im vergangenen Jahr allerdings nicht mehr weiter verschlechtern haben.) Ein weiteres Zurückfallen der Bundesrepublik in der Entwicklung marktreifer und konkurrenzfähiger Produkte der Spitzentechnologie wäre nicht nur nachteilig für die deutsche Außenhandelsposition. Da es sich hier um Kernbereiche der wirtschaftlichen Expansion handelt, die Wachstumsimpulse an zahlreiche andere Sektoren der Wirtschaft weitergeben, hängt von Erfolgen oder Mißerfolgen auf diesem Gebiet viel für die gesamte Wirtschaft, nicht zuletzt auch für die Beschäftigungsentwicklung ab. Das Problembewußtsein hat in diesem Punkt freilich zugenommen. Berichte aus der Industrie sprechen von einer Belebung der Innovationskraft. Dabei wird besonders auf das Vordringen der Mikroelektronik hingewiesen. Im Jahre 1983 ist die deutsche Ausfuhr auf dem Gebiet der Spitzentechnologie nicht nur kräftig gewachsen; sie übertraf vielmehr auch die beachtlich hohe Einfuhr wieder etwas stärker als im Vorjahr. Insbesondere bei Meßinstrumenten und medizinischen Geräten ist der Aktivsaldo der Bundesrepublik deutlich gestiegen. Der Einfuhrüberschuß bei den speziellen Warengruppen „Datenverarbeitung“ und „Elektronenröhren“ hat nicht mehr weiter zugenommen (vgl. Tabelle S. 61).

Relativ hohe
Forschungs-
aufwendungen der
Bundesrepublik . . .

Hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik sind auf längere Sicht zweifellos eine wichtige Voraussetzung, um eine angemessene Leistungsfähigkeit im Technologiewettbewerb zu erhalten. Seit Jahren nehmen die privaten und öffentlichen deutschen Ausgaben für diesen Zweck stärker zu als das Sozialprodukt. Nach den Vergleichszahlen von 1981 — neuere Daten sind nicht verfügbar — liegt die Bundesrepublik mit ihrem Forschungsaufwand, der neben den Personalkosten und dem Sachaufwand auch die Investitionen in der Forschung umfaßt, im internationalen Vergleich mit an der Spitze. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt erreichten die deutschen Forschungsausgaben — ebenso wie die der USA, Japans und Großbritanniens — einen Anteil von 2½%, während beispielsweise Frankreich dafür 2% des Sozialprodukts aufwendete. Bemerkenswert ist allerdings, daß in Japan die Forschung weitgehend der Industrie überlassen wird; in der Bundesrepublik und in den USA trägt der Staat rund die Hälfte aller Forschungsausgaben, wobei in den Vereinigten Staaten jedoch die militärischen Forschungsausgaben besonderes Gewicht haben.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Produkten der Spitzentechnologie („Technologiebilanz“)					
Mrd DM					
Position	1978	1980	1981	1982	1983 p)
Ausfuhren					
Datenverarbeitung	1,8	2,8	3,2	3,7	4,8
Nachrichtentechnik	3,6	4,0	4,5	5,0	4,8
Elektronenröhren, Transistoren	1,7	2,2	2,3	2,4	2,9
Meßinstrumente	3,5	4,6	5,4	6,0	6,4
Medizinische Geräte	1,8	2,1	2,5	2,9	3,3
insgesamt 1)	12,9	16,1	18,4	20,6	22,9
Einfuhren					
Datenverarbeitung	2,2	3,3	3,9	4,2	5,3
Nachrichtentechnik	1,8	2,2	2,6	2,7	2,8
Elektronenröhren, Transistoren	2,3	3,3	3,4	3,4	3,9
Meßinstrumente	1,9	2,8	3,1	3,4	3,4
Medizinische Geräte	0,8	1,0	1,1	1,3	1,4
insgesamt 1)	9,1	12,6	14,1	14,9	16,9
Saldo (Ausfuhrüberschuß: +)					
Datenverarbeitung	- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5
Nachrichtentechnik	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0
Elektronenröhren, Transistoren	- 0,6	- 1,1	- 1,1	- 0,9	- 1,0
Meßinstrumente	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,0
Medizinische Geräte	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9
insgesamt 1)	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,3	+ 5,7	+ 6,0

1 Einschl. Kernreaktoren. — p Vorläufig.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kommt es freilich darauf an, die Forschungsergebnisse in neue marktfähige Produkte und verbesserte Produktionstechnik umzusetzen, und zwar schließlich auch dann, wenn im Einzelfall die staatlichen Finanzhilfen entfallen. Die Wirtschaftsstruktur muß in einem stetigen Prozeß an die moderne Technologie angepaßt werden. Hierfür ist eine Erhöhung der Flexibilität auf den Güter- und Faktormärkten ebenso notwendig wie eine vermehrte Sachkapitalbildung. Damit wird die Höhe der Investitionsquote zu einem entscheidenden Kriterium für die Dynamik und die Wettbewerbskraft einer Volkswirtschaft. In der technologischen Umbruchphase, in der sich die Weltwirtschaft befindet, müssen ausreichende Wirtschaftserträge gesichert und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, damit es sich wieder lohnt, Risiken zu übernehmen und durch verstärkte Investitionen die Wirtschaft zu modernisieren.

Im letzten Jahr wurden hier bereits beachtliche Fortschritte gemacht; doch bleibt der Anpassungsdruck, unter dem die Exportwirtschaft steht, auf absehbare Zeit noch ziemlich groß. Das Vordringen Japans und der Schwellenländer auf dem Weltmarkt zeigt, daß auch vermeintlich sichere Positionen leicht gefährdet werden können. Dabei verbietet es sich für die Bundesrepublik, die internationale Wettbewerbsfähigkeit über eine „Defensivstrategie“, wie sie eine reale Abwertung der D-Mark darstellen würde, erhalten zu wollen. Ebensowenig kann ein Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen in Betracht gezogen werden, beides hätte letztlich nur negative Effekte zur Folge. Vielmehr wird es darauf ankommen, die ökonomische Dynamik und Flexibilität durch eine konsequente Förderung des Strukturwandels unter Aufrechterhaltung der monetären Stabilität abzusichern. Verlangt ist also vor allem eine „offensive“ Anpassung. Hier liegt ein Großteil der Verantwortung bei den Tarifparteien. Sie geht weiter, als es sich mit dem Blick auf die Lohnkosten allein umschreiben ließe. Angesichts der Herausforderung durch die sich verschärfende internationale Konkurrenz ist eine ständige Anpassung unerlässlich, können Arbeitsplätze nur bei Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte gesichert werden. Es wäre ein besonders gravierendes Mißverständnis, wenn die Ansicht um sich greifen würde,

... müssen jedoch in verstärkte Investitionen umgesetzt werden

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit weitere Anstrengungen erforderlich

daß zur Sicherung der Beschäftigung der technische Fortschritt gebremst, statt nach allen Kräften vorangetrieben werden müßte. Hätte die Bundesrepublik nicht den gegenwärtigen hohen Stand der Produktionstechnik erreicht, so wäre das Realeinkommen der Bevölkerung niedriger, die wirtschaftliche Dynamik geringer und die Arbeitslosigkeit möglicherweise höher. Zwar kann technischer Fortschritt bedeuten, daß im Wege der Rationalisierung an einer Stelle Arbeitskräfte eingespart werden (sonst läge kein Rationalisierungseffekt vor); doch wird an anderer Stelle zusätzliche Beschäftigung geschaffen, sofern mit der Umsetzung des technischen Fortschritts ausreichende Erträge verbunden sind. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt sowohl im Bereich der Forschung und Entwicklung wie bei den Herstellern von Investitionsgütern, nicht zuletzt aber in der Exportwirtschaft, wenn dort die Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierungsmaßnahmen verbessert werden kann. Wie die Entwicklung im Jahre 1983 gezeigt hat, gehen vom Export wichtige Impulse für die stark mit dem Ausland verflochtene Wirtschaft der Bundesrepublik aus; im laufenden Jahr wird die Exportkonjunktur für die gesamte Wirtschaftslage ebenfalls von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Sicherung des Exportwachstums setzt jedoch voraus, daß die Bundesrepublik auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig bleibt, und zwar muß diese Wettbewerbsfähigkeit sowohl hinsichtlich des Angebotssortiments, d. h. bei neuen technologisch hochwertigen Produkten, als auch in bezug auf die Produktionstechnik gewährleistet sein. Investitionen, die die Wettbewerbskraft der deutschen Exportwirtschaft sichern, schaffen daher auch zusätzliche Arbeitsplätze (nicht unbedingt in jedem einzelnen Wirtschaftszweig, aber doch für die Gesamtwirtschaft). Ein hochentwickelter Industriestaat wie die Bundesrepublik kann sich der Notwendigkeit nicht entziehen, seine Wirtschaftsstruktur den sich wandelnden internationalen Nachfrage- und Angebotsverhältnissen anzupassen.

1. Der weltwirtschaftliche Rahmen

In den Industrieländern der westlichen Welt hat sich das konjunkturelle Bild im vergangenen Jahr deutlich aufgehellt. Nachdem die wirtschaftliche Aktivität in den OECD-Ländern in den Jahren 1980/81 nur noch wenig zugenommen hatte und im Jahre 1982 sogar leicht zurückgegangen war, wuchs das reale Sozialprodukt dieser Länder im letzten Jahr wieder um schätzungsweise 2¼ %. Im Jahresverlauf beschleunigte sich das wirtschaftliche Wachstum beträchtlich; es erreichte im zweiten Halbjahr 1983 im Vorjahresvergleich etwa 3½ %. Allerdings konnten bisher nur die Vereinigten Staaten, wo der Aufschwung früher einsetzte und besonders kräftig ausfiel, die Beschäftigung erheblich steigern und die hohe Arbeitslosigkeit spürbar vermindern. In den übrigen Ländern nahm die Arbeitslosigkeit weiter zu, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Die Voraussetzungen für einen allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit haben sich aber eher gebessert, nachdem die Inflation überall weiter eingedämmt werden konnte. Der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise im OECD-Raum verlangsamte sich von 8 % im Jahre 1982 auf rd. 5 % im letzten Jahr und damit etwa auf den Durchschnittssatz vor der ersten Ölpreisswelle. Unter den größeren Industrieländern schnitten Japan und die Bundesrepublik mit jahresdurchschnittlichen Teuerungsraten von nur noch 1,9 % bzw. 3 % am besten ab, gefolgt von den Vereinigten Staaten mit 3,2 %. In Italien und Frankreich lagen die Inflationsraten dagegen noch immer bei 15 % bzw. 10 %. Die Zinssätze sind gleichfalls weiter zurückgegangen; sie fielen jedoch deutlich weniger als die Inflationsraten und sind seit Jahresmitte sogar wieder leicht gestiegen. Im Durchschnitt der zehn wichtigsten Industrieländer waren sie im langfristigen Bereich 1983 mit rd. 11 % etwa einen Prozentpunkt niedriger als im Jahr zuvor. Auf der Aktivseite der weltwirtschaftlichen Bilanz des abgelaufenen Jahres steht zudem, daß sich der Welthandel wieder belebte. Viele Länder konnten dadurch ihre Leistungsbilanzdefizite leichter abbauen. All dies brachte die Industrieländer erstmals seit vielen Jahren dem Ziel eines inflationsfreien und stetigen Wirtschaftswachstums wieder näher.

Die wirtschaftliche Erholung in allen wichtigen Ländern wäre ohne die konsequent durchgehaltene Anti-Inflationspolitik der vergangenen Jahre nicht möglich gewesen. Das wiedergewonnene Vertrauen in die Stabilität des Geldwerts war auch eine Voraussetzung dafür, daß sich die marktwirtschaftlichen Kräfte wieder besser entfalten konnten. Zudem hat sich die Ertragskraft der Unternehmen im letzten Jahr in vielen Ländern deutlich verbessert, nicht zuletzt dank lohnpolitischer Zurückhaltung. Auch daß die Rohölpreise auf den internationalen Märkten im Frühjahr 1983 stark gefallen waren, hat die Binnennachfrage, die Preisentwicklung und die Leistungsbilanzen der ölimportierenden Länder begünstigt. Eine gewisse Rolle spielte auch, daß viele Länder den wirtschaftlichen Strukturwandel nachdrücklich förderten und der Einzelinitiative unter anderem durch steuerliche Entlastungen wieder größere Spielräume verschafften. Im konjunkturellen Erholungsprozeß schnitten durchweg solche Länder besser ab, die in der Stabilisierungspolitik die größten Fortschritte machten und zugleich wieder stärker auf das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte vertrauten.

Andererseits dürfen die Risiken nicht unterschätzt werden, mit denen die weitere Wirtschaftsentwicklung immer noch behaftet ist. Der Aufschwung wurde in vielen Ländern zunächst vom Wohnungsbau und vom privaten Verbrauch getragen, wobei die Eindämmung der Inflation in vielfacher Hinsicht hilfreich war. Eine dauerhafte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und damit schrittweise zunehmende Beschäftigung setzen aber voraus, daß sich auch die Investitionsneigung nachhaltig kräftigt. In wichtigen Ländern, darunter besonders in den Vereinigten Staaten, aber auch in Japan und der Bundesrepublik, ist die Investitionstätigkeit auch schon stärker in Gang gekommen. Das vor allem haushalts-

Besserung der weltwirtschaftlichen Perspektiven ...

... vor allem Ergebnis von Inflationsbekämpfung und Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Kräfte

Weiterer Wirtschaftsaufschwung noch mit Risiken behaftet

bedingt hohe amerikanische Zinsniveau hat dem bisher keinen wesentlichen Abbruch getan, könnte allerdings längerfristig die Investitionsneigung doch beeinträchtigen. Anhaltend hohe amerikanische Budgetdefizite und entsprechende Fehlbeträge in der US-Leistungsbilanz würden jedenfalls die Aussichten auf niedrigere Dollarzinsen zunehmend schwinden lassen, auch weil das Vertrauen in den Binnen- wie Außenwert des Dollars davon stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Statt niedrigerer wären dann eher wieder höhere Zinsen mit all den für die Weltwirtschaft nachteiligen Konsequenzen zu erwarten. Viele andere Länder stehen allerdings bei der Haushaltskonsolidierung gleichfalls erst am Anfang. Zwangsläufig schlägt sich dies auch im Zinsniveau dieser Länder nieder. Niedrigere Zinsen bei ihnen hängen insofern nicht allein von der amerikanischen Entwicklung ab. Die weltwirtschaftlichen Perspektiven werden schließlich auch von der internationalen Schuldenkrise überschattet. Sie konnte dank intensiver internationaler Zusammenarbeit unter Kontrolle gehalten werden. Eine günstige Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern und nachhaltige Anpassungsbemühungen in den Schuldnerländern sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß sich die Lage allmählich weiter entspannt.

2. Internationaler Handels- und Leistungsverkehr

Erholung des Welthandels

Mit der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern nahm der Welthandel im Jahre 1983 wieder merklich zu. Gemessen an der durchschnittlichen Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr stieg das Volumen des internationalen Handels gegenüber dem Vorjahr um etwa 2%. Dagegen hatte der internationale Warenaustausch im Jahre 1982 um 2,5% abgenommen. Die Wiederbelebung des Welthandels beruhte im wesentlichen auf einer stark gestiegenen Einfuhrnachfrage der Industrieländer, vor allem der Vereinigten Staaten, was freilich in erster Linie dieser Ländergruppe selbst zugute kam. Dämpfend auf den internationalen Handel wirkten im letzten Jahr weiterhin die Zahlungsbilanzprobleme hauptsächlich lateinamerikanischer und afrikanischer Entwicklungsländer, aber nun auch diejenigen zahlreicher OPEC-Länder. Diese Hemmnisse lassen sich nur in dem Maße überwinden, wie das Wirtschaftswachstum der Industrieländer die Ausfuhr der zahlungsbilanzschwachen Länder anregt und ihnen damit Spielräume für wieder zunehmende Einfuhren eröffnet.

Stark schrumpfende Leistungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer

Die Einfuhr aller Entwicklungsländer ohne die OPEC-Gruppe ging im Jahre 1983 real um schätzungsweise 1% zurück, nachdem bereits 1982 eine erheblich größere Einschränkung — besonders bei den hochverschuldeten Ländern — unvermeidlich war. Andererseits konnte die Ausfuhr dieser Länder, die auch 1982 noch leicht zugenommen hatte, letztes Jahr um etwa 5% gesteigert werden. Zudem verbesserten anziehende Rohstoffpreise erstmals seit 1979 wieder die Terms of Trade der Entwicklungsländer. Unterstützt durch niedrigere Zinsen auf die ausstehenden Schulden verringerte sich deshalb ihr zusammengefaßtes Leistungsbilanzdefizit im vergangenen Jahr auf 45 Mrd US-Dollar. Es lag damit um rd. 30 Mrd US-Dollar unter seinem im Jahre 1981 erreichten Extremwert. Der weitaus größte Teil dieser Verbesserung entfiel auf die Schwellenländer, zu denen auch die am höchsten verschuldeten Länder Brasilien, Mexiko und Argentinien gehören.

Globale Leistungsbilanz der OPEC-Länder erheblich verschlechtert

Demgegenüber hat sich die globale Leistungsbilanz der OPEC-Länder weiter verschlechtert. Nachdem ihr zusammengefaßter Leistungsbilanzüberschuß im Jahre 1980 auf über 110 Mrd US-Dollar gestiegen war, mußten diese Länder bereits 1982 ein Defizit von rd. 15 Mrd US-Dollar hinnehmen. Im Jahre 1983 konnte es sich auf schätzungsweise 30 Mrd US-Dollar vergrößert haben. Die weitere Leistungsbilanzverschlechterung beruhte teilweise auf dem Preisdruck an den internationalen Rohölmärkten, der bis zum Frühjahr 1983 anhielt und auch niedrigere OPEC-Verkaufspreise nach sich zog. Im März vergangenen Jahres wurde auf der Londoner OPEC-Konferenz der vereinbarte offizielle

Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder und Ländergruppen						
Mrd US-Dollar						
Ländergruppe/Land	1978	1979	1980	1981	1982	1983 p)
A. OECD-Länder						
Sieben wichtigste Länder	+ 21	- 11	- 34	- 1	- 7	- 14
Vereinigte Staaten von Amerika	- 15	- 1	0	+ 5	- 11	- 41
Japan	+ 17	- 9	- 11	+ 5	+ 7	+ 21
Kanada	- 4	- 4	- 1	- 5	+ 2	+ 3
Bundesrepublik Deutschland	+ 9	- 6	- 16	- 6	+ 3	+ 4
Frankreich	+ 7	+ 5	- 4	- 5	- 12	- 4
Großbritannien	+ 2	- 1	+ 7	+ 13	+ 9	+ 3
Italien	+ 6	+ 5	- 10	- 8	- 6	+ 2
Übrige Länder	- 9	- 18	- 36	- 26	- 23	- 10
Insgesamt	+ 13	- 28	- 70	- 28	- 30	- 24
B. OPEC-Länder						
Bevölkerungsarme 1)	+ 8	+ 34	+ 87	+ 57	0	- 24
Bevölkerungsreiche 2)	- 10	+ 31	+ 23	- 5	- 17	- 8
Insgesamt	- 1	+ 65	+ 111	+ 52	- 16	- 31
C. Sonstige Entwicklungsländer						
Schwellenländer 3)	- 12	- 25	- 40	- 45	- 29	- 20
Übrige Länder	- 14	- 14	- 20	- 31	- 36	- 25
Insgesamt	- 26	- 39	- 60	- 76	- 65	- 45
D. Sonstige Nicht-OECD-Länder 4)	- 12	- 8	- 9	- 10	+ 3	+ 4
E. Statistische Diskrepanz (Summe A—D)	- 27	- 11	- 28	- 62	- 108	- 97

1 Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate sowie Nichtmitglied Oman. — 2 Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Nigeria, Venezuela. — 3 Länder, die 1979 ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens rd. 1500 US-\$ und einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von mindestens 20% aufwiesen: Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Mexiko, Singapur, Taiwan, Uruguay, Südkorea. — 4 Staatshandelsländer (China, indochinesische Länder, Mongolei, Nordkorea, osteuropäische Länder, Sowjetunion), Jugoslawien, Malta, Südafrika. — p Vorläufig.
Quellen: OECD, IWF und nationale Statistiken.

Richtpreis erstmals seit den Preiserhöhungen von 1973 wieder gesenkt, und zwar von 34 US-Dollar auf 29 US-Dollar je Barrel, wobei die Mitgliedstaaten gleichzeitig beschlossen, ihre Gesamtförderung auf maximal 17,5 Mio Barrel pro Tag zu vermindern und zudem bestimmte Länderquoten einzuhalten, um so dem fallenden Ölpreis entgegenzuwirken. Fast ebensostark wie die Preis einbuße drückte der weitere Absatzrückgang auf die Öleinnahmen der OPEC-Länder. Nachdem ihr Ausfuhrvolumen bereits von 1980 bis 1982 um durchschnittlich 17% pro Jahr gesunken war, verringerte es sich 1983 gegenüber dem Vorjahr erneut um 8% und fiel damit auf nur noch die Hälfte der 1979 ausgeführten Menge. Der nochmalige Absatzverlust der OPEC-Länder hing hauptsächlich damit zusammen, daß der Ölverbrauch der OECD-Länder aus strukturellen wie konjunkturellen Gründen zunächst weiter abnahm, ehe er sich Ende 1983 erstmals seit 1979 spürbar wieder belebte. Außerdem hat die OPEC-Gruppe durch die steigende Ölförderung anderer Länder abermals Marktanteile verloren. Die bevölkerungsreichen OPEC-Länder, die schon 1982 beträchtliche Leistungsbilanzdefizite aufgewiesen hatten, sind daraufhin wie die am stärksten verschuldeten Entwicklungsländer deutlich auf Anpassungskurs gegangen. Sie schraubten ihr Einfuhrvolumen um schätzungsweise 15% zurück. Infolgedessen konnten sich ihre Leistungsbilanzen trotz sinkender Exporteinnahmen sogar verbessern. Die bevölkerungsarmen, aber reservestarken OPEC-Länder haben dagegen ihr Einfuhrvolumen in etwa aufrechterhalten. Die globale Leistungsbilanz dieser Ländergruppe, zu der hauptsächlich Saudi-Arabien und die kleineren Golfanrainer gehören, verschlechterte sich deshalb im vergangenen Jahr wesentlich stärker als die laufende Bilanz aller OPEC-Länder und geriet erstmals seit den Ölpreiserhöhungen von 1973 beträchtlich ins Defizit.

Polarisierung der Leistungsbilanzentwicklung unter den Industrieländern

Spiegelbildlich zu den gesunkenen Öleinnahmen der OPEC-Länder ging im vergangenen Jahr das zusammengefaßte Handelsbilanzdefizit der Industrieländer wie das der Entwicklungsländer weiter zurück. Die Leistungsbilanz der OECD-Länder hat sich dabei nach den bisherigen Schätzungen leicht verbessert, wobei die Entwicklung innerhalb dieser Ländergruppe allerdings sehr unterschiedlich war¹). Das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz vergrößerte sich ungewöhnlich stark, wozu erhebliche Exportausfälle auf dem für die USA wichtigen lateinamerikanischen Markt, die Folgen der Dollaraufwertung und ein konjunkturbedingter Einfuhrsog beitrugen. Insbesondere die Außenhandelsergebnisse im Investitions- und Verbrauchsgüterbereich einschließlich Kraftfahrzeugen verschlechterten sich 1983 gegenüber dem Vorjahr um weitere 20 Mrd US-Dollar, während die Netto-Öleinfuhr auf Grund des Konjunkturaufschwungs nicht mehr so stark abnahm wie 1982. Nach vorläufigen amtlichen Angaben ist das amerikanische Leistungsbilanzdefizit deshalb im vergangenen Jahr um 30 Mrd US-Dollar auf über 40 Mrd US-Dollar angewachsen. Die Leistungsbilanz passivierte sich damit weitaus stärker als im Jahre 1977. Soweit die Schwäche der amerikanischen Leistungsbilanz Wechselkurs- oder konjunkturbedingt ist, begünstigte sie wie erwähnt überwiegend die anderen Industrieländer, allen voran Japan, dessen Leistungsbilanzüberschuß sich um 14 Mrd US-Dollar auf 21 Mrd US-Dollar vergrößerte und ohne verschiedene Selbstbeschränkungen bei der Ausfuhr wohl noch wesentlich stärker gestiegen wäre. Auch die meisten anderen OECD-Länder haben ihre Leistungsbilanzen im vergangenen Jahr verbessern können, wenn auch keineswegs allein auf Grund der von den USA ausgehenden Einflüsse. So konnte Frankreich durch eine reale Einfuhrdrosselung sein 1982 noch beträchtliches Leistungsbilanzdefizit um zwei Drittel abbauen. Seit dem zweiten Quartal 1983 war die französische Leistungsbilanz sogar praktisch im Gleichgewicht. Neben der amerikanischen verschlechterte sich im wesentlichen nur die britische Leistungsbilanz. Vor allem die britische Einfuhr von Industriegütern nahm konjunkturbedingt sprunghaft zu. Der Leistungsbilanzüberschuß Großbritanniens, der 1981 und 1982 beträchtlich war, verringerte sich dadurch im letzten Jahr auf nur 3 Mrd US-Dollar.

Verbesserung der US-Kapitalbilanz

Die starke Verschlechterung der amerikanischen Leistungsbilanz fand ihr Gegenstück in einer Verbesserung der Kapitalbilanz, bei nochmals befestigten Dollarkursen am Devisenmarkt. Die amerikanischen Banken hatten ihre Neukreditgewährung an das Ausland von 109 Mrd US-Dollar im Jahre 1982 auf nur noch 25 Mrd US-Dollar im vergangenen Jahr eingeschränkt. Die ausländischen Neueinlagen bei den US-Banken waren dagegen nur von 64 Mrd US-Dollar auf 51 Mrd US-Dollar zurückgegangen. Dementsprechend kam es im Kapitalverkehr der Banken im Vergleich zum Vorjahr zu einem für die USA positiven Umschwung in Höhe von 71 Mrd US-Dollar. Dem stand nicht nur die Zunahme des Leistungsbilanzdefizits gegenüber, sondern auch die erhebliche Abnahme der Zuflüsse aus nicht identifizierten Transaktionen. Der bislang positive Restposten der US-Zahlungsbilanz hat sich 1983 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 34 Mrd US-Dollar verringert. Dies könnte teilweise damit zusammenhängen, daß die Kapitalflucht aus den hochverschuldeten Ländern nach den Vereinigten Staaten beträchtlich zurückgegangen oder sogar zum Stillstand gekommen ist.

¹ Vor allem die Leistungsbilanzsalden der Industrieländergruppe sind mit erheblichen Vorbehalten zu betrachten, seitdem bei der Erfassung der Leistungsbilanzdaten der Welt große Lücken verbleiben. Immerhin dürften aber die Veränderungen dieser Salden die Entwicklung noch einigermaßen verläßlich widerspiegeln (vgl. hierzu die Ausführungen in den Geschäftsberichten für die Jahre 1981 und 1982).

Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika

Mrd US-Dollar

Position	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 p)	Veränderung 1983 gegenüber 1982 p)
A. Leistungsbilanz									
Außenhandel									
Ausfuhr	114,7	120,8	142,1	184,5	224,2	237,0	211,2	200,2	- 11,0
Einfuhr	124,2	151,9	176,0	212,0	249,8	265,1	247,6	260,8	+ 13,1
Saldo	- 9,5	- 31,1	- 34,0	- 27,6	- 25,5	- 28,1	- 36,4	- 60,6	- 24,2
darunter:									
Investitionsgüter	26,8	25,8	26,8	33,8	43,0	44,9	35,5	28,5	- 7,0
Kraftfahrzeuge	- 4,6	- 5,8	- 9,3	- 8,0	- 10,4	- 11,1	- 17,2	- 23,8	- 6,6
Verbrauchsgüter	- 9,1	- 12,9	- 18,5	- 17,7	- 17,8	- 22,3	- 24,8	- 30,8	- 6,0
Öl und Ölprodukte	- 33,5	- 43,6	- 40,7	- 58,5	- 76,3	- 73,7	- 55,0	s) - 48,5	+ 6,5
Sonstige Rohstoffe	1,8	- 2,0	- 3,8	7,7	14,9	8,5	7,6	- 2,3	- 9,9
Dienstleistungen	18,7	21,2	23,6	32,2	33,0	39,6	33,2	28,4	- 4,8
Übertragungen	- 5,0	- 4,6	- 5,1	- 5,6	- 7,1	- 6,9	- 8,0	- 8,6	- 0,6
Saldo der Leistungsbilanz	4,2	- 14,5	- 15,4	- 1,0	0,4	4,6	- 11,2	- 40,8	- 29,6
B. Kapitalverkehr									
(Netto-Kapitalimport: +)									
Privater Kapitalverkehr	- 25,7	- 16,2	- 26,8	- 7,0	- 33,4	- 25,1	- 22,7	33,7	+ 56,4
Bankgeschäfte	- 10,4	- 4,7	- 17,5	6,4	- 36,1	- 41,7	- 45,1	26,3	+ 71,4
US-Forderungen	- 21,4	- 11,4	- 33,7	- 26,2	- 46,8	- 83,9	- 109,3	- 25,0	+ 84,4
US-Verbindlichkeiten	11,0	6,7	16,1	32,6	10,7	42,2	64,3	51,3	- 13,0
Portfolioinvestitionen	- 4,8	- 2,5	0,8	1,6	4,6	4,5	5,2	9,7	+ 4,5
Direktinvestitionen	- 7,6	- 8,2	- 8,2	- 13,3	- 5,6	12,3	13,4	1,9	- 11,5
Sonstige Transaktionen	- 2,9	- 0,9	- 2,0	- 1,7	3,7	- 0,2	3,9	2) - 4,2	- 8,1
Offizielle US-Kapitalanlagen im Ausland	0,4	- 2,3	- 2,2	- 3,8	- 4,5	- 5,1	- 5,2	- 4,6	+ 0,6
Saldo des Kapitalverkehrs	- 25,3	- 18,5	- 29,0	- 10,8	- 37,9	- 30,2	- 27,9	29,1	+ 57,0
C. Saldo der statistisch nicht aufglieder- baren Transaktionen (Restposten)	10,5	- 2,0	12,5	25,4	29,6	24,2	41,4	7,1	- 34,3
D. Bilanz der offiziellen Reserve- transaktionen (A + B + C)	- 10,6	- 35,0	- 31,9	13,6	- 7,9	- 1,4	2,3	- 4,6	- 6,9
Brutto-Währungsreserven 1)	2,6	0,4	- 0,7	0,0	7,0	4,1	5,0	1,2	- 3,8
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen offiziellen Stellen (Zunahme: -)	- 13,1	- 35,4	- 31,2	13,6	- 14,9	- 5,5	- 2,7	- 5,8	- 3,1

1 Ohne SZR-Zuteilungen. — 2 Januar–September; für das vierte Quartal sind diese Transaktionen noch im Restposten enthalten. — p) Vorläufig. — s) Geschätzt.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: United States Department of Commerce.

3. Wechselkursentwicklung und Wechselkurspolitik

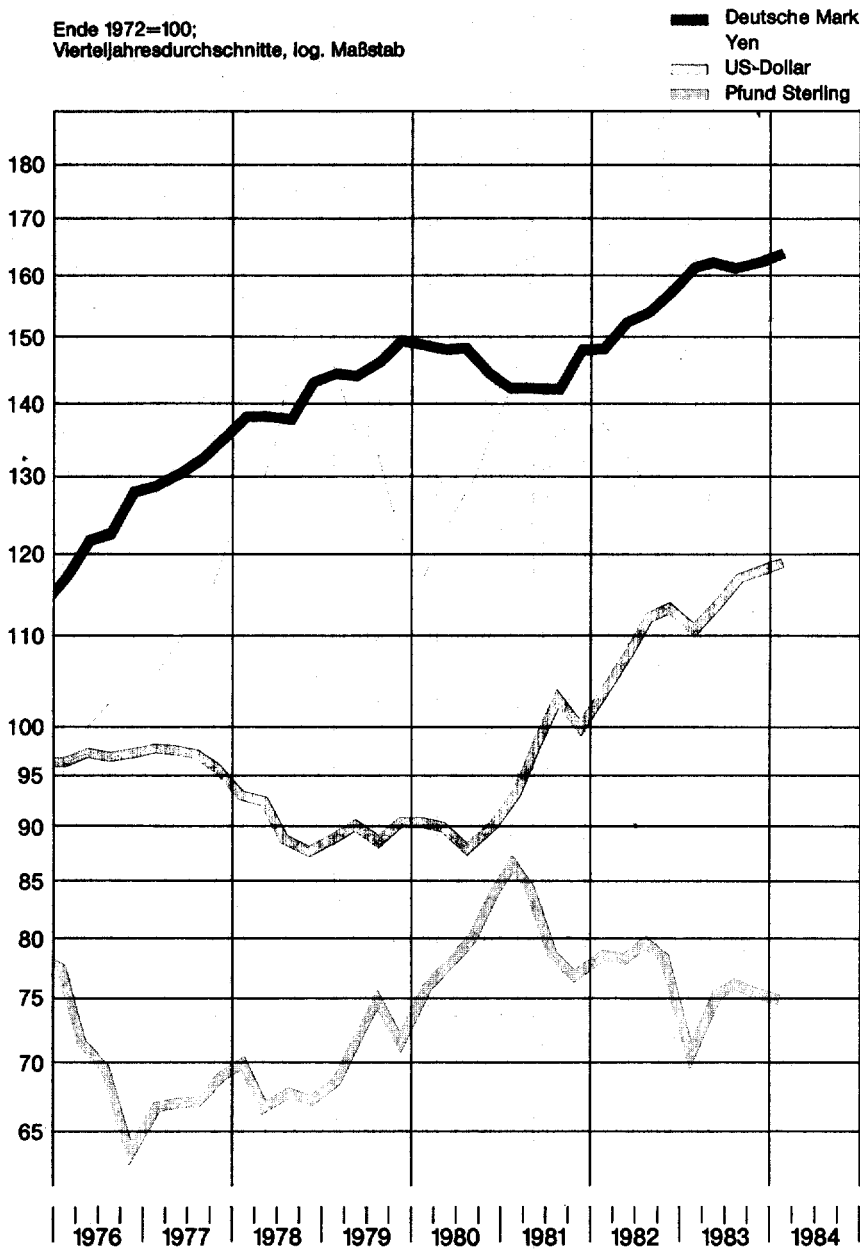
Wechselkurse
im Zeichen der
Dollarstärke

Die Entwicklung der Wechselkurse war auch im vergangenen Jahr von Kräften bestimmt, die beinahe durchgehend zugunsten des amerikanischen Dollars und damit zugleich zu Lasten anderer wichtiger Währungen wirkten. Im Ergebnis stieg der gewogene Außenwert des Dollars gegenüber den Währungen 23 wichtiger Handelspartner nach der Berechnungsweise der Bundesbank (Gewichtung mit bilateralen Außenhandelsanteilen) im Jahresverlauf um 8%. Ende 1983 wurde die amerikanische Währung um fast 20% höher bewertet als Ende 1972, also kurz vor der Talfahrt des Dollars, die erst im Sommer 1980 nach einem Rückgang des gewogenen Außenwerts um 12% zu Ende ging. Nicht nur beim Dollar, sondern auch bei anderen Währungen kontrastierte die Wechselkursentwicklung im vergangenen Jahr auffällig mit der Tendenz der Leistungsbilanzen wie auch mit anderen Einflüssen, die zumindest längerfristig im allgemeinen als bestimmend für Richtung und Stärke des Wechselkurstrends einer Währung angesehen werden. Deutlich verbesserte Leistungsbilanzen nicht weniger europäischer Länder gingen mit Abschwächungen des Wechselkurses oder nur geringen Kurssteigerungen einher. Auch die wirtschaftliche Stärke Japans zeigte sich nur ungenügend im Wechselkurs des Yen. Wie schon in den Jahren nach dem Übergang aller wichtigen Währungen zum Floating stellt sich damit erneut die Frage nach dem Beitrag des Wechselkurses zum Anpassungsprozeß der Leistungsbilanzen. Dies betrifft nicht nur die Ausgleichsfunktion des Wechselkurses als eines volkswirtschaftlich wichtigen Preises, sondern auch seine kaum weniger wichtige Indikatorfunktion für Regierungen und Notenbanken. Jedenfalls scheint es so, als hätte die anhaltende Dollarstärke manche der Verantwortlichen in den Vereinigten Staaten eher bestärkt, ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs nicht zu ändern. Die Wechselkursentwicklung lief aber nicht nur den Anpassungserfordernissen zuwider. Während der starke Dollar den USA die Finanzierung ihrer expansiven Finanzpolitik erleichterte, hat er in einigen Ländern den Zinssenkungsprozeß zusätzlich erschwert. Die hierüber geführten Diskussionen lassen deshalb zugleich den Wunsch erkennen, daß sich die Wechselkurse längerfristig wieder in besserem Einklang mit den Erfordernissen eines funktionierenden Anpassungsprozesses entwickeln sollten und die Wirtschafts- und Währungspolitik aller wichtigen Länder dem auch Rechnung trägt.

a) Tendenzen der wichtigsten frei schwankenden Währungen

Nach nochmaliger
Festigung
des Dollars . . .

Die weitere Festigung des Dollars im Verlauf des Jahres 1983 kam eher unerwartet. Viele Marktbeobachter sahen vor allem in der starken Verschlechterung der amerikanischen Handels- und Leistungsbilanz, die seit November 1982 dazu beizutragen schien, daß sich der Dollar an den Devisenmärkten vorübergehend abschwächte, eine dauerhafte Belastung für die US-Währung, zumal die amerikanische Geldpolitik gleichzeitig expansiver wurde. Der erneute Anstieg des Dollars im Frühjahr 1983 stand zum einen mit wieder höheren Zinsen und Zinserwartungen in den USA in Zusammenhang. Die Versteifung an den Finanzmärkten reflektierte hauptsächlich die kräftig erholte US-Konjunktur. Hinzu kam, daß die Hoffnungen auf eine baldige Kurskorrektur in der amerikanischen Haushaltspolitik schwanden und die anhaltend starke monetäre Expansion nun eher beunruhigte. Zum anderen wurde der Dollar durch die Hausse am amerikanischen Aktienmarkt begünstigt. In der weiteren Folge profitierte der Dollar wohl auch von dem erwähnten starken Rückgang des US-Kapitalexports. Als sich der Aufwärtstrend des Dollars Ende Juli erheblich beschleunigte, hielten die Notenbanken der wichtigsten Länder in einer gemeinsamen Aktion mit zum Teil hohen Dollarabgaben dagegen. Eine nachhaltige Wirkung konnte damit allerdings nicht erzielt werden. Bis Ende vergangenen Jahres hatte der Dollar die zwischenzeitliche Abschwächung seines gewogenen Außenwerts wieder ausgeglichen und ist zunächst weiter gestiegen. Dabei spielten auch außerökono-



*) Jeweils gegenüber den Währungen von 23 Ländern; geometrisch gewogen entsprechend der Regionalstruktur der Außenhandelsumsätze (Ausfuhr plus Einfuhr) im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980.

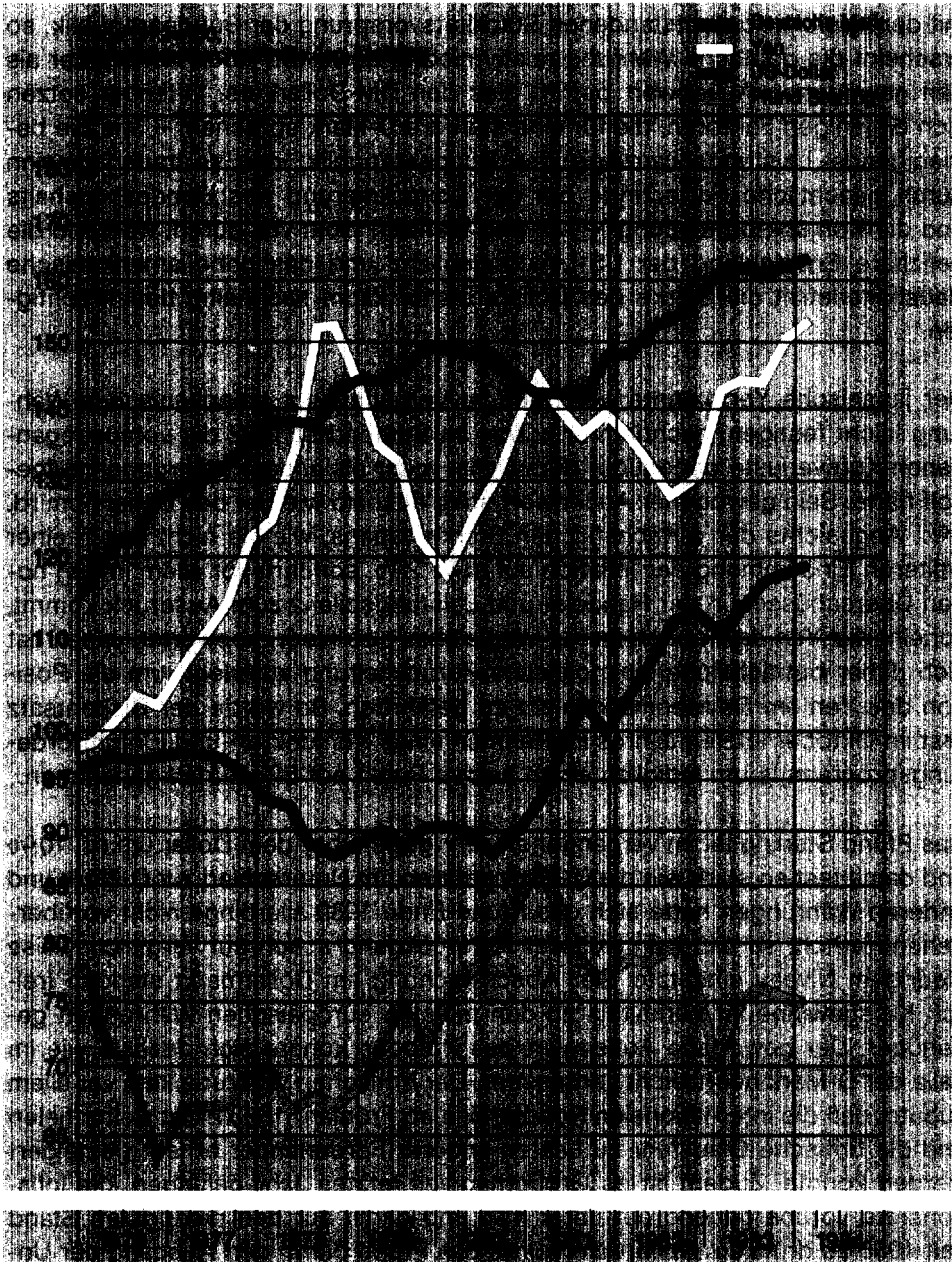
mische Faktoren eine Rolle. Es bleibt abzuwarten, ob der Kursrückgang ab Februar 1984 die überwiegend erwartete Tendenzwende an den Devisenmärkten eingeleitet hat.

Die D-Mark verlor im letzten Jahr gegenüber dem Dollar mehr an Wert als andere wichtige Währungen. Ihr Kursrückgang gegenüber der US-Währung belief sich auf 13%. Dementsprechend sank der Wechselkurs der D-Mark auch im Verhältnis zu den meisten sonstigen frei schwankenden Währungen, vor allem gegenüber dem japanischen Yen und dem kanadischen Dollar. Kursverbesserungen ergaben sich im wesentlichen allein durch die Leitkursänderungen im EWS vom März 1983, die auf Grund des hohen Anteils der EWS-Partner am deutschen Außenhandel den gewogenen Außenwert der D-Mark noch leicht ansteigen ließen. In der geringen Zunahme des durchschnittlichen Außenwerts der D-Mark kommen freilich die inzwischen deutlich verbesserten wirtschaftli-

... D-Mark eher zu niedrig bewertet

BERICHTIGUNG

Der SCAN des vorhergehenden
Schriftstückes wurde wiederholt,
um volle Lesbarkeit zu gewährleisten.
Das Schriftstück erscheint unmittelbar
nach diesem Hinweis.



*) Jeweils gegenüber den Währungen von 23 Ländern; geometrisch gewogen entsprechend der Regionalstruktur der Außenhandelsumsätze (Ausfuhr plus Einfuhr) im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980.

mische Faktoren eine Rolle. Es bleibt abzuwarten, ob der Kursrückgang ab Februar 1984 die überwiegend erwartete Tendenzwende an den Devisenmärkten eingeleitet hat.

Die D-Mark verlor im letzten Jahr gegenüber dem Dollar mehr an Wert als andere wichtige Währungen. Ihr Kursrückgang gegenüber der US-Währung belief sich auf 13%. Dementsprechend sank der Wechselkurs der D-Mark auch im Verhältnis zu den meisten sonstigen frei schwankenden Währungen, vor allem gegenüber dem japanischen Yen und dem kanadischen Dollar. Kursverbesserungen ergaben sich im wesentlichen allein durch die Leitkursänderungen im EWS vom März 1983, die auf Grund des hohen Anteils der EWS-Partner am deutschen Außenhandel den gewogenen Außenwert der D-Mark noch leicht ansteigen ließen. In der geringen Zunahme des durchschnittlichen Außenwerts der D-Mark kommen freilich die inzwischen deutlich verbesserten wirtschaftli-

... D-Mark eher zu niedrig bewertet

chen Bedingungen in der Bundesrepublik nicht genügend zum Ausdruck. Vergleicht man überdies die Wechselkursentwicklung der D-Mark über weiter zurückreichende Zeiträume — zum Beispiel seit Ende 1978 oder Ende 1972 — mit dem gleichzeitig entstandenen Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik, so erscheint die deutsche Währung relativ niedrig bewertet. Noch viel stärker als den gewogenen Außenwert betrifft dies den DM-Dollarkurs. Offenbar setzen sich diejenigen Faktoren, die für eine stärkere D-Mark sprechen — wie die befriedigende Leistungsbilanzlage der Bundesrepublik, der Vertrauensgewinn durch beachtliche Fortschritte bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts und die Konjunkturbelebung —, an den Märkten nicht voll durch, während die defizitäre Entwicklung der US-Leistungsbilanz und das hohe amerikanische Haushaltsdefizit die Stärke des Dollars bisher kaum nachhaltig beeinträchtigten.

Fundamentale Stärke des Yen im Wechselkurs nur teilweise sichtbar

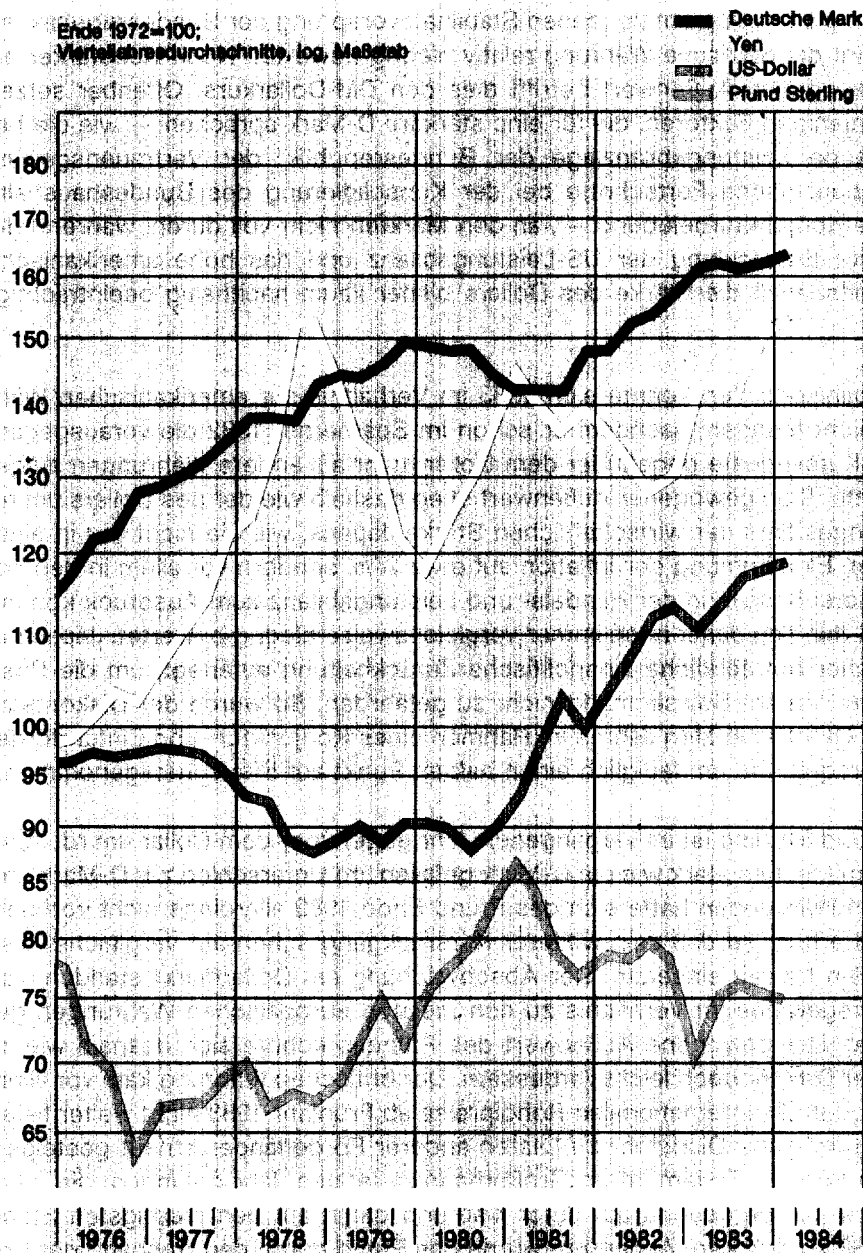
Der japanische Yen konnte sich 1983 im Verhältnis zur amerikanischen Währung leicht festigen, nachdem er schon im Spätherbst 1982 die vorausgegangenen Kursverluste gegenüber dem Dollar mehr als andere Währungen aufgeholt hatte. Sein gewogener Außenwert stieg deshalb wie der des Dollars um rd. 8%. Angesichts der wirtschaftlichen Stärke Japans, wie sie nicht nur in einer weiteren Eindämmung der Inflation auf etwa 2%, sondern vor allem in den hohen Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz zum Ausdruck kommt, scheint der Yen damit noch immer vergleichsweise niedrig bewertet. Japan hat sich daher beträchtliche zinspolitische Zurückhaltung auferlegt, um die Position des Yen am Devisenmarkt nicht zu gefährden. So wurde der Diskontsatz erst im Oktober letzten Jahres im Rahmen eines Konjunktur- und Einfuhrförderungsprogramms um lediglich einen halben Punkt auf 5% zurückgenommen.

Pfund gut gehalten

Das Pfund Sterling ist im vergangenen Jahr gegenüber dem Dollar um rd. 10% und damit fast so stark wie die D-Mark gefallen. Im Unterschied zur D-Mark und anderen Währungen hatte sich das Pfund Ende 1982 allerdings nicht vorübergehend erholt, so daß sein weiterer Kursrückgang schon auf vergleichsweise niedrigem Niveau einsetzte. Der Abschwächung am Dollarmarkt standen freilich Kursgewinne im Verhältnis zu den meisten europäischen Währungen gegenüber. Der gewogene Außenwert des Pfundes konnte sich deshalb wie im Falle der D-Mark noch leicht verbessern. Der britischen Währung kam vor allem zugute, daß die internationalen Rohölpreise ab Frühjahr 1983 nicht weiter fielen und die britische Ölausfuhr zu Lasten anderer Förderländer erneut gesteigert werden konnte. Zudem ist es Großbritannien letztes Jahr gelungen, die Inflationsrate vorübergehend auf unter 4% und damit auf den niedrigsten Stand seit 1968 zu drücken. Außerdem wurde das Pfund durch den Ausgang der Unterhauswahlen vom Juli gestützt, der Kontinuität in der Stabilisierungspolitik verhieß. Diese Einflüsse bildeten ein Gegengewicht zur starken Zunahme der britischen Einfuhr und der weiteren Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses. So war es Großbritannien auch möglich, seine Zinssätze allmählich auf das amerikanische Niveau zurückzunehmen.

Schweizer Franken wieder stärkste europäische Währung

Der Schweizer Franken gab 1983 von allen europäischen Währungen am wenigsten gegenüber dem Dollar nach. Seine Kurseinbuße von 8% machte nur zwei Drittel des Rückgangs der DM-Dollarrelation aus. Entsprechend stärker war seine Kursverbesserung gegenüber den meisten übrigen Währungen. Der gewogene Außenwert der schweizerischen Währung konnte sich um immerhin 6% befestigen. Der Kursgewinn gegenüber der D-Mark von 5% glich aber nur den Verlust des Vorjahres aus. Der Schweizer Franken kam damit wieder nahe an seinen historischen Höchststand heran. Während sich 1982 zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik ein erhebliches Zinsgefälle zu Lasten des Franken herausgebildet hatte, wurde die Zinsdifferenz zwischen beiden Währungen im letzten Jahr merklich kleiner. Dies zeigte sich auch in der Entwicklung der offiziellen Zinssätze. Als die Bundesbank ihren Diskontsatz im März



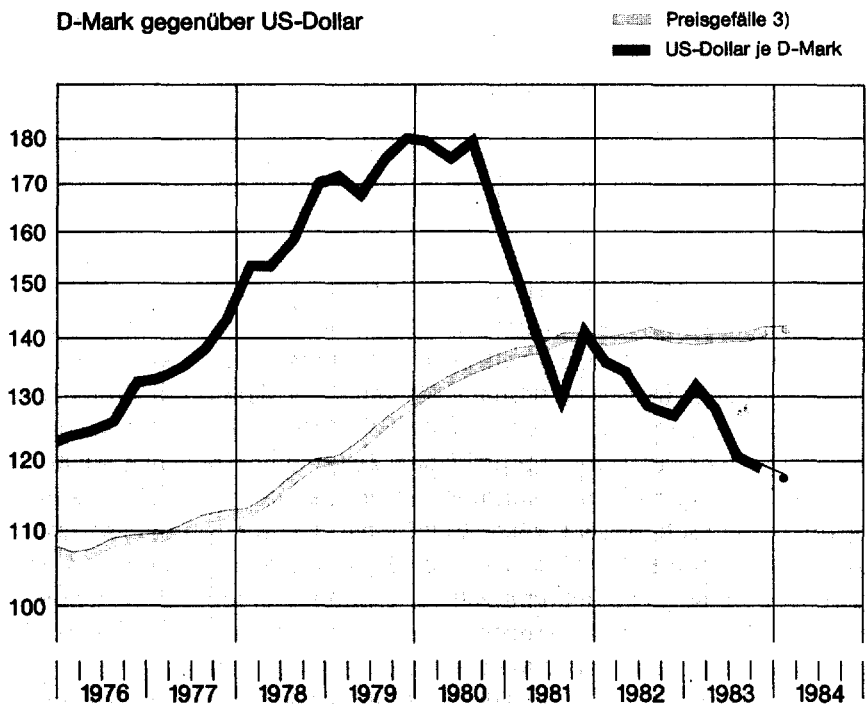
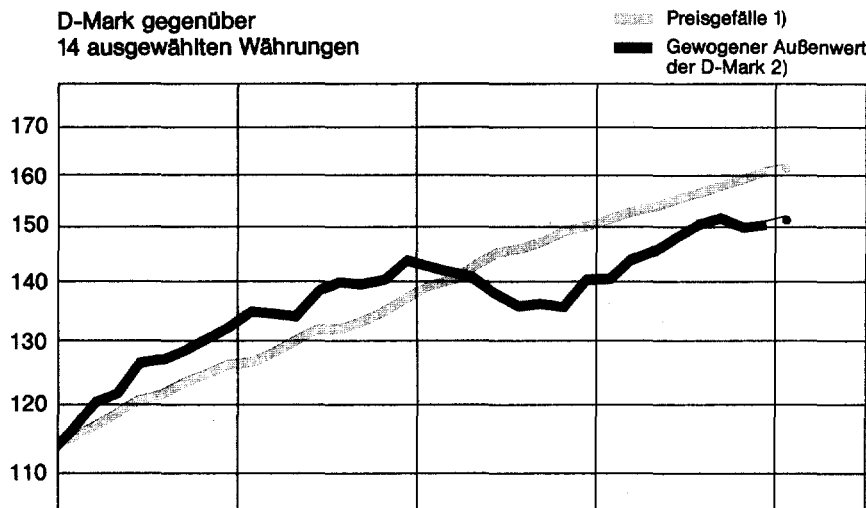
*) Jeweils gegenüber den Währungen von 23 Ländern; geometrisch gewogen entsprechend der Regionalstruktur der Außenhandelsumsätze (Ausfuhr plus Einfuhr) im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980.

mische Faktoren eine Rolle. Es bleibt abzuwarten, ob der Kursrückgang ab Februar 1984 die überwiegend erwartete Tendenzwende an den Devisenmärkten eingeleitet hat.

Die D-Mark verlor im letzten Jahr gegenüber dem Dollar mehr an Wert als andere wichtige Währungen. Ihr Kursrückgang gegenüber der US-Währung belief sich auf 13%. Dementsprechend sank der Wechselkurs der D-Mark auch im Verhältnis zu den meisten sonstigen frei schwankenden Währungen, vor allem gegenüber dem japanischen Yen und dem kanadischen Dollar. Kursverbesserungen ergaben sich im wesentlichen allein durch die Leitkursänderungen im EWS vom März 1983, die auf Grund des hohen Anteils der EWS-Partner am deutschen Außenhandel den gewogenen Außenwert der D-Mark noch leicht ansteigen ließen. In der geringen Zunahme des durchschnittlichen Außenwerts der D-Mark kommen freilich die inzwischen deutlich verbesserten wirtschaftli-

... D-Mark eher zu niedrig bewertet

Dezember 1972=100; Vierteljahresdurchschnitte, log.Maßstab



1) Mit Außenhandelsumsätzen (Ausfuhr plus Einfuhr) geometrisch gewogener Durchschnitt der Verbraucherpreisentwicklung in 14 anderen Industrieländern im Verhältnis zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.- 2) Geometrisch gewogener Durchschnitt gegenüber den Währungen 14 anderer Industrieländer.- 3) Verbraucherpreisentwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika im Verhältnis zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.- Letzter Stand: Februar 1984.

1983 um einen Prozentpunkt ermäßigte, schloß sich die Schweizerische Nationalbank nur mit einem halben Punkt an.

b) Entwicklungen im Europäischen Währungssystem

Nach der Wechselkursneuordnung vom März 1983, die — wie bereits im Geschäftsbericht für das Jahr 1982 erwähnt — eine Aufwertung der D-Mark gegenüber allen übrigen Verbundwährungen mit sich gebracht hatte, blieb die deutsche Währung bis in den August hinein ausgesprochen schwach. Vor allem gegenüber dem französischen Franc, der vor dem Realignment am stärksten unter Druck gekommen war, lag die D-Mark im Kursband nun häufig am unteren Interventionspunkt. Sie wurde durch beträchtliche DM-Käufe gestützt. Zudem kauften die Banque de France und andere Notenbanken in erheblichem

Längere Schwächephase der D-Mark nach Leitkursänderungen vom März 1983 . . .

Umfang DM-Beträge im Wege intramarginaler Interventionen. Die anfängliche Schwäche der D-Mark am Devisenmarkt entsprach zwar den früheren Aufwertungserfahrungen, hielt aber diesmal vergleichsweise lange an. Nach den Leitkursänderungen geriet die D-Mark nicht allein deshalb unter Druck, weil die zuvor zu Lasten der abgewerteten Währungen verschobenen Zahlungstermine im Außenhandel sich nunmehr wieder umkehrten und überdies kurzfristig eingegangene DM-Positionen glattgestellt wurden. Hinzu kamen offenbar auch andere Geld- und Kapitalabflüsse aus der Bundesrepublik. Die Netto-Auslandsposition der Bundesbank verschlechterte sich durch obligatorische wie intramarginale Stützungsoperationen zugunsten der D-Mark im EWS bis Ende April um rd. 17 Mrd DM. Die Liquiditätspolitische Wirkung dieser Abflüsse war durchaus erwünscht, weil sie dazu beitrug, das Wachstum der Geldmenge zu dämpfen. Aber auch im späteren Verlauf des Jahres nutzten unsere Partner im EWS die für sie günstige Wechselkurskonstellation zu weiteren DM-Käufen, wobei ein großer Teil der von ausländischen Notenbanken erworbenen DM-Beträge mit Zustimmung der Bundesbank im Markt angelegt wurde und insoweit die DM-Verbindlichkeiten der Bundesbank gegenüber ausländischen Währungsbehörden nicht erhöhte. Die insgesamt seit dem Realignement vorgenommenen DM-Käufe waren deshalb erheblich umfangreicher, als es in der Netto-Auslandsposition der Bundesbank zum Ausdruck kommt. Von der Neufestsetzung der Wechselkurse bis Ende 1983 erreichten die gesamten Netto-DM-Käufe einen Betrag von rd. 30 Mrd DM. Dagegen beliefen sich die entsprechenden DM-Verkäufe von Jahresbeginn bis zum Realignement nur auf rd. 16 Mrd DM. Einfluß auf die Bankenliquidität in der Bundesrepublik übten freilich nur solche Interventionen aus, die zu Veränderungen der Netto-Auslandsposition der Bundesbank führten.

... für Partnerländer entlastend

Die nur allmähliche Höherbewertung der D-Mark am Markt erleichterte der deutschen Wirtschaft die Anpassung an die neuen Leitkurse, ging doch die jüngste DM-Aufwertung über die seit dem vorangegangenen Realignement entstandenen Inflationsdiskrepanzen deutlich hinaus. Für die Partnerländer war es hilfreich, daß sie mit am Markt aufgenommenen DM-Beträgen ihre zuvor beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit eingegangenen Verbindlichkeiten zügig ablösen konnten. So wurde die entsprechende Forderungsposition der Bundesbank beim EFWZ, die vor der Neufestsetzung der Wechselkurse auf den ECU-Gegenwert von 6,2 Mrd DM angewachsen war, bis Anfang Juni abgebaut. Wie schon erwähnt, konnten die anderen Notenbanken außerdem ihre Brutto-Währungsreserven erhöhen oder wieder auffüllen. Nicht zuletzt hat die Schwäche der D-Mark es den meisten Partnerländern ermöglicht, ihre Zinssätze nach dem Realignement beträchtlich zurückzunehmen. Zur stärksten Zinssenkung kam es in Belgien, wo der Diskontsatz bis Juni 1983 um fünf Prozentpunkte gesenkt wurde. Dies könnte allerdings die Überzeugung der Märkte verfestigt haben, daß die belgischen Währungsbehörden entschlossen waren, jeden Spielraum für Zinssenkungen zu nutzen. Neben den bisher noch ungenügenden Fortschritten bei der Sanierung des öffentlichen Haushalts mag dies die seit dem Herbst 1983 ausgeprägte Schwächeneigung des belgischen Franc gegenüber allen übrigen EWS-Währungen, die trotz einer deutlichen Verbesserung der Leistungsbilanz Belgiens anhält, mit erklären.

Anhaltende wirtschaftliche Divergenzen

In den letzten Jahren hatte der beschleunigte Rhythmus von Leitkursänderungen die Gefahr signalisiert, daß das EWS zu einem System gleitender Paritäten werden könnte, das anhaltende Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik seiner Teilnehmerländer nur noch passiv registriert und durch Leitkursänderungen auszugleichen sucht. Dem gilt es auf längere Sicht Einhalt zu gebieten. Zwar sind vor allem im Bereich der Leistungsbilanzen Fortschritte gemacht worden. Die fünf EWS-Länder Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Irland, die 1982 noch hohe Leistungsbilanzdefizite hinnehmen mußten, konnten ihre Position inzwischen wesentlich verbessern. Ihr zusam-

Veränderungen der Netto-Auslandsposition der Deutschen Bundesbank durch Operationen am Devisenmarkt und sonstige Devisenbewegungen*)				
Mrd DM				
Zeitraum	Netto-Auslandsposition insgesamt	Operationen am Devisenmarkt		Sonstige Devisenbewegungen
		DM-Dollar-Markt 1)	EWS 2)	
1982				
1. Januar — 21. Februar 3)	— 1,5	— 1,3	— 0,6	+ 0,4
22. Februar — 13. Juni 3)	+ 3,4	— 1,6	+ 4,4	+ 0,6
14. Juni — 31. Dezember	+ 1,3	— 3,7	— 0,2	+ 5,2
1982 insgesamt	+ 3,2	— 6,6	+ 3,7	+ 6,2
1983				
1. Januar — 20. März 3)	+ 17,1	+ 0,4	+ 12,5	+ 4,2
21. März — 30. April	— 16,6	— 2,1	— 16,8	+ 2,3
1. Mai — 31. August	— 4,8	— 7,2	— 3,5	+ 5,9
1. September — 31. Dezember	+ 0,3	— 5,8	+ 0,0	+ 6,1
1983 insgesamt	— 4,0	— 14,7	— 7,8	+ 18,5
1984				
1. Januar — 31. März	+ 7,1	— 2,4	+ 4,4	+ 5,0

* Ohne Liquiditätsswaps, SZR-Zuteilungen und bewertungsbedingte Veränderungen. Erfäßt nach Datum des Geschäftsabschlusses, nicht nach Datum der Wertstellung; dadurch Abweichungen zu den Angaben in der Zahlungsbilanz möglich. — 1 Einschl. US-Interventionen. — 2 Einschl. DM-Interventionen anderer Notenbanken, soweit sie die Auslandsposition der Bundesbank berühren. — 3 Letzter Tag vor dem Inkrafttreten neuer Leitkurse im EWS.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

mengefaßter Fehlbetrag in der laufenden Rechnung ging von 24 Mrd US-Dollar auf 5 Mrd US-Dollar zurück. In anderen wichtigen Bereichen mangelt es jedoch weiterhin an vergleichbaren Fortschritten in Richtung größerer Konvergenz. Zwar hat sich der Preisanstieg in allen Partnerländern weiter verlangsamt. Er ist aber in den meisten Fällen noch immer viel zu hoch, und die Diskrepanzen in der Preisentwicklung zwischen den stabileren und den übrigen Ländern haben sich kaum verringert. Im Bereich der öffentlichen Haushalte scheint in einigen wichtigen EWS-Ländern der Konsolidierungsprozeß überhaupt nicht vorangekommen zu sein. Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß einzelne Länder unverändert an Devisenbeschränkungen und besonderen Wechselkursregelungen festhalten. Fortschritte in Richtung größerer wirtschaftlicher Konvergenz lassen sich nicht zuletzt an dem Tempo messen, mit dem solche Schutzmaßnahmen abgebaut werden. Auch die in einigen Ländern beträchtlich gestiegene öffentliche Auslandsverschuldung ist ein Hinweis darauf, daß bei den Anpassungsbemühungen nicht nachgelassen werden darf. Die anhaltenden wirtschaftlichen Divergenzen machten sich zudem in der Wechselkursentwicklung im EWS während der letzten zwölf Monate nur deshalb noch vergleichsweise wenig bemerkbar, weil die Festigkeit des Dollars besonders auf der D-Mark lastete.

Mit dem Ziel, die währungspolitische Integration weiter voranzubringen, hat die EG-Kommission in jüngster Zeit vorgeschlagen, die private Verwendung der ECU in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu fördern. Sie verspricht sich davon vor allem Fortschritte bei der Verflechtung der Kapitalmärkte. Zu diesem Zweck soll die ECU in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einer ausländischen Währung gleichgesetzt werden. Tatsächlich hat sich inzwischen ein internationaler Markt vor allem für ECU-Emissionen herausgebildet. Da in der Bundesrepublik keinerlei Kapitalverkehrsbeschränkungen bestehen, können Gebietsansässige in ECU denominierte Geld- und Kapitalanlagen erwerben und unterhalten. In anderen Ländern der Gemeinschaft bestehen dagegen im Rahmen der dort geltenden Devisengesetzgebung erhebliche Beschränkungen bei der Verwendung der ECU als Anlageinstrument. In der Bundesrepublik wird von solchen Anlagemöglichkeiten aber offenbar bislang nur sehr begrenzter

Vorschläge zur
stärkeren privaten
ECU-Verwendung

Gebrauch gemacht. Für vergleichbare Laufzeiten bringen ECU-Titel zwar einen etwas höheren nominalen Zinsertrag als DM-Titel. Dem steht jedoch entgegen, daß sich der DM-Gegenwert von ECU-Forderungen über einen längeren Zeitraum hinweg wegen der wiederholten Aufwertungen der D-Mark im EWS vermindert hat. Der Zinsvorteil einer ECU-Anlage erscheint also — je nach der gewählten Bezugsperiode — deutlich gemindert oder kann sogar überkompensiert werden. Deutsche Anleger, die eine Alternative zur D-Mark suchen, dürften eher größere Gewinnchancen bevorzugen, als es ECU-Anlagen zu bieten vermögen. Einer Beschränkung ist in der Bundesrepublik lediglich das Eingehen von ECU-Verbindlichkeiten unterworfen. Hierbei spielt eine Rolle, daß die ECU nach den geltenden Bestimmungen nicht als Währung angesehen und auch nicht ohne weiteres einer Währung gleichgestellt werden kann. Sie wird als Rechnungseinheit aufgefaßt, deren Wert sich nach der Kursentwicklung anderer Währungen bemißt. Dementsprechend unterliegt sie der Bestimmung von § 3 des Währungsgesetzes, die das Eingehen indexierter DM-Verbindlichkeiten durch Inländer genehmigungspflichtig macht. Die Bundesbank hat solche Genehmigungen bisher nicht erteilt, um den deutschen Geld- und Kapitalverkehr von Indexklauseln freizuhalten. Es ist im übrigen nicht erkennbar, wie der europäische Integrationsprozeß dadurch vorangebracht werden könnte, daß die ECU als eine Art Parallelwährung dient. Das Grundproblem der EG, die fortbestehenden wirtschaftlichen Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der mangelnde Wille, die notwendigen Schritte zu tun, läßt sich auf diese Weise jedenfalls nicht überspielen.

c) Zur Interventionspolitik am Devisenmarkt

Internationale Untersuchung der Interventionspolitik

Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrieländer im Juni 1982 auf dem Wirtschaftsgipfel von Versailles dazu bekannt hatten, gemeinsam mehr Stabilität im Weltwährungssystem anzustreben, war zunächst vereinbart worden, die Erfahrungen mit Devisenmarktinterventionen als Mittel der Wechselkursstabilisierung beim Floating durch eine Expertengruppe gründlich untersuchen zu lassen. Der Prüfungsauftrag war hauptsächlich eine Reaktion auf den Kurswechsel in der amerikanischen Interventionspolitik vom Frühjahr 1981. Während die Vereinigten Staaten Ende 1977, als der Dollar unter erheblichen Abwärtsdruck kam, ihre Devisenmarktoperationen in Abstimmung mit den Partnerländern stark auszuweiten begannen, stellte die Reagan-Administration kurz nach ihrem Amtsantritt die amerikanische Interventionstätigkeit praktisch vollständig ein. Sie begründete dies mit ihrer Überzeugung, daß die Devisenmärkte am besten funktionieren würden, wenn sie sich selbst überlassen blieben. Sie wies zudem auf die Gefahr möglicher Konflikte zwischen Devisenmarktinterventionen und stabilitätsorientierter Geldpolitik hin und betonte insbesondere, daß sie eine größere Stabilität des Dollars und der Devisenmärkte vor allem durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Grundbedingungen erreichen wolle. Auch die meisten Partnerländer der USA sahen in Devisenmarktinterventionen keineswegs ein hauptsächliches Instrument der Wechselkurspolitik. Zusammenwirken in der Interventionspolitik schloß für sie die Bereitschaft ein, erforderlichenfalls auch in anderen Bereichen, die für die Wechselkursentwicklung bedeutsam sind, ein Mindestmaß an Koordinierung zu suchen. Es stellte sich daher die Frage, inwieweit die Nützlichkeit von Interventionen bei der Wechselkursstabilisierung bestätigt und damit vielleicht eine Klammer der internationalen Zusammenarbeit wieder gefestigt werden könnte.

Die mit der Untersuchung betraute Arbeitsgruppe, an der Experten der Finanzministerien und Notenbanken der sieben Gipfelländer sowie jeweils ein Vertreter der EG-Kommission und der EG-Präsidentschaft beteiligt waren, legte ihren Bericht im März 1983 vor. Seine wichtigsten Ergebnisse können in vier Punkten zusammengefaßt werden:

- Die Wechselkurse lassen sich durch Interventionen kurzfristig und vorübergehend wirkungsvoller beeinflussen als auf längere Sicht.
- Längerfristige Wechselkursstabilität wird durch eine entsprechende stabilitätsgerechte Wirtschaftspolitik mehr gefördert als mit Hilfe von Interventionen.
- Abgestimmte Interventionen können wirkungsvoller sein als gleichgroße Interventionen eines einzelnen Landes, doch sind die Bedingungen einer erfolgreichen Koordinierung anspruchsvoll.
- Die Währungsbehörden können von Zeit zu Zeit möglicherweise zu der gemeinsamen Überzeugung kommen, daß sich bestimmte Wechselkurse von dem Trend entfernt haben, der durch fundamentale Gegebenheiten vorgezeichnet scheint, wenngleich Interventionen dagegen nur wenig auszurichten vermögen.

Diese Ergebnisse decken sich mit der von der Bundesbank von Anfang an vertretenen Auffassung, daß Interventionen unter bestimmten Bedingungen nützlich sein können, ihre Wirksamkeit aber nicht einfach von der Höhe des Interventionsvolumens abhängt, sondern auch auf marktpsychologischen Faktoren und Signalwirkungen beruht, die um so mehr zur Geltung kommen, je besser die Währungsbehörden dabei international zusammenarbeiten. Die Untersuchungsergebnisse unterstreichen auch die von der Bundesbank immer betonte Notwendigkeit des Einklangs der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik mit den Zielen von Devisenmarktoperationen.

Linie der Bundesbank
bestätigt

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben Gipfelländer sahen durch die Ergebnisse der Interventionsstudie die Notwendigkeit bestätigt, auch im Interesse einer größeren Wechselkursstabilität ihre Politik zur Förderung eines inflationsfreien Wachstums schon im nationalen Rahmen besser auf miteinander vereinbare Maßnahmen auszurichten und überdies die internationalen Konsequenzen ihrer binnenwirtschaftlichen Politik stärker zu beachten. Sie unterstrichen zudem ihre Bereitschaft, auf den Devisenmärkten gemeinsam zu intervenieren, wenn Einigkeit darüber besteht, daß solche Operationen hilfreich wären. Die Staats- und Regierungschefs unterstützten diese Linie im Mai 1983 auf ihrer Konferenz in Williamsburg. Damit wurde grundsätzlich gerade den deutschen Anliegen vollauf Rechnung getragen, was freilich nur bedeutet, daß bereits früher gewonnene Erkenntnisse von höchster Stelle noch einmal bestätigt wurden. Schon seit Beginn des Floatings sprachen alle wichtigen Entscheidungen und Verlautbarungen zur Wechselkurs- und Interventionspolitik den Devisenmarktoperationen der Notenbanken eine gewisse Rolle bei der Wechselkursstabilisierung zu. Zugleich wurde aber immer betont, daß dauerhafte internationale Währungsstabilität mehr Konsistenz und Konvergenz der Wirtschaftspolitik in den wichtigsten Ländern voraussetzt.

Wechselkurspolitische
Beschlüsse von Wil-
liamsburg nur Bekräfti-
gung herkömmlicher
Leitlinien

Wichtige Entscheidungen und Verlautbarungen zur Wechselkurs- und Interventionspolitik seit Beginn des Floatings

Paris, 16. März 1973

Pressecommuniqué über die Währungskonferenz der erweiterten Zehnergruppe (Auszug)

3. Die Minister und Notenbankgouverneure nahmen die am Montag (11. März 1973) bekanntgegebenen Entscheidungen der EG-Mitglieder zur Kenntnis. Sechs EG-Mitglieder und einige andere europäische Länder einschließlich Schweden werden zwischen ihren Währungen Schwankungsmargen von 2% beibehalten. Die Währungen einiger Länder, wie im Falle Italiens, des Vereinigten Königreichs, Irlands, Japans und Kanadas, bleiben bis auf weiteres beim Floating. Italien, das Vereinigte Königreich und Irland haben jedoch ihre Absicht bekundet, sich so bald wie möglich der Entscheidung anzuschließen, die EG-Wechselkurse innerhalb einer Schwankungsmarge von 2% zu halten, und sich bis dahin mit ihren EG-Partnern abzustimmen.
5. (Die Minister und Notenbankgouverneure) stimmten grundsätzlich überein, daß offizielle Interventionen am Devisenmarkt zu bestimmten Zeiten nützlich sein können, um die Aufrechterhaltung geordneter Marktbedingungen zu erleichtern. . . . Jedes Land erklärte seine Bereitschaft, aus eigener Initiative am eigenen Markt zu intervenieren, wenn dies erforderlich oder wünschenswert erscheint, und dabei auf die Marktbedingungen flexibel zu reagieren sowie sich mit den Währungsbehörden jenes Landes abzustimmen, dessen Währung gekauft oder verkauft werden soll. . . .
10. Die Minister und Notenbankgouverneure brachten ihre einmütige Überzeugung zum Ausdruck, daß internationale Währungsstabilität letztlich auf erfolgreichen Bemühungen in den einzelnen Ländern beruht, die Inflation einzudämmen. Sie sind entschlossen, die zu diesem Zweck erforderliche Politik zu verfolgen.

Washington, 13. Juni 1974

Beschluß des IWF-Exekutivrats über Richtlinien zur Handhabung schwankender Wechselkurse (Auszug)

Diese Richtlinien basieren auf der Annahme, daß es bei jeder Kursfreigabe wünschenswert sein kann, (a) sehr kurzfristige Schwankungen der Kurse am Devisenmarkt auszugleichen, (b) etwas längerfristig betrachtet den Markttendenzen ein gewisses Maß an Widerstand entgegenzusetzen, insbesondere wenn sie zu unangemessen raschen Kursbewegungen führen, und (c) soweit möglich eine vernünftige Schätzung der mittelfristigen Norm für den Wechselkurs eines Landes aufzustellen, um Bewegungen der Marktkurse, die wesentlich von dieser Norm abweichen, entgegenzuwirken. Richtlinien dieser Art sind unter anderem notwendig, um zu einer klaren Konzeption des Begriffs „Wechselkursänderungen aus Wettbewerbsgründen“ zu gelangen und Vorsichtsmaßnahmen gegen solche Wechselkursänderungen zu ergreifen.

Die Richtlinien

1. Ein Mitgliedsland mit schwankendem Wechselkurs sollte am Devisenmarkt in dem Maße intervenieren, das erforderlich ist, um starke und störende Fluktuationen des Außenwertes seiner Währung von Tag zu Tag und von Woche zu Woche zu verhindern oder abzuschwächen.
2. Ein Mitgliedsland mit schwankendem Kurs darf . . . zwecks Dämpfung von Schwankungen des Außenwertes seiner Währung von Monat zu Monat und von Quartal zu Quartal durch Interventionen oder auf andere Weise eingreifen und wird erforderlichenfalls hierzu ermutigt, wenn Faktoren von anerkanntermaßen vorübergehender Art wirksam sind. . . . Das Mitgliedsland sollte in bezug auf den Außenwert seiner Währung normalerweise nicht aggressiv vorgehen (d. h. es sollte nicht so eingreifen, daß der Außenwert seiner Währung bei fallender Tendenz heruntergedrückt oder bei steigender Tendenz erhöht wird).
6. Bei ihren Interventionen werden Mitgliedsländer mit schwankendem Wechselkurs den Interessen anderer Mitglieder einschließlich derjenigen Länder Rechnung tragen, in deren Währung sie intervenieren. Es könnte nützlich sein, wenn zwischen den Emittenten und den Verwendern von Interventionswährungen beiderseitig befriedigende Vereinbarungen bezüglich der Verwendung solcher Währungen bei Interventionen getroffen würden. . . .

Bestimmte in den Richtlinien verwendete Begriffe können wie folgt definiert werden:

- ii) „Intervention auf dem Devisenmarkt“ würde normalerweise an den Bewegungen der Währungsreserven gemessen, die gegebenenfalls um ausgleichende offizielle Kreditaufnahmen zu bereinigen wären. Es könnte auch in Erwägung gezogen werden, in den Begriff der Intervention außer Veränderungen der Währungsreserven auch Veränderungen in sonstigen offiziellen Devisenpositionen einzubeziehen.

Rambouillet, 17. November 1975

Erklärung der Staats- und Regierungschefs der sechs wichtigsten Industrieländer (Auszug)

12. Bezüglich der währungspolitischen Probleme erklären wir unsere Absicht, größere Stabilität anzustreben. Dazu gehören auch Anstrengungen um die Wiederherstellung größerer Stabilität in den grundlegenden wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen der Weltwirtschaft. Gleichzeitig werden unsere Währungsbehörden Maßnahmen ergreifen, um gestörten Marktbedingungen oder unberechenbaren Wechselkursschwankungen entgegenzuwirken. . . .

Washington, 30. April 1976

Geänderter Artikel IV in der vom Gouverneursrat genehmigten Neufassung des IWF-Abkommens, die am 1. April 1978 in Kraft getreten ist (Auszug)

Abschnitt 1 — Allgemeine Verpflichtungen der Mitglieder auf dem Gebiet der Wechselkursregelungen

Insbesondere wird jedes Mitglied

- i) bestrebt sein, seine Wirtschafts- und Währungspolitik unter angemessener Berücksichtigung seiner Situation auf das Ziel eines geordneten Wirtschaftswachstums bei angemessener Preisstabilität auszurichten;
- ii) um Stabilität bemüht sein, indem es geordnete Wirtschafts- und Währungsverhältnisse und ein Währungssystem anstrebt, das nicht dazu neigt, erratische Störungen auszulösen;
- iii) Manipulationen der Wechselkurse oder des internationalen Währungssystems mit dem Ziel, eine wirksame Zahlungsbilanzanpassung zu verhindern oder einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Mitgliedern zu erlangen, vermeiden und
- iv) eine Wechselkurspolitik verfolgen, die mit den Verpflichtungen aus diesem Abschnitt vereinbar ist.

Abschnitt 3 — Überwachung der Wechselkursregelungen

- a) Der Fonds überwacht das internationale Währungssystem, um sicherzustellen, daß es wirksam funktioniert, und überwacht die Einhaltung der Verpflichtungen nach Abschnitt 1 durch jedes Mitglied.
- b) Um seine Aufgaben nach Buchstabe a zu erfüllen, unterstellt der Fonds die Wechselkurspolitik der Mitglieder einer strikten Überwachung und stellt besondere Grundsätze auf, von denen sich alle Mitglieder bei ihrer Wechselkurspolitik leiten lassen.

Washington, 29. April 1977

Beschluß des IWF-Exekutivrats zur Durchführung des Artikels IV der vorgeschlagenen Neufassung des IWF-Abkommens (Auszug)
Grundsätze für die Orientierung der Wechselkurspolitik der Mitglieder

- A. Jedes Mitglied vermeidet Manipulationen der Wechselkurse oder des internationalen Währungssystems mit dem Ziel, eine wirksame Zahlungsbilanzanpassung zu verhindern oder einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Mitgliedern zu erlangen.
- B. Jedes Mitglied soll auf dem Devisenmarkt dann intervenieren, wenn dies nötig ist, um ungeordneten Verhältnissen entgegenzuwirken, die unter anderem durch störende kurzfristige Bewegungen des Außenwertes seiner Währung charakterisiert sein können.
- C. Die Mitglieder sollen bei ihrer Interventionspolitik die Interessen anderer Mitglieder berücksichtigen einschließlich der Interessen jener Länder, in deren Währungen sie intervenieren.

Washington, 16. April 1981

Presseverlautbarung des US-Schatzamtes

Die amerikanischen Währungsbehörden haben beschlossen, ihre Interventionen auf ein Minimum zu beschränken und allenfalls zu intervenieren, wenn gestörte Devisenmarktbedingungen dies notwendig erscheinen lassen. — US-Staatssekretär Sprinkel rechtfertigte diese Politik am 4. Mai 1981 vor dem Gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des Kongresses. Er betonte, daß die Regierung größere Stabilität des Dollars und der Devisenmärkte vor allem durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Grundbedingungen anstrebe.

Versailles, 6. Juni 1982

Erklärung der sieben Staats- und Regierungschefs und der Vertreter der Europäischen Gemeinschaften (Auszug)

Es kommt darauf an, unsere wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit zu intensivieren. Dabei werden wir auf eine konstruktive und geordnete Entwicklung des Weltwährungssystems hinwirken, indem die Behörden, die die Währungen Nordamerikas, Japans und der Europäischen Gemeinschaft vertreten, beim Verfolgen der mittelfristigen wirtschafts- und währungspolitischen Zielsetzungen enger zusammenarbeiten. In dieser Beziehung übernehmen wir die in der anliegenden Erklärung enthaltenen Verpflichtungen.

Erklärung über Verpflichtungen im Weltwährungsbereich (Auszug)

1. Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Verantwortung für größere Stabilität im Weltwährungssystem. Wir wissen, daß dies in erster Linie eine auf Konvergenz gerichtete Politik mit dem Ziel einer Reduzierung der Inflation, einer Erhöhung des Beschäftigungsstandes und eines erneuten Wirtschaftswachstums erfordert, damit der Wert unserer Währungen nach innen und außen erhalten bleibt. Wir sind entschlossen, dieser Verpflichtung in enger Zusammenarbeit mit allen interessierten Ländern und Währungsinstitutionen gerecht zu werden.
2. Wir messen der Rolle des IWF als Währungsbehörde große Bedeutung bei und werden ihm bei seinen Bemühungen zur Förderung der Stabilität unsere volle Unterstützung gewähren.
3. Wir sind zu einer Verstärkung unserer Zusammenarbeit mit dem IWF bei seiner Überwachungsaufgabe bereit und wollen dies auf multilateraler Basis unter besonderer Berücksichtigung der fünf Währungen entwickeln, die die Sonderziehungsrechte bilden.
4. Wir schließen den Einsatz unserer Wechselkurse zur Erlangung unlauterer Wettbewerbsvorteile aus.
5. Wir sind bereit, gemäß Artikel IV des Abkommens über den IWF erforderlichenfalls auf den Devisenmärkten zu intervenieren, um ungeordneten Marktverhältnissen zu begegnen.

Washington, 29. April 1983

Erklärung der Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben Gipfelländer sowie des Vertreters der Europäischen Gemeinschaft zur Interventionsstudie (Auszug)

Wir erzielten Übereinstimmung in folgenden Punkten:

- A. Die Herstellung größerer Wechselkursstabilität, die nicht Unbeweglichkeit bedeutet, ist eine der Hauptzielsetzungen und -verpflichtungen unserer Länder.
- B. Der Weg zu größerer Wechselkursstabilität muß in der Richtung liegen, die Politik zur Förderung eines dauerhaften inflationsfreien Wachstums auf miteinander vereinbare Maßnahmen auszurichten. Dies wird das Hauptziel einer verstärkten multilateralen Überwachung sein, wie sie in Versailles vereinbart wurde.
- C. Bei der Formulierung unserer internen Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik sollten unsere Länder das Verhalten unserer Wechselkurse als einen der möglichen Indikatoren für die Notwendigkeit von Korrekturen der bisherigen Politik beachten. Große Aufmerksamkeit sollte auch den Wechselwirkungen und den weiterreichenden internationalen Auswirkungen gewidmet werden, die sich aus der Politik in unseren einzelnen Ländern ergeben.
- D. Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Rolle der Interventionen nur begrenzt sein. Interventionen können nützlich sein, um ungeordneten Marktbedingungen entgegenzuwirken und kurzfristige Unbeständigkeiten zu verringern. Interventionen mögen gelegentlich auch eine bestimmte Haltung gegenüber den Devisenmärkten zum Ausdruck bringen. Interventionen werden normalerweise nur nützlich sein, wenn dadurch andere Maßnahmen ergänzt und unterstützt werden. Wir stimmen überein, daß engere Konsultationen über Maßnahmen und Marktbedingungen notwendig sind. Wenngleich wir die Freiheit behalten, unabhängig vorzugehen, sind wir bereit, koordinierte Interventionen in Fällen vorzunehmen, in denen wir darüber einig sind, daß solche Interventionen hilfreich wären.

Williamsburg, 30. Mai 1983

Erklärung der Staats- und Regierungschefs der sieben Gipfelländer und des Vertreters der Europäischen Gemeinschaft zur wirtschaftlichen Gesundung (Auszug)

Zur Verwirklichung dieser Ziele haben wir uns auf folgendes geeinigt:

2. Der in Versailles begonnene Konsultationsprozeß wird verstärkt, um die Konvergenz der Leistung unserer Volkswirtschaften und größere Wechselkursstabilität im Sinne des Anhangs zu dieser Erklärung zu fördern. Wir einigten uns, engere Konsultationen über wirtschaftliche Maßnahmen, die auf die Bedingungen der Devisenmärkte hinwirken, und über Marktbedingungen abzuhalten. Unter Wahrung unserer jeweiligen Handlungsfreiheit sind wir bereit, koordiniert in die Devisenmärkte in den Fällen einzugreifen, in denen man sich über die Nützlichkeit eines Eingreifens einig ist.
5. Wir haben die Finanzminister gebeten, zusammen mit dem Leitenden Direktor des IWF die Bedingungen für eine Verbesserung des Weltwährungssystems zu erkunden und dabei auch zu prüfen, welche Rolle eine internationale Währungskonferenz auf hoher Ebene zu gegebener Zeit spielen könnte.

Anhang zu obiger Erklärung (Auszug)

- B. Im Einklang mit der Vereinbarung in Versailles konzentrieren wir uns auf Fragen im monetären und finanziellen Bereich unter Einschuß der Wechselwirkung mit der Politik in anderen Bereichen. Die internationalen Auswirkungen unserer eigenen politischen Entscheidungen werden wir voll berücksichtigen. Zu den politischen Bereichen und Zielen, die laufend überprüft werden, gehören:
 3. Die Wechselkurspolitik. Wir werden Konsultationen, Konvergenz politischer Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit verbessern, um die Stabilisierung der Währungsmärkte zu fördern, und dabei unsere Schlußfolgerungen aus der Währungsmarkt-Interventionsstudie berücksichtigen.

Keine interventions-
politische Kursände-
rung der Bundesbank

Die Bundesbank hat auch im vergangenen Jahr nicht versucht, dem anhaltenden Druck auf den DM-Dollarkurs mit Devisenmarktoperationen größeren Widerstand entgegenzusetzen. Zwar waren ihre Dollarabgaben am Devisenmarkt insgesamt beträchtlich. Diese Dollarverkäufe blieben aber noch hinter den Dollareinnahmen zurück, die der Bundesbank aus der Verzinsung ihrer Devisenanlagen und aus anderen Transaktionen außerhalb des Devisenmarktes zugeflossen sind (vgl. auch Tabelle auf S. 73). Ohne diese Rückschleusungen wäre die nicht immer einfache Selbstregulierung des Marktes beim Floating eher zusätzlich erschwert worden, ganz abgesehen davon, daß die deutschen Währungsreserven erheblich gestiegen wären, was bei der tendenziell schwachen Verfassung der D-Mark weder den internationalen Verhaltensnormen zur Handhabung schwankender Wechselkurse noch den liquiditäts- und geldpolitischen Erfordernissen im Inland entsprochen hätte.

d) Fragen der internationalen Währungsordnung

Wechselkursspiel-
räume zwischen
wichtigsten
Währungen
nicht institutionell
begrenzbare

Auf dem Wirtschaftsgipfel von Williamsburg war auch beschlossen worden, die Bedingungen für eine Verbesserung des Weltwährungssystems zu erkunden und dabei zu prüfen, welche Rolle eine internationale Währungskonferenz auf hoher Ebene zu gegebener Zeit spielen könnte. Damit ist inzwischen die Zehnergruppe beauftragt worden, die sich auf Vorarbeiten verschiedener internationaler Organisationen stützen wird. Vor allem drei Fragenkreise sollen eingehend untersucht werden, nämlich die Ursachen übermäßiger Wechselkurschwankungen, die Möglichkeiten zur Stärkung des IWF bei der Überwachung der Wechselkurs- und Wirtschaftspolitik seiner Mitglieder und bei der Förderung des Anpassungsprozesses sowie Probleme der internationalen Liquidität. Es scheint, daß diese Untersuchungen mancherorts mit der Erwartung verbunden werden, die Wechselkursentwicklung zwischen den wichtigsten Währungen in irgendeiner Weise wieder institutionell begrenzen zu können. Solche Vorstellungen müssen indes gerade auch in der Bundesrepublik, deren Währung als internationales Anlage- und Reservemedium eine wichtige Rolle spielt, erheblichen Bedenken begegnen. Umschichtungen internationaler Geld- und Kapitalanlagen lassen sich angesichts ihrer heutigen Größenordnungen nicht mehr ohne ausreichende Wechselkursflexibilität beherrschen. Um die Wechselkurse stabiler zu machen, gilt es deshalb vor allem, die Ursachen störender Kapitalbewegungen anzugehen, wofür die Beschlüsse der letzten Gipfelkonferenzen den Weg gewiesen haben. Welche wechselkurspolitischen Absicherungen und Ergänzungen einmal angezeigt sein könnten, dürfte ernsthaft erst zu erörtern sein, wenn die wirtschaftlichen Grundbedingungen in den wichtigsten Ländern sich soweit angenähert haben, daß sie ein hohes Maß an Wechselkursstabilität rechtfertigen und vom Ansatz her erwarten lassen.

4. Entwicklung der Weltwährungsreserven

Wiederanstieg
der Weltwährungs-
reserven

Die ausgewiesenen Brutto-Währungsreserven der IWF-Mitglieder nahmen 1983 um 23 Mrd US-Dollar zu, nachdem sie in den beiden Vorjahren erstmals seit 1959 beträchtlich gesunken waren. Die Abnahme in den Jahren 1981 und 1982 um insgesamt 46 Mrd US-Dollar beruhte allerdings größtenteils auf Bewertungseinflüssen. Der sinkende Goldpreis hatte die gegen Goldeinbringung in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit auf der Basis einer marktnahen Bewertung geschaffenen ECU-Guthaben erheblich zurückgehen lassen. Außerdem verminderte sich wechselkursbedingt der Dollarwert der in anderen Währungen als dem Dollar gehaltenen Reserven. Schaltet man diese Einflüsse aus, verringert sich die Abnahme der Weltwährungsreserven auf nur noch 8 Mrd US-Dollar. Dagegen beruhte ihre starke Zunahme im Jahre 1983 auf einer tatsächlichen Reserveschaffung, die durch Bewertungseinflüsse lediglich gedämpft wurde. Ohne bewertungsbedingte Verän-

Brutto-Währungsreserven der IWF-Mitgliedsländer *)

Mrd US-Dollar

Reserveart/Ländergruppe	Bestand am Jahresende		Veränderung im Jahresverlauf		
	1980	1983 p)	1981	1982	1983 p)
A. Reservearten					
Gold 1)	40,2	39,9	- 0,0	- 0,2	- 0,1
Sonderziehungsrechte	15,1	15,1	+ 4,0	+ 0,5	- 4,5
IWF-Reserveposition	21,5	40,9	+ 3,3	+ 3,3	+ 12,9
ECU-Guthaben	63,7	45,3	- 13,5	- 8,9	+ 3,9
- gegen Gold	47,6	33,8	- 10,2	- 7,0	+ 3,4
- gegen US-Dollar	13,9	10,6	- 2,4	- 1,8	+ 0,9
- aus sehr kurzfristiger Finanzierung	2,2	0,9	- 0,9	- 0,0	- 0,4
Devisen	310,1	286,5	- 12,3	- 21,6	+ 10,4
US-Dollar	197,3	(175,1)	- 9,1	- 20,9	(+ 7,8)
D-Mark	40,8	(26,5)	- 6,3	- 5,3	(- 2,7)
Yen	10,6	(9,1)	- 0,5	- 0,3	(- 0,7)
Schweizer Franken	9,1	(5,9)	- 1,6	- 0,9	(- 0,7)
Pfund Sterling	9,0	(5,6)	- 2,8	- 0,7	(+ 0,1)
Französischer Franc	3,8	(2,8)	- 0,8	- 0,2	(- 0,0)
Holländischer Gulden	2,7	(1,7)	- 0,1	- 0,5	(- 0,4)
Nicht identifizierte Anlagen	36,8	(54,1)	+ 8,9	+ 7,2	(+ 1,2)
Reserven insgesamt	450,6	427,7	- 18,5	- 27,0	+ 22,6
Nachrichtlich:					
1. Gesamtreserven ohne durch Goldeinbringung geschaffene ECU-Guthaben 2)	406,6	397,5	- 8,3	- 20,0	+ 19,2
2. Nach zusätzlicher Ausschaltung wechselkursbedingter Bewertungsänderungen 3)	406,6	ts) 426,7	+ 5,0	- 12,6	ts) + 27,7
Gold 1)	43,8	43,5	- 0,0	- 0,2	- 0,1
Sonderziehungsrechte	15,1	18,6	+ 5,6	+ 1,5	- 3,6
IWF-Reserveposition	21,5	46,4	+ 5,5	+ 4,7	+ 14,7
ECU-Guthaben 4)	2,2	1,6	- 0,5	+ 0,1	- 0,2
Devisen	324,0	ts) 316,6	- 5,6	- 18,7	ts) + 16,9
darunter:					
D-Mark	40,8	(36,4)	- 1,0	- 3,6	(+ 0,2)
B. Regionale Verteilung 5)					
OECD-Länder	273,0	251,8	- 20,2	- 12,7	+ 11,7
darunter:					
EG-Länder	161,4	131,4	- 24,9	- 14,3	+ 9,2
Vereinigte Staaten von Amerika	26,8	33,7	+ 3,3	+ 3,9	- 0,2
Japan	25,7	25,6	+ 3,6	- 4,9	+ 1,3
Kanada	3,9	4,3	+ 0,4	- 0,5	+ 0,5
Bundesrepublik Deutschland	52,6	46,7	- 4,9	+ 1,0	- 2,1
Frankreich	30,8	24,1	- 5,1	- 5,7	+ 4,1
Großbritannien	21,4	12,1	- 5,4	- 2,8	- 1,1
Italien	26,0	22,9	- 3,0	- 6,0	+ 6,0
OPEC-Länder	89,7	80,8	- 0,8	- 10,8	+ 2,8
Bevölkerungsarme	44,2	50,0	+ 6,4	- 3,5	+ 2,9
Bevölkerungsreiche	45,5	30,8	- 7,2	- 7,4	- 0,2
Sonstige Entwicklungsländer	76,1	61,8	- 4,7	- 9,4	- 0,1
Schwellenländer 6)	32,4	27,3	- 0,5	- 7,1	+ 2,5
Übrige Länder	43,7	34,5	- 4,2	- 2,3	- 2,6
Restliche IWF-Mitgliedsländer	11,8	31,5	+ 7,2	+ 6,0	+ 6,4
IWF-Länder insgesamt	450,6	427,7	- 18,5	- 27,0	+ 22,6
Nachrichtlich:					
Gesamtreserven ohne durch Goldeinbringung geschaffene ECU-Guthaben 2)	406,6	397,5	- 8,3	- 20,0	+ 19,2
darunter:					
OECD-Länder	229,0	221,6	- 10,0	- 5,7	+ 8,4
EG-Länder	117,4	101,2	- 14,7	- 7,3	+ 5,9
Bundesrepublik Deutschland	40,4	38,3	- 2,0	+ 3,0	- 3,0
Frankreich	20,3	16,9	- 2,6	- 4,1	+ 3,3
Großbritannien	19,0	10,5	- 4,9	- 2,5	- 1,2
Italien	17,4	17,1	- 1,0	- 4,7	+ 5,4

* Einschl. Schweiz. — Angaben in Klammern beziehen sich auf Stand von Ende September 1983 oder entsprechende Veränderung. — 1 Bewertet mit 42,22 US-\$ je Unze Feingold. — 2 Das den ECU-Guthaben zugrundeliegende Gold wurde wieder den übrigen Goldbeständen zugerechnet. — 3 Veränderungen in den nicht auf Dollar lautenden Reservebeständen (ohne

Gold) wurden zu jeweils aus Jahresendkursen ermittelten Durchschnittskursen in Dollar umgerechnet. Der bereinigte Bestand per Ende 1983 errechnet sich aus dem Ausgangsbestand und der Kumulierung dieser Veränderungen. — 4 Nur Guthaben aus sehr kurzfristiger Finanzierung. Die den ECU-Guthaben zugrunde liegenden Dollarbestände wurden wieder den übrigen

Devisen zugerechnet. — 5 Zur Abgrenzung der Ländergruppen siehe Tabelle auf S. 65. — 6 Ohne Taiwan. — p Vorläufig. — ts Teilweise geschätzt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Quellen: IWF und BIZ.

derungen erhöhten sich die Weltwährungsreserven sogar um schätzungsweise 28 Mrd US-Dollar.

Zunahme der
Devisenreserven und
IWF-Positionen

Die Hauptkomponente des Reservewachstums im Jahre 1983 war eine Zunahme der Devisenforderungen der Notenbanken. Zu laufenden Wechselkursen gerechnet stieg der Devisenbestand um 10,4 Mrd US-Dollar, im wesentlichen durch Zunahme der Dollarreserven. Außerdem erhöhten sich die Reservepositionen im IWF um 13 Mrd US-Dollar. Davon beruhten 6 Mrd US-Dollar auf der jüngsten Quotenerhöhung, die für die meisten Mitgliedsländer durch entsprechende Subskriptionszahlungen (darunter in der Regel ein Viertel in Sonderziehungsrechten) noch im Dezember letzten Jahres wirksam wurde. Insoweit hat sich allerdings lediglich die Zusammensetzung, aber nicht die Höhe der Weltwährungsreserven verändert. Nur der über die Quotenerhöhung hinausgehende Anstieg der IWF-Positionen, der den größten Teil der Inanspruchnahme des Fonds durch zahlungsbilanzschwache Länder widerspiegelt und auf einer entsprechenden Zunahme der Reserveforderungen der Gläubigerländer des IWF beruht, stellt eine Vermehrung der Brutto-Währungsreserven der Welt dar. Die gesamte Abnahme der SZR-Bestände der Mitgliedsländer blieb gleichzeitig etwas hinter dem durch die Quotenerhöhung bedingten Abfluß zurück, da der Fonds einen Teil seiner Kreditgewährung auch durch Hergabe eigener Sonderziehungsrechte finanzierte.

Reservezuwachs
auf wenige Länder
konzentriert

Ein großer Teil des Anstiegs der Devisenreserven entfiel auf Frankreich und Italien. Die Kapitalzuflüsse nach dem Realignment im EWS vom März 1983 sowie anhaltende Kreditaufnahmen im Ausland ermöglichten es beiden Ländern, ihre Reserven wieder aufzufüllen und überdies aufzustocken. Daneben konnten nur noch Australien, China und Mexiko ihre Devisenreserven wesentlich erhöhen. Zudem konzentrierte sich die Finanzierung der IWF-Kredite und die entsprechende Zunahme der IWF-Reservepositionen auf Saudi-Arabien und die USA. Die deutsche Reserveposition im Fonds stieg in diesem Zusammenhang nur um rd. 240 Mio Dollar, weil den DM-Ziehungen gleichzeitig verschiedene DM-Rückzahlungen sowie eine Subskriptionszahlung eines anderen Mitgliedslandes in D-Mark gegenüberstanden (wie aus Teil B des Geschäftsberichts im einzelnen hervorgeht). Insgesamt gesehen ist nicht zu befürchten, daß die Reserveentwicklung des letzten Jahres die Weichen zu einer weltweit expansiveren Wirtschaftspolitik mit möglicherweise inflationären Konsequenzen gestellt haben könnte.

Zurückhaltung gegen-
über Forderungen
nach neuen SZR-Zu-
teilungen angebracht

Für die Beantwortung der Frage, ob die gegenwärtigen Reservebestände für ein reibungsloses Funktionieren der internationalen Währungsordnung und der Weltwirtschaft angemessen sind, gibt es keine eindeutigen Kriterien. Währungsreserven sollen dazu dienen, die äußere Zahlungsfähigkeit eines Landes zu gewährleisten. Hierfür sind jedoch nicht allein die Reserven, sondern auch die internationalen Verschuldungsmöglichkeiten eines Landes entscheidend. Deshalb läßt sich aus dem Gesamtbetrag der gerade gehaltenen Reserven ebensowenig auf die Angemessenheit der globalen Reserveversorgung schließen wie aus der Summierung des oft lautstark angemeldeten Reservebedarfs einzelner Länder. Letzterer entspringt nicht selten mehr dem Wunsch, sich zusätzlichen Ausgabenspielraum zu verschaffen („reserves to spend“), als der Bereitschaft zu verstärkter Reservehaltung („reserves to hold“). Der neuerdings gerade von Ländern mit erheblichem Anpassungsbedarf wieder verstärkt geforderten Schaffung von Sonderziehungsrechten ist deshalb mit Zurückhaltung zu begegnen. Es besteht die Gefahr, daß sich nicht wenige Länder hiervon Finanzierungserleichterungen versprechen, die zu Lasten der dringend notwendigen und unvermeidlichen Anpassungsbemühungen gingen. Den bereits in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratene Ländern wäre aber mit neuen SZR-Zuteilungen kaum gedient, wenn dadurch die Wiedergewinnung ihrer Kreditwürdigkeit in Frage gestellt würde. Im übrigen muß vor der Illusion gewarnt werden, daß mit SZR-Zuteilungen ein

wesentlicher zusätzlicher Ressourcen-Transfer erreicht werden könnte. Die Erfahrung lehrt, daß sich Verteilungsprobleme im nationalen Rahmen nicht durch Geldschöpfung lösen lassen. Genausowenig kann man dies auf internationaler Ebene erwarten. Deshalb wäre es auch verfehlt, die Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten mit der ungleichen Verteilung der Währungsreserven in der Welt rechtfertigen zu wollen. Bei solcher Zielsetzung wären SZR-Zuteilungen überdies kaum mit den Statuten des IWF vereinbar.

5. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer

Die internationale Schuldenkrise war Mitte 1982 offen ausgebrochen und hat seitdem die Zusammenarbeit aller Beteiligten — der Regierungen, Notenbanken, Gläubigerbanken und internationalen Organisationen — wiederholt vor ernste Bewährungsproben gestellt. Es ging vorrangig darum, einen durchaus vorstellbaren Zusammenbruch des stark gewachsenen, komplexen und deshalb störanfälligen internationalen Finanzsystems mit allen seinen Folgen zu verhindern. Zugleich waren aber schon in dieser ersten Phase die Grenzen im Auge zu behalten und soweit nötig ins Bewußtsein zu rufen, die der Bereitstellung von Überbrückungshilfen aus welchen Quellen auch immer gesetzt werden müssen. Die Erfordernisse der Krisenbeherrschung mußten sorgfältig gegen andere Erwägungen grundsätzlicher wie auch praktischer Natur abgewogen werden. Nicht zuletzt galt es, der Gefahr vorzubeugen, daß durch allzu bereitwillige Kreditgewährung die in der Krise deutlich gewordenen Anpassungszwänge um ihre Wirkung gebracht werden könnten. Zudem mußten die offiziellen Finanzhilfen auf jeden Fall mit Beiträgen der Gläubigerbanken verknüpft werden, um die offenkundige Liquiditätskrise der hochverschuldeten Länder zu entschärfen und sie nicht letzten Endes doch noch in eine Solvenzkrise einmünden zu lassen. Die vollständige Einstellung der Zahlungen durch diese Länder hätte nicht nur den unmittelbar betroffenen Gläubigerbanken erhebliche und endgültige Verluste gebracht, sondern auch die Schuldnerländer vermutlich auf Jahre hinaus von einer wichtigen Quelle des für ihre Entwicklung notwendigen Kapitalzustroms abgeschnitten. Es ist ein beachtlicher Erfolg, daß durch diese gemeinschaftlichen Aktionen ein Kollaps des internationalen Finanzsystems verhindert werden konnte, wenngleich damit die Schuldenkrise noch keineswegs gelöst, sondern nur Zeit gewonnen wurde. Sie muß nunmehr genutzt werden, die Lage zu konsolidieren. Hierfür gibt es keine globalen Rezepte. Letzten Endes geht es darum, die Schuldendienstverpflichtungen der einzelnen Länder, also die Zins- und Tilgungszahlungen, in ein besseres Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Länder zu bringen.

Zeitgewinn durch
erfolgreiches
Krisenmanagement

Eine dauerhafte Überwindung der Schuldenkrise erfordert an erster Stelle beachtliche Anstrengungen der Schuldnerländer selbst. Zwar haben Entwicklungen, die außerhalb ihrer Einflußnahme liegen, Zeitpunkt und Ausmaß der Krise in erheblichem Maße mitbestimmt. Ihre eigenen hohen Inflationsraten, der verbreitete Rückgriff auf Indexierungspraktiken und Subventionen, die unbefriedigende Situation der Staatsfinanzen und tief verwurzelte wirtschaftliche Strukturprobleme weisen aber darauf hin, daß die Verschuldungsprobleme in den meisten Fällen keineswegs nur oder hauptsächlich auf externen Ursachen beruhen, sondern allzu oft der Ausdruck verschleppter gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte mit klar zutage liegenden internen Ursachen sind. Tatsächlich hat die Mehrzahl der Entwicklungsländer auf die in sie gesetzten Erwartungen, sich den wesentlich enger gezogenen Finanzierungsmöglichkeiten anzupassen, inzwischen beachtlich reagiert. Eine generell restriktivere Wirtschaftspolitik bewirkte vor allem eine erhebliche Drosselung ihrer Einfuhren und ermöglichte den erwähnten deutlichen Abbau des zusammengefaßten Leistungsbilanzdefizits dieser Ländergruppe. Am stärksten hat sich Mexiko angepaßt. Nachdem seine Einfuhr schon 1982 um fast 10 Mrd US-Dollar gedrosselt worden war, ging sie 1983 um weitere 6 Mrd US-Dollar oder 40% zurück. Die Kre-

Beachtliche
Anpassungsbemü-
hungen der
Schuldnerländer ...

ditwürdigkeit Mexikos erholte sich daraufhin erstaunlich rasch, so daß die Zahlungsbilanzschwierigkeiten dieses Landes fürs erste einigermaßen unter Kontrolle gebracht scheinen. Zu einer wesentlichen Einschränkung der Einfuhr kam es auch in Argentinien, Brasilien und Chile. Die hochverschuldeten Länder werden allerdings dauerhaftes internationales Vertrauen nur wiedergewinnen können, wenn nicht nur ihre Zahlungsbilanzen verbessert, sondern auch die binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf ein vertretbares Maß abgebaut werden. Dies würde auch die Rückkehr von Fluchtkapital fördern sowie ausländische Direktinvestitionen ermutigen und damit die Abhängigkeit von internationalen Bankkrediten auf längere Frist tendenziell vermindern.

... durch verbessertes weltwirtschaftliches Umfeld erleichtert

Was die externen Ursachen angeht, so sind die Verschuldungsprobleme vieler Länder auch eine Nachwirkung der beiden Ölpreisschübe der siebziger Jahre und des erfolgreichen Recyclings der Devisenüberschüsse der OPEC-Länder. Die Ölpreiserhöhungen haben gerade die Zahlungsbilanzen vieler einfuhrabhängiger Entwicklungsländer aus ihrem ohnehin prekären Gleichgewicht geworfen. Schon entwicklungsbedingt wuchsen die Leistungsbilanzdefizite in Größenordnungen hinein, deren Finanzierung durch Kapitalzuflüsse aus verschiedenen Quellen sowie durch Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer nicht leicht war. Nach den Ölpreisschüben blieben die Leistungsbilanzen der meisten Entwicklungsländer aber auch deshalb länger und tiefer im Defizit als diejenigen vieler Industrieländer, weil den Entwicklungsländern nicht nur die Exportsteigerung schwerer fiel, sondern im Zeichen des Recyclings die international tätigen Banken auch rasch und in großem Stil Kredite anboten, die selbst hohe Leistungsbilanzdefizite als längerfristig finanzierbar erscheinen ließen. Die zu diesem Zweck entwickelten Finanzierungstechniken nährten überdies auf Kreditgeber- wie Kreditnehmerseite die Illusion problemloser Refinanzierung einmal eingegangener Engagements. Diese Hoffnungen fielen jedoch in sich zusammen, nachdem die amerikanische Geldpolitik ab Oktober 1979 einen entschlossenen anti-inflationären Kurs eingeschlagen hatte und der wachsende Schuldenberg seitdem zu ungewohnt hohen Sätzen verzinst werden mußte. Für die hauptsächlich in Dollar verschuldeten Länder war dies mit einer beträchtlichen Realzinsbelastung verbunden, die nicht nur die Haushalts- und Zahlungsbilanzfinanzierung mit Hilfe privater Auslandskredite erheblich verteuerte, sondern auch manche Investitionen, die zu niedrigen oder sogar negativen Realzinsen vorgenommen worden waren, nachträglich fragwürdig erscheinen ließ. Vor allem aber wurden durch den stark verteuerten Schuldendienst die Zahlungsbilanzprobleme erheblich vergrößert. Um so stärker litten die Entwicklungsländer unter dem Einbruch der Weltkonjunktur, der ihre Exporterlöse spürbar zurückgehen ließ. Inzwischen kommt jedoch das weltwirtschaftliche Klima den Anpassungsbemühungen dieser Länder zunehmend zugute. Wenn auch die Dollarzinsen absolut gesehen noch immer hoch erscheinen, liegen sie doch bereits wesentlich unter dem Niveau der Vorjahre. Vor allem aber sollte die in Gang befindliche Konjunkturerholung in den Industrieländern die Absatzchancen der hochverschuldeten Länder erheblich verbessern. Dies setzt freilich die Verpflichtung der Industrieländer voraus, den Anpassungsbemühungen der Schuldnerländer keine protektionistischen Erschwernisse in den Weg zu legen. Dazu ist nicht nur die konsequente Offenhaltung der Märkte der Industrieländer für die Einfuhr aus den Entwicklungsländern notwendig, sondern auch der Verzicht auf Begünstigungen des eigenen Exports, die sich ebenfalls zu Lasten der Entwicklungsländer auswirken können. Jedenfalls wäre es verhängnisvoll, wenn es den hochverschuldeten Ländern zwar gelänge, ihre binnenwirtschaftliche Nachfrage einzuschränken und damit die wichtigste Voraussetzung für Zahlungsbilanzverbesserungen zu schaffen, dies dann jedoch nicht für wesentliche Exportsteigerungen genutzt werden könnte. Im Ergebnis wären sie gezwungen, ihre Einfuhr noch stärker einzuschränken, was ihren Entwicklungsprozeß nachhaltig ins Stocken brächte und die ohnehin unvermeidbaren Einbußen an Realeinkommen und Lebensstandard

Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer *)						
Mrd US-Dollar						
Position	1978	1979	1980	1981	1982	1983
A. Langfristig	283	336	391	456	508	566
Öffentlich	116	133	153	170	189	212
Privat	166	203	238	286	319	355
B. Kurzfristig	52	59	85	104	125	102
C. Ingesamt (A + B)	334	395	475	560	633	669
Nach Außenhandelsstrukturen						
Ölexporteure	68	79	95	125	148	155
Ölimporteure	266	316	380	434	486	514
Nach Regionen						
Lateinamerika	132	158	193	246	283	294
Naher Osten	27	32	36	41	46	51
Sonstiges Asien	79	93	115	131	153	165
Afrika	37	45	51	56	63	66
Europa	47	55	67	71	72	75
Sonstige Länder	12	12	13	15	16	18
Nachrichtlich:						
Schuldendienstzahlungen	48	61	73	97	108	97
Zinsen	18	26	39	55	63	59
Tilgung langfristiger Kredite	29	35	34	43	45	37
Schuldendienst in % der Einnahmen aus dem Export von Waren und Dienstleistungen	18,1	18,1	17,2	21,3	24,5	21,6

* Ohne die wichtigen Ölexportländer, zu denen Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate gerechnet werden; jedoch einschl. europäischer Entwicklungsländer sowie osteuropäischer IWF-Mitglieder. — Ohne Verschuldung gegenüber dem IWF.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: IWF.

noch verschärfen würde. Nicht zuletzt wäre dies Wasser auf die Mühlen derjenigen, die den gegenwärtigen Anpassungskurs für sozial unausgewogen und politisch undurchführbar halten. Die Absatzerfolge der Entwicklungsländer werden freilich in erheblichem Maße auch von der Exportorientierung der einzelnen Volkswirtschaften abhängen. Bisher wußten hauptsächlich die ostasiatischen Länder die Chancen der Weltkonjunktur zu nutzen. Mit Ausnahme der Philippinen blieben ihnen daher Zahlungsbilanzschwierigkeiten weitgehend erspart, obwohl sie ebenfalls teilweise hochverschuldet sind.

Schon in der akuten Phase des Krisenmanagements war dem Internationalen Währungsfonds eine Schlüsselrolle zugewachsen. Sie hat auch in der weiteren Folge noch zugenommen. An der „Nahtstelle“ von Finanzierung und Anpassung tätig, ist der IWF die „geborene“ Instanz, um mittelfristige Zahlungsbilanzhilfen unter wirtschaftspolitischen Auflagen nach den Gegebenheiten des Einzelfalles bereitzustellen und dabei den Grundsatz der Gleichbehandlung zu berücksichtigen. Wenngleich der Fonds sich auf große Erfahrung stützen kann, sah er sich doch in mancher Hinsicht einer völlig neuen Situation gegenüber. In besonderer Weise gilt dies für die Rolle des Mittlers zwischen Schuldnerländern und Gläubigerbanken. Von Anfang an war klar, daß der Fonds mit seiner Mittelbereitstellung nicht an die Stelle der Banken treten konnte. Schon die in Frage stehenden Größenordnungen schlossen dies aus. Auch andere Überlegungen mehr grundsätzlicher Art sprachen dagegen, wobei weniger die Rolle der Banken in der Vergangenheit als vielmehr ihre Aufgabe als Vermittler von Ersparnissen an die Entwicklungsländer auch in der Zukunft im Vordergrund stand. So sah sich der IWF in dieser Phase veranlaßt, mit mehr oder minder deutlicher Unterstützung durch einige nationale Währungsbehörden auf die Gläubigerbanken einzuwirken, um erfolgversprechende Paketlösungen zustande zu bringen. Er konnte dabei auf das wohlverstandene Eigeninteresse der Banken vertrauen, die bei einer allein dem Markt überlassenen Lösung der Probleme — wie sie von mancher Seite durchaus empfohlen wurde — erhebliche Verluste erlitten hätten. Es liegt auf der Hand, daß dieses Vorgehen nur mit Be-

Mittlerrolle des IWF
zwischen Schuldner-
ländern und Banken

denken und nur als Teil eines Krisenmanagements akzeptiert werden konnte. Nach Überwindung der akuten Krisenphase ist freilich um so größere Zurückhaltung gegenüber Bestrebungen am Platz, den künftigen Finanzierungsbedarf bestimmter Länder und Ländergruppen und die Art, wie er befriedigt werden könnte, der Planung und Kontrolle durch den IWF oder andere internationale Gremien zu unterwerfen. Hierin läge ein erhebliches Konfliktpotential, da bei aller Gemeinsamkeit übergeordneter Zielsetzungen die Interessenlagen im einzelnen zum Teil doch sehr unterschiedlich sind. Es kommt vielmehr darauf an, daß alle Beteiligten aus der jüngsten Erfahrung die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Entwicklungsländer, aber auch andere Länder sollten die Grenzen ihrer äußeren Verschuldung sorgfältiger abwägen, als das bisher geschehen ist. Die Banken müssen bei der Kreditvergabe die Grundsätze bankgeschäftlicher Vorsicht und Vorsorge stärker beachten. Nicht zuletzt müssen die staatlichen Aufsichtsorgane mit dem nötigen Nachdruck auf der Einhaltung bankgeschäftlicher Vorsichtsregeln bestehen, die im übrigen soweit möglich international abgestimmt werden sollten. Überdies ist es wichtig, für ausreichende Transparenz der internationalen Kredit- und Anleihemärkte zu sorgen, damit die Regelmechanismen der Märkte weiterhin in dem Sinne funktionieren können, daß sie Ländern, deren Kreditwürdigkeit außer Frage steht, die Mittelbeschaffung ermöglichen und zugleich einen Anpassungszwang dort ausüben, wo die Kreditwürdigkeit nicht voll gewährleistet ist. Es kann jedenfalls weder darum gehen, daß der IWF auf Dauer und in großem Stil an die Stelle der Banken und anderer Vermittler von Ressourcen für bestimmte Länder und Ländergruppen tritt, noch sollten die von der Verknappung privater Finanzierungsmittel ausgehenden Anpassungszwänge durch seine Tätigkeit oder durch die anderer Stellen geschwächt werden.

Zahlungsbilanzhilfen
der BIZ und der
nationalen Währungs-
behörden

Neben der vom IWF übernommenen zentralen Rolle haben die Währungsbehörden der Industrieländer einen erheblichen Beitrag zum Krisenmanagement geleistet. Die vom Fonds gewährten Kredite werden im wesentlichen aus den Subskriptionszahlungen der Länder mit vergleichsweise starker Zahlungsbilanz- und Reserveposition und somit „verwendbarer Währung“ sowie aus außerordentlichen Mittelbereitstellungen einzelner Mitglieder erbracht. In beiden Kategorien rangiert die Bundesbank seit jeher als wichtiger Gläubiger des Fonds. Als ab Frühjahr 1982 nacheinander Ungarn, Mexiko, Brasilien, Argentinien und Jugoslawien in Zahlungsschwierigkeiten kamen, hat sich die Bundesbank außerdem an Überbrückungsaktionen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beteiligt, sei es durch Einlagen bei der BIZ oder durch Rückzahlungsgarantien für von der BIZ selbst finanzierte Kredite. Für die BIZ ergab sich aus der Bereitstellung solcher Überbrückungskredite, die der kurzfristigen Vorfinanzierung von IWF-Programmen dienten, in der Spitze ein gleichzeitig ausstehendes Kreditvolumen von 3 Mrd US-Dollar, wovon auf die Bundesbank Finanzierungsbeiträge und Garantieverpflichtungen von insgesamt rd. 300 Mio US-Dollar entfielen. Mexiko konnte sich im Rahmen dieser Aktionen im übrigen nicht nur auf die beträchtliche Hilfe der BIZ von 925 Mio US-Dollar stützen, sondern erhielt von den amerikanischen Währungsbehörden zusätzlich einen gleichhohen bilateralen Kredit. Inzwischen sind sämtliche BIZ-Kredite zurückgezahlt worden, in manchen Fällen — besonders im brasilianischen — allerdings erst nach Überwindung einiger Schwierigkeiten. Die im ganzen erfolgreiche Abwicklung der „Feuerwehrhilfen“ der BIZ bedeutet freilich nicht, daß mit beliebiger Wiederholung gerechnet werden kann. Die Überbrückungskredite stellten auf Ausnahmefälle ab und konnten von den beteiligten Notenbanken in einigen Fällen nur unter Hintanstellung von Vorbehalten unterstützt werden. Maßgebend war, wie in einigen Fällen sehr deutlich wurde, daß nur mittels rasch gewährter Kredithilfen die Zahlungsfähigkeit hochverschuldeter Länder aufrechterhalten und damit zugleich eine ernste Gefährdung des internationalen Finanz- und Währungssystems abgewendet werden konnte. Dieses Kriterium mag einigen großen und besonders hoch verschuldeten Ländern — wie

Beteiligung der Deutschen Bundesbank an kurzfristigen Überbrückungsfazilitäten der BIZ zugunsten zahlungsbilanzschwacher Länder			
Mio US-Dollar			
Kreditnehmer/Laufzeit	Fazilität der BIZ	Engagement der Bundesbank	
		Garantie- verpflichtung	Einlage bei der BIZ
Ungarische Nationalbank			
7. Apr. 1982 — 7. Jan. 1983	100	25	25
17. Mai 1982 — 17. Nov. 1982	110	10	10
26. Okt. 1982 — 26. Apr. 1983	300	40	40
29. Apr. 1983 — 30. Juni 1983	100	10	10
Bank von Mexiko			
30. Aug. 1982 — 23. Aug. 1983	1) 925	120	—
Zentralbank von Brasilien			
28. Dez. 1982 — 30. Nov. 1983	1 450	110	—
Zentralbank der argentinischen Republik			
28. Jan. 1983 — 31. Mai 1983	2) 500	20	—
Jugoslawische Nationalbank			
22. Apr. 1983 — 15. Nov. 1983	300	25	—
Höchststand der gleichzeitigen Inanspruchnahme der BIZ bzw. des gleichzeitigen Engagements der Bundesbank	2 975	295	75
1 Die Währungsbehörden der USA stellten zusätzlich einen gleichhohen Betrag zur Verfügung. — 2 Nicht in Anspruch genommen.			

Mexiko und Brasilien — zugute gekommen sein, ist aber von anderen Ländern, soweit erkennbar, nicht als diskriminierend empfunden worden, obwohl manche von ihnen erst durch Regionalisierungseffekte selbst in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerieten. Auch sie wären aber vermutlich noch sehr viel stärker in den Strudel der Schuldenkrise hineingezogen worden, wenn den großen Ländern rasche Hilfe versagt geblieben wäre.

Im Rahmen der vom IWF vorgezeichneten Paketlösungen waren es die Banken selbst, die im Vertrauen auf die vom Fonds vereinbarten Sanierungsprogramme das ihre beitrugen, um die Zahlungsfähigkeit der hochverschuldeten Länder zu sichern. Zum einen stellten sie im Verbund mit offiziellen Finanzhilfen weitere längerfristige Bankkredite zur Verfügung. Nachdem die gesamte Netto-Kreditgewährung privater Stellen an die sogenannten Nichtöl-Entwicklungsländer von 1981 bis 1982 von rd. 70 Mrd US-Dollar auf 36 Mrd US-Dollar zurückgegangen war, konnte im vergangenen Jahr wenigstens noch ein Kreditvolumen von schätzungsweise 20 Mrd US-Dollar zustande gebracht werden. Zum anderen wurden von den 1983 und 1984 fälligen Bankkrediten der Entwicklungsländer Beträge in Höhe von rd. 60 Mrd US-Dollar längerfristig umgeschuldet. Zusammen mit den Parallelaktionen der offiziellen Gläubiger konnten damit Fälligkeiten von fast 70 Mrd US-Dollar prolongiert werden. Der Schuldendienst dieser Ländergruppe hat sich dadurch erstmals seit langem wieder vermindert. Die Zahlungsbilanzbelastungen durch Zinsendienst und Tilgung langfristiger Kredite gingen von 108 Mrd US-Dollar im Jahre 1982 auf schätzungsweise 97 Mrd US-Dollar im letzten Jahr zurück. Gemessen an den Einnahmen aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen verringerte sich die durchschnittliche Schuldendienstbelastung der Entwicklungsländer im gleichen Zeitraum von 25% auf 22%, unter Einschluß der kurzfristigen Verschuldung, von der 1983 ein erheblicher Teil in längerfristige Schulden umgewandelt wurde, von 53% auf 45%. Vor Beginn der zweiten Ölpreisschwelle, als ihre gesamte Auslandsverschuldung nur etwa halb so hoch wie Ende 1983 war, betrug diese Relationen dagegen erst 18% bzw. 38%. Im Interesse eines weltweiten internationalen Zahlungs- und Währungssystems ist es zu wünschen, daß die Banken auch weiterhin um kooperative Lösungen bemüht bleiben, wenn es darum geht, die Zahlungsfähigkeit einzelner Schuldnerländer aufrechtzuerhalten. Dabei wäre es besonders hilfreich, wenn ihre Umschuldungsmaßnahmen nicht allein auf kurz-

Erhebliche Beiträge
der Banken

fristig fällige Forderungen ausgerichtet, sondern auch längerfristig absehbare Probleme verstärkt berücksichtigen würden.

6. Die Internationalen Finanzmärkte

<p>Verminderte internationale Neuausleihungen</p>	<p>Die über die internationalen Geld- und Kapitalmärkte bereitgestellten Finanzierungsmittel summierten sich im Jahre 1983 nach Schätzung der BIZ auf etwa 130 Mrd US-Dollar, wenn Doppelzählungen und Tilgungen abgezogen und Wechselkursbedingte Veränderungen der nicht auf Dollar lautenden Bankpositionen ausgeschaltet werden. 1982 hatten die gesamten Netto-Neuausleihungen noch rd. 150 Mrd US-Dollar und 1981 sogar fast 200 Mrd US-Dollar erreicht. Die Abnahme der neu eingeräumten Kredite erklärt sich zum Teil aus der veränderten Zahlungsbilanzposition der OPEC-Gruppe und den entsprechend verringerten Leistungsbilanzdefiziten der ölimportierenden Länder. Freilich spielten die aus der internationalen Schuldenkrise gezogenen Konsequenzen ebenfalls eine wichtige Rolle. Insofern ist die ruhigere Gangart an den internationalen Finanzmärkten vor allem eine Rückkehr zu normaleren Verhältnissen. Dies zeigt sich auch daran, daß der Rückgang im wesentlichen auf die zuvor besonders stark gewachsenen Bankkreditmärkte beschränkt blieb, während das Netto-Emissionsvolumen auf den internationalen Anleihemärkten, die von jeher höhere Bonitätsanforderungen stellen, mit einem Betrag von rd. 60 Mrd US-Dollar fast den hohen Stand des Vorjahres erreichte. In der Tabelle über die internationalen Kredit- und Anleihemärkte kommt die Dämpfung des internationalen Kreditgeschäfts allerdings nicht mit der gleichen Schärfe zum Ausdruck, da die besonders stark gesunkenen kurzfristigen Ausleihungen in diesen Zahlen nicht enthalten sind.</p>
<p>Rückläufige Neugewährung von Bankkrediten auf OECD-Länder konzentriert</p>	<p>Die auf Brutto-Basis um 31 Mrd US-Dollar verminderte Neugewährung mittel- und langfristiger internationaler Bankkredite betraf vor allem Kredite an OECD-Länder. Wie erwähnt konnten viele dieser Länder ihre Leistungsbilanzdefizite verringern, während der gleichzeitigen Verschlechterung der amerikanischen Leistungsbilanz ein rückläufiger US-Kapitalexport gegenüberstand. Die geringere Aufnahme von Bankkrediten war zu einem kleinen Teil auch darauf zurückzuführen, daß sich Emittenten aus diesen Ländern noch stärker als in früheren Jahren an den internationalen Anleihemärkten verschulden konnten, wenn man die über internationale Stellen aufgenommenen Mittel ebenfalls berücksichtigt. Die verhältnismäßig begrenzte Abnahme neu zugesagter Kredite an Entwicklungsländer ist damit zu erklären, daß der größte Teil der im Jahre 1983 gewährten Kredite die im Rahmen des Krisenmanagements notwendig gewordenen Paketlösungen widerspiegelt. Von den neuen Kreditzusagen in Höhe von 25 Mrd US-Dollar wurden nur 10 Mrd US-Dollar „spontan“ gewährt, darunter der überwiegende Teil an asiatische Länder. Die größten Kredite unter diesen als weiterhin kreditwürdig angesehenen Ländern erhielten Südkorea (3,2 Mrd US-Dollar), Malaysia (1,1 Mrd US-Dollar) sowie Indien und Hongkong (jeweils 0,7 Mrd US-Dollar). Die Aufstockung des Engagements der Banken in hochverschuldeten Ländern brachte es freilich mit sich, daß diese Länder höhere Zinsaufschläge akzeptieren mußten, so daß die Entlastung durch rückläufige Dollarzinsen entsprechend niedriger ausfiel. Die mittel- und langfristigen Neuausleihungen an die OPEC-Länder blieben andererseits praktisch unverändert. Allerdings hatte die gleichzeitige Zunahme ihres Leistungsbilanzdefizits ihren Finanzierungsbedarf beträchtlich vergrößert. Nach Statistiken der BIZ wurde diese Lücke auch dadurch finanziert, daß diese Länder ihre Einlagen bei westlichen Banken weiter abbauten.</p>
<p>Allmählicher Wiederanstieg des DM-Anteils am Anleihemarkt</p>	<p>Das nur wenig veränderte Emissionsvolumen auf den internationalen Anleihemärkten entfiel wie im Vorjahr ganz überwiegend auf Emittenten aus OECD-Ländern. Auch der Anteil der von Unternehmen begebenen Anleihen am Gesamtvolumen blieb mit 43% etwa auf dem zuvor erreichten hohen Niveau. Da-</p>

Internationale Kredit- und Anleihemärkte					
Mrd US-Dollar					
Position	1979	1980	1981	1982	1983 p)
A. Mittel- und langfristige internationale Bankkredite 1)	10) 79,3	10) 81,0	94,6	98,2	67,2
Kreditnehmende Sektoren					
Öffentlich 2)	61,6	50,9	54,1	64,8	47,6
Privat	17,7	30,1	40,5	33,4	19,5
Kreditnehmende Länder 3)					
OECD-Länder	28,9	41,8	47,4	54,4	30,5
Sieben wichtigste Länder	12,7	23,9	27,8	31,2	15,2
Sonstige Länder	16,2	17,9	19,6	23,2	15,3
OPEC-Länder	8,8	7,0	6,0	8,0	7,2
Sonstige Entwicklungsländer	32,6	28,2	37,8	32,2	24,8
Staatshandelsländer 4)	8,6	3,0	2,0	0,9	1,1
Übrige Länder 5)	0,5	1,0	1,5	2,7	3,6
Kreditformen					
Euro-Kredite	79,3	81,0	91,3	90,8	60,2
Traditionelle Kredite	.	.	3,4	7,4	7,0
Nachrichtlich:					
Sonstige Kredite 6)	.	.	11) 53,1	5,2	13,3
Umschuldungen	.	.	6,6	3,8	57,6
B. Internationale Anleihen	40,6	39,8	52,8	75,5	77,1
Kreditnehmende Sektoren					
Öffentlich 2)	27,4	25,5	28,2	42,0	43,9
Privat	13,2	14,3	24,6	33,5	33,2
Kreditnehmende Länder 3)					
OECD-Länder	28,1	28,8	39,6	60,1	60,3
OPEC-Länder	0,4	0,2	0,4	0,5	0,4
Sonstige Entwicklungsländer	2,6	1,5	3,8	3,6	2,2
Übrige Länder	0,4	0,4	0,3	0,5	0,9
Internationale Organisationen					
Europäische	3,9	3,6	2,5	3,5	6,8
Sonstige	5,1	5,3	5,0	7,3	6,6
Emissionsformen					
Euro-Anleihen 7)	18,7	20,4	31,3	50,3	50,1
Traditionelle Auslandsanleihen 8)	20,3	18,0	20,5	25,2	27,0
Sonderemissionen 9)	1,6	1,4	1,0	—	—
Emissionswährungen					
US-Dollar	15,4	17,1	32,9	48,3	43,9
D-Mark	9,1	8,7	2,7	5,4	6,7
Schweizer Franken	9,8	7,6	8,4	11,4	13,5
Yen	3,1	2,1	3,3	3,9	4,1
Sonstige	3,1	4,2	5,5	6,6	9,0
C. Insgesamt (A + B)	119,9	120,8	147,5	173,7	144,3

1 Öffentlich bekannt gewordene, meist von internationalen Bankenkonsortien (Eurokredite) oder nationalen Bankenkonsortien in heimischer Währung (traditionelle Kredite) neu eingeräumte, aber nicht notwendigerweise bereits in Anspruch genommene Kredite mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, weit überwiegend auf Roll-over-Basis finanziert. — 2 Einschl. öffentlicher Unternehmen und Finanzinstitute sowie internationaler Organisationen. — 3 Zur Abgrenzung der Ländergruppen siehe Tabelle auf S. 65. Mittelaufnahmen von ausländischen Finanzierungsgesellschaften werden dem Land mit Sitz der Muttergesellschaft zugeordnet. — 4 Einschl. RGW-Institutionen. — 5 Einschl. internationaler Organisationen. — 6 Überwiegend Kreditzusagen mit Stand-by-Charakter. — 7 Meist von einem internationalen Bankenkonsortium begeben. Einschl. Privatplatzierungen und variabel verzinslicher Anleihen. Ab 1981 auch einschl. mittelfristiger Depositenzertifikate mit variabler Verzinsung. — 8 Von einem nationalen Bankenkonsortium in heimischer Währung begeben. — 9 Direktplatzierungen bei Währungsbehörden und Regierungen. — 10 Einschl. Kreditzusagen mit Stand-by-Charakter, aber ohne traditionelle Kredite. — 11 Enthält Großkredite an US-Unternehmen in Höhe von ca. 41 Mrd US-Dollar, die in Zusammenhang mit Fusionen gewährt, aber kaum in Anspruch genommen wurden. — p Vorläufig.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quellen: OECD, Weltbank.

gegen nahm die Rolle des Dollars als Emissionswährung erstmals seit vielen Jahren wieder ab. Sein Marktanteil verringerte sich von 64 % im Jahre 1982 auf 57 % im letzten Jahr. Dementsprechend stiegen die Anteile des Schweizer Franken und der D-Mark von 15 % auf 18 % bzw. von 7 % auf 9 %, was ein wieder größeres Vertrauen der internationalen Gläubiger in die Wertbeständigkeit solcher Anlagen erkennen läßt. Die deutsche Währung liegt damit aber noch immer weit unter ihrer im Jahre 1980 erreichten Bedeutung, als über 20 % aller Emissionen auf D-Mark lauteten. Im übrigen setzte sich das Vordringen zinsvariabler Anleihen fort, wovon freilich der DM-Sektor auf Grund währungspoliti-

scher Bedenken der Bundesbank und entsprechender Vereinbarungen mit den deutschen Emissionsbanken ausgenommen ist.

Bemühungen der Aufsichtsbehörden um bessere Beachtung bankgeschäftlicher Vorsichtsregeln

Die gedämpfte Entwicklung des internationalen Kreditgeschäfts kommt dem Bemühen der Bankenaufsichtsbehörden entgegen, die Eigenkapitalbasis der Banken besser mit ihren internationalen Ausleihungen in Einklang zu bringen. Auf internationaler Ebene wurde dies im übrigen dadurch gefördert, daß die Notenbanken im Mai 1983 im Rahmen der BIZ durch eine Neufassung des „Basler Konkordats“ den Grundsatz bekräftigten, die Kreditinstitute auf der Basis konsolidierter Bankbilanzen zu beaufsichtigen. Zudem verabschiedete der EG-Ministerrat im Juni 1983 eine entsprechende Richtlinie, die innerhalb von zwei Jahren in innerstaatliches Recht umgesetzt werden muß (vgl. die Ausführungen zur Bankenaufsicht im Teil A dieses Geschäftsberichts).

7. Die Finanzhilfen des IWF und der multilateralen Entwicklungsbanken

Stark gestiegene Kredithilfen des IWF

Die Neukreditgewährung des Internationalen Währungsfonds stieg 1983 gegenüber dem Vorjahr um rd. zwei Drittel auf 12,6 Mrd SZR (13,5 Mrd US-Dollar). Bei gleichzeitigen Kredittilgungen in Höhe von 2 Mrd SZR erreichten die Netto-Ausleihungen des Fonds somit den Betrag von 10,6 Mrd SZR. Dies waren über 80% mehr als im Jahre 1982. Davon entfielen 9,2 Mrd SZR auf die Entwicklungsländer der Dritten Welt ohne die OPEC-Gruppe, wobei die größten Beträge an Brasilien (2 Mrd SZR), Indien (1,5 Mrd SZR) und Mexiko (1 Mrd SZR) gingen. Die restlichen Netto-Ziehungen kamen wenigen OPEC-Ländern sowie Jugoslawien, Rumänien und Ungarn zugute. Trotz der kräftigen Ausweitung seiner Kreditvergabe deckte der Fonds nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des gesamten Finanzierungsbedarfs seiner Mitglieder. Von dem zusammengefaßten Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer wurden aber immerhin 20% durch den IWF finanziert. Im Jahre 1982, als ihr Defizit noch beträchtlich höher war, betrug dieser Anteil freilich nicht mehr als 7%. Trotz der starken Zunahme beschränkte sich die Hilfe des Fonds, wie schon erwähnt, weiterhin im wesentlichen auf eine Katalysatorfunktion, die es ermöglichte, andere Finanzierungsquellen im erforderlichen Maß offenzuhalten. In Einklang damit schlug sich der zusätzliche Beistand des Fonds hauptsächlich in einer Inanspruchnahme der Kredittranchen sowie der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility) nieder. In beiden Fällen ist die IWF-Hilfe prinzipiell nur im Rahmen von Stabilisierungs- bzw. Struktur Anpassungsprogrammen unter Einhaltung bestimmter wirtschaftspolitischer Auflagen möglich. Der Rückgriff auf die Fazilität zur kompensierenden Finanzierung von Exporterlösausfällen und auf die Buffer-Stock-Fazilität erhöhte sich dagegen nur wenig. Auch von den Ende 1983 insgesamt ausstehenden Krediten des Fonds in Höhe von rd. 30 Mrd SZR entfielen 74% auf im allgemeinen wirtschaftspolitisch stärker konditionierte Ausleihungen. Ein Jahr zuvor hatte dieser Anteil erst 71% erreicht.

Verbesserung der Fondsliquidität durch Überbrückungsmaßnahmen

In der starken Ausweitung der Kreditgewährung des IWF spiegelt sich deutlich die 1981 in Gang gekommene „Politik des Erweiterten Zugangs zu den Fondsmitteln“ (Enlarged Access). Sie räumt den Mitgliedstaaten mit großen und hartnäckigen Zahlungsbilanzdefiziten beträchtlich erweiterte Ziehungsmöglichkeiten im Rahmen von Anpassungsprogrammen ein. Allerdings hat dies gleichzeitig zu einer wachsenden Liquiditätsverknappung beim IWF geführt, insbesondere weil die zusätzlichen Zahlungsbilanzhilfen des „Erweiterten Zugangs“, die ja durch die verfügbaren Subskriptionsmittel aus den Quoten der Mitglieder nicht gedeckt sind, aus Kreditaufnahmen des Fonds bei den Währungsbehörden zahlungsbilanz- und reservestarker Länder finanziert werden müssen. Zwar gilt unverändert das Prinzip, daß der IWF normalerweise nur Kredite zusage sollte, deren Refinanzierung voll gesichert erscheint. Im vergangenen Jahr konnte dieser Grundsatz jedoch zeitweilig nicht eingehalten werden, so daß sich im Laufe des Jahres zwischen den ausstehenden Kreditzusagen des

Ziehungen und Tilgungen im Rahmen der IWF-Kreditfazilitäten				
Mrd SZR				
Position	1980	1981	1982	1983
Kredittranchen	1,8	3,4	2,5	4,9
Erweiterte Fondsfazilität	0,6	2,1	2,1	4,6
Kompensierende Fondsfazilität	1,0	1,2	2,6	2,8
Buffer-Stock-Fazilität	—	—	0,1	0,3
Insgesamt	3,4	6,8	7,4	12,6
Kredittilgungen	3,3	2,1	1,8	2,0
Netto-Ziehungen	0,2	4,7	5,8	10,6
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Quelle: IWF.				

Fonds und seinen verfügbaren Mitteln eine Zusagenlücke auftrat. Um sie zu schließen, erklärten sich die BIZ und eine Reihe von Notenbanken Ende 1983 grundsätzlich bereit, dem IWF verschiedene Kreditlinien in Höhe von insgesamt 6 Mrd SZR einzuräumen. Hierzu will die saudi-arabische Währungsbehörde 3 Mrd SZR beitragen. Die andere Hälfte wird überwiegend von der BIZ bereitgestellt, wobei die Notenbanken von 19 Industrieländern die damit verbundenen Risiken tragen, soweit sie die Mittel nicht — wie Japan und Belgien — direkt verfügbar machen. Die Bundesbank hat dabei mit 415 Mio SZR den größten Anteil übernommen, während die Vereinigten Staaten an dieser Aktion nicht beteiligt sind. Damit wurde erreicht, daß die aus den bisherigen Kreditzusagen entstandenen Liquiditätsprobleme zumindest bis ins zweite Halbjahr 1986 überbrückt werden können; von da an lassen größere Kreditrückzahlungen an den IWF eine gewisse Entspannung seiner Liquiditätssituation erwarten.

Die sich abzeichnende Liquiditätsverknappung beim IWF trug wesentlich dazu bei, die bereits Anfang 1983 beschlossene kräftige Aufstockung der dem Fonds langfristig zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel bis Jahresende rechtskräftig zu machen. So konnte die jüngste Quotenerhöhung Ende November letzten Jahres in Kraft treten, nachdem der Großteil der Mitgliedstaaten endgültig zugestimmt hatte. Die meisten Länder, darunter die Bundesrepublik, haben inzwischen die danach erforderliche Subskription gezahlt, so daß die neuen Quoten insoweit auch für die einzelnen Länder wirksam wurden. Die Mitgliedsquote der Bundesrepublik stieg von 3,2 Mrd SZR auf 5,4 Mrd SZR, wodurch sich auch ihr Anteil an der Summe aller Quoten von 5,3% auf 6% erhöhte. Mit der Aufstockung der Quotensumme von 61 Mrd SZR auf rd. 90 Mrd SZR sind dem IWF neue verwendbare Eigenmittel in Höhe von rd. 20 Mrd SZR zugeflossen. Dies entspricht etwa zwei Drittel der Erhöhung aller Quoten. In diesem geschätzten Ausmaß erfolgten die Subskriptionszahlungen in Sonderziehungsrechten oder Währungen zahlungsbilanz- und reservestarker Länder, also in Mitteln, die der Fonds bei seiner Kreditvergabe verwenden kann.

Darüber hinaus ist mit der Ende 1983 erfolgten Zustimmung der Länder der Zehnergruppe zu den neugefaßten Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) auch die Fremdmittelausstattung des Fonds erheblich verbessert worden. Einschließlich des Beitrags der Schweiz, die den AKV im April 1984 als elfter Teilnehmer beigetreten ist, sowie einer parallelen Kreditvereinbarung mit Saudi-Arabien verfügt der IWF damit über einen revolvierenden mittelfristigen Refinanzierungsrahmen von 18,5 Mrd SZR, was beinahe dem Dreifachen der seit 1976 verfügbaren AKV-Kreditlinien entspricht. Der Finanzierungsanteil der Bundesbank stieg dabei um rd. 1 Mrd SZR auf 2,4 Mrd SZR. Zusätzlich zu ihrer Aufstockung wurden die AKV auch dadurch erheblich aufgewertet, daß sie nun zur Refinanzierung von Krediten an alle Mitgliedsländer des Fonds — und nicht nur bei eigenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten der AKV-Teilnehmer — aktiviert werden können, sofern der IWF einen unabweisbaren Liquiditätsbedarf hat. Zu

Längerfristige Stärkung des Fonds durch Quotenerhöhung ...

... und durch Aufstockung der AKV

den weiteren Voraussetzungen einer Aktivierung der AKV zugunsten von Drittländern gehört, daß es sich um die Refinanzierung von Krediten handelt, die an Anpassungsprogramme gebunden sind, und Art und Umfang der Zahlungsbilanzprobleme das internationale Währungssystem gefährden könnten. Das Gesamtvolumen der AKV steht dem Fonds allerdings kaum in voller Höhe zur Verfügung, da damit gerechnet werden muß, daß im Bedarfsfall einige Teilnehmerländer wegen eigener Zahlungsbilanzschwierigkeiten als Kreditgeber ausfallen oder sogar selbst auf IWF-Hilfen angewiesen sein könnten.

Befristete Fortführung des „Erweiterten Zugangs“

Im Jahre 1983 ist außerdem beschlossen worden, die „Politik des Erweiterten Zugangs zu den Fondsmitteln“, die nur als Überbrückung bis zum Inkrafttreten der jüngsten Quotenerhöhung gedacht war, angesichts der noch großen Zahlungsbilanzdefizite vieler Länder zunächst bis Ende 1984 in modifizierter Form fortzuführen. So kann der IWF im Rahmen des „Erweiterten Zugangs“ bis Ende 1984 je nach Umfang des Zahlungsbilanzbedarfs und Stärke der Anpassungsanstrengungen Kreditzusagen geben, die eine Hilfe des Fonds von maximal 102% bzw. 125% der Quote in einem Jahr oder von 306% bzw. 375% in einem Dreijahreszeitraum vorsehen. Die gesamte Inanspruchnahme des Fonds durch ein Land unter Einschluß bereits ausstehender Ziehungen darf dadurch die Obergrenze von 408% bzw. 500% der Mitgliedsquote nicht übersteigen. Dabei werden allerdings Ziehungen in den Sonderfazilitäten zur kompensierenden Finanzierung von Exporterlösausfällen und für Beitragszahlungen an Rohstoffausgleichslager nicht berücksichtigt. Gemessen in Prozent ihrer neuen Quote erscheinen zwar die Ziehungsmöglichkeiten der Mitglieder niedriger als zuvor. Für die meisten Mitgliedsländer des IWF bedeutet diese Regelung jedoch tatsächlich leicht erhöhte absolute Obergrenzen für Ziehungen im „Erweiterten Zugang“ gegenüber der Lage vor der Quotenerhöhung. Zudem sind bei außergewöhnlichen Umständen Ausnahmen möglich. Überdies erhöhten sich die Ziehungsmöglichkeiten in den Sonderfazilitäten im Ergebnis um durchschnittlich mehr als 20%, obwohl auch hier die Obergrenzen in Prozent der neuen Quoten verringert wurden.

Finanzielles Fundament des Fonds nunmehr ausreichend

Nachdem das finanzielle Fundament des IWF durch die Quotenerhöhung, die Aufstockung der AKV und ihre Öffnung für die Refinanzierung von Krediten an alle IWF-Mitglieder sowie durch die erwähnte Bereitstellung von Überbrückungskrediten erheblich gestärkt wurde, ist der Fonds auf absehbare Zeit für seine Aufgaben ausreichend gerüstet. Die potentiellen Finanzierungsverpflichtungen der Bundesbank gegenüber dem IWF haben inzwischen die beträchtliche Höhe von rd. 32 Mrd DM erreicht, wobei die Eventualverbindlichkeiten aus dem erwähnten Überbrückungskredit der BIZ nicht berücksichtigt sind. Ende 1983 waren hiervon rd. 11 Mrd DM in Anspruch genommen. Eine weitgehende Ausschöpfung der noch verbleibenden Rückgriffsmöglichkeiten durch den IWF würde den Anteil der IWF-bezogenen Forderungen an den gesamten liquiden Reserveaktiva der Bundesbank, der Ende 1983 rd. 18% betrug, erheblich steigen lassen. Es kann zwar davon ausgegangen werden, daß solche Forderungen im Bedarfsfall mobilisiert werden können, doch läßt sich nicht von vornherein ausschließen, daß dies in bestimmten Situationen für die Liquidität des Fonds bedenkliche Konsequenzen haben könnte. Da die Bundesbank angesichts der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft und insbesondere wegen der Funktion der D-Mark als bedeutender Anlage- und Reservewährung über beträchtliche liquide Reserven verfügen muß, sind der Übernahme weiterer Verpflichtungen also auch mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Währungsreserven Grenzen gesetzt.

Die gesamten Kreditzusagen der multilateralen Entwicklungsbanken sind im vergangenen Jahr ebenfalls weiter gestiegen. Dabei konnten durch Kofinanzierungen mit privaten und öffentlichen Geldgebern wiederum zusätzliche Mittel zugunsten der Entwicklungsländer mobilisiert werden. Im Vergleich zu früheren Jahren expandierte die Kreditgewährung jedoch insgesamt verhaltener. Darin zeigt sich, daß viele Länder inzwischen begonnen haben, ihre Entwicklungspolitik kritisch zu überprüfen. Die internationalen Finanzmärkte waren für die Entwicklungsbanken freilich unverändert ergiebige Kapitalquellen. Die Brutto-Kreditaufnahme der Weltbank, die überwiegend durch die Kreditzusagen der jeweils vorausgegangenen Jahre bestimmt wird, erhöhte sich im Geschäftsjahr 1982/83 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd US-Dollar auf 10,3 Mrd US-Dollar. Der Zuwachs des Kapitalaufkommens im vergangenen Jahr beruhte allerdings ausschließlich auf der erstmaligen Begebung kurzfristiger Schuldverschreibungen auf dem amerikanischen Markt. Der Rückgriff auf solche Refinanzierungsformen, wie er Anfang 1984 mit der Emission zinsvariabler Papiere auf dem Eurodollarmarkt und der den Zentralbanken, Regierungen und internationalen Institutionen eröffneten Möglichkeit für kurzfristige Dollaranlagen weiterentwickelt wurde, hat die Mittelaufbringung der Weltbank erleichtert, er könnte aber, wenn er über ein gewisses Maß hinausgeht, unter währungs- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten auch Fragen aufwerfen.

Wachsendes Mittelaufkommen der Entwicklungsbanken durch neue Refinanzierungsformen

Der Kapitalmarkt in der Bundesrepublik gehörte auch 1983 zu den Hauptquellen für die traditionelle Kreditaufnahme durch multilaterale Entwicklungsbanken. Im Falle der Weltbank belief sich der Finanzierungsbeitrag der Bundesrepublik zu dieser Art Kreditaufnahme, die seit dem Geschäftsjahr 1981/82 bei 8,5 Mrd US-Dollar stagniert, zuletzt auf 13%. Unter Einrechnung von Währungs-Swapgeschäften¹⁾ belief sich dieser Anteil im vergangenen Jahr sogar auf 17%. Nur für die Schweiz errechnet sich auf dieser Basis eine noch stärkere Inanspruchnahme. Auch im laufenden Geschäftsjahr hat die Bundesrepublik diese Bedeutung bisher behalten. Die Weltbank konnte damit seit ihrer ersten Kreditaufnahme auf dem deutschen Kapitalmarkt im Jahre 1957 in der Bundesrepublik und durch DM-Direktplazierungen bei Währungsbehörden einzelner Entwicklungsländer Kredite in Höhe von insgesamt über 35 Mrd DM aufnehmen, wovon Ende 1983 noch rd. 20 Mrd DM ausstanden. Das Kreditaufkommen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB) in der Bundesrepublik erreichte im vergangenen Jahr jeweils 600 Mio DM, was einem deutschen Finanzierungsbeitrag zur gesamten Kreditaufnahme dieser Institutionen von 17% im Falle der IDB und sogar 24% bei der AsDB entsprach. Nachdem die Afrikanische Entwicklungsbank 1983 dem deutschen Kapitalmarkt ferngeblieben war, hat sie inzwischen ihre Emissionstätigkeit in der Bundesrepublik mit einer öffentlichen Anleihe über 100 Mio DM im März d. J. wieder aufgenommen.

Bundesrepublik weiterhin wichtige Quelle für traditionelle Kreditaufnahme

¹ Hierbei tauschen die Swap-Partner im wesentlichen Anleiheverbindlichkeiten, die auf unterschiedliche Währungen lauten. Die Weltbank verschafft sich auf diese Weise Zugang zu vergleichsweise niedrig verzinslichen Währungen, ohne die entsprechenden Märkte direkt in Anspruch zu nehmen.

Bankenaufsicht,
kreditpolitische Regelungen,
Regelungen des Devisen-
und Währungsrechts

I. Änderungen des Bankenrechts und Mitwirkung der Deutschen Bundesbank bei der Bankenaufsicht

Am 8. Februar 1984 billigte das Bundeskabinett den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen. Ziel der Novelle ist die Anpassung des deutschen Bankaufsichtsrechts an Änderungen der Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute, die sich besonders in einer erheblichen Zunahme der Auslandsaktivitäten mit ihren spezifischen Risiken manifestieren.

Novellierung
des Gesetzes
über das
Kreditwesen

93

Die Deutsche Bundesbank, die sich seit längerem nachdrücklich für eine Novellierung des Kreditwesengesetzes einsetzt, war in die Beratungen intensiv eingeschaltet. Der Regierungsentwurf entspricht im wesentlichen dem von der Bundesbank als notwendig angesehenen Regelungsbedarf. Er trägt insbesondere ihrer Forderung nach Einführung eines bankaufsichtlichen Konsolidierungsverfahrens Rechnung und setzt damit gleichzeitig die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über die Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis in nationales Recht um. Derzeit können die deutschen Kreditinstitute über die Gründung von Tochterbanken im In- und Ausland sowie über den Erwerb von Beteiligungen Kreditpyramiden aufbauen, ohne neues Eigenkapital zuführen zu müssen. Da Banken es sich erfahrungsgemäß kaum leisten können, andere Banken, an denen sie maßgeblich beteiligt sind, im Krisenfall nicht zu stützen, sollen sie durch die Konsolidierungsbestimmungen verpflichtet werden, dafür zu sorgen, daß die gesamte Gruppe über ein angemessenes Eigenkapital verfügt.

Gegen die Einführung eines Konsolidierungsverfahrens zu Bankaufsichtszwecken und die zugrundeliegenden Erwägungen werden heute keine prinzipiellen Einwendungen mehr erhoben. Über einzelne Modalitäten dürfte es jedoch bei den weiteren Beratungen des Entwurfs nach wie vor unterschiedliche Auffassungen geben. Dies betrifft vor allem die Konsolidierungsschwelle, d. h. die Beteiligungshöhe, von der ab Tochterinstitute in die Konsolidierung einzubeziehen sind, und den Konsolidierungskreis, d. h. die Entscheidung, welche Unternehmen der Kreditwirtschaft betroffen sind. Die Deutsche Bundesbank hat sich bei den Beratungen dafür ausgesprochen, die Konsolidierungsschwelle bei einem Beteiligungsbesitz von 25% anzusetzen. Die Möglichkeit, das haftende Eigenkapital mehrfach zu belegen, ist nämlich nicht von einer Mindestbeteiligungshöhe abhängig. Überdies dürfte eine Beteiligung von 25% im allgemeinen bereits faktische Einstandspflichten begründen. Nach dieser Zielsetzung des Konsolidierungsverfahrens sind alle Institute zu konsolidieren, über die eine Bankgruppe Kreditpyramiden aufbauen kann. Dazu gehören auch die Hypothekenbanken. Bei den großen Institutsgruppen haben sie neben den Luxemburger Töchtern wesentlich zu dem im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital überproportionalen Wachstum des Gesamtkreditvolumens beigetragen. Die speziellen Geschäftsbeschränkungs- und Risikobegrenzungsregeln, denen die Hypothekenbanken ebenso wie die Bausparkassen und die Schiffspfandbriefbanken unterliegen, machen deren Einbeziehung in die Konsolidierung nicht entbehrlich. Die Selbständigkeit der Spezialkreditinstitute wird nicht berührt, da der Einflußnahme der Mutterinstitute weiterhin durch das Gesellschaftsrecht Grenzen gesetzt sind. Auch das teilweise risikoärmere Geschäft der Spezialinstitute rechtfertigt keine Sonderbehandlung. Die Beurteilung, ob das Gesamtkreditvolumen der in die Konsolidierung einzubeziehenden Institute angemessen mit Eigenkapital unterlegt ist, richtet sich nämlich nach Grundsatz I, der eine Risikogewichtung der einzelnen Kreditarten vornimmt. Bei dessen Berechnung werden Kredite an die öffentliche Hand überhaupt nicht und Realkredite nur mit 50% einbezogen.

Ein weiteres zentrales Thema in der Diskussion um die KWG-Novelle ist die Frage, welcher Eigenkapitalbegriff den bankaufsichtlichen Bestimmungen zugrundegelegt werden soll. Nach Ansicht der Deutschen Bundesbank genügen nur eingezahlte eigene Mittel, die dauerhaft zur Verfügung stehen und am laufenden Verlust teilnehmen, voll den Anforderungen, die an das haftende Eigenkapital von Kreditinstituten zu stellen sind. Deshalb ist es zu begrüßen, daß der Regierungsentwurf davon absieht, neue Eigenkapitalsurrogate anzuerkennen. Bei der steigenden Risikobelastung der Kreditinstitute wäre es nicht zu vertreten, den Eigenkapitalbegriff zu lockern. Es ist vielmehr darauf hinzuwirken, daß die deutschen Kreditinstitute ihre Eigenkapitalbasis verbessern. Entscheidend für die Definition des Eigenkapitals für bankaufsichtliche Zwecke muß dessen Funktion sein, das Risiko der Kreditinstitute zu begrenzen und zum Ausgleich laufender Verluste zur Verfügung zu stehen. Daneben spielen auch Wettbewerbsgesichtspunkte eine Rolle. Unter diesen Aspekten sind Forderungen nach Anerkennung eines Zuschlags für die Anstaltslast/Gewährträgerhaftung bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten abzulehnen. Auch die Anhebung der Steuersätze für Sparkassen durch das Subventionsabbaugesetz von 1981 kann nicht die Zubilligung eines Surrogates rechtfertigen, das nicht den an das Eigenkapital zu stellenden Anforderungen genügt. Entgegen seinerzeit geäußerten Befürchtungen hat sich überdies die Ertragskraft der Sparkassen positiv entwickelt, so daß sie trotz höherer Besteuerung ausreichende Gewinne erzielt haben, die sie zumindest teilweise zur Erhöhung ihres haftenden Eigenkapitals verwenden konnten. Nicht übersehen werden sollte auch, daß die Zubilligung eines Haftungszuschlags es den Sparkassen in erster Linie ermöglichen würde, das allgemeine Kreditgeschäft auszuweiten. Damit würden die Wettbewerbsbedingungen auf diesem Sektor zu ihren Gunsten verändert.

Sollte im Verlauf der weiteren Gesetzesberatungen dem Argument, daß auch der Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften nicht voll dem strengen Eigenkapitalbegriff entspreche, zur Begründung der Pläne für Surrogatslösungen entscheidendes Gewicht zukommen, so wäre dessen schrittweiser Abbau zu befürworten. Keinesfalls sollte der bestehende Eigenkapitalbegriff aufgeweicht werden.

Von den sonstigen im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen ist insbesondere die beabsichtigte Herabsetzung der Höchstgrenze für den Einzelkredit von 75% auf 50% des haftenden Eigenkapitals zu begrüßen, wenn auch dieses Limit, verglichen mit ausländischen Bankaufsichtsregelungen, immer noch recht hoch ist. Die Bestimmungen über die Kreditnehmereinheit im Sinne von § 19 Abs. 2 KWG sollen geändert werden, um Risikozusammenballungen durch wirtschaftliche Verflechtung besser als bisher erfassen zu können.

Basler Konkordat Die Zentralbankpräsidenten der Länder der Zehnergruppe und der Schweiz haben im Mai 1983 die Neufassung des ursprünglich im Jahre 1975 formulierten Basler Konkordats gebilligt, das Richtlinien für die Zusammenarbeit der Bankaufsichtsbehörden bei der Überwachung der Auslandsniederlassungen (Zweigstellen und rechtlich selbständige Tochterunternehmen) von Banken gibt. In der überarbeiteten Fassung wird den Aufsichtsbehörden empfohlen, international tätige Banken auf der Grundlage konsolidierter Zahlen zu überwachen. Dieses Aufsichtsprinzip hat sich weltweit immer mehr durchgesetzt. Ausdrücklich wird in der neuen Fassung des Konkordats darauf hingewiesen, daß das Dokument lediglich die Verteilung bankaufsichtlicher Zuständigkeiten behandelt und keinerlei Aussagen über die Verantwortlichkeit der Zentralbanken als „lender of last resort“ enthält.

Die Grundsätze gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG), nach denen die Angemessenheit des Eigenkapitals und die Liquidität der Kreditinstitute für den Regelfall beurteilt werden, lauten wie folgt:

Grundsätze über
das Eigenkapital
und die Liquidität
der Kreditinstitute

95

Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute vom 20. Januar 1969, geändert und ergänzt durch Bekanntmachungen vom 22. Dezember 1972, 30. August 1974 und 16. Januar 1980.

(1) Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gibt gemäß § 10 Abs. 1 Satz 3 und § 11 Satz 3 des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 881) — KWG — hiermit die im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank und nach Anhörung der Spitzenverbände der Kreditinstitute aufgestellten Grundsätze bekannt, nach denen es für den Regelfall beurteilen wird, ob das Eigenkapital eines Kreditinstituts angemessen ist und ob die Liquidität eines Kreditinstituts ausreicht (§ 10 Abs. 1, § 11 KWG).

(2) Überschreitet ein Kreditinstitut die in den Grundsätzen festgelegten Obergrenzen nicht nur geringfügig oder wiederholt, so ist in der Regel die Vermutung begründet, daß das Kreditinstitut nicht über das erforderliche Eigenkapital verfügt (Grundsatz I und Grundsatz Ia) oder daß seine Liquidität zu wünschen übrig läßt (Grundsätze II und III). Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Eigenkapitals und der Liquidität eines Kreditinstituts können Sonderverhältnisse berücksichtigt werden, die — je nach Sachlage — geringere oder höhere Anforderungen rechtfertigen.

(3) Für öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten und Teilzahlungskreditinstitute sowie für Kreditinstitute, die ausschließlich Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 und 8 KWG betreiben, gelten nur die Grundsätze I und Ia.

(4) Für Hypothekenbanken, die nicht von dem Recht des erweiterten Geschäftsbetriebes nach § 46 Abs. 1 des Hypothekendarlehenbankgesetzes Gebrauch machen, Schiffspfandbriefbanken, Bausparkassen und Wertpapiersammelbanken gilt nur der Grundsatz Ia.

(5) Die Grundsätze finden keine Anwendung auf Kapitalanlagegesellschaften.

(6) Die Grundsätze in der Fassung vom 20. Januar 1969 werden erstmals für den Monat Januar 1969 angewandt. Die Bekanntmachung Nr. 1/62 des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 8. März 1962 (Bundesanzeiger Nr. 53 vom 16. März 1962) in der Fassung der Bekanntmachung Nr. 1/64 vom 25. August 1964 (Bundesanzeiger Nr. 161 vom 1. September 1964) wird hiermit aufgehoben.

Grundsatz I

(1) Die Kredite und Beteiligungen eines Kreditinstituts abzüglich der Wertberichtigungen sowie abzüglich der passiven Rechnungsabgrenzungsposten aus Gebührenabgrenzung im Teilzahlungsfinanzierungsgeschäft sollen das 18fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Als Kredite sind anzusehen:

1. Wechsel im Bestand und Wechsel, die aus dem Bestand vor Verfall zum Einzug versandt worden sind,
2. Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden (einschließlich der Warenforderungen von Kreditinstituten mit Warengeschäft),

3. Eventualforderungen aus

- a) den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen im Umlauf,
- b) Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln,
- c) Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften und Gewährleistungsverträgen.

(2) Von den in Absatz 1 Satz 2 genannten Krediten sind die nachstehenden Kredite nur zur Hälfte zu berücksichtigen:

- 1. Langfristige Kredite, die als Deckung für Schuldverschreibungen dienen oder gegen Grundpfandrechte im Realkreditgeschäft im Sinne von § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 4 KWG oder gegen entsprechende Schiffspfandrechte gewährt werden,
- 2. Forderungen an Kunden nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2, soweit sie von inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts verbürgt oder von diesen in anderer Weise gesichert sind,
- 3. Eventualforderungen an Kunden nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 c,
- 4. Kredite nach Absatz 1 Satz 2 an ausländische Kreditinstitute.

(3) Kredite nach Absatz 1 Satz 2 an inländische Kreditinstitute (einschließlich der inländischen Zweigstellen ausländischer Unternehmen im Sinne von § 53 KWG und derjenigen Kreditinstitute, die inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts sind) sind mit 20% zu berücksichtigen.

(4) Kredite an inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts (ausgenommen Kreditinstitute) und an ein Sondervermögen des Bundes werden bei der Berechnung des Kreditvolumens nicht berücksichtigt.

Grundsatz Ia

(1) Der Unterschiedsbetrag zwischen Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung sowie in Gold, Silber oder Platinmetallen (Edelmetalle), unabhängig von ihrer Fälligkeit, soll bei einem Kreditinstitut 30% des haftenden Eigenkapitals täglich bei Geschäftsschluß nicht übersteigen. Aktiv- und Passivpositionen im Sinne des Satzes 1 sind die folgenden Positionen, wenn sie auf fremde Währung oder auf Gold, Silber oder Platinmetalle in unverarbeitetem Zustand (d. h. ohne Erzeugnisse in diesen Edelmetallen) lauten:

A. Aktivpositionen

- 1. Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sowie Forderungen aus Währungskonten bei der Deutschen Bundesbank,
- 2. Wechsel,
- 3. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
- 4. Wertpapiere, ausgenommen Aktien und sonstige Beteiligungspapiere,
- 5. Lieferansprüche aus Kassa- und Termingeschäften,

6. Bestände an

- a) Gold,
- b) Silber,
- c) Platinmetallen,

7. Ansprüche und Eventualanprüche auf Rückgabe von in Pension gegebenen Gegenständen der Aktivpositionen Nummern 1 bis 6, soweit diese Gegenstände nicht in diesen Aktivpositionen erfaßt sind;

B. Passivpositionen

- 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern,
- 2. Schuldverschreibungen,
- 3. eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf,
- 4. Lieferverpflichtungen aus Kassa- und Termingeschäften,
- 5. Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten auf Rückgabe von in Pension genommenen Gegenständen der Aktivpositionen Nummern 1 bis 6, soweit diese Gegenstände in diesen Aktivpositionen erfaßt sind.

Der Unterschiedsbetrag ergibt sich aus der Gesamtheit der getrennt nach Währungen und Edelmetallen ermittelten Salden aus den Aktiv- und Passivpositionen; dabei sind Beträge in verschiedenen Währungen und Edelmetallen nicht miteinander zu saldieren. Bei der Umrechnung von auf fremde Währungen lautenden Aktiv- und Passivpositionen in Deutsche Mark sind für die an der Frankfurter Devisenbörse amtlich notierten Währungen die Mittelkurse, für andere Währungen die Ankaufskurse im Freiverkehr zugrunde zu legen. Aktiv- und Passivpositionen in Gold sind nach der Notierung an der Frankfurter Goldbörse für 12,5 kg-Barren (1 kg = 32 Feinunzen) in Deutsche Mark umzurechnen. Für die Umrechnung von Aktiv- und Passivpositionen in Silber und Platinmetallen sind die Notierungen an der Londoner Metallbörse pro Feinunze maßgebend.

(2) Der Unterschiedsbetrag zwischen den Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung, die innerhalb eines Kalendermonats fällig werden, soll bei einem Kreditinstitut 40% des haftenden Eigenkapitals täglich bei Geschäftsschluß nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend, soweit er sich auf Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung bezieht.

(3) Der Unterschiedsbetrag zwischen den Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung, die innerhalb eines Kalenderhalbjahres fällig werden, soll bei einem Kreditinstitut 40% des haftenden Eigenkapitals täglich bei Geschäftsschluß nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend, soweit er sich auf Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung bezieht.

Grundsatz II

Die Anlagen eines Kreditinstituts abzüglich der Wertberichtigungen in

- 1. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger,

2. nicht börsengängigen Wertpapieren,
3. Beteiligungen,
4. Anteilen an einer herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft,
5. Grundstücken und Gebäuden und
6. der Betriebs- und Geschäftsausstattung

sollen die Summe der nachstehenden langfristigen Finanzierungsmittel nicht übersteigen.

Als langfristige Finanzierungsmittel sind anzusehen:

1. das Eigenkapital,
2. die Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) gegenüber Kreditinstituten und aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger,
3. 10% der Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit täglicher Fälligkeit sowie vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren,
4. 60% der Spareinlagen,
5. die umlaufenden und vorverkauften Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren,
6. 60% der umlaufenden und vorverkauften Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren,
7. 60% der Pensionsrückstellungen,
8. 20% der Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten, aber weniger als vier Jahren (nur bei Girozentralen und Zentralkassen¹⁾).

Grundsatz III

1. 20% der Forderungen an Kreditinstitute mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren,
2. die Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren (einschließlich der Warenforderungen von Kreditinstituten mit Warengeschäft),
3. die den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen und von diesen ausgestellten und ihnen abgerechneten Solawechsel im Bestand (ausgenommen Solawechsel der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Einfuhr- und Vorratsstellen²⁾ und Solawechsel, die zur Inanspruchnahme von Krediten der Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH begeben werden) sowie die Eventualforderungen aus solchen Wechseln im Umlauf,

¹ Umbenannt in genossenschaftliche Zentralbanken.

² Umbenannt in Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung.

4. die börsengängigen Anteile und Investmentanteile,
5. die „sonstigen Aktiva“ (einschließlich des Warenbestandes von Kreditinstituten mit Warengeschäft)

sollen abzüglich der Wertberichtigungen die Summe der nachstehenden Finanzierungsmittel nicht übersteigen.

Als Finanzierungsmittel sind anzusehen:

1. 10% der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit täglicher Fälligkeit sowie vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten ohne die von der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite,
2. 50% der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren ohne die von der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite,
3. 80% der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus von der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten,
4. 20% der Spareinlagen,
5. 60% der sonstigen Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit täglicher Fälligkeit sowie vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren,
6. 80% der Verpflichtungen aus Warengeschäften und aufgenommenen Warenkrediten ohne die in Nummer 8 enthaltenen Verpflichtungen von Kreditinstituten mit Warengeschäft,
7. 20% der umlaufenden und vorverkauften Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren,
8. 80% der eigenen Akzente und Solawechsel im Umlauf und der den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen und von diesen ausgestellten und ihnen abgerechneten Solawechsel im Umlauf (ausgenommen Solawechsel der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Einfuhr- und Vorratsstellen¹) und Solawechsel, die zur Inanspruchnahme von Krediten der Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH begeben werden)

zuzüglich des Finanzierungsüberschusses bzw. abzüglich des Finanzierungsfehlbetrages im Grundsatz II.

Die Grundsätze I, II und III wurden wie in den Vorjahren von der überwiegenden Zahl der rd. 3 200 berichtspflichtigen Institute eingehalten. Das gilt auch für den Grundsatz Ia, zu dem nur Kreditinstitute melden, deren Aktiv- und Passivpositionen im Sinne des Grundsatzes Ia am Monatsultimo insgesamt 100 000,— DM und mehr ausmachen; am 31. Dezember 1983 waren es über 580 Banken. Über die Entwicklung der Durchschnittskennziffern der Grundsätze I, II und III informiert die folgende Übersicht:

Einhaltung der Grundsätze

¹ Umbenannt in Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung.

Durchschnittskennziffern der Grundsätze I, II und III nach §§ 10 und 11 KWG							
Jahr	Insgesamt *)	Kreditbanken (ohne Zweigstellen ausländischer Banken)	Girozentralen (ohne Spitzeninstitute)	Genossenschaftliche Zentralbanken	Sparkassen	Kreditgenossenschaften	
Grundsatz I (Obergrenze 18fach)							
1975	12,7	13,6	14,2	9,1	12,2	11,0	
1976	12,5	13,2	14,2	8,0	12,0	11,3	
1977	12,7	13,6	14,1	8,0	12,1	11,3	
1978	13,0	14,1	13,8	8,3	12,4	11,6	
1979	13,6	14,8	14,2	8,9	13,1	12,2	
1980	14,0	15,0	15,0	9,5	13,7	12,8	
1981	14,3	15,1	15,9	10,1	13,9	13,2	
1982	14,1	15,1	15,5	9,9	13,5	13,1	
1983	13,7	14,7	14,9	9,4	13,0	12,9	
Grundsatz II (Obergrenze 100%)							
1975	84,5	76,6	95,7	80,6	86,2	71,9	
1976	84,6	79,6	95,2	75,7	85,4	72,1	
1977	86,1	84,5	96,5	78,9	85,3	72,8	
1978	87,4	85,7	97,1	84,5	86,8	74,2	
1979	89,3	89,5	95,1	87,3	89,6	78,0	
1980	91,7	91,0	96,4	91,7	93,0	81,5	
1981	92,1	90,4	95,5	91,8	94,5	83,3	
1982	91,0	87,4	96,4	91,5	92,7	82,9	
1983	90,1	85,0	96,6	90,2	92,3	81,5	
Grundsatz III (Obergrenze 100%)							
1975	73,9	87,0	78,0	51,6	60,4	70,1	
1976	72,8	86,1	73,5	46,6	59,8	70,9	
1977	73,5	88,7	67,3	52,4	60,1	72,8	
1978	73,4	86,4	63,3	59,8	60,5	74,3	
1979	77,9	92,0	64,5	65,5	65,2	78,5	
1980	82,9	93,1	76,8	72,1	72,2	82,7	
1981	85,1	92,9	86,8	74,3	75,2	83,7	
1982	83,4	92,5	88,1	73,5	71,6	81,1	
1983	80,9	92,3	84,6	66,0	68,0	77,4	

*) Ohne Zweigstellen ausländischer Banken, Teilzahlungskreditinstitute und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten.

Gemessen am Grundsatz I hat sich der Kreditspielraum insgesamt erneut erweitert. Wie die Übersicht zeigt, gilt dies für alle Bankengruppen. Die Liquiditätslage hat sich allgemein im langfristigen Bereich etwas verbessert, im kurzfristigen Bereich sogar ganz erheblich. Nur bei den Girozentralen ist der Spielraum im Grundsatz II etwas eingengt worden.

In den letzten Jahren verteilten sich die Überschreitungen — bezogen auf den Durchschnitt von vier Quartalsabschlußtagen — wie folgt auf die einzelnen Grundsätze:

Zahl der Kreditinstitute, die die Grundsätze überschritten haben							
Jahresdurchschnitte							
Jahr	Grundsatz I *)	Grundsatz Ia			Grundsatz II *)	Grundsatz III *)	
		Abs. 1	Abs. 2	Abs. 3			
1975	37	7	5	4	5	59	
1976	41	4	3	2	6	77	
1977	35	3	2	1	3	89	
1978	41	3	3	2	10	83	
1979	46	3	1	1	11	122	
1980	58	2	1	1	29	170	
1981	41	2	1	2	47	118	
1982	19	2	2	1	20	59	
1983	17	3	0	1	10	42	

*) Ohne Zweigstellen ausländischer Banken, Teilzahlungskreditinstitute und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten.

Bei den Grundsätzen I, II und III ist die Zahl der Überschreitungen wiederum zurückgegangen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, während sie beim Grundsatz Ia auf dem seit Jahren beobachteten niedrigen Niveau verharrte. Die Zahl der Überschreitungen beim Grundsatz I hat sich erneut leicht ermäßigt. Die Zahl der Institute, die den Grundsatz II nicht einhielten, hat sich im Berichtsjahr halbiert, während die Überschreitungen beim Grundsatz III um knapp ein Drittel zurückgegangen sind und damit einen seit 1975 nicht mehr festgestellten Tiefstand erreicht haben.

In die Bankenaufsicht waren Ende 1983 nur noch 4 880 Kreditinstitute einbezogen (einschließlich liquidierender Institute und rechtlich unselbständiger Bau- sparkassen). Das waren 72 Kreditinstitute weniger als im Vorjahr; allein die Zahl der Kreditgenossenschaften nahm um 62 ab.

Mitwirkung bei der
laufenden
Bankenaufsicht

Einen Überblick über die bei den Landeszentralbanken im Rahmen der laufenden Bankenaufsicht bearbeiteten Vorgänge gibt die nachstehende Tabelle:

Laufende Bankenaufsicht					
Anzahl der bearbeiteten Vorgänge					
Position	1979	1980	1981	1982	1983
Einzelanzeigen nach § 13 KWG	62 955	63 674	63 112	58 162	58 957
In Sammelaufstellungen nach § 13 KWG aufgeführte Kreditnehmer	65 873	67 684	73 140	64 347	68 786
Millionenkreditanzeigen nach § 14 KWG	929 868	1 060 549	1 190 756	1 285 040	1 352 983
Monatsausweise nach § 25 KWG	41 515	41 203	40 305	1) 40 552	40 720
Jahresabschlüsse der Kreditinstitute	5 984	5 457	5 727	5 419	5 271
Prüfungsberichte zu Jahresabschlüssen	1 718	1 737	1 828	1 963	2 152
Routine-, Sonder- und Einlagensicherungs- prüfungsberichte	376	409	318	448	421
Anzeigen nach § 16 KWG	25 554	25 070	15 156	11 644	13 517
Anzeigen nach § 24 KWG	9 072	9 585	8 420	1) 7 839	8 441
Depotprüfungsberichte	622	510	557	534	693
Im Auftrag des Bundesaufsichtsamtes durchgeführte Prüfungen nach § 44 Absatz 1 KWG	19	12	12	16	12
§ 44 Absatz 2 KWG	64	56	63	49	52
1 Berichtigte Angaben.					

Die Zahl der Einzelanzeigen über Großkredite hat sich nach einem Rückgang im Vorjahr wieder leicht erhöht. Deutlich stärker erhöht hat sich dagegen die Zahl der in den Sammelaufstellungen aufgeführten Großkreditnehmer. Dies hängt mit den betriebsgrößenabhängigen Meldeanforderungen bei den Kreditgenossenschaften zusammen. Danach mußten im Berichtsjahr sämtliche Kreditgenossenschaften Sammelaufstellungen einreichen, während im Vorjahr nur die Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von über 20 Mio DM melden mußten.

Das Bundesaufsichtsamt hat im vergangenen Jahr eine größere Zahl von Prüfungsberichten zu Jahresabschlüssen angefordert. Auch die Zahl der Anzeigen über Organkredite ist deutlich gestiegen. Um knapp ein Drittel hat sich die Zahl der Depotprüfungsberichte erhöht.

Im Jahre 1983 nahm in der Evidenzzentrale für Millionenkredite die Zahl der nach § 14 KWG angezeigten Kredite gegenüber dem Vorjahr um 5,3% zu (1982: +7,9%; 1981: +12,3%). Insgesamt wurden rund 1,4 Millionen Kreditanzeigen bearbeitet; das waren rd. 68 000 Anzeigen mehr als im Vorjahr. Zum Meldestichtag Ende November 1983 beteiligten sich 2 944 Banken und 536 Versicherungen am Millionenkreditverfahren. Damit stieg die Anzahl der beteiligten Kreditgeber gegenüber dem Vorjahr um 93. Zum gleichen Meldestichtag erhielten die Kreditgeber in den Rückmeldungen Angaben über die Gesamtver-

Evidenzzentrale für
Millionenkredite

schuldung von rd. 178 000 Kreditnehmern. Von diesen Kreditnehmern waren rd. 98 000 in rd. 34 400 Kreditnehmereinheiten gem. § 19 Abs. 2 KWG zusammengefaßt; rd. 80 000 Kreditnehmer wurden konzernungebunden gemeldet. Von den konzernungebundenen Kreditnehmern hatten rd. 52 800, das sind rd. 54%, Kredite bei mehr als einem Kreditgeber aufgenommen (Mehrfachverschuldung), während von den konzernungebundenen Kreditnehmern nur rd. 10 200, das entspricht einem Anteil von rd. 12,6% an dieser Gruppe, eine Mehrfachverschuldung aufwiesen.

Die nachstehende Aufstellung gibt einen nach Größenklassen geordneten Überblick darüber, wieviele Kreditnehmer Ende November 1983 von den Kreditgebern gemeldet wurden (Stand Ende November 1982 in Klammern):

Anzahl der Kreditgeber	Kreditnehmer
5 (4)	5 000 und mehr
24 (24)	1 000 bis unter 5 000
29 (26)	500 bis unter 1 000
127 (123)	200 bis unter 500
3 295 (3 210)	unter 200

Das Gesamtvolumen der angezeigten Millionenkredite nahm 1983 mit 5,5% ebenso wie im Vorjahr (+5,4%) nur mäßig zu. Es erreichte Ende November 1983 rd. 829 Mrd DM (+43 Mrd DM gegenüber dem Vorjahresstichtag). Die Millionenkredite an ausländische Kreditnehmer erhöhten sich im Jahre 1983 nur geringfügig um 0,5% (1982: +8,1%). Ihr Millionenkreditvolumen betrug Ende November 1983 rd. 201 Mrd DM. Die Millionenkredite an inländische Kreditnehmer nahmen dagegen um 7,0% auf 628 Mrd DM zu.

Ende November 1983 wiesen 48 Konzerne (1981: 47) eine Millionenkreditverschuldung von mehr als 1 Mrd DM auf. Die von der Evidenzzentrale für Millionenkredite erfaßten Insolvenzen von Unternehmen und Privatpersonen, die zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Zahlungseinstellung Kredite gem. § 14 KWG in Anspruch genommen hatten, gingen im Jahre 1983 um 64 auf 692 zurück, das waren rd. 8,5% weniger als im Vorjahr.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Millionenkredite seit 1974:

Evidenzzentrale für Millionenkredite						
Die Angaben beziehen sich jeweils auf die zweimonatige Meldeperiode Oktober/November eines Jahres						
Jahr	Mio-Kreditvolumen		Stückzahl der angezeigten Mio-Kredite		Anzahl der anzeigenden Kreditinstitute	
	Mrd DM	Veränderung in %		Veränderung in %	Kreditinstitute	Versicherungen
1974	367	+ 12,9	94 985	+ 7,7	1 964	350
1975	416	+ 13,4	100 338	+ 5,6	2 043	344
1976	462	+ 11,1	115 481	+ 15,1	2 120	357
1977	516	+ 11,7	127 751	+ 10,6	2 197	407
1978	566	+ 9,7	142 656	+ 11,7	2 330	435
1979	609	+ 7,6	164 215	+ 15,1	2 507	442
1980	684	+ 12,3	184 891	+ 12,6	2 660	468
1981	746	+ 9,1	206 667	+ 11,9	2 821	498
1982	786	+ 5,4	222 784	+ 7,8	2 887	500
1983	829	+ 5,5	239 098	+ 7,3	2 944	536
Durchschnittliche jährliche Veränderung		+ 10,0		+ 10,5		

1. Diskontkredit

a) Rediskont-Kontingente für Kreditinstitute

Der Rückgriff der Kreditinstitute auf die Bundesbank im Wege der Rediskontierung von Wechseln wird, abgesehen von sonstigen notenbankpolitischen Einwirkungen, durch Rediskont-Kontingente begrenzt. Grundlage für die Berechnung der Normkontingente bilden die haftenden Mittel eines Kreditinstituts; über 200 Mio DM hinausgehende Beträge an haftenden Mitteln gehen mit abnehmendem Gewicht in die Berechnung ein. Eine Beteiligung von 25 % und mehr am Kapital eines anderen Kreditinstituts, für das ein Rediskont-Kontingent festgesetzt ist, führt in der Regel zu einer entsprechenden Kürzung des Normkontingents. Darüber hinaus wird die individuelle Geschäftsstruktur eines Kreditinstituts durch eine Strukturkomponente berücksichtigt. Diese ergibt sich im wesentlichen aus dem Verhältnis der kurz- und mittelfristigen Kredite an Nichtbanken zum Geschäftsvolumen, bereinigt um durchlaufende Kredite und einige andere Positionen. Ferner wird berücksichtigt, inwieweit ein Kreditinstitut über Wechsel verfügt, die im Rahmen des Rediskont-Kontingents rediskontiert werden können. Um kurzfristige Zufallsschwankungen der Strukturkomponente und der Wechselkredite möglichst auszuschalten, werden der Berechnung mehrere Monatsendstände zugrunde gelegt. Das Bemessungsverfahren enthält schließlich einen für alle Kreditinstitute einheitlichen Multiplikator, dessen Höhe sich nach dem vom Zentralbankrat – jeweils nach kreditpolitischen Intentionen – global festgelegten Gesamtbetrag der Rediskont-Kontingente richtet.

Bemessungsmethode

Grundsätzlich gelten die Kontingente für ein halbes Jahr; Änderungen des Eigenkapitals, der Geschäftsstruktur und der Wechselkredite gehen mithin im Regelfall erst in die nächste allgemeine Neuberechnung ein. Die Bundesbank behält sich aber vor, die Gesamtsumme der Rediskont-Kontingente jederzeit zu erhöhen oder herabzusetzen, wenn und soweit sie dies aus kreditpolitischen Gründen für erforderlich hält.

Das Rediskont-Kontingent eines Kreditinstituts wird in Anlehnung an das Normkontingent individuell festgesetzt. Dabei wird auch berücksichtigt, ob das Kreditinstitut die Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute beachtet. Festsetzungen unterhalb der Norm können auch in anderen besonderen Verhältnissen des einzelnen Kreditinstituts begründet sein. Für neuerrichtete Kreditinstitute und für neuerrichtete Zweigstellen ausländischer Banken werden Rediskont-Kontingente frühestens nach Ablauf eines halben Jahres seit der Errichtung festgesetzt.

Festsetzung der Rediskont-Kontingente

Die Rediskont-Kontingente werden von den Vorständen der Landeszentralbanken für die Kreditinstitute ihres Bereichs festgesetzt. Das Rediskont-Kontingent eines überregional tätigen Kreditinstituts wird von dem Vorstand der Landeszentralbank festgesetzt, in deren Bereich die Hauptverwaltung des Instituts ihren Sitz hat. Die Rediskont-Kontingente derjenigen Kreditinstitute, die zentrale Aufgaben im gesamten Bundesgebiet haben (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 BBankG), werden vom Direktorium der Bundesbank festgesetzt.

Das festgesetzte Rediskont-Kontingent darf nicht, auch nicht vorübergehend, überschritten werden. Auf das Rediskont-Kontingent werden alle rediskontierten, noch nicht fälligen Wechsel mit Ausnahme der im nächsten Abschnitt behandelten sog. Plafond B-Wechsel der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und der sog. Plafond II-Wechsel der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH angerechnet.

Der Gesamtbetrag der festgesetzten Rediskont-Kontingente wird jeweils in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank (Statistischer Teil, Tabelle II 1b) veröffentlicht.

b) Bundesbankfähige Wechsel

- Allgemeines** Aus den zum Ankauf eingereichten Wechseln sollen drei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften. Die Wechsel müssen innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sein. Sie sollen gute Handelswechsel sein (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG).
- Im übrigen sind für die Gewährung von Diskontkrediten die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Bundesbank“ (V. Ankauf von Inlandswechseln, XI. B. Ankauf von Auslandswechseln) maßgebend.
- Zahlungsfähigkeit der Wechselverpflichteten** Für die Beurteilung einer Unterschrift hat der Zentralbankrat folgende Richtlinien aufgestellt: Wer aus einem zum Ankauf oder zur Beleihung bei der Bundesbank eingereichten Wechsel verpflichtet ist und trotz Aufforderung zur Selbstauskunft über seine finanziellen Verhältnisse keine oder keine genügende Auskunft gibt und über wen auch sonst keine Unterlagen vorliegen oder zu beschaffen sind, die eine hinreichende Beurteilung seiner finanziellen Verhältnisse ermöglichen, ist nicht als ein als zahlungsfähig bekannter Verpflichteter im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG anzusehen. Ein Wechsel darf nicht angekauft oder beliehen werden, wenn feststeht, daß der Akzeptant nicht als ein als zahlungsfähig bekannter Verpflichteter betrachtet werden kann (Beschluß vom 20. Februar 1957).
- Handelswechsel** Als Handelswechsel im Sinne von § 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG kauft die Bundesbank solche Wechsel an, die auf Grund von Warenlieferungen oder von Dienstleistungen zwischen Unternehmen und/oder wirtschaftlich Selbständigen gegeben worden sind. Prolongationen zu Handelswechseln können hereingenommen werden, soweit sie nicht auf Zahlungsschwierigkeiten der Wechselverpflichteten beruhen (Beschluß vom 3. März 1977).
- Bankakzepte** Da Bankakzepte bei ihrer Hereinnahme in der Regel nur zwei Unterschriften tragen, ist die gesetzliche Bestimmung zu beachten, daß von dem Erfordernis der dritten Unterschrift nur abgesehen werden kann, wenn die Sicherheit des Wechsels in anderer Weise gewährleistet ist (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG).
- Privatdiskonten** Bankakzepte besonderer Art sind die Privatdiskonten, d. s. DM-Akzepte der zum Privatdiskontmarkt zugelassenen Akzeptbanken, die der Finanzierung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Transithandelsgeschäften oder von grenzüberschreitenden Lohnveredlungsgeschäften dienen und auf ihrer Vorderseite am oberen Rand einen Hinweis auf das finanzierte Geschäft enthalten. Sie dürfen höchstens noch 90 Tage laufen, müssen über mindestens 100 000, – DM lauten und sollen 5 Mio DM nicht übersteigen, wobei die Wechselsumme durch 5000 teilbar sein muß. Sie werden sowohl im Diskontgeschäft (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG) unter Anrechnung auf die Rediskont-Kontingente als auch im Offenmarktgeschäft (§ 21 Nr. 1 BBankG) hereingenommen (Beschlüsse vom 18. Dezember 1958, 30. August 1962 und 6. Mai 1965; vgl. „Geschäfte am offenen Markt“).
- Wechsel zur Finanzierung von Exportaufträgen** Ankaufsfähig sind ferner die mit den Indossamenten der Hausbank und der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH versehenen Solawechsel deutscher Exporteure und deren vertragsgemäße Prolongationen, die zur Finanzierung mittel- und langfristiger Liefer- und Leistungsgeschäfte im Rahmen einer der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH eingeräumten Rediskontlinie ausgestellt sind (Beschluß vom 5./6. März 1952). Die Rediskontlinie (der sog. Plafond B der

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH) beläuft sich auf 5 Mrd DM (Beschluß vom 2. Juli 1981).

Die Rediskontlinie darf nur für Kredite mit einer Laufzeit von mindestens einem Jahr und höchstens vier Jahren in Anspruch genommen werden. Der Exporteur muß sich in der Regel mit 30% des Auftragswertes selbst beteiligen (Beschlüsse vom 6. Oktober 1954 und 14. Juli 1966); für Kredite, die die AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH zu einem festen Zinssatz einräumt — solche Kredite sind z. Z. allerdings nicht erhältlich —, beträgt die Selbstbeteiligung des Exporteurs 20% des um die An- und Zwischenzahlungen verminderten Auftragswertes (Beschluß vom 18. November 1976). Es können nur Einzelgeschäfte finanziert werden. Die Finanzierungshilfe soll im allgemeinen den Zeitraum vom Produktionsbeginn bis zum Eingang des Exporterlöses überbrücken. Bei der Ausfuhr von Massen- und Seriegütern, die im Rahmen des normalen Produktionsprogramms eines Herstellers erzeugt oder ab Lager verkauft werden, darf die Dauer der Produktion und der Lagerung nicht in die Laufzeit der Finanzierungshilfe einbezogen werden. Für diese Art von Ausfuhrgeschäften wird die Hilfestellung der Bundesbank also nur zur Überbrückung des Zeitraums zwischen der Versendung der Ware und dem Eingang des Exporterlöses gewährt (Beschlüsse vom 18. Mai 1956, 25. Juli 1956 und 6. Februar 1957). Die Rediskontlinie darf nicht zur Bereitstellung von Investitions- oder Betriebsmitteln für allgemeine Exportzwecke der Ausfuhrfirmen in Anspruch genommen werden.

Die Refinanzierungshilfe gewährt die Bundesbank unter der Bedingung, daß bestimmte Mindestzinssätze für Ausfuhrkredite nicht unterschritten werden. Solche Zinssätze hat die Bundesregierung als Beitrag zur internationalen Disziplin bei staatlich geförderten Exportkrediten festgelegt. Maßgeblich für die Einhaltung dieser Mindestzinssätze ist der Refinanzierungszins des Exporteurs, der sich aus der gesamten Zinsbelastung für die Refinanzierung seines Lieferantenkredits ergibt.

Im Rahmen einer der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH eingeräumten Rediskontlinie (Plafond II) können die nach den Kreditrichtlinien dieser Gesellschaft begebenen Solawechsel zur Finanzierung mittel- und langfristiger Liefer- und Leistungsgeschäfte in das Währungsgebiet der Mark der DDR angekauft werden. Die Rediskontlinie beträgt 300 Mio DM (Beschluß vom 17. Februar 1983).

Zur Refinanzierung von Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau an kleinere und mittlere Unternehmen können Wechsel der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen einer besonderen Rediskontlinie bis zum Betrage von 500 Mio DM angekauft werden (Beschluß vom 18. Juli 1974).

Nach § 19 Abs. 1 Nr. 8 in Verbindung mit § 22 BBankG ist die Bundesbank befugt, auf ausländische Währung lautende Wechsel von jedermann anzukaufen. Von dieser Befugnis macht die Bank z. Z. nur gegenüber Kreditinstituten und öffentlichen Verwaltungen Gebrauch.

Wechsel, die auf ausländische Währung lauten, werden zum Diskontsatz der Bundesbank angekauft (Beschlüsse vom 18. Mai 1956 und 22. Januar 1958). Die Ankaufskurse werden in Anpassung an die jeweiligen Terminkurse festgelegt und im Bundesanzeiger laufend veröffentlicht.

Wechsel zur Finanzierung von Geschäften im innerdeutschen Handel

Wechsel der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Refinanzierung von Mittelstandskrediten

Auf ausländische Währung lautende Wechsel

2. Lombardkredit

- Allgemeines** Lombardkredite (verzinsliche Darlehen gegen Pfänder) an Kreditinstitute werden nur nach Maßgabe der allgemeinen kreditpolitischen Lage und nach den individuellen Verhältnissen des Kreditnachsuchenden gewährt. Ein Lombardkredit soll grundsätzlich nur gewährt werden, wenn es sich um die kurzfristige Überbrückung eines vorübergehenden Liquiditätsbedürfnisses handelt und die Lombardkreditaufnahme nach Umfang und Dauer angemessen und vertretbar erscheint (Beschluß vom 17./18. Dezember 1952). Die Gewährung von Lombardkredit zum Lombardsatz kann aus kreditpolitischen Gründen allgemein begrenzt oder ausgesetzt werden.
- Im übrigen sind für die Gewährung von Lombardkrediten die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Bundesbank“ (VI. Lombardverkehr) maßgebend.
- Sonderlombardkredit** Die Bundesbank behält sich vor, soweit kreditpolitisch angezeigt, nach Ankündigung Lombardkredit zu einem Sonderlombardsatz (Sonderlombardkredit) zu gewähren. Der Sonderlombardsatz kann täglich geändert und die Bereitschaft zur Gewährung von Sonderlombardkredit täglich widerrufen werden (Beschluß vom 6. September 1973).
- Lombardpfänder** Lombardkredite an Kreditinstitute können gegen Verpfändung der in § 19 Abs. 1 Nr. 3 BBankG verzeichneten Wertpapiere und Schuldbuchforderungen gewährt werden. Über die beleihbaren Werte sowie die dafür maßgeblichen Beleihungsgrenzen im einzelnen gibt das im Bundesanzeiger und in den Mitteilungen der Bank veröffentlichte „Verzeichnis der bei der Deutschen Bundesbank beleihbaren Wertpapiere (Lombardverzeichnis)“ Aufschluß.
- Die Aufnahme eines Wertpapiers in das Lombardverzeichnis verpflichtet die Bundesbank nicht zur Gewährung von Lombardkrediten und beschränkt nicht ihr Recht, die vom Kreditnehmer zu stellende Deckung zu bestimmen.
- Wechsel, die nach den geltenden Bestimmungen nicht angekauft werden können, sind grundsätzlich auch nicht beleihbar (Beschluß vom 10. Mai 1949). Eine Ausnahme bilden die im Rahmen des Plafonds A der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH sowie des Plafonds I der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH begebenen Solawechsel, die zwar lombardiert, jedoch nicht angekauft werden können (Beschlüsse vom 5./6. Dezember 1951 und 1. Juni 1967).
- ### 3. Geschäfte am offenen Markt
- Allgemeines** Zur Regelung des Geldmarktes kauft und verkauft die Bundesbank im Offenmarktgeschäft (§ 21 BBankG) gemäß den wechselnden geldpolitischen Erfordernissen zeitweilig nachstehend genannte Wertpapiere.
- Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere** Sie kauft und verkauft für eigene Rechnung Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, die ihr der Bund auf Verlangen gemäß §§ 42 und 42 a BBankG zur Verfügung stellt (sog. Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere). U-Schätze sind dabei im Regelfall vor Fälligkeit nicht rückgebbar (sog. N-Titel; Beschluß vom 31. März 1971).
- Privatdiskonten** Die Bundesbank handelt am Geldmarkt Privatdiskonten. Dabei kontrahiert sie direkt jedoch nur mit der Privatdiskont-Aktiengesellschaft. Die Obergrenze für den Ankauf von Privatdiskonten im Offenmarktgeschäft beträgt z. Z. 4 Mrd DM (Beschluß vom 20. Januar 1983).

Wenn und soweit es aus liquiditätspolitischen Gründen geboten und vertretbar erscheint, kauft und verkauft die Bundesbank Anleihen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost für eigene Rechnung. Zur Kurspflege, also nicht als Offenmarktgeschäft im Sinne von § 21 BBankG, kauft und verkauft sie diese Anleihen für Rechnung der Emittenten.

Anleihen

Die Bundesbank kauft ferner im Rahmen von Offenmarktgeschäften von Kreditinstituten (ohne Deutsche Bundespost), die der Mindestreservepflicht unterliegen, lombardfähige festverzinsliche Wertpapiere sowie unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn, der Bundespost und der Länder mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr unter der Bedingung an, daß der Verkäufer die Wertpapiere gleichzeitig per Termin zurückkauft („Wertpapierpensionsgeschäfte“). Diese Geschäfte werden in der Regel im Ausschreibungsverfahren angeboten (Beschlüsse vom 31. Mai 1979, 18. November 1982 und 1. Juni 1983).

Offenmarktgeschäfte über Wertpapiere mit Rückkaufsvereinbarung

Die Bundesbank behält sich vor, bundesbankfähige Inlandswechsel außerhalb der Rediskont-Kontingente am offenen Markt unter der Bedingung anzukaufen, daß der Verkäufer die Wechsel gleichzeitig per Termin zurückkauft („Wechselpensionsgeschäfte“). Geschäftspartner können nur Kreditinstitute sein, denen Rediskont-Kontingente eingeräumt sind (Beschluß vom 12. April 1973).

Offenmarktgeschäfte über Wechsel mit Rückkaufsvereinbarung

4. Mindestreservebestimmungen

Im Berichtszeitraum wurden die Mindestreservesätze nicht verändert. Damit sind sie seit dem 1. Oktober 1982, an dem eine 10%ige lineare Senkung der Sätze in Kraft trat, unverändert. Eine Tabelle über die Entwicklung der Reservesätze ist auf den S. 114f. dieses Berichts abgedruckt.

Wie bereits im Geschäftsbericht für das Jahr 1982 beschrieben (S. 96f.), wurde die Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) mit Wirkung vom 1. April 1983 neu gefaßt. Neben einer Reihe mehr technischer Änderungen zur Anpassung der Bestimmungen an die veränderten Bedingungen des Bankgeschäfts ist insbesondere die Einführung der Reservepflicht für Institute mit überwiegend langfristigem Geschäft und für Bausparkassen von Bedeutung, die zum 1. Januar 1984 wirksam wurde.

Neu einbezogen in die Reservepflicht wurden 30 Realkreditinstitute, 4 Kreditgenossenschaften, 6 Institute mit Sonderaufgaben sowie 31 Bausparkassen. Auf diese Institute entfielen im Monat Januar 1984 reservepflichtige Verbindlichkeiten von rd. 8,5 Mrd DM und ein Reserve-Soll von rd. 600 Mio DM. Diesen Belastungen stehen Entlastungen gegenüber, die sich dadurch ergeben, daß die kurz- und mittelfristigen Geldanlagen der nunmehr reservepflichtigen Institute bei anderen Banken mindestreservefrei wurden. Global betrachtet dürften die eingetretenen Entlastungen bei den vorgenannten Institutsgruppen deren Belastung durch die Einführung der Reservepflicht geringfügig übersteigen. Die Institute haben sich somit — wie erwartet — an die Reservepflicht durch Umschichtung ihrer Forderungen und Verbindlichkeiten angepaßt (vgl. Sonderaufsatz Monatsbericht April 1983).

Die AMR lautet wie folgt:

**Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR)
vom 20. Januar 1983**

Die Deutsche Bundesbank erläßt gemäß § 16 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), zuletzt geändert durch Art. V § 4 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), folgende Anweisung über Mindestreserven (AMR):

I. Allgemeine
Bestimmungen

§ 1

Mindestreservspflichtig sind alle Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 und § 53 Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen — KWG — in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1976 (BGBl. I S. 1121), geändert durch Art. 72 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), mit Ausnahme der

- a) in § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 8 KWG genannten Unternehmen¹⁾,
- b) Kapitalanlagegesellschaften nach dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1970 (BGBl. I S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. September 1980 (BGBl. I S. 1653),
- c) Wertpapiersammelbanken,
- d) in Liquidation befindlichen Kreditinstitute, sonstigen Kreditinstitute, deren Tätigkeit sich auf die Abwicklung beschränkt, und der ruhenden Kreditinstitute,
- e) Unternehmen, für die das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gemäß § 2 Abs. 4 KWG bestimmt hat, daß die dort genannten Vorschriften des Kreditwesengesetzes auf sie nicht anzuwenden sind.

§ 2

- (1) Mindestreserven sind zu halten für Verbindlichkeiten aus Einlagen und aufgenommenen Geldern mit einer Befristung von weniger als vier Jahren, sofern die Verbindlichkeiten nicht gegenüber selbst mindestreservspflichtigen Kreditinstituten bestehen (reservspflichtige Verbindlichkeiten).
- (2) Zu den reservspflichtigen Verbindlichkeiten gemäß Absatz 1 gehören auch
 - a) ein auf der Passivseite der Bilanz auszuweisender Verrechnungssaldo eines Kreditinstituts im Sinne von § 53 KWG,
 - b) Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen, die auf den Namen oder, wenn sie nicht Teile einer Gesamtemission darstellen, an Order lauten,
 - c) Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften, bei denen der Pensionsnehmer zur Rückgabe des in Pension genommenen Vermögensgegenstandes

¹ Dies sind nach Maßgabe der in § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 8 KWG bezeichneten Abgrenzungen: Sozialversicherungsträger und Bundesanstalt für Arbeit, private und öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen, gemeinnützige Wohnungsunternehmen, anerkannte Organe der staatlichen Wohnungspolitik, die nicht überwiegend Bankgeschäfte betreiben, Unternehmen des Pfandleihgewerbes.

verpflichtet und der Vermögensgegenstand weiterhin dem Vermögen des pensionsgebenden Kreditinstituts zuzurechnen ist.

(3) Für die Feststellung der reservspflichtigen Verbindlichkeiten können täglich fällige, keinerlei Bindungen unterliegende Verbindlichkeiten gegenüber einem Kontoinhaber mit

a) täglich fälligen Forderungen,

b) Forderungen auf Kreditsonderkonten (sog. englische Buchungsmethode) gegen denselben Kontoinhaber kompensiert werden, sofern die Forderungen und Verbindlichkeiten für die Zins- und Provisionsberechnung nachweislich als Einheit behandelt werden. Die Kompensation ist nicht zulässig, sofern es sich bei dem Kontoinhaber um eine BGB-Gesellschaft oder um eine Gemeinschaft handelt, an denen juristische Personen oder Personengesellschaften beteiligt sind, oder wenn für einen Kontoinhaber Unterkonten wegen Dritter geführt werden. Nicht kompensiert werden können Verbindlichkeiten und Forderungen in verschiedenen Währungen.

(4) Von der Reservspflicht sind freigestellt Verbindlichkeiten

a) gegenüber der Bundesbank,

b) gegenüber Gebietsansässigen aus zweckgebundenen Geldern, soweit diese bereits an die Empfänger oder an ein zwischengeschaltetes Kreditinstitut weitergeleitet sind. Zweckgebundene Gelder im Sinne dieser Bestimmung sind solche Gelder, die nach von vornherein festgelegten Weisungen des Geldgebers, vor allem bezüglich der Kreditbedingungen, an vom Geldgeber namentlich bezeichnete Kreditnehmer oder — soweit es sich um eine öffentliche oder öffentlich geförderte Kreditaktion handelt — an solche Kreditnehmer auszuleihen sind, welche die Voraussetzungen für die Teilnahme an dieser Kreditaktion erfüllen; die vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist sowohl der zweckgebundenen Gelder als auch der daraus zu gewährenden bzw. gewährten Kredite muß, soweit es sich nicht um eine öffentliche oder öffentlich geförderte Kreditaktion handelt, mindestens ein Jahr betragen,

c) aus Geldern, die ein Kreditinstitut, das außer Bankgeschäften auch Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte betreibt und für sein Bank- und bankfremdes Geschäft je eine gesonderte Buchführung hat, ausschließlich zur Finanzierung eigener Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte aufgenommen hat, sofern sich dies aus der Buchführung ergibt,

d) aus Bauspareinlagen nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Bausparkassen vom 16. November 1972 (BGBl. I S. 2097), zuletzt geändert durch Art. 3 § 5 des Gesetzes vom 24. März 1976 (BGBl. I S. 725),

e) gegenüber Gebietsfremden in fremder Währung, deren Gegenwerte gleichzeitig und mit gleicher Laufzeit nachweislich in das Ausland zur Begründung von Forderungen an Gebietsfremde in fremder Währung weitergeleitet worden sind. Zulässig ist auch eine Erneuerung oder Prolongation der Geldaufnahme bei dem bisherigen Geldgeber oder eine Erneuerung oder Prolongation der Kreditgewährung an den bisherigen Geldnehmer. Ausgenommen von der Freistellung sind Verbindlichkeiten, die täglich fällig sind oder für die eine Kündigungsfrist vereinbart wurde,

f) aus im Auftrag der gebietsansässigen Kundschaft bei Banken im Ausland aufgenommenen Krediten, sofern die Gegenwerte unmittelbar und unverzüglich zur Zahlung an Gebietsfremde und zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen der gebietsansässigen Kundschaft aus im einzelnen nachzuweisenden, für sie von Gebietsfremden erbrachten oder noch zu erbringenden grenzüberschreitenden Warenlieferungen oder Dienstleistungen verwendet werden. Voraussetzung ist, daß das Kreditinstitut hierdurch gleichzeitig und mit gleicher Laufzeit sowohl zum Schuldner der ausländischen Bank als auch zum Gläubiger der Kundschaft geworden ist und daß die Verbindlichkeiten und die betreffenden Forderungen auf die gleiche Währung lauten. Ausgenommen von der Freistellung sind Verbindlichkeiten, die täglich fällig sind, für die eine Kündigungsfrist vereinbart wurde oder die prolongiert wurden,

g) gegenüber Kreditinstituten in den Zollanschlußgebieten Kleines Walsertal (Gemeinde Mittelberg) und Jungholz.

- (5) Zweigstellen ausländischer Banken (§ 53 KWG) können Passivposten im Verhältnis zum eigenen Unternehmen, die bei einem rechtlich selbständigen Kreditinstitut Verbindlichkeiten gemäß Absatz 4 Buchstaben e oder f darstellen würden, für die Mindestreservehaltung von einem auf der Passivseite der Bilanz auszuweisenden Verrechnungssaldo absetzen.
- (6) Sofern in Höhe eines bestimmten Aktivpostens eine Verbindlichkeit im Rahmen der Mindestreservebestimmungen freigestellt ist oder kompensiert wird, darf der betreffende Aktivposten nicht ein weiteres Mal zur Freistellung oder Kompensation von Verbindlichkeiten herangezogen werden. Dies gilt bei Zweigstellen ausländischer Banken (§ 53 KWG) auch für Aktivposten, soweit diese bei der Feststellung des auf der Passivseite der Bilanz auszuweisenden Verrechnungssaldos herangezogen werden.

§ 3

- (1) Als Sichtverbindlichkeiten gelten täglich fällige und solche Verbindlichkeiten, für die eine Kündigungsfrist oder eine Laufzeit von weniger als einem Monat vereinbart ist, sowie bei einem Kreditinstitut im Sinne von § 53 KWG auch ein auf der Passivseite der Bilanz auszuweisender Verrechnungssaldo.
- (2) Als befristete Verbindlichkeiten gelten Verbindlichkeiten, für die eine Kündigungsfrist oder eine Laufzeit von mindestens einem Monat vereinbart ist.
- (3) Spareinlagen sind Einlagen im Sinne von §§ 21 und 22 KWG.

II. Unterhaltung der Mindestreserven

§ 4

Mindestreserven sind bei der Bundesbank als Guthaben auf Girokonto zu unterhalten. Ländliche Kreditgenossenschaften, die kein Girokonto bei der Bundesbank unterhalten, haben die Mindestreserven als täglich fällige Guthaben auf einem besonderen Konto bei ihrer Genossenschaftlichen Zentralbank zu unterhalten; die Genossenschaftliche Zentralbank hat in Höhe der Beträge auf diesen Konten Guthaben bei der Bundesbank zu unterhalten.

III. Berechnung des Reserve-Solls und der Ist-Reserve

§ 5

- (1) Das Reserve-Soll ergibt sich durch Anwendung der von der Bundesbank angeordneten Vom-Hundert-Sätze (Reservesätze) auf den gemäß § 6 festgestellten Monatsdurchschnitt der reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 2) des Kreditinstituts.

- (2) Von dem gemäß Absatz 1 errechneten Betrag können die Kreditinstitute den Durchschnitt der zum Geschäftsschluß sämtlicher Tage vom Ersten bis zum Ultimo des laufenden Monats festgestellten Bestände an inländischen gesetzlichen Zahlungsmitteln absetzen. Die Anrechnung des durchschnittlichen Bestandes an inländischen gesetzlichen Zahlungsmitteln ist auf 50% des gemäß Absatz 1 errechneten Betrages begrenzt. Kreditgenossenschaften, die ihre Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, können den Durchschnitt aus den in der Zeit vom Ersten bis zum Ultimo des Vormonats unterhaltenen Beständen absetzen.
- (3) Zur Erleichterung der Mindestreservedisposition am Monatsende kann bei der Berechnung des absetzbaren Durchschnittsbestandes gemäß Absatz 2 an Stelle des jeweiligen tatsächlichen Tagesbestandes an den letzten beiden Geschäftstagen der jeweilige Durchschnitt aus den Beständen der entsprechenden Geschäftstage der vorangegangenen zwölf Monate zugrunde gelegt werden. Die Kreditinstitute haben sich zu Beginn eines jeden Kalenderjahres für das Berechnungsverfahren nach dieser Vorschrift oder nach Absatz 2 zu entscheiden. Das gewählte Verfahren ist während des gesamten Kalenderjahres anzuwenden.

§ 6

- (1) Der Monatsdurchschnitt der reservspflichtigen Verbindlichkeiten ist, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2, aus den Endständen der Geschäftstage und geschäftsfreien Tage in der Zeit vom 16. des Vormonats bis zum 15. des laufenden Monats (kalendertägliche Berechnungsweise) oder aus den Endständen folgender vier Stichtage zu errechnen:

23. Tag des Vormonats,
 letzter Tag des Vormonats,
 7. Tag des laufenden Monats,
 15. Tag des laufenden Monats.

- (2) Für Sichtverbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden von Kreditinstituten, bei denen der gemäß Absatz 1 errechnete Durchschnitt dieser Verbindlichkeiten 2 Mio DM und mehr beträgt, ist nur die kalendertägliche Berechnungsweise zulässig.

Diese Berechnungsweise kann außerdem bei einzelnen Kreditinstituten ganz oder teilweise vorgeschrieben werden, wenn

a) Grund zu der Annahme besteht, daß das Kreditinstitut den Stand der reservspflichtigen Verbindlichkeiten an den vier Stichtagen beeinflusst hat, um ihn unter den Betrag herabzudrücken, der sich bei der kalendertäglichen Berechnungsweise ergeben würde,

b) der nach Stichtagen ermittelte Stand der reservspflichtigen Verbindlichkeiten nicht nur ausnahmsweise wesentlich unter dem kalendertäglich ermittelten Monatsdurchschnitt liegt.

- (3) Kreditinstitute mit reservpflichtigen Verbindlichkeiten unter 10 Mio DM können an Stelle des Monatsdurchschnitts den Stand der reservpflichtigen Verbindlichkeiten am Ende des letzten Tages des Vormonats ansetzen. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 7

Als Ist-Reserve gilt der Monatsdurchschnitt des gemäß § 4 unterhaltenen Guthabens. Er wird aus dem Stand am Ende sämtlicher Tage des Monats errechnet und am Schluß des Monats von der Bundesbank (Genossenschaftlichen Zentralbank) dem Kreditinstitut mitgeteilt.

IV. Sonderzins

§ 8

Unterschreitet in einem Monat die Ist-Reserve eines Kreditinstituts sein Reserve-Soll, so hat das Kreditinstitut auf den Fehlbetrag für 30 Tage einen Sonderzins in der jeweils von der Bundesbank angeordneten Höhe zu entrichten. Für Fehlbeträge der Kreditgenossenschaften, welche die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, hat die Genossenschaftliche Zentralbank den Sonderzins an die Bundesbank abzuführen.

V. Reservemeldung

§ 9

(1) Jedes reservspflichtige Kreditinstitut hat spätestens am 5. Geschäftstag nach dem 15. jedes Monats, soweit nicht in den Absätzen 2 und 3 etwas anderes bestimmt ist, der kontoführenden Stelle der Bundesbank die für die Berechnung des Reserve-Solls nach § 5 Abs. 1 erforderlichen Angaben unter Verwendung des Vordr. 1500 zu melden (Einzelmeldung).

(2) a) Bei Kreditinstituten mit mehreren Niederlassungen hat grundsätzlich jede Niederlassung eine Einzelmeldung zu erstatten. Jedoch kann für mehrere Niederlassungen eine zusammengefaßte Einzelmeldung mit Angabe der Zahl der einbezogenen Niederlassungen erstattet werden, sofern die Unterlagen des Instituts jederzeit eine Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach den einzelnen Niederlassungen ermöglichen. Auf Verlangen der Landeszentralbank ist diese Aufgliederung für die von ihr bestimmte Zeit vorzunehmen.

Kreditinstitute mit Niederlassungen in mehreren Landeszentralbankbereichen haben die in zusammengefaßten Einzelmeldungen verzeichneten Verbindlichkeiten des Stichtages 30. September nach den einzelnen Niederlassungen, gegliedert nach Landeszentralbankbereichen, aufzuschlüsseln. Hierfür ist der Vordr. 1500 d zu verwenden, der bei der für die Hauptniederlassung des Kreditinstituts kontoführenden Stelle der Bundesbank spätestens bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres einzureichen ist.

b) Werden von einem Kreditinstitut mehrere Einzelmeldungen erstattet, so hat die Hauptniederlassung unter Verwendung des Vordr. 1500 außerdem eine Sammelmeldung zu erstatten.

c) Die Sammelmeldung ist zusammen mit den Einzelmeldungen ebenfalls spätestens am 5. Geschäftstag nach dem 15. jedes Monats bei der für die Hauptniederlassung des Kreditinstituts kontoführenden Stelle der Bundesbank einzureichen.

d) Die zuständige Landeszentralbank kann in Ausnahmefällen Kreditinstituten mit zahlreichen Niederlassungen die bis zu zwei Geschäftstagen spätere Abgabe der Meldungen (Vordr. 1500) gestatten. Voraussetzung hierfür ist, daß die Kreditinstitute am 5. Geschäftstag nach dem 15. jedes Monats vorläufige Zahlen über die Höhe ihres Reserve-Solls, getrennt nach Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen und Gebietsfremden, der Landeszentralbank telefonisch oder fernschriftlich mitteilen.

- (3) Kreditgenossenschaften, die die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, haben die für die Berechnung des Reserve-Solls in der Einzelmeldung geforderten Angaben ihrer Genossenschaftlichen Zentralbank zu machen. Die Genossenschaftliche Zentralbank hat für die bei ihr reservehaltenden Kreditgenossenschaften spätestens am 5. Geschäftstag jedes Monats für den abgelaufenen Monat bei der für sie zuständigen Stelle der Bundesbank eine besondere Sammelmeldung einzureichen; für jede der in der Sammelmeldung erfaßten Kreditgenossenschaften hat die Genossenschaftliche Zentralbank in einer Anlage die Monatsdurchschnitte (§ 6) der reservepflichtigen Verbindlichkeiten, getrennt nach den verschiedenen Arten und aufgliedert nach Progressionsstufen, das Reserve-Soll und die Ist-Reserve anzugeben.
- (4) Ferner hat jedes reservepflichtige Kreditinstitut mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, die die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, spätestens am 5. Geschäftstag jedes Monats für den abgelaufenen Monat bei der kontoführenden Stelle der Bundesbank bzw. bei der für die Hauptniederlassung des Kreditinstituts kontoführenden Stelle der Bundesbank eine Erfüllungsmeldung (Vordr. 1501) einzureichen. Die Genossenschaftlichen Zentralbanken, denen Kreditgenossenschaften angeschlossen sind, welche die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, haben in ihrer Erfüllungsmeldung die Ist-Reserve dieser Institute in einer Summe gesondert anzugeben.
- (5) Die Bundesbank kann sich die Feststellung der reservepflichtigen Verbindlichkeiten in der Reservemeldung oder in einer Anlage hierzu erläutern lassen. Sie behält sich vor, sich der Ordnungsmäßigkeit der Feststellung zu vergewissern. Die Unterlagen über die Ermittlung des Reserve-Solls (z. B. Saldenaufstellungen, Kassenbestandsnachweise, Hilfsbogen) sollen daher wenigstens vier Jahre aufbewahrt werden.

§ 10

VI. Inkrafttreten

- (1) Die Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. April 1983 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) vom 11. November 1968 (Mitteilung Nr. 5008/68 — BAnz. Nr. 215 vom 15. November 1968), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 18. Dezember 1980 (Mitteilung Nr. 5014/80 — BAnz. Nr. 240 vom 24. Dezember 1980), außer Kraft.
- (2) Institute, die gemäß § 1 Abs. 2 Buchstabe e AMR vom 11. November 1968 die Voraussetzungen für die Freistellung von der Reservepflicht im Jahr 1983 erfüllt haben, sowie Institute, die gemäß § 1 Abs. 2 Buchstabe g AMR vom 11. November 1968 nicht reservepflichtig sind, bleiben bis zum 31. Dezember 1983 von der Reservepflicht ausgenommen.

Reservesätze

a) Juli 1973 bis Februar 1977

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Reservpflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen											
	Sichtverbindlichkeiten				Befristete Verbindlichkeiten				Spareinlagen			
	Bankplätze		Nebenplätze		Progressionsstufe 3)		Progressionsstufe 3)		Progressionsstufe 3)		Progressionsstufe 3)	
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
Reservpflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen												
1973 1. Juli	19,55	18,05	16,55	15,05	15,05	13,55	12	10,5	13,55	12	10,5	9
1. Nov.	20,1	18,55	17,05	15,5	15,5	13,95	12,4	10,85	13,95	12,4	10,85	9,3
1974 1. Jan.	19,1	17,65	16,2	14,7	14,7	13,25	11,75	10,3	13,25	11,75	10,3	8,8
1. Sept.	17,2	15,9	14,55	13,25	13,25	11,9	10,6	9,25	11,9	10,6	9,25	7,95
1. Okt.	15,85	14,6	13,4	12,2	12,2	10,95	9,75	8,5	10,95	9,75	8,5	7,3
1975 1. Juni	15,05	13,9	12,7	11,55	11,55	10,4	9,25	8,1	10,4	9,25	8,1	6,95
1. Juli	13,55	12,5	11,45	10,4	10,4	9,35	8,35	7,3	9,35	8,35	7,3	6,25
1976 1. Mai	14,2	13,1	12	10,95	10,95	9,85	8,75	7,65	9,85	8,75	7,65	6,55
1. Juni	14,9	13,75	12,65	11,5	11,5	10,35	9,2	8,05	10,35	9,2	8,05	6,9
Reservpflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden												
1973 1. Juli	40	40	40	40	40	40	40	40	35	35	35	35
1. Okt.	40	40	40	40	40	40	40	40	35	35	35	35
1974 1. Jan.	35	35	35	35	35	35	35	35	30	30	30	30
1. Okt.	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	27,6	27,6	27,6	27,6
1975 1. Juli	29	29	29	29	29	29	29	29	24,85	24,85	24,85	24,85
1. Aug.	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	9,35	9,35	9,35	9,35
1976 1. Mai	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	9,85	9,85	9,85	9,85
1. Juni	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	10,35	10,35	10,35	10,35

b) ab März 1977

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Reservpflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen								
	Sichtverbindlichkeiten			Befristete Verbindlichkeiten			Spareinlagen		
	Progressionsstufe 3)			Progressionsstufe 3)			Progressionsstufe 3)		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
	bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM	bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM	bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM
1977 1. März 4)	9,35	12,7	14,9	6,6	8,8	10,45	6,15	6,4	6,6
1. Juni 4)	8,9	12,05	14,15	6,3	8,4	9,95	5,85	6,05	6,3
1. Sept. 4)	8	10,85	12,75	5,65	7,55	8,95	5,3	5,45	5,65
1978 1. Jan. 4)	8	10,85	12,75	5,65	7,55	8,95	5,3	5,45	5,65
1. März	8,65	11,7	13,75	6,1	8,15	9,65	5,7	5,9	6,1
1. Juni	8,05	10,9	12,8	5,7	7,55	9	5,3	5,5	5,7
1. Nov.	8,75	11,85	13,95	6,2	8,25	9,8	5,8	6	6,2
1979 1. Febr.	9,2	12,45	14,65	6,5	8,65	10,3	6,05	6,3	6,5
1980 1. Mai	8,45	11,45	13,45	6	8	9,45	5,6	5,8	6
1. Sept.	7,65	10,3	12,1	5,4	7,2	8,5	5	5,2	5,4
1981 1. Febr.	7,1	9,6	11,25	5	6,7	7,95	4,65	4,85	5
1982 1. Okt.	6,4	8,65	10,15	4,5	6	7,15	4,2	4,35	4,5

1 Einstufung nach der Höhe der gesamten reservspflichtigen Verbindlichkeiten: Reserveklasse 1: 1 000 Mio DM und mehr; Reserveklasse 2: 100 bis unter 1 000 Mio DM; Reserveklasse

3: 10 bis unter 100 Mio DM; Reserveklasse 4: unter 10 Mio DM. — 2 Abweichend von den hier genannten Sätzen galt vom 1. Juli 1972 bis 31. Oktober 1973 für Spareinlagen von Gebiets-

ansässigen bei Kreditinstituten der Reserveklasse 4 an Bankplätzen der jeweilige Reservesatz für befristete Verbindlichkeiten. Vom 1. November bis 31. Dezember 1973 galt

Spareinlagen		Zuwachs an Verbindlichkeiten			Erläuterungen der Zuwachsreservebestimmungen	Gültig ab:
Bank- plätze 2)	Neben- plätze	Sicht- verbind- lich- keiten	Befristete Verbind- lich- keiten	Spar- einlagen		
9,25	7,75	keine besonderen Sätze				1973 1. März
9,25	7,75					1. Nov.
8,8	7,35					1974 1. Jan.
7,95	6,6					1. Sept.
7,3	6,1					1. Okt.
6,95	5,8					1975 1. Juni
6,25	5,2					1. Juli
6,55	5,45					1976 1. Mai
6,9	5,75					1. Juni
30	30	60	Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber 75% des Durchschnittsstandes aus den Stichtagen 23. und 31. Oktober sowie 7. und 15. November 1971 oder gegenüber 60% des Durchschnittsstandes aus den entsprechenden Stichtagen des Jahres 1970		1973 1. Juli	
30	30	60	Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber 63,75% des Durchschnittsstandes aus den Stichtagen 23. und 31. Oktober sowie 7. und 15. November 1971 oder gegenüber 51% des Durchschnittsstandes aus den entsprechenden Stichtagen des Jahres 1970		1. Okt.	
25	25	keine besonderen Sätze				1974 1. Jan.
23	23					1. Okt.
20,7	20,7					1975 1. Juli.
6,25	6,25					1. Aug.
6,55	6,55					1976 1. Mai
6,9	6,9	1. Juni				

Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden							
Sicht- verbind- lichkeiten	Befristete Verbind- lichkeiten	Spar- einlagen	Zuwachs an Verbindlichkeiten			Erläuterungen der Zuwachsreservebestimmungen	Gültig ab:
			Sicht- verbind- lichkeiten	Befristete Verbind- lichkeiten	Spar- einlagen		
14,9	10,45	6,6	keine besonderen Sätze				1977 1. März
14,15	9,95	6,3					1. Juni
12,75	8,95	5,65					1. Sept.
20	15	10	80	Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand in der Periode vom 16. September bis 15. Dezember 1977		1978 1. Jan.	
20	15	10	80			1. März	
12,8	9	5,7	keine besonderen Sätze				1. Juni
13,95	9,8	6,2					1. Nov.
14,65	10,3	6,5					1979 1. Febr.
13,45	9,45	6					1980 1. Mai
12,1	8,5	5,4					1. Sept.
11,25	7,95	5					1981 1. Febr.
10,15	7,15	4,5					1982 1. Okt.

für die genannten Spareinlagen der Reservesatz von 9%. — 3 Für die ersten 10 Mio DM an reservspflichtigen Verbindlichkeiten ist der Satz der Progressionsstufe 1 anzuwenden, für die

nächsten 90 Mio DM der Satz der Progressionsstufe 2 und für die über 100 Mio DM hinausgehenden der Satz der Progressionsstufe 3. — 4 Vom 1. März 1977 bis 28. Februar 1978 gal-

ten für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen an Nebenplätzen folgende Abschläge: bei Sichtverbindlichkeiten 1 Prozentpunkt, bei Spareinlagen 0,5 Prozentpunkte.

Diskont- und Lombardsatz sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls

Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls	Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz		% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1	1969 21. März	3	4	3
1. Dez.	5	6	3	18. April	4	5	3
1949 27. Mai	4½	5½	3	20. Juni	5	6	3
14. Juli	4	5	3	11. Sept.	6	7½	3
1950 27. Okt.	6	7	3	5. Dez.	6	9	3
1. Nov.	6	7	1	1970 9. März	7½	9½	3
1951 1. Jan.	6	7	3	16. Juli	7	9	3
1952 29. Mai	5	6	3	18. Nov.	6½	8	3
21. Aug.	4½	5½	3	3. Dez.	6	7½	3
1953 8. Jan.	4	5	3	1971 1. April	5	6½	3
11. Juni	3½	4½	3	14. Okt.	4½	5½	3
1954 20. Mai	3	4	3	23. Dez.	4	5	3
1955 4. Aug.	3½	4½	3	1972 25. Febr.	3	4	3
1956 8. März	4½	5½	3	9. Okt.	3½	5	3
19. Mai	5½	6½	3	3. Nov.	4	6	3
6. Sept.	5	6	3	1. Dez.	4½	6½	3
1957 11. Jan.	4½	5½	3	1973 12. Jan.	5	7	3
19. Sept.	4	5	3	4. Mai	6	8	3
1958 17. Jan.	3½	4½	3	1. Juni	7	3) 9	3
27. Juni	3	4	3	1974 25. Okt.	6½	8½	3
1959 10. Jan.	2½	3½	3	20. Dez.	6	8	3
4. Sept.	3	4	3	1975 7. Febr.	5½	7½	3
23. Okt.	4	5	3	7. März	5	6½	3
1960 3. Juni	5	6	3	25. April	5	6	3
11. Nov.	4	5	3	23. Mai	4½	5½	3
1961 20. Jan.	3½	4½	3	15. Aug.	4	5	3
5. Mai	3	2) 4	3	12. Sept.	3½	4½	3
1965 22. Jan.	3½	4½	3	1977 15. Juli	3½	4	3
13. Aug.	4	5	3	16. Dez.	3	3½	3
1966 27. Mai	5	6½	3	1979 19. Jan.	3	4	3
1967 6. Jan.	4½	5½	3	30. März	4	5	3
17. Febr.	4	5	3	1. Juni	4	5½	3
14. April	3½	4½	3	13. Juli	5	6	3
12. Mai	3	4	3	1. Nov.	6	7	3
11. Aug.	3	3½	3	1980 29. Febr.	7	8½	3
				2. Mai	7½	9½	3
				19. Sept.	7½	3) 9	3
				1982 27. Aug.	7	8	3
				22. Okt.	6	7	3
				3. Dez.	5	6	3
				1983 18. März	4	5	3
				9. Sept.	4	5½	3

1 Zugleich Zinssatz für Kassenkredite. Bis Mai 1956 galten für Auslandswechsel und Exporttratten auch niedrigere Sätze; für bestimmte Kredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Ende 1958 ausliefen, wurden feste Sondersätze berechnet (Einzelheiten vgl. Anmerkun-

gen zur gleichen Tabelle im Geschäftsbericht für das Jahr 1961, S. 95). — 2 Auf die in der Zeit vom 10. Dezember 1964 bis 31. Dezember 1964 in Anspruch genommenen Lombardkredite wurde den Kreditinstituten eine Vergütung von ½ % p. a. gewährt. — 3 Lombardkredit zum

Lombardsatz ist den Kreditinstituten in folgenden Zeiten grundsätzlich nicht zur Verfügung gestellt worden: vom 1. Juni 1973 bis einschl. 3. Juli 1974; vom 20. Februar 1981 bis einschl. 6. Mai 1982.

III. Regelungen des Außenwirtschaftsverkehrs

Auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland bestehen seit dem Jahre 1981 keinerlei außenwirtschaftsrechtliche Beschränkungen mehr.	Beschränkungen	117
Die außenwirtschaftsrechtlichen Meldevorschriften wurden im Zuge der 54. und 55. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (BGBl. 1983 I S. 29 und S. 1399) mit Wirkung vom 23. Januar bzw. 10. Dezember 1983 geändert. Die Änderungen trugen datenschutzrechtlichen Belangen Rechnung.	Meldewesen	

IV. Regelungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs

118

Devisenrechtliche
Regelungen

Mit der Mitteilung Nr. 6002/83 vom 10. Januar 1983 wurde eine Neufassung der Bekanntmachung über die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit der DDR veröffentlicht.

Für das Jahr 1983 wurden mit der Mitteilung Nr. 6003/83 vom 3. Februar 1983 Verfügungen von natürlichen Personen über ihre DM-Konten-DDR zum Erwerb von Waren bei der Genex-Geschenkdienst GmbH, Berlin (Ost), bis zum Betrag von 20 000, — DM allgemein genehmigt. Durch die Mitteilung Nr. 6007/83 wurde diese Regelung auf die Folgejahre ausgedehnt.

Die bisherige Allgemeine Genehmigung in der Fassung der Mitteilung Nr. 6001/78 einschließlich folgender Änderungen wurde überarbeitet und als Neufassung mit der Mitteilung Nr. 6005/83 vom 1. Juni 1983 veröffentlicht. In dieser Mitteilung sind wesentliche Erleichterungen enthalten, u. a. wurden die Freibeträge angehoben und alle Wertpapiergeschäfte und der Kauf von Sparbriefen allgemein genehmigt.

Innerdeutscher
Verrechnungsverkehr

a) Kommerzieller Zahlungsverkehr

Die Zahlungen für Waren und Dienstleistungen auf den für den kommerziellen Zahlungsverkehr im Rahmen des Berliner Abkommens geführten Unterkonten 1/2 und 3 betragen:

	1982	1983
	— in Mio VE —	
Zahlungen für West/Ost-Lieferungen und -Leistungen	6 875,3	7 146,8
Zahlungen für Ost/West-Lieferungen und -Leistungen	6 967,9	7 155,6
	<u>13 843,2</u>	<u>14 302,4</u>

Der Swinghöchstbetrag betrug im Jahre 1983 770 Mio VE. Ende 1983 war der Swing mit 481 Mio VE (Ende 1982: 491 Mio VE) in Anspruch genommen. Im Jahre 1984 beträgt der Swinghöchstbetrag 690 Mio VE.

b) Nichtkommerzieller Zahlungsverkehr

Nichtkommerzielle Zahlungen im Rahmen der Vereinbarungen vom 25. April 1974 über den Transfer von Unterhaltszahlungen und den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen werden über die bei der Deutschen Bundesbank und der Staatsbank der DDR geführten Verrechnungskonten U (Unterhaltszahlungen) und T (Transferzahlungen) durchgeführt.

Über das Verrechnungskonto U wurden folgende Unterhaltszahlungen abgewickelt:

	1982	1983
	— in Mio DM —	
West/Ost-Zahlungen	6,15	5,64
Ost/West-Zahlungen	3,71	3,72
Überschuß zugunsten der Unterhaltsberechtigten in der DDR und Berlin (Ost)	<u>2,44</u>	<u>1,92</u>

Der im Jahre 1983 erzielte Überschuß wurde der Staatsbank der DDR vereinbarungsgemäß vierteljährlich auf das bei der Deutschen Bundesbank geführte Konto S gutgeschrieben.

Über das Verrechnungskonto T wurden folgende Zahlungen abgewickelt:

	1982	1983
	— in Mio DM —	
West/Ost-Zahlungen	2,21	2,14
Einzahlungen der DDR gemäß den Protokollen vom 16. November 1978 und 18. Juni 1982	50,00	60,00
Ost/West-Zahlungen	52,75	61,18

Die vierteljährlichen Einzahlungen der DDR und der Gegenwert der von Bewohnern der DDR und von Berlin (Ost) eingereichten Transferaufträge reichten im Jahre 1983 ebenso wie im Vorjahr nicht aus, um die aus dem Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) eingereichten Transferaufträge ohne Wartezeiten ausführen zu können; die Wartezeit zwischen Einreichung und Ausführung der Transferaufträge betrug 1983 bis zu 6 Monate.

V. Währungsrechtliche Genehmigungen

Über die Genehmigung von Wertsicherungsklauseln entscheidet die Deutsche Bundesbank nach ihren zuletzt im Jahre 1978 geänderten „Grundsätzen bei der Entscheidung über Genehmigungsanträge nach § 3 des Währungsgesetzes (Nr. 2 c der Währungsverordnung für Berlin)“¹⁾.

Die Genehmigungsanträge und ihre Erledigung haben sich wie folgt entwickelt:

Anträge auf Genehmigung gemäß § 3 Satz 2 WährG und deren Erledigung				
Jahr	Anträge	Genehmigungen	Negativatteste 1)	Abgelehnte Anträge
1960	10 485	7 122	1 840	1 523
1961	12 482	9 293	1 738	1 458
1962	14 913	11 333	2 010	1 570
1963	16 588	12 903	2 205	1 480
1964	21 012	16 322	2 837	1 853
1965	23 822	17 497	3 686	2 639
1966	26 415	20 321	3 734	2 360
1967	24 261	19 026	3 614	1 621
1968	25 595	20 324	3 943	1 328
1969	29 363	22 776	5 127	1 460
1970	33 796	24 999	6 585	2 212
1971	40 884	31 189	7 554	2 141
1972	42 964	33 254	7 583	2 127
1973	49 033	36 747	10 045	2 241
1974	44 975	33 830	8 813	2 332
1975	39 686	29 712	7 778	2 196
1976	38 529	29 189	7 494	1 846
1977	39 344	30 145	7 323	1 876
1978	40 002	30 617	7 555	1 830
1979	41 761	32 231	7 632	1 898
1980	43 375	33 237	8 032	2 106
1981	45 375	35 129	7 960	2 286
1982	44 036	34 096	7 798	2 142
1983	43 078	33 654	7 293	2 131

1 Erklärungen, daß eine Genehmigung nicht erforderlich ist.

¹ Mitteilung der Deutschen Bundesbank Nr. 1015/78 vom 9. Juni 1978, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 15. Juni 1978; zur Genehmigungspraxis siehe auch den Aufsatz „Geldwertsicherungsklauseln — Überblick zur Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank“, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 23. Jg., Nr. 4, April 1971, S. 25 ff.

Teil B: Erläuterungen zum
Jahresabschluß 1983
der Deutschen Bundesbank

1. Rechtsgrundlagen, Gliederung und Bewertung

Rechtsgrundlagen,
Rechnungswesen und
Jahresabschluß

Rechtsgrundlage für den Jahresabschluß der Bank ist § 26 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank — BBankG — vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745); die hierin enthaltenen Vorschriften über das Rechnungswesen und den Jahresabschluß haben im Berichtsjahr keine Änderung erfahren.

Gliederung des
Jahresabschlusses

Auf der Aktivseite der Bilanz wurde die Position 3 „Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems“ wie folgt unterteilt:

- 3.1 Guthaben in ECU aus der vorläufigen Einbringung von Gold- und Dollarreserven
abzüglich:
Unterschiedsbetrag zwischen ECU-Wert und Buchwert der eingebrachten Reserven
- 3.2 Guthaben in ECU aus Übertragungen von anderen Zentralbanken
- 3.3 sonstige Forderungen.

Der bisher auf der Passivseite ausgewiesene „Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven“ ist entfallen. Die neue Gliederung führt zu einer Bilanzverkürzung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist um die Position „Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen sowie aus Bewertung der Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungspositionen“ erweitert worden. Die Aufwandsposition „Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen“ ist weggefallen.

Bewertung

Bei der Bewertung sind die Vorschriften des Aktiengesetzes sinngemäß angewandt worden (§ 26 BBankG).

2. Jahresabschluß

Der als Anlage 1 beigefügte Jahresabschluß 1983 wird wie üblich in der Reihenfolge der Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert. Zugleich wird über die Tätigkeit der Bank im Jahre 1983 berichtet.

Bilanz

Bilanzvergleich

Die Bilanzsumme betrug zum 31. Dezember 1983 197 148,1 Mio DM gegenüber Ende 1982 — unter Zugrundelegung des neuen Gliederungsschemas — 186 328,0 Mio DM.

Bilanzvergleich					
Mio DM					
Aktiva	31. Dezember		Passiva	31. Dezember	
	1982	1983		1982	1983
Gold	13 687,5	13 687,5	Banknotenumlauf	88 574,7	96 073,0
Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte			Einlagen von Kreditinstituten	51 875,1	52 702,0
Ziehungsrechte in der Reservetranche	4 178,3	7 705,0	Einlagen von öffentlichen Haushalten		
Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen	3 159,2	2 503,7	Bund	723,6	1 516,8
Sonderziehungsrechte	4 881,5	4 394,1	Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	162,2	19,1
Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems			Länder	330,0	592,2
Guthaben in ECU aus der vorläufigen Einbringung von Gold- und Dollarreserven 1)	12 421,0	12 496,1	andere öffentliche Einleger	42,3	31,9
Guthaben in ECU aus Übertragungen von anderen Zentralbanken	5 054,0	2 948,3	Einlagen von anderen inländischen Einlegern		
sonstige Forderungen	2 120,8	—	Bundesbahn	19,8	10,4
Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland	38 955,7	37 794,1	Bundespost	2 865,8	2 561,8
Sorten	25,0	24,7	sonstige Einleger	629,7	599,6
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland			Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren	4 651,6	6 296,0
Kredite an die Weltbank	2 455,7	2 455,7	Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft	12 035,0	9 780,5
Auslandswechsel	7 050,4	9 448,4	Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	3 174,0	3 452,7
Inlandswechsel	46 688,8	46 586,5	Rückstellungen	4 306,0	6 192,2
Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere	9 103,4	16 168,4	Sonstige Verbindlichkeiten	186,4	159,9
Lombardforderungen	12 031,1	13 294,8	Rechnungsabgrenzungsposten	675,7	380,8
Kassenkredite (Buchkredite)	1 395,4	901,5	Grundkapital	290,0	290,0
Ausgleichsforderungen an den Bund und unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin	8 683,6	8 683,6	Rücklagen	4 479,5	4 718,7
Wertpapiere	5 409,4	7 797,3	Bilanzgewinn	11 306,6	11 770,5
Deutsche Scheidemünzen	1 084,2	1 013,6			
Postscheckguthaben	150,3	238,5			
Grundstücke und Gebäude	1 267,0	1 386,7			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	107,7	119,2			
Schwebende Verrechnungen	2 970,4	3 487,1			
Sonstige Vermögensgegenstände	3 411,6	3 977,0			
Rechnungsabgrenzungsposten	36,0	36,3			
Bilanzsumme	186 328,0	197 148,1	Bilanzsumme	186 328,0	197 148,1
Eventualforderungen	1,2	0,1	Eventualverbindlichkeiten	1,2	0,1

1 Nach Abzug des Unterschiedsbetrages zwischen ECU-Wert und Buchwert der eingebrachten Reserven.

Aktiva

Der Goldbestand in Höhe von 95 Mio Unzen Feingold (ohne die auf den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit vorläufig übertragene Goldreserven) wird zum 31. Dezember 1983 unverändert gegenüber Ende 1982 mit 13 687,5 Mio DM ausgewiesen.

Die Ziehungsrechte in der Reservetranche beim IWF werden am 31. Dezember 1983 mit 7 705,0 Mio DM (= 2 701,9 Mio SZR) ausgewiesen gegenüber 4 178,3 Mio DM (= 1 593,8 Mio SZR) Ende 1982. Zugängen von 1 718,5 Mio SZR standen Abgänge von 610,4 Mio SZR gegenüber. Von den Zugängen betreffen 542,4 Mio SZR die Erhöhung der deutschen IWF-Quote, 1 176,1 Mio SZR entfallen auf DM-Ziehungen anderer Mitgliedsländer und Transaktionen mit gleicher Auswirkung. Die Abgänge resultieren aus DM-Rückzahlungen und Trans-

Gold

Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte
Ziehungsrechte in der Reservetranche

aktionen mit gleicher Auswirkung in Höhe von 278,5 Mio SZR sowie aus einer Subskriptionszahlung eines anderen IWF-Mitgliedslandes in D-Mark im Gegenwert von 331,9 Mio SZR. Der Bestand an Ziehungsrechten in der Reservetranche ergibt sich als Differenz aus der deutschen Quote von nunmehr 5 403,7 Mio SZR gegenüber bisher 3 234,0 Mio SZR und dem am Jahresende zur Verfügung des IWF stehenden DM-Guthaben im Gegenwert von 2 701,8 Mio SZR.

**Kredite auf Grund
von besonderen
Kreditverein-
barungen**

Die Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen werden am 31. Dezember 1983 mit 2 503,7 Mio DM ausgewiesen gegenüber 3 159,2 Mio DM Ende 1982. Bei den zum Jahresschluß 1983 ausstehenden Krediten handelt es sich ausschließlich um Forderungen an den IWF in Höhe von 878,0 Mio SZR aus der Finanzierung von Ziehungen anderer Mitgliedsländer im Rahmen der Zusätzlichen Finanzierungsvorkehrung; im Berichtsjahr wurden dem IWF Kredite in Höhe von 255,8 Mio SZR aus dieser — damit voll ausgenutzten — Kreditfazilität bei der Deutschen Bundesbank gewährt. Die zum Jahresende 1982 ausgewiesene Forderung an den IWF in Höhe von 582,9 Mio SZR im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) aus der Finanzierung einer DM-Ziehung der USA im Jahre 1978 ist im November 1983 vom IWF fristgerecht getilgt worden.

**Sonderziehungs-
rechte**

Der Bestand an Sonderziehungsrechten (SZR) wird zum 31. Dezember 1983 mit 4 394,1 Mio DM ausgewiesen gegenüber 4 881,5 Mio DM Ende 1982. Er setzt sich zusammen aus 1 210,8 Mio zugeteilten SZR, für die auf der Passivseite ein Ausgleichsposten eingestellt ist, und 330,1 Mio erworbenen SZR. Zugängen von 1 264,8 Mio SZR standen Abgänge von 1 586,0 Mio SZR gegenüber. Von den Zugängen entfielen auf die Rückzahlung des AKV-Kredits durch den IWF 582,9 Mio SZR, auf Übernahmen im Wege der Designierung 389,4 Mio SZR, auf eine Zahlung im Rahmen des Saldenausgleichs im EWS 84,8 Mio SZR und auf Zins- und Vergütungszahlungen des IWF 207,7 Mio SZR. Von den Abgängen betreffen 1 043,6 Mio SZR Abgaben im Wege frei vereinbarter SZR-Geschäfte und 542,4 Mio SZR die bereits erwähnte Erhöhung der deutschen Mitgliedsquote im IWF.

**Forderungen an den
Europäischen Fonds
für währungs-
politische Zusammen-
arbeit im Rahmen
des Europäischen
Währungssystems**

In dieser Position werden die ECU-Guthaben der Deutschen Bundesbank sowie die Forderungen, die bei Inanspruchnahme der sehr kurzfristigen Finanzierung durch andere Notenbanken entstehen, ausgewiesen.

**Guthaben in ECU
aus der vorläufigen
Einbringung von
Gold- und Dollar-
reserven**

Die ECU-Guthaben in Höhe von 39 427,5 Mio DM resultieren aus den in Form von Drei-Monats-Swaps auf den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) vorläufig übertragenen 20% der Gold- und Dollarreserven der Deutschen Bundesbank.

**abzüglich:
Unterschieds-
betrag zwischen
ECU-Wert
und Buchwert der
eingebrachten
Reserven**

Die im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) vorläufig in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit gegen ECU-Gutschrift eingebrachten Gold- und Dollarreserven sind zu Marktpreisen und damit zu höheren als in der Bilanz angesetzten Werten übertragen worden. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag in Höhe von 26 931,4 Mio DM wird in dieser Unterposition abgesetzt.

Diese Unterposition beinhaltet die von anderen am EWS teilnehmenden Notenbanken auf die Deutsche Bundesbank übertragenen Reserve-ECU in Höhe von 2 948,3 Mio DM (Ende 1982 5 054,0 Mio DM).

**Guthaben in ECU
aus Übertragungen
von anderen
Zentralbanken**

Sonstige auf ECU lautende Forderungen aus Kreditgewährungen an andere Notenbanken im Rahmen der sehr kurzfristigen Finanzierung von Interventionen bestanden Ende 1983 nicht.

**sonstige
Forderungen**

Die Guthaben bei ausländischen Banken und die Geldmarktanlagen im Ausland, die zum weitaus überwiegenden Teil auf US-Dollar lauten und zinsbringend angelegt sind, beliefen sich Ende 1983 auf 37 794,1 Mio DM gegenüber 38 955,7 Mio DM am 31. Dezember 1982.

**Guthaben bei
ausländischen
Banken und
Geldmarktanlagen
im Ausland**

Die Umsätze im Devisen-Kassahandel der Bank (Fremdwährung gegen Deutsche Mark) erhöhten sich im Berichtsjahr vor allem auf Grund höherer Dollarabgaben am Devisenmarkt auf 44 284,5 Mio DM gegenüber 29 031,1 Mio DM im Jahre 1982. Die Zahl der Abschlüsse nahm infolge vermehrter kommerzieller Transaktionen auf 7 593 gegenüber 5 926 im Vorjahr zu. Im einzelnen betragen die

Devisenhandel

	1982		1983	
	Abschlüsse	Mio DM	Abschlüsse	Mio DM
Käufe	2 635	9 725,1	2 786	12 445,2
Verkäufe	3 291	19 306,0	4 807	31 839,3
	<u>5 926</u>	<u>29 031,1</u>	<u>7 593</u>	<u>44 284,5</u>

Die Usancegeschäfte (Fremdwährung gegen eine andere Fremdwährung) verzeichneten im Berichtsjahr mit 390 Abschlüssen im Gegenwert von 3 759,2 Mio DM gegenüber 474 Abschlüssen im Gegenwert von 3 836,5 Mio DM im Jahre 1982 einen Rückgang. Dagegen erhöhte sich das Volumen der SZR/US-Dollar- bzw. SZR/DM-Geschäfte auf 138 Abschlüsse im Gegenwert von 4 283,1 Mio DM nach 130 Abschlüssen im Gegenwert von 2 546,2 Mio DM im Jahre 1982. Außerdem wurden 148 US-Dollar-Tauschgeschäfte über insgesamt 29,5 Mio US-\$ abgeschlossen gegenüber 123 Geschäften im Gesamtbetrag von 24,9 Mio US-\$ im Vorjahr.

Per Termin („outright“) wurden 49 US-Dollar-Verkäufe im Betrage von insgesamt 600 Mio US-\$ abgeschlossen, verglichen mit 13 US-Dollar-Verkäufen im Gesamtbetrag von 750 Mio US-\$ und 4 US-Dollar-Käufen in Höhe von insgesamt 50 Mio US-\$ im Vorjahr.

Zur Steuerung des Geldmarktes wurden im Berichtsjahr mit inländischen Kreditinstituten 63 liquiditätsanreichernde Dollarswapgeschäfte im Gesamtbetrag von 12 967,1 Mio DM gegenüber 65 Geschäften im Gesamtbetrag von 13 492,1 Mio DM im Vorjahr abgeschlossen. Daneben wurden 1983 43 liquiditätsverknappende Devisenpensionsgeschäfte im Gesamtbetrag von 10 471,8 Mio DM vorgenommen.

Die von der Bank im Rahmen des Auslandszahlungsverkehrs ausgeführten Zahlungsaufträge zeigen folgende Entwicklung:

Auslandszahlungsverkehr					
Stück					
Jahr	Zahlungsaufträge nach dem Ausland			darunter:	
	in Fremd- währung	in D-Mark	insgesamt	im automati- sierten Dauer- auftrags- verfahren abgewickelt	über S.W.I.F.T. automatisiert ab- gewickelt 1)
1982	450 038	1 770 714	2 220 752	1 963 234	155 190
1983	437 084	1 988 267	2 425 351	2 161 779	168 565
Jahr	Zahlungsaufträge aus dem Ausland			darunter:	
	in Fremd- währung	in D-Mark	insgesamt	über S.W.I.F.T. erhaltene Zahlungen	
1982	15 134	206 043	221 177	176 014	
1983	14 294	201 719	216 013	182 935	

1 S.W.I.F.T. (= Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) ist eine belgische Gesellschaft, die Nachrichten des Auslandszahlungsverkehrs im Wege der Datenfernübertragung weiterleitet. Die Deutsche Bundesbank ist Mitglied dieser Gesellschaft und benutzt die von S.W.I.F.T. angebotenen Dienste seit Mitte 1978.

Verkauf von Auslands-
schecks

Im Jahre 1983 wurden 14 679 (1982 11 949) Orderschecks auf das Ausland im Werte von 726,1 Mio DM (1982 898,8 Mio DM) verkauft. Außerdem gab die Bank 24 658 Reiseschecks im Werte von 2,9 Mio DM gegenüber 31 298 Reiseschecks im Werte von 3,4 Mio DM im Vorjahr ab.

Vereinfachter Einzug
von Auslandsschecks

Stückzahl und Betrag der im vereinfachten Einzug von Auslandsschecks hereingenommenen Abschnitte haben sich im Berichtsjahr weiter erhöht. Einzelheiten sind aus der Anlage 3 des Berichts zu entnehmen.

Auslandsauftrags-
geschäft

Zur Verwertung im Auslandsauftragsgeschäft hat die Bank hereingenommen:

	1982	1983
	Stück	Stück
Auftragspapiere (Wechsel, Schecks u. ä.)	49 885	41 795
Sorten	6 518	5 439
	<hr/>	<hr/>
	56 403	47 234.

Sorten

Der Sortenbestand war Ende 1983 mit 24,7 Mio DM um 0,3 Mio DM niedriger als am 31. Dezember 1982. Im Berichtsjahr hat die Bank 21 320 Sortenankäufe (1982 21 448) und 41 171 Sortenverkäufe (1982 39 418) vorgenommen.

**Kredite und sonstige
Forderungen an das
Ausland**

In dieser Position werden — wie im Vorjahr — lediglich Kredite an die Weltbank ausgewiesen. Kredite im Rahmen des mittelfristigen EG-Währungsbeistands und sonstige Kredite an ausländische Währungsbehörden wurden im Berichtsjahr nicht gewährt.

**Kredite im Rahmen
des mittelfristigen
EG-Währungs-
beistands**

**sonstige Kredite
an ausländische
Währungsbehörden**

Die Kredite an die Weltbank sind wie in den Vorjahren hauptsächlich gegen auf D-Mark lautende Schuldscheine gewährt.

Kredite an die Weltbank

127

Der Bestand an Auslandswechseln aus dem Ankauf im Inland betrug Ende 1983 9 448,4 Mio DM gegenüber 7 050,4 Mio DM am 31. Dezember 1982. Der Anteil der DM-Abschnitte am Gesamtwert der angekauften Auslandswechsel stellte sich im Jahresdurchschnitt 1983 auf rd. 87 % (1982 rd. 90 %).

Auslandswechsel

Ankauf von Auslandswechseln in den Landeszentralbank-Bereichen				
Landeszentralbank	1982		1983	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
Baden-Württemberg	40 541	2 985,7	40 772	4 234,6
Bayern	22 490	3 980,6	23 096	4 493,6
Berlin	1 326	2 113,4	1 581	2 545,6
Bremen	2 651	364,0	2 702	519,7
Hamburg	11 717	3 604,8	13 067	4 910,5
Hessen	24 312	8 634,1	23 690	12 674,7
Niedersachsen	4 506	597,7	4 534	895,3
Nordrhein-Westfalen	39 164	6 918,7	38 302	10 007,1
Rheinland-Pfalz	7 829	894,1	7 288	1 028,1
Saarland	3 492	840,4	2 886	808,7
Schleswig-Holstein	1 588	444,0	1 642	606,3
Insgesamt	159 616	31 377,5	159 560	42 724,2

Ende 1983 befanden sich für 46 586,5 Mio DM Inlandswechsel im Bestand der Bank gegenüber 46 688,8 Mio DM Ende 1982. Auch im Durchschnitt aller Ausweisstichtage war der Bestand der Bank an Inlandswechseln mit 46 308 Mio DM etwas geringer als im Vorjahr (46 525 Mio DM). Der Großteil der Wechsel stammte — wie in den früheren Jahren — aus Einreichungen der Kreditinstitute im Rahmen der Rediskont-Kontingente. Der Inlandswechselbestand enthielt:

Inlandswechsel

	31. 12. 1982	31. 12. 1983
	Mio DM	Mio DM
Im Diskontgeschäft angekaufte Inlandswechsel	43 453,3	42 826,1
Im Offenmarktgeschäft hereingenommene Privatkonten	3 235,5	3 760,4
	<u>46 688,8</u>	<u>46 586,5</u>

Ankauf von Inlandswechseln in den Landeszentralbank-Bereichen				
Landeszentralbank	1982		1983	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Baden-Württemberg	610	26 682,5	627	27 911,2
Bayern	393	26 101,3	385	26 952,1
Berlin	28	5 860,9	24	5 009,5
Bremen	49	4 464,9	45	3 906,2
Hamburg	119	15 937,2	114	14 715,6
Hessen	373	47 101,1	344	41 030,3
Niedersachsen	179	13 437,7	178	13 719,6
Nordrhein-Westfalen	625	49 539,2	612	48 454,7
Rheinland-Pfalz	101	6 070,3	104	6 368,3
Saarland	30	2 560,6	27	2 580,0
Schleswig-Holstein	46	3 862,9	41	3 571,6
Insgesamt	2 553	201 618,6	2 501	194 219,1

Der Durchschnittsbetrag der im Berichtsjahr angekauften Wechsel betrug 77,7 Tsd DM gegenüber 79,0 Tsd DM im Vorjahr.

Von den angekauften Wechseln sind den Einreichern mangels Zahlung zurückberechnet worden:

	1982		1983	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
	15 139	222,8	13 904	232,5
in % des Ankaufs	0,59	0,11	0,56	0,12.

Diskontsatz Der Diskontsatz für Inlands- und Auslandswechsel betrug im Berichtsjahr bis 17. März 5% und ab 18. März 4%.

Privatdiskonten Der Gesamtbetrag an Privatdiskonten, den die Bank im Offenmarktgeschäft anzukaufen bereit ist, wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1983 um weitere 500 Mio DM auf 4 Mrd DM erhöht. Der Ankaufssatz der Bank für Privatdiskonten lag während des ganzen Jahres unter dem Diskontsatz, seit 18. März 1983 betrug der Abstand 0,5%-Punkte. Die höhere Ankaufslinie wurde folglich rege genutzt. Die Ankäufe von Privatdiskonten der Bank über die Privatdiskont-Aktiengesellschaft erreichten ein Volumen von 17 290,1 Mio DM (1982 13 749,9 Mio DM). Rückschleusungen über die Maklerfirma in den Markt kamen 1983 nicht vor.

Bis zur Einlösung bei Fälligkeit verblieb damit ein höherer Betrag von Privatdiskonten im Eigenbestand der Bank als im Vorjahr, nämlich 16 334,2 Mio DM (1982 13 102,6 Mio DM). Der Bestand der Bank an Privatdiskonten aus Offenmarktgeschäften belief sich zum 31. Dezember 1983 auf 3 760,4 Mio DM (Ende 1982 3 235,5 Mio DM).

Offenmarktgeschäfte mit Wechseln unter Rücknahmevereinbarung Offenmarktgeschäfte mit Wechseln unter Rücknahmevereinbarung hat die Bank im Berichtsjahr nicht abgeschlossen.

Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere Zur Liquiditätsbereitstellung auf begrenzte Frist hat die Bank den Kreditinstituten im Berichtsjahr wiederholt Offenmarktgeschäfte mit Wertpapieren unter Rücknahmevereinbarung jeweils im Ausschreibungswege angeboten. Im Rahmen solcher Geschäfte erwarb die Bank lombardfähige Wertpapiere unter der Bedingung, daß die Verkäufer die Wertpapiere per Termin zurückkauften. Die Rückkaufsfristen lagen in einer Spanne von 28 bis 33 Tagen, die Zinssätze reichten von 5,1 bis 6,0%. Am Jahresende befanden sich Wertpapiere in Höhe von 16 168,4 Mio DM aus solchen Geschäften im Bestand der Bank.

Lombardforderungen Die Lombardforderungen der Bank an Kreditinstitute beliefen sich Ende 1983 auf 13 294,8 Mio DM gegenüber 12 031,1 Mio DM Ende 1982. Im Durchschnitt aller Ausweisstichtage des Berichtsjahres betrug sie 5 779 Mio DM gegenüber 4 552 Mio DM im Vorjahr. Der Forderungsbestand unterlag wie in den Vorjahren starken Schwankungen; der höchste Stand wurde mit 23 545 Mio DM am 2. September 1983 erreicht.

Lombardsatz Der Lombardsatz betrug im Berichtsjahr bis 17. März 6%, vom 18. März bis 8. September 5% und ab 9. September 5½%.

In § 20 Abs. 1 Nr. 1 BBankG sind Kreditplafonds mit folgenden Höchstgrenzen vorgesehen für

**Kassenkredite
(Buchkredite)**

129

Mio DM

den Bund	6 000
die Bundesbahn	600
die Bundespost	400
den Ausgleichsfonds	200
das ERP-Sondervermögen	50

die Länder 40 DM je Einwohner, Berlin, Bremen und Hamburg jeweils 80 DM je Einwohner.

Anzurechnen auf die Kreditplafonds sind außer Buchkrediten auch Schatzwechsel, die die Bank im eigenen Bestand hält oder deren Ankauf sie zugesagt hat.

Stand der Kassenkredite (Buchkredite)		
Mio DM		
Kreditnehmer	31. 12. 1982	31. 12. 1983
Bund	—	—
Länder		
Baden-Württemberg	—	—
Bayern	181,6	—
Berlin	—	—
Bremen	54,7	54,1
Hamburg	144,0	130,0
Hessen	186,1	150,0
Niedersachsen	192,2	—
Nordrhein-Westfalen	517,0	438,6
Rheinland-Pfalz	—	—
Saarland	30,5	42,0
Schleswig-Holstein	89,3	86,8
Insgesamt	1 395,4	901,5

**Bund
Lastenausgleichs-
fonds
Länder**

Der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen haben im Berichtsjahr keine Kassenkredite in Anspruch genommen.

Buchkredite an Bundesbahn und Bundespost, die zusammen mit den Forderungen aus dem Ankauf von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen in der Aktivposition „Kredite an Bundesbahn und Bundespost“ auszuweisen sind, waren am 31. Dezember 1983 nicht gewährt.

Bundesbahn,
Bundespost

Der Zinssatz für Buchkredite entsprach während des ganzen Jahres jeweils dem Diskontsatz.

Bei der Begebung von unverzinslichen Schatzanweisungen (U-Schätzen) war die Bank wieder als Verkaufsagent für den Bund und seine Sondervermögen tätig. Von diesen U-Schätzen, die Finanzierungszwecken dienen, sind die gemäß den §§ 42 und 42a BBankG begebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere zu unterscheiden, über die weiter unten gesondert berichtet wird. Schatzwechsel, die Finanzierungszwecken dienen, wurden im Berichtsjahr nicht begeben.

**Schatzwechsel und
unverzinsliche
Schatzanweisungen**

Zur Deckung des Kreditbedarfs des Bundes wurden U-Schätze im Betrage von 8 167,8 Mio DM (1982 10 497,6 Mio DM) begeben. Ein großer Teil davon, nämlich 5 441,8 Mio DM, entfiel auf den Absatz von nicht vor Fälligkeit rückgebaren Titeln Lit. BN an inländische Banken. Solche U-Schätze wurden seit Mai 1983 nur noch mit einer bestimmten einheitlichen Fälligkeit je Verkaufsaktion

Bund

und als Anteile an einem Girosammelbestand (keine Ausfertigung von Einzelkunden mehr) abgegeben.

In dem Gesamtplacement sind mit 2 476,0 Mio DM (1982 4 006,2 Mio DM) „Finanzierungs-Schätze“ des Bundes enthalten. Die restlichen 250,0 Mio DM, die vor Fälligkeit rückgebbare Papiere (Lit. B) darstellen, wurden von einem institutionellen Anleger erworben.

Nach Einlösung der fälligen U-Schätze (einschließlich Finanzierungs-Schätze) in Höhe von 10 217,0 Mio DM (1982 2 966,8 Mio DM) belief sich der Gesamtumlauf an U-Schätzen des Bundes Lit. B und BN am 31. Dezember 1983 auf 16 180,8 Mio DM (Ende 1982 18 230,0 Mio DM). Davon waren 1 090,0 Mio DM mit einer Ankaufszusage der Deutschen Bundesbank versehen (U-Schätze Lit. B).

Bundesbahn Von den im Jahre 1983 fällig gewordenen – rückgebbaren – U-Schätzen der Deutschen Bundesbahn (Lit. Ba) in Höhe von 231,0 Mio DM wurden 131,0 Mio DM neu begeben. Ferner hat die Deutsche Bundesbahn 100,0 Mio DM nicht rückgebbare U-Schätze (Lit. BaN) direkt über die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG begeben, so daß am Jahresende 1983 U-Schätze der Deutschen Bundesbahn in Höhe von insgesamt 231,0 Mio DM (wie im Vorjahr) in Umlauf waren.

Bundespost Der Betrag der umlaufenden nicht rückgebbaren U-Schätze der Deutschen Bundespost Lit. PN blieb im Berichtsjahr unverändert; er belief sich am Jahresende 1983 auf 524,9 Mio DM.

Der Gesamtumlauf der für Rechnung des Bundes und seiner Sondervermögen emittierten Geldmarktpapiere betrug am 31. Dezember 1983 16 936,7 Mio DM (Ende 1982 18 985,9 Mio DM).

Für Rechnung des Bundes und seiner Sondervermögen begebene Geldmarktpapiere				
Mio DM				
Art der Papiere	1982	1983		am 31. 12. im Umlauf
	am 31. 12. im Umlauf	begeben	eingelöst	
Unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland „B“ 1) und „BN“ 2) darunter: „Finanzierungs-Schätze“	18 230,0 (5 373,3)	8 167,8 (2 476,0)	10 217,0 (3 826,8)	16 180,8 (4 022,5)
Unverzinsliche Schatzanweisungen der Deutschen Bundesbahn „Ba“ und „BaN“ 2)	231,0	231,0	231,0	231,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen der Deutschen Bundespost „PN“ 2)	524,9	–	–	524,9
Insgesamt	18 985,9	8 398,8	10 448,0	16 936,7

1 Der Zusatz „B“ dient zur Unterscheidung dieser Schuldtitel von den weiter unten behandelten Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren. — 2 Der Zusatz „BN“, „BaN“ bzw. „PN“ bezeichnet solche Titel, die nicht vor Fälligkeit zurückgegeben werden können.

Länder Bei den Geldmarkttiteln der Länder wurden 1983 200 Mio DM U-Schätze eingelöst und im Benehmen mit der Bank 978 Mio DM neu begeben. Ende 1983 waren 1 578 Mio DM (Ende 1982 800 Mio DM) U-Schätze der Länder im Umlauf. Diese Titel sind nicht in die Geldmarktregulierung einbezogen.

Ausgleichsforderungen an den Bund und unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin Die Ausgleichsforderungen der Bank an den Bund und die unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin blieben im Berichtsjahr unverändert. Vom 1. Januar 1983 an werden die Ausgleichsforderungen der Bank nicht mehr mit jährlich 3%, sondern mit jährlich 1% verzinst (Haushaltsbegleitgesetz 1983, Artikel 9).

Bundesbahn und Bundespost hatten am 31. Dezember 1983 — wie auch im Vorjahr — keine Kredite in Anspruch genommen. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu den Positionen „Kassenkredite (Buchkredite)“ und „Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“ verwiesen.

Kredite an Bundesbahn und Bundespost

Der Wertpapierbestand der Bank — im wesentlichen Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost — erhöhte sich im Berichtsjahr infolge von Offenmarkttransaktionen per saldo um 2 387,9 Mio DM auf 7 797,3 Mio DM.

Wertpapiere

Über das unter Führung der Bank stehende Bundesanleihe-Konsortium wurden im Jahre 1983 dreizehn Anleihen im Gesamtbetrag von 17 900 Mio DM (1982 fünfzehn Anleihen in Höhe von 20 000 Mio DM) begeben. Von diesen Anleihen übernahm das Konsortium 13 650 Mio DM; der Rest wurde dem Marktpflegebestand zugeführt.

Emission von Anleihen

Am Jahresende 1983 betrug der Umlauf von Anleihen der Bundesrepublik Deutschland 66 047,1 Mio DM (Ende 1982 55 882,5 Mio DM), der Deutschen Bundesbahn 15 745,3 Mio DM (Ende 1982 16 733,0 Mio DM) und der Deutschen Bundespost 10 708,3 Mio DM (Ende 1982 9 930,6 Mio DM).

Anleiheemissionen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost im Jahre 1983							
Emittent	Anleihebetrag in Mio DM		Konditionen				Verkaufs- beginn
	ins- gesamt	darunter über das Bundes- anleihe- Konsortium plaziert	Nominal- zinssatz %	Laufzeit in Jahren	Aus- gabe- kurs %	Rendite %	
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	7,50	10	99,25	7,61	3. 1.
Deutsche Bundesbahn	850	700	7,75	10	99,50	7,82	26. 1.
Deutsche Bundespost	1 000	800	7,75	10	99,50	7,82	11. 2.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	7,50	10	99,75	7,54	1. 3.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	7,50	8	100	7,50	9. 5.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,25	10	99,50	8,33	7. 6.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8	10	99,25	8,11	7. 7.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,25	10	99,50	8,33	5. 8.
Deutsche Bundespost	800	650	8,50	10	100,25	8,46	8. 9.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,25	10	99,50	8,33	3.10.
Deutsche Bundesbahn	850	700	8,25	10	100	8,25	17.10.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,25	10	100,25	8,21	1.11.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,25	10	99,25	8,36	7.12.

Unter Mitwirkung der Bank an der Abwicklung des Verkaufs über Kreditinstitute sowie mit eigener Beteiligung der Bank am Verkauf wurden im Jahre 1983 Bundesschatzbriefe im Betrage von 3 815,6 Mio DM (brutto) bei privaten Erwerbern untergebracht (1982 2 870,2 Mio DM).

Emission von Bundesschatzbriefen

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde die Verzinsung der Bundesschatzbriefe in Anpassung an das Marktzinsniveau fünfmal erhöht und dreimal gesenkt.

Brutto-Absatz, Zinssätze und Renditen von Bundesschatzbriefen im Jahre 1983												
Ausgaben	Verkaufszeitraum 1983	Brutto-Absatz in Mio DM			Zinssätze (Z) und Renditen (R) in bzw. nach dem							
		zu- sam- men	Bundes- schatz- briefe A 1)	Bundes- schatz- briefe B 2)	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	
					Jahr der Laufzeit in % p. a.							
1982/ 13 + 14	3) 3.1.-12.1.	4) 319,6	149,9	169,7	Z	5,00	7,00	7,50	8,00	8,25	8,50	
					R	5,00	5,97	6,45	6,80	7,05	7,25	
1983/ 1 + 2	13.1.-16.3.	791,2	378,3	412,9	Z	5,00	6,50	7,00	7,25	7,75	8,50	
					R	5,00	5,73	6,13	6,38	6,62	6,88	
1983/ 3 + 4	22.3.-21.4.	225,6	104,0	121,6	Z	4,00	5,50	6,00	7,00	7,50	8,25	
					R	4,00	4,73	5,13	5,56	5,90	6,23	
1983/ 5 + 6	22.4.-17.5.	112,6	55,4	57,2	Z	4,00	5,50	6,50	7,50	8,00	8,50	
					R	4,00	4,73	5,29	5,79	6,18	6,50	
1983/ 7 + 8	18.5.-9.6.	71,1	30,9	40,2	Z	4,00	6,00	7,00	7,50	8,00	9,00	
					R	4,00	4,98	5,61	6,04	6,38	6,74	
1983/ 9 + 10	10.6.-19.7.	139,8	54,1	85,7	Z	4,00	6,00	7,50	8,50	9,00	9,50	
					R	4,00	4,98	5,77	6,38	6,83	7,20	
1983/ 11 + 12	20.7.-2.9.	184,6	61,2	123,4	Z	4,25	6,50	8,25	9,00	9,25	9,75	
					R	4,25	5,35	6,25	6,87	7,27	7,61	
1983/ 13 + 14	5.9.-29.12.	1 971,1	719,0	1 252,1	Z	5,50	8,00	8,00	8,50	8,50	10,00	
					R	5,50	6,71	7,11	7,42	7,60	7,93	
1984/ 1 + 2	30.12.-*)	5) —	5) —	5) —	Z	5,50	7,50	8,00	8,25	8,25	9,50	
					R	5,50	6,47	6,94	7,24	7,41	7,69	
Insgesamt	3.1.- 31.12.*)	3 815,6	1 552,8	2 262,8	Z	5,50	7,50	8,00	8,25	8,25	9,50	
					R	5,50	6,50	6,99	7,31	7,49	7,83	

1 Mit jährlicher Zinszahlung. — 2 Mit Zinsansammlung. — 3 Verkaufsbeginn am 7. 12. 1982. — 4 Absatz vom 7. 12. 1982 bis 31. 12. 1982 BSB/A 39,6 Mio DM. BSB/B 55,2 Mio DM = Insgesamt 94,8 Mio DM. — 5 Am 30. 12. 1983 nur Auftragsannahme per 2. 1. 1984. — * Der Verkauf der Ausgaben war am 31. 12. 1983 nicht beendet.

Aus früher begebenen Tranchen wurden dem Emittenten im Berichtsjahr Bundesschatzbriefe im Betrage von 97,7 Mio DM (1982 961,7 Mio DM) vor Fälligkeit zurückgegeben; weitere 1 225,5 Mio DM wurden bei Fälligkeit eingelöst. Der Umlauf an Bundesschatzbriefen erhöhte sich von 13 508,0 Mio DM (Ende 1982) auf 16 000,4 Mio DM am 31. Dezember 1983.

Emission von Bundesobligationen

Die als Daueremission mit einer Laufzeit von 5 Jahren in aufeinanderfolgenden Serien angebotenen Bundesobligationen wurden im Berichtsjahr weiter unter Mitwirkung der Bank über die Kreditinstitute sowie mit eigener Beteiligung der Bank am Verkauf abgesetzt.

Ex Emission gelangten diese Titel im Berichtsjahr im Betrage von 12 101,9 Mio DM (1982 13 133,8 Mio DM) an den Markt. Daneben blieben nach Abschluß der Begebung der jeweils aufliegenden Serie 1 050,8 Mio DM für die Marktpflege reserviert.

Die Konditionen der Bundesobligationen im Erstabsatz wurden im Verlauf des Berichtsjahres 26mal den veränderten Marktverhältnissen angepaßt.

Absatz und Emissionskonditionen von Bundesobligationen im Jahre 1983									
Bezeichnung der Serie	Verkaufsbeginn	Zinsausstattung %			Emissionsbetrag Mio DM				Datum der Börseneinführung
		Nominalzins-satz	Ausgabe-kurs	Rendite	Absatz		Kurs-pflege-quoten	ins-gesamt	
					je Aus-gabe-kurs	zu-sammen			
S. 35 v. 1982 (1987)	1) 3. 1.	7,50	100,00	7,50	1 520,4	2) 1 520,4	182,3	2 200	25. 1.
S. 36 v. 1983 (1988)	11. 1.	7,25	99,40	7,40	335,4	2 714,0	136,0	2 850	22. 3.
	13. 1.		100,00	7,25	444,7				
	9. 2.		98,80	7,55	324,7				
	15. 2.		99,60	7,35	247,4				
	25. 2.		100,00	7,25	385,7				
4. 3.	100,40	7,15	976,1						
S. 37 v. 1983 (1988)	9. 3.	6,75	99,20	6,94	233,4	538,2	61,8	600	3. 5.
	17. 3.		99,80	6,80	304,8				
S. 38 v. 1983 (1988)	22. 4.	7,00	99,60	7,10	78,0	338,8	61,2	400	30. 5.
	2. 5.		99,20	7,20	260,8				
S. 39 v. 1983 (1988)	18. 5.	7,25	99,80	7,30	82,3	82,3	17,7	100	8. 6.
S. 40 v. 1983 (1988)	27. 5.	7,50	99,60	7,60	49,9	163,8	36,2	200	21. 6.
	1. 6.		99,00	7,75	113,9				
S. 41 v. 1983 (1988)	10. 6.	8,00	100,00	8,00	1 189,6	3 382,2	217,8	3 600	12. 9.
	15. 6.		100,60	7,85	58,9				
	16. 6.		101,00	7,75	521,2				
	13. 7.		100,00	8,00	671,4				
	25. 7.		100,60	7,85	147,7				
3. 8.	100,00	8,00	793,4						
S. 42 v. 1983 (1988)	1. 9.	8,00	99,40	8,15	1 383,2	2 103,7	96,3	2 200	15. 12.
	5. 10.		100,00	8,00	285,3				
	10. 10.		100,60	7,85	435,2				
S. 43 v. 1983 (1988)	30. 11.	8,00	99,80	8,05	371,7	371,7	128,3	500	28. 12.
S. 44 v. 1983 (1988)	16. 12.	8,25	100,00	8,25	645,7	886,8	113,2	1 000	10. 1. 84
	23. 12.		100,60	8,10	241,1				
S. 45 v. 1984 (1989)	3) 30. 12.	8,00	100,00	8,00	4) —	4) —	3) —	3) —	15. 3. 84

1 Verkaufsbeginn am 7. 12. 1982. — 2 Absatz vom 7. 12. 1982 — 31. 12. 1982 = 497,3 Mio DM. — 3 Der Verkauf der Serie war am 31. 12. 1983 nicht beendet. — 4 Am 30. 12. 1983 nur Auftragsannahme per 2. 1. 1984.

Der Umlauf an Bundesobligationen betrug am Jahresende 1983 48 403,8 Mio DM (Ende 1982 35 417,4 Mio DM).

Durch Vermittlung der Bank wurden im Jahre 1983 in vier Ausschreibungen (Tenderverfahren) sechs Emissionen von Schatzanweisungen (Kassenobligationen) der Bundesrepublik Deutschland im Betrage von 4 511,8 Mio DM (im Vorjahr bei drei Ausschreibungen 3 234,8 Mio DM) plziert.

Emission von Kassenobligationen

Im Jahre 1983 im Wege der Ausschreibung (Tenderverfahren) verkaufte Schatzanweisungen (Kassenobligationen) der Bundesrepublik Deutschland						
Emittent	Betrag Mio DM	Nominalzinssatz %	Laufzeit in Jahren	Verkaufskurs %	Emissionsrendite %	Verkaufsmonat
Bundesrepubl. Deutschland	1 307,4	7	3	99,70	7,11	Januar
Bundesrepubl. Deutschland	467,6	7,25	4	99,30	7,46	Januar
Bundesrepubl. Deutschland	770,8	6,75	4	99,20	6,99	März
Bundesrepubl. Deutschland	630,2	7,75	3	99,60	7,90	Juni
Bundesrepubl. Deutschland	329,5	8	4	100	8	Juni
Bundesrepubl. Deutschland	1 006,3	8	4	99,40	8,18	August

Am Jahresende 1983 betrug der Umlauf von Kassenobligationen der Bundesrepublik Deutschland 13 053,5 Mio DM (Ende 1982 8 957,6 Mio DM), der Deutschen Bundesbahn 1 543,4 Mio DM (Ende 1982 933,4 Mio DM) sowie der Deutschen Bundespost 2 100,9 Mio DM (Ende 1982 2 100,9 Mio DM).

Börseneinführungen

Die Bank hat die neu emittierten Anleihen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie die Serien 35 bis 43 der Bundesobligationen an allen deutschen Wertpapierbörsen in den amtlichen Handel und außerdem acht Ausgaben von Inhaberschuldverschreibungen der Lastenausgleichsbank in den geregelten Freiverkehr an der Düsseldorfer Wertpapierbörse eingeführt.

Ferner hat die Bank die neu emittierten Kassenobligationen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn und der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den geregelten Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse eingeführt.

Kurspflege

Die Bank hat im Berichtsjahr — wie in den Vorjahren — für Rechnung der Emittenten die Kurse der Anleihen des Bundes und seiner Sondervermögen, der Bundesobligationen, von Anleihen eines Landes sowie der Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank an den acht deutschen Wertpapierbörsen gepflegt.

Die Bank als Zahl- und Einzugsstelle für Anleihen

Als Zahl- und Einzugsstelle vornehmlich für Schuldverschreibungen des Bundes (einschließlich Auslandsbonds) und seiner Sondervermögen hat die Bank im Jahre 1983 731 700 Zinsscheine und fällige Stücke eingelöst bzw. zur Einlösung gebracht (im Vorjahr 1 492 271).

Deutsche Scheidemünzen

Der Bestand der Bank an deutschen Scheidemünzen belief sich Ende 1983 auf 1 013,6 Mio DM (Ende 1982 1 084,2 Mio DM). Dem Bund sind im Jahre 1983 für die von den Münzstätten übernommenen Münzen 437,4 Mio DM gutgeschrieben und für nicht mehr umlauffähige und eingeschmolzene Münzen 9,0 Mio DM belastet worden. Insgesamt hat die Bank in den Jahren 1948 bis 1983 für Rechnung des Bundes Münzen im Betrage von 11 305,8 Mio DM übernommen und 1 672,9 Mio DM nicht mehr umlauffähige oder aufgerufene Münzen eingelöst.

Der Gesamtbetrag der Ende 1983 im Umlauf befindlichen Münzen (8 619,3 Mio DM) ergibt bei Zugrundelegung der Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 30. September 1983 (61,4 Mio Einwohner) je Kopf der Bevölkerung einen Betrag von 140,37 DM gegenüber 131,81 DM im Vorjahr.

Im Berichtsjahr wurden die 5-DM-Gedenkmünzen „Karl Marx“ und „Martin Luther“ in den Verkehr gegeben.

Die Postscheckguthaben betragen am 31. Dezember 1983 unter Einschluß der unterwegs befindlichen Überweisungen der Zweiganstalten auf das Postscheckkonto der Bank (Direktorium) in Frankfurt am Main 238,5 Mio DM (1982 150,3 Mio DM). Die nicht für den laufenden Zahlungsverkehr benötigten Guthaben der Bank auf diesem Konto und auf dem Postscheckkonto der Landeszentralbank in Berlin werden täglich in abgerundeten Beträgen mit den Giroguthaben der Generalpostkasse bzw. des Postscheckamtes Berlin (West) verrechnet.

Postscheckverkehr mit Dritten								
Bereich	1982				1983			
	Von Dritten eingegangene Überweisungen		An Dritte ausgeführte Überweisungen		Von Dritten eingegangene Überweisungen		An Dritte ausgeführte Überweisungen	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
Landeszentralbank								
Baden-Württemberg	64 932	18 391,1	5 981	2 344,0	72 236	18 646,7	5 527	2 510,9
Bayern	40 666	13 148,4	6 802	6 545,5	41 179	13 162,0	8 048	7 337,3
Berlin	17 842	2 963,8	2 305	977,8	17 082	3 049,0	2 147	1 560,4
Bremen	4 654	380,8	94	0,0	4 741	388,0	103	0,0
Hamburg	114 112	18 913,2	1 306	317,2	115 076	19 818,7	2 031	594,7
Hessen	75 927	8 605,3	3 660	7 392,0	85 565	8 584,6	3 593	6 855,8
Niedersachsen	50 597	8 215,3	3 218	2 314,6	50 597	8 877,8	3 783	2 842,0
Nordrhein-Westfalen	141 715	22 885,4	10 789	7 202,3	141 105	23 852,3	10 454	7 909,3
Rheinland-Pfalz	18 858	1 278,3	4 161	825,6	18 771	1 194,6	3 943	820,6
Saarland	5 564	1 926,9	159	0,1	6 056	2 044,1	132	0,1
Schleswig-Holstein	4 768	84,9	723	0,5	5 088	72,3	638	7,7
Zusammen	539 635	96 793,4	39 198	27 919,6	557 496	99 690,1	40 399	30 438,8
Bundesbank – Direktorium –	5 169	1 912,1	828	3,3	4 991	2 249,2	842	3,8
Insgesamt	544 804	98 705,5	40 026	27 922,9	562 487	101 939,3	41 241	30 442,6

Die Grundstücke und Gebäude werden nach Zugängen von 231,8 Mio DM und Abschreibungen von 112,1 Mio DM mit 1 386,7 Mio DM ausgewiesen.

Grundstücke und Gebäude

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung von 119,2 Mio DM errechnet sich nach Zugängen in Höhe von 63,7 Mio DM und Abschreibungen von 52,2 Mio DM.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Position „Schwebende Verrechnungen“ enthält in der Hauptsache die am Jahresschluß innerhalb der Bank unterwegs befindlichen Fernübertragungen und -belastungen sowie die schwebenden Scheck- und Lastschriftverrechnungen. Der Saldo der schwebenden Verrechnungen belief sich am 31. Dezember 1983 auf 3 487,1 Mio DM gegenüber 2 970,4 Mio DM am Ende des Vorjahres.

Schwebende Verrechnungen

In der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ werden Ende 1983 3 977,0 Mio DM ausgewiesen gegenüber 3 411,6 Mio DM Ende 1982. Im wesentlichen enthält diese Position die im Jahre 1984 fällig werdenden, der Erfolgsrechnung des Berichtsjahres zuzurechnenden Zinsen aus Geldanlagen im Ausland und aus Wertpapieren (3 079,3 Mio DM gegenüber 2 514,0 Mio DM Ende 1982) und den aus der Abwicklung des innerdeutschen Verrechnungsverkehrs (kommerzieller Zahlungsverkehr nach dem „Berliner Abkommen“) stammenden Saldo von 480,7 Mio DM (1982 489,8 Mio DM). Die Regelungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs sind in Teil A, IV erläutert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Aus der in dieser Position ebenfalls enthaltenen 30%igen Beteiligung in Höhe von 75 Mio DM an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht für die Bank eine im Gesellschaftsvertrag vorgesehene Nachschußpflicht von maximal 225 Mio DM.

**Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich fast ausschließlich um im Berichtsjahr gezahlte, das Jahr 1984 betreffende Dienst- und Versorgungsbezüge.

*Passiva***Banknotenumlauf**

Der Banknotenumlauf wird zum 31. Dezember 1983 mit 96 073,0 Mio DM um 7 498,3 Mio DM höher ausgewiesen als Ende 1982.

Entwicklung des Bargeldumlaufs			
Mio DM			
Jahresende	Banknoten	Bundesmünzen	Bargeldumlauf insgesamt
1978	74 799,1	6 577,5	81 376,6
1979	79 385,6	6 988,7	86 374,3
1980	83 730,3	7 461,0	91 191,3
1981	83 790,3	7 816,6	91 606,9
1982	88 574,7	8 120,2	96 694,9
1983	96 073,0	8 619,3	104 692,3

Die Aufgliederung der im Umlauf befindlichen Banknoten und Bundesmünzen nach Stückelungen ergibt sich aus Anlage 3 des Berichts.

Die Bank hat auch im Berichtsjahr neue kursfähige Bundesbanknoten von den Druckereien übernommen und dem Zahlungsverkehr zugeführt oder hierfür bereitgestellt.

An nicht mehr umlauffähigen und an aufgerufenen Banknoten einschließlich Kleingeldzeichen wurden vernichtet:

	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Mio Stück	560,9	505,9	466,4	662,3	834,5	582,9
Mio DM	22 682,1	20 829,6	18 495,1	28 793,9	39 604,0	24 938,5.

Im Berichtsjahr liegen Stückzahl und Betrag der in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) im Zahlungsverkehr festgestellten falschen Bundesbanknoten deutlich unter den Vorjahrswerten.

Bei den Münzfälschungen ist der weitere Anstieg insbesondere auf den vermehrten Anfall falscher Münzen zu 1 DM und 2 DM zurückzuführen.

Im Zahlungsverkehr festgestellte Falsifikate				
Jahr	Bundesbanknoten		Bundesmünzen	
	Stück	Tsd DM	Stück	Tsd DM
1978	6 341	586,4	9 835	35,5
1979	3 388	296,6	7 405	24,3
1980	2 421	183,4	9 428	25,1
1981	2 896	219,1	17 172	34,3
1982	3 317	250,7	19 975	43,3
1983	2 156	181,7	26 607	56,1

Die Einlagen von Kreditinstituten auf Girokonten stellen im wesentlichen die bei der Bank zu unterhaltenden Mindestreserven dar. In der Unterposition „sonstige“ werden die Einlagen inländischer Kreditinstitute auf US-Dollar-Konten ausgewiesen. Am Jahreschluß ergaben sich im Vergleich zu 1982 folgende Bestände:

**Einlagen von
Kreditinstituten**

	31. 12. 1982 Mio DM	31. 12. 1983 Mio DM
Einlagen von Kreditinstituten auf Girokonten	51 854,9	52 681,2
sonstige	20,2	20,8
	<hr/> 51 875,1	<hr/> 52 702,0.

In der Position „Einlagen von öffentlichen Haushalten“ werden die laufenden Guthaben der öffentlichen Hand folgendermaßen ausgewiesen:

**Einlagen von
öffentlichen
Haushalten**

	31. 12. 1982 Mio DM	31. 12. 1983 Mio DM
Bund	723,6	1 516,8
Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	162,2	19,1
Länder	330,0	592,2
andere öffentliche Einleger	42,3	31,9
	<hr/> 1 258,1	<hr/> 2 160,0.

Die Einlagen von anderen inländischen Einlegern setzen sich wie folgt zusammen:

**Einlagen von anderen
inländischen
Einlegern**

	31. 12. 1982 Mio DM	31. 12. 1983 Mio DM
Bundesbahn	19,8	10,4
Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	2 865,8	2 561,8
sonstige Einleger	629,7	599,6
	<hr/> 3 515,3	<hr/> 3 171,8.

Von den Umsätzen auf den Girokonten wurden wie im Vorjahr stückzahl- und betragsmäßig fast 100% bargeldlos abgewickelt.

Giroverkehr, vereinfachter Scheck- und Lastschriftinzug

Jahresumsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank						
Umsatzart	1982			1983		
	Stückzahl	Betrag	Durchschnittsbetrag	Stückzahl	Betrag	Durchschnittsbetrag
	Tsd	Mio DM	Tsd DM	Tsd	Mio DM	Tsd DM
a) Gutschriften						
Barzahlungen	1 069	214 935	201,1	1 066	221 792	208,1
Verrechnungen mit Kontoinhabern	4 219	4 584 719	1 086,7	4 008	4 902 191	1 223,1
Platzübertragungen	78 972	4 764 580	60,3	83 408	5 373 283	64,4
Fernübertragungen	291 028	4 899 258	16,8	318 135	5 486 555	17,2
Scheck- und Lastschrift-einzug (Einreichungen)	1 097 794	2 041 085	1,9	1 158 858	2 153 736	1,9
Zusammen	1 473 082	16 504 577	—	1 565 475	18 137 557	—
b) Belastungen						
Barzahlungen	1 546	222 819	144,1	1 576	231 394	146,8
Verrechnungen mit Kontoinhabern	3 127	4 453 782	1 424,3	2 993	4 760 915	1 590,7
Platzübertragungen	78 972	4 764 580	60,3	83 408	5 373 283	64,4
Fernübertragungen	291 337	5 021 074	17,2	318 959	5 590 432	17,5
Scheck- und Lastschrift-einzug (Einlösungen)	1 098 323	2 038 695	1,9	1 158 833	2 150 089	1,9
Zusammen	1 473 305	16 500 950	—	1 565 769	18 106 113	—
c) Anteil am Gesamtumsatz (Gutschriften und Belastungen) in %						
Barzahlungen	0,09	1,33	—	0,08	1,25	—
Verrechnungen mit Kontoinhabern	0,25	27,38	—	0,22	26,66	—
Platzübertragungen	5,36	28,87	—	5,33	29,65	—
Fernübertragungen	19,76	30,06	—	20,35	30,56	—
Scheck- und Lastschrifteinzug (Einreichungen/Einlösungen)	74,54	12,36	—	74,02	11,88	—
Insgesamt	100,00	100,00	—	100,00	100,00	—

Die Umsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank haben sich im Jahre 1983 gegenüber dem Vorjahr stückzahlmäßig um 6% und betragsmäßig um 10% erhöht. Die Anzahl der ausgeführten Fernübertragungen nahm um 9% (1982 7%) zu. Die Einreichungen der Kreditinstitute in den vereinfachten Scheck- und Lastschrifteinzug stiegen der Stückzahl nach um rd. 6% (Vorjahr 7%). Nahezu gleichgeblieben ist die Anzahl der Barauszahlungen (1,6 Mio Stück) und Bareinzahlungen (1,1 Mio Stück).

Im Berichtsjahr wurden 99% der 530 Mio eingereichten Einzugspapiere und rd. 98% der 207 Mio eingereichten Überweisungsbelege sowie die auf Magnetband aufgezeichneten 629 Mio Lastschriften (im Vorjahr 579 Mio) und 112 Mio Überweisungen (im Vorjahr 105 Mio) von den Rechenzentren der Bank bearbeitet. Im beleglosen Datenträgeraustausch (DTA) sind gegenüber dem Vorjahr 8% mehr Zahlungen abgewickelt worden. Ihr Anteil macht inzwischen über die Hälfte (50,5%) des im automatisierten Verfahren eingereichten Zahlungsverkehrsmaterials aus. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 99% des gesamten Fernzahlungsverkehrs (Beleg- und DTA-Verkehr) automatisiert bearbeitet.

Entwicklung der Automatisierung im Fernverkehr														
Jahr	Eingereichte Einzugsaufträge							Eingereichte Fernüberweisungen						
	davon bearbeitet													
	im Belegverkehr							im Belegverkehr						
	insgesamt		konventionell		automatisiert		im beleglosen Datenträgeraustausch	insgesamt		konventionell		automatisiert		im beleglosen Datenträgeraustausch
	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %		Mio Stück	in %	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %	
1973	317	175	55	142	45	—	—	113	113	100	—	—	—	—
1974	374	142	38	232	62	0,2	0	123	75	61	48	39	0,1	0
1975	423	143	34	272	64	8	2	163	85	52	73	45	5	3
1976	501	83	17	313	62	105	21	174	62	36	83	48	29	16
1977	587	47	8	359	61	181	31	169	36	21	87	51	46	28
1978	694	31	5	412	59	251	36	183	26	14	89	49	68	37
1979	775	15	2	441	57	319	41	192	13	7	95	49	84	44
1980	873	11	1	473	54	389	45	230	7	3	125	54	98	43
1981	1 023	8	1	490	48	525	51	271	7	2	162	60	102	38
1982	1 098	7	1	512	46	579	53	291	6	2	180	62	105	36
1983	1 159	6	1	524	45	629	54	319	5	2	202	63	112	35

Bezieht man den Platz- und Abrechnungsverkehr, der — abgesehen vom Platzüberweisungsverkehr in Hamburg — noch nicht automatisiert ist, in die Berechnung mit ein, beläuft sich der Automatisierungsgrad im unbaren Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank auf 79%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Abrechnungsverkehr in zunehmendem Maße Magnetbänder mit Zahlungen zwischen Kreditinstituten am Bankplatz ausgetauscht werden; hierbei werden aber nur die Gesamtbeträge in diesem (konventionellen) Verfahren verrechnet.

Infolge der weiteren Automatisierung setzte sich der Trend zunehmender Verdichtung des hereingenommenen Zahlungsverkehrsmaterials auch im Jahre 1983 fort. So hat sich die Anzahl der auf den Girokonten zu buchenden Posten im Fernzahlungsverkehr seit 1973 — trotz gleichzeitigen Anwachsens der Zahlungsvorgänge von 430 Mio auf 1 478 Mio Stück — auf der Auslieferungsseite von 166 Mio auf inzwischen 29,3 Mio Stück verringert.

Der Verkauf von Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren gem. §§ 42 und 42a BBankG hat sich im Berichtsjahr mit 30 660,9 Mio DM gegenüber dem Vorjahr (29 165,4 Mio DM) leicht erhöht. Die Abgaben solcher Papiere konzentrierten sich weitgehend auf die Schatzwechsel, und zwar zum Zweck revolvingender Anlage von Geldern ausländischer Institutionen; mit inländischen Banken wurden im Berichtsjahr keine Transaktionen vorgenommen. Abgaben in Höhe von 30 519,7 Mio DM (1982 29 004,6 Mio DM) standen Einlösungen von 28 950,7 Mio DM (1982 29 361,9 Mio DM) gegenüber, so daß sich der Umlauf auf 6 070,8 Mio DM (Ende 1982 4 501,8 Mio DM) erhöht hat.

Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren

An Mobilisierungs- und Liquiditäts-U-Schätzen wurden 141,2 Mio DM (1982 160,8 Mio DM) begeben, so daß sich der Umlauf nach Einlösung von 65,8 Mio DM am 31. Dezember 1983 auf 225,2 Mio DM stellte (Ende 1982 149,8 Mio DM). Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten aus umlaufenden Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren am 31. Dezember 1983 6 296,0 Mio DM (Ende 1982 4 651,6 Mio DM).

Verkaufte und eingelöste Mobillierungs- und Liquiditätspapiere				
Mio DM				
Art der Papiere	1982	1983		
	am 31. 12. im Umlauf	verkauft	eingelöst	am 31. 12. im Umlauf
Schatzwechsel (Laufzeit bis zu 90 Tagen)	4 501,8	30 519,7	28 950,7	6 070,8
Unverzinsliche Schatzanweisungen (Laufzeit von 6 bis 24 Monaten)	149,8	141,2	65,8	225,2
Insgesamt	4 651,6	30 660,9	29 016,5	6 296,0

Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft

Die Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft haben sich Ende 1983 auf 9 780,5 Mio DM vermindert gegenüber 12 035,0 Mio DM Ende 1982. Abgenommen haben vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Währungsbehörden. Im einzelnen setzten sich die Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft wie folgt zusammen:

	31. 12. 1982		31. 12. 1983	
	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM
Einlagen ausländischer Einleger				
Banken	9 108,6		9 380,5	
sonstige Einleger	401,4	9 510,0	383,1	9 763,6
		<hr/>	<hr/>	
sonstige				
Deckungsanschaffungen für Akkreditive u. a.	11,3		12,0	
verschiedene Verbindlichkeiten	2 513,7	2 525,0	4,9	16,9
		<hr/>	<hr/>	
		12 035,0		9 780,5.

Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte

Der Ausgleichsposten zu den vom Internationalen Währungsfonds zugeteilten und auf der Aktivseite in der Unterposition 2.3 ausgewiesenen Sonderziehungsrechten entspricht den Zuteilungen von SZR an die Bundesrepublik in den Jahren 1970 bis 1972 sowie 1979 bis 1981 über insgesamt 1 210,8 Mio SZR.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen

Den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden zur Zahlung der Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenbezüge 133,9 Mio DM entnommen. Nach einer Zuführung von 163,9 Mio DM betragen sie am 31. Dezember 1983 2 066,0 Mio DM gegenüber 2 036,0 Mio DM Ende 1982.

sonstige Rückstellungen

Den sonstigen Rückstellungen wurden 244,0 Mio DM entnommen und 2 100,2 Mio DM zugeführt. Ende 1983 belaufen sie sich damit auf insgesamt 4 126,2 Mio DM (Ende 1982 2 270,0 Mio DM). Sie dienen vorwiegend zur Deckung allgemeiner Wagnisse im In- und Auslandsgeschäft sowie von Risiken aus schwebenden Terminengagements (s. a. nachstehende Erläuterungen zur Ertragsposition „Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen sowie aus Bewertung der Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungspositionen“).

In der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ werden 159,9 Mio DM ausgewiesen gegenüber 186,4 Mio DM Ende 1982.

**Sonstige
Verbindlichkeiten**

141

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten beliefen sich am 31. Dezember 1983 auf 380,8 Mio DM (Ende 1982 675,7 Mio DM). Wie bisher sind in dieser Position vor allem im Berichtsjahr vereinnahmte, auf das nächste Jahr entfallende Zinsen auf In- und Auslandswechsel sowie US-Schatzwechsel enthalten.

**Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Das Grundkapital der Bank, das dem Bund zusteht, beträgt gemäß § 2 BBankG 290 Mio DM.

Grundkapital

Aus dem Bilanzgewinn 1982 sind auf Grund des Beschlusses des Zentralbankrats vom 7. April 1983 der gesetzlichen Rücklage 239,2 Mio DM zugeführt worden. Nach dieser Zuweisung beträgt die gesetzliche Rücklage 4 428,7 Mio DM; sie erreichte damit die gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze von 5% des Banknotenumlaufs, der sich Ende 1982 auf 88 574,7 Mio DM belief. Die sonstigen Rücklagen hatten bereits Ende 1980 die gesetzliche Höchstgrenze von 290 Mio DM erreicht.

Rücklagen

Hierzu wird auf die Ausführungen auf Seite 144 des Berichts verwiesen.

Bilanzgewinn

Die Eventualverbindlichkeiten und -forderungen betragen 0,1 Mio DM gegenüber 1,2 Mio DM Ende 1982.

**Eventualverbindlich-
keiten und
-forderungen**

Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwands- und Ertragsvergleich					
Mio DM					
Aufwand	1982	1983	Ertrag	1982	1983
Zinsen für Devisenpensions- und Swappeschäfte mit inländischen Kreditinstituten	14,0	20,0	Zinsen für Geldanlagen im Ausland	8 044,8	9 386,1
Zinsen für Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere	360,1	248,1	Kredite an inländische Kreditinstitute	5 011,9	2 922,2
Sonstige Zinsen	10,3	10,2	Ausgleichsforderungen	244,1	81,4
	384,4	278,3	Wertpapiere	407,0	594,0
Verwaltungskosten			Kassenkredite (Buchkredite)	173,9	90,7
persönliche	700,3	719,8	Sonstige Zinsen	3,5	8,3
sächliche	155,7	164,4		13 885,2	13 082,7
Notendruck	139,5	153,9	Gebühren	16,4	19,0
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	156,8	164,4	Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen sowie aus Bewertung der Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungspositionen	—	2 140,1
Zuweisungen an Rückstellungen			Sonstige Erträge	103,5	99,1
Pensionsverpflichtungen	192,3	163,9			
sonstige	594,0	1 856,2			
Versorgungsleistungen wegen Reichsbank	30,9	28,9			
Sonstige Aufwendungen	33,9	40,6			
Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen	310,7	—			
Jahresüberschuß (= Bilanzgewinn)	11 306,6	11 770,5			
Insgesamt	14 005,1	15 340,9	Insgesamt	14 005,1	15 340,9

Ertrag

Zinsen	1982	1983
	Mio DM	Mio DM
Die Zinserträge in Höhe von	13 885,2	13 082,7
werden nach Abzug der Zinsaufwendungen von	384,4	278,3
in der Gewinn- und Verlustrechnung mit ausgewiesen.	13 500,8	12 804,4

Die Zinseinnahmen waren im Berichtsjahr mit insgesamt 13 082,7 Mio DM um 802,5 Mio DM niedriger als im Jahre 1982. Die Zinserträge im Auslandsgeschäft sind trotz rückläufiger Entwicklung der Zinssätze von 8 044,8 Mio DM auf 9 386,1 Mio DM angestiegen. Hierbei hat im wesentlichen eine Rolle gespielt, daß wie im Vorjahr die DM-Abwertung den DM-Gegenwert der in Dollar erhaltenen Zinsen steigen ließ. Die Einnahmen aus Krediten an inländische Kreditinstitute — Inlandswechsel, Wertpapierpensionsgeschäfte, Lombardforderungen und im Inland angekaufte Auslandswechsel — dagegen ermäßigten sich vor allem infolge der niedrigeren Zinssätze um 2 089,7 Mio DM auf 2 922,2 Mio DM. Die Zinseinnahmen aus Wertpapieren stiegen bei höheren Beständen um 187,0 Mio DM auf 594,0 Mio DM. Die Zinsen für Ausgleichsforderungen verringerten sich um 162,7 Mio DM auf 81,4 Mio DM, da die Ausgleichsforderungen seit 1. Januar 1983 nicht mehr mit 3%, sondern mit 1% verzinst werden. Die übrigen Zinserträge haben sich insbesondere als Folge der rückläufigen Zinseinnahmen aus Kassenkrediten von 177,4 Mio DM auf 99,0 Mio DM verringert.

Die Zinsaufwendungen sind mit 278,3 Mio DM um 106,1 Mio DM niedriger als im Vorjahr. Für Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes (Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere gemäß §§ 42 und 42a BBankG) sind Kosten in Höhe von 248,1 Mio DM gegenüber 360,1 Mio DM im Vorjahr entstanden, für Devisenpensions- und Swapgeschäfte wurden 20,0 Mio DM (Vorjahr 14,0 Mio DM) aufgewendet.

Gebühren Die Gebühreneinnahmen beliefen sich auf 19,0 Mio DM gegenüber 16,4 Mio DM im Vorjahr.

Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen sowie aus Bewertung der Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungspositionen Die in dieser Position ausgewiesenen Erträge von 2 140,1 Mio DM sind sowohl beim An- und Verkauf von Fremdwährungen als auch vornehmlich auf Grund der Kursveränderungen der DM gegenüber dem Sonderziehungsrecht (SZR) angefallen. Hierin enthaltene Bewertungsgewinne sind als Rückstellungen einbehalten. Die auf US-Dollar lautenden Forderungen sind unverändert mit 1,7275 DM bewertet. (Im Vorjahr waren Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen in Höhe von 310,7 Mio DM vorgenommen worden.)

Sonstige Erträge Die sonstigen Erträge werden mit 99,1 Mio DM ausgewiesen (103,5 Mio DM im Vorjahr).

Aufwand

Verwaltungskosten persönliche Die persönlichen Verwaltungskosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 19,5 Mio DM auf 719,8 Mio DM. Ausschlaggebend hierfür waren die besoldungs- bzw. tarifrechtlichen Aufbesserungen der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Im Jahre 1983 blieb die Zahl der Beschäftigten nahezu unverändert; sie verminderte sich um 7 auf 15 024. Darin enthalten sind 84 Auszubildende, die im Berichtszeitraum eingestellt wurden und auf neu geschaffenen Ausbildungsplätzen beschäftigt werden.

Beschäftigte der Deutschen Bundesbank										
Beschäftigte	Anfang 1983					Anfang 1984				
	Direktorium	Landeszentralbanken	insgesamt 1)	davon:		Direktorium	Landeszentralbanken	insgesamt 1)	davon:	
				männlich	weiblich				männlich	weiblich
Beamte	880	5 419	6 299	5 832	467	905	5 484	6 389	5 894	495
Angestellte	1 600	6 054	7 654	3 568	4 086	1 575	5 984	7 559	3 534	4 025
Arbeiter	237	841	1 078	217	861	225	851	1 076	200	876
Zusammen	2 717	12 314	15 031	9 617	5 414	2 705	12 319	15 024	9 628	5 396
1 darunter:										
a) außerhalb der Bank tätige oder beurlaubte Beamte und Angestellte										
			77					88		
b) Beamtenanwärter und Auszubildende										
			680					704		
c) Teilzeitbeschäftigte										
Beamte und Angestellte										
			477					475		
Arbeiter										
			729					744		

Die Bezüge der Organmitglieder der Bank beliefen sich im Berichtsjahr auf 7 194 997,51 DM. Frühere Mitglieder des Direktoriums der Bank bzw. des Zentralbankrats sowie des Direktoriums der Bank deutscher Länder und der Vorstände der Landeszentralbanken einschließlich deren Hinterbliebene erhielten Bezüge in Höhe von 7 574 512,63 DM.

Die Bank hat im Jahre 1983 wiederum eine Reihe von Tarifverträgen abgeschlossen, durch die die Rechtsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter jeweils denen der entsprechenden Arbeitnehmer des Bundes angeglichen wurden.

Änderungen auf personalrechtlichem Gebiet

Die sächlichen Verwaltungskosten haben sich im Geschäftsjahr 1983 um 8,7 Mio DM auf 164,4 Mio DM erhöht.

Verwaltungskosten sächliche

Die Ausgaben für den Notendruck beliefen sich auf 153,9 Mio DM gegenüber 139,5 Mio DM im Vorjahr.

Notendruck

Die Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sind ebenso wie die Zuweisungen an die Rückstellungen bei den jeweiligen Bilanzpositionen erläutert.

Abschreibungen und Zuweisungen an Rückstellungen

Die Leistungen für die unter das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Angehörigen der ehemaligen Deutschen Reichsbank und sonstigen Personen, zu deren Versorgung die Bank gemäß § 41 BBankG verpflichtet ist, sind im Berichtsjahr mit 28,9 Mio DM gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurückgegangen.

Versorgungsleistungen wegen Reichsbank

Die sonstigen Aufwendungen werden mit 40,6 Mio DM ausgewiesen (33,9 Mio DM im Vorjahr).

Sonstige Aufwendungen

Jahresüberschuß

Bilanzgewinn			DM
	Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1983 schließt ab mit einem Jahresüberschuß von		11 770 539 360,98,
	der in der Bilanz als Bilanzgewinn (Reingewinn) ausgewiesen wird.		
Gewinnverteilungs- vorschlag	Das Direktorium schlägt dem Zentralbankrat gemäß § 27 BBankG vor,	DM	
	der gesetzlichen Rücklage	374 900 000, —	
	und dem Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	30 000 000, —	404 900 000, —
	zuzuführen.		
	Der Restbetrag von		11 365 639 360,98
	wird an den Bund abgeführt.		

Nach dieser Zuweisung wird die gesetzliche Rücklage 4 803 600 000, — DM betragen; sie erreicht damit wie im Vorjahr die gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze von 5% des Banknotenumlaufs, der sich Ende 1983 auf 96 073 021 755, — DM belief. Die sonstigen Rücklagen haben bereits Ende 1980 die gesetzliche Höchstgrenze von 290 000 000, — DM erreicht.

Frankfurt am Main, im April 1984

Deutsche Bundesbank
Das Direktorium
Pöhl Dr. Schlesinger
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

Teil C: Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen

Im Jahre 1983 konnte die Deutsche Bundesbank — nach einem Gewinnausweis für das Jahr 1982 — dem Ankaufsfonds erneut den in § 27 Nr. 3 BBankG vorgesehenen Betrag von 30 Mio DM zuweisen. Daneben flossen dem Fonds Zins- und Tilgungsleistungen der Schuldner der Ausgleichsforderungen in Höhe von 121,9 Mio DM und Zinsen aus der kurzfristigen Anlage verfügbarer Fondsmittel in Höhe von 2,4 Mio DM zu. Zusammen mit dem aus dem Geschäftsjahr 1982 übernommenen Betrag von 69,7 Mio DM ergaben diese Mittel 224,0 Mio DM. 63,9 Mio DM davon flossen dem Fonds allerdings erst am Jahresende 1983 zu, sie können deshalb erst 1984 eingesetzt werden.

Zum Ankauf von Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen und zur Befriedigung von Gläubigern von Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 3 (lineare Übernahme) wurden 1983 159,0 Mio DM aufgewendet. Davon entfielen auf Ankäufe 7,2 Mio DM und auf die lineare Übernahme von Ausgleichsforderungen 151,8 Mio DM.

Für Ankäufe von Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes, und zwar fast ausschließlich für Ankäufe von Versicherungen, insbesondere Pensionskassen, wurden 1983 7,1 Mio DM benötigt. Die Ankäufe kleiner Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes erforderten 1983 nur 0,1 Mio DM.

Nach § 9 Abs. 3 des Tilgungsgesetzes wurden Mitte 1983 zum Abschluß der 1980 begonnenen elften Übernahmerunde für 42,0 Mio DM vier Prozent der Ausgleichsforderungen gegen das Land Nordrhein-Westfalen linear in den Ankaufsfonds übernommen. Gleichzeitig wurde die zwölfte Übernahmerunde fortgesetzt durch Übernahme von vier Prozent der Ausgleichsforderungen gegen die Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen im Gesamtbetrag von 109,8 Mio DM.

Am 31. Dezember 1983 standen dem Fonds einschließlich der am Jahresende fälligen Zins- und Tilgungsleistungen flüssige Mittel in Höhe von 65,0 Mio DM für das Geschäftsjahr 1984 zur Verfügung; sie waren fast vollständig in Mobiliierungspapieren (Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes) sowie festverzinslichen Wertpapieren angelegt.

Die folgenden Tabellen zeigen, wie sich der Bestand der Ausgleichsforderungen im Ankaufsfonds entwickelt hat:

Entwicklung des Bestandes an Ausgleichsforderungen im Jahre 1983				
Zinssatz	Anfangskapital 1)			Restkapital 2)
	Bestand am 31. 12. 1982	Zugang durch Ankauf und lineare Übernahme	Bestand am 31. 12. 1983	Bestand am 31. 12. 1983
%	DM			
3	1 260 381 716,22	169 650 558,77	1 430 032 274,99	809 415 835,46
3½	1 189 484 663,43	103 540 774,69	1 293 025 438,12	686 423 950,30
4½	216 350 626,01	10 003 280,23	226 353 906,24	101 782 397,15
Insgesamt	2 666 217 005,66	283 194 613,69	2 949 411 619,35	1 597 622 182,91
1 In den Schuldbüchern des Bundes und der Länder eingetragene Beträge. — 2 Anfangskapital abzüglich der seit 1956 von den Schuldern geleisteten Tilgungen.				

Entwicklung des Bestandes an Ausgleichsforderungen seit 1955		
DM		
Jahresende	Anfangskapital 1)	Restkapital 2)
1955	108 396 391,27	108 396 391,27
1960	371 740 085,95	341 234 755,36
1965	703 142 136,—	598 337 798,45
1970	1 160 453 380,90	903 459 798,30
1975	1 597 854 122,97	1 104 783 377,06
1980	2 275 559 720,23	1 346 135 453,41
1983	2 949 411 619,35	1 597 622 182,91

1 In den Schuldbüchern des Bundes und der Länder eingetragene Beträge. — 2 Anfangskapital abzüglich der seit 1956 von den Schuldern geleisteten Tilgungen.

Der zur Veröffentlichung im Bundesanzeiger bestimmte Bericht über den Stand des Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen am 31. Dezember 1983 wird als Anlage 2 beigefügt.

Frankfurt am Main, im April 1984

Deutsche Bundesbank
Das Direktorium
 Pöhl Dr. Schlesinger
 Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

Teil D: Bericht des Zentralbankrats

Der Jahresabschluß der Deutschen Bundesbank für 1983 sowie der Bericht über den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen nach dem Stand am 31. Dezember 1983 sind von der Treuarbeit Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main, und der Dr. Wollert — Dr. Elmendorff KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden, die der Zentralbankrat nach § 26 BBankG zu Abschlußprüfern bestellt hatte.

Die Abschlußprüfer haben in ihren Prüfungsvermerken uneingeschränkt bestätigt, daß der Jahresabschluß 1983 und die Buchführung nach dem Buchungsstand vom 31. Dezember 1983 den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen ordnungsmäßig verwaltet wurde.

Der Zentralbankrat hat den Jahresabschluß für 1983 am 12. April 1984 festgestellt und dem Vorschlag des Direktoriums zur Gewinnverteilung zugestimmt. Gleichzeitig hat er den Bericht über den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen nach dem Stand am 31. Dezember 1983 genehmigt.

Seit der Veröffentlichung des Geschäftsberichts für das Jahr 1982 haben sich in den Organen der Deutschen Bundesbank folgende Veränderungen ergeben:

In den Ruhestand sind getreten
mit Ablauf des 31. Dezember 1983

der Vizepräsident der Landeszentralbank in Bremen
Herr Joachim Treskow,

der Vizepräsident der Landeszentralbank im Saarland
Herr Dr. Herwald Schmidt.

Wiederbestellt wurden
mit Wirkung vom 1. April 1984

Herr Dr. Leonhard Gleske
zum Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank,

Herr Dr. Kurt Nemitz
zum Präsidenten der Landeszentralbank in Bremen.

Neu bestellt wurden
mit Wirkung vom 1. Januar 1984

Herr Johannes Kremers
zum Vizepräsidenten der Landeszentralbank in Bremen,

Herr Erhard Dauzenroth
zum Vizepräsidenten der Landeszentralbank im Saarland.

Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Deutschen Bundesbank spricht der Zentralbankrat – zugleich im Namen des Direktoriums und der Vorstände der Landeszentralbanken – für ihre im Jahre 1983 geleistete treue und verständnisvolle Mitarbeit seinen Dank aus. Er würdigt auch die unverändert vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen.

Frankfurt am Main, im April 1984

Karl Otto Pöhl
Präsident der Deutschen Bundesbank

Anlagen zu Teil B und C

Bilanz der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 1983

152 Aktiva

	DM	DM
1 Gold		13 687 518 821,70
2 Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte		
2.1 Ziehungsrechte in der Reservetranche	7 704 995 904,47	
2.2 Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen	2 503 753 315,47	
2.3 Sonderziehungsrechte	<u>4 394 093 223,27</u>	14 602 842 443,21
3 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems		
3.1 Guthaben in ECU aus der vorläufigen Einbringung von Gold- und Dollarreserven abzüglich: Unterschiedsbetrag zwischen ECU-Wert und Buchwert der eingebrachten Reserven	39 427 465 065,26 <u>26 931 352 795,17</u>	12 496 112 270,09
3.2 Guthaben in ECU aus Übertragungen von anderen Zentralbanken	2 948 265 202,61	
3.3 sonstige Forderungen	—	15 444 377 472,70
4 Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland		37 794 134 872,01
5 Sorten		24 702 660,28
6 Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland		
6.1 Kredite im Rahmen des mittelfristigen EG-Währungsbeistands	—	
6.2 sonstige Kredite an ausländische Währungsbehörden	—	
6.3 Kredite an die Weltbank	<u>2 455 698 000,—</u>	2 455 698 000,—
7 Auslandswechsel		9 448 413 313,03
8 Inlandswechsel		46 586 494 032,07
9 Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere		16 168 428 764,19
10 Lombardforderungen		13 294 767 600,—
11 Kassenkredite (Buchkredite)		
11.1 Bund	—	
11.2 Lastenausgleichsfonds	—	
11.3 Länder	<u>901 461 161,—</u>	901 461 161,—
12 Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		
12.1 Bund	—	
12.2 Länder	—	—
13 Ausgleichsforderungen an den Bund und unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin		8 683 585 988,93
14 Kredite an Bundesbahn und Bundespost		
14.1 Kassenkredite (Buchkredite)	—	
14.2 Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	—	—
15 Wertpapiere		7 797 296 367,86
16 Deutsche Scheidemünzen		1 013 595 490,31
17 Postscheckguthaben		238 460 118,22
18 Grundstücke und Gebäude		1 386 734 046,63
19 Betriebs- und Geschäftsausstattung		119 197 520,—
20 Schwebende Verrechnungen		3 487 067 278,42
21 Sonstige Vermögensgegenstände		3 977 014 522,37
22 Rechnungsabgrenzungsposten		36 319 647,17
Rückgriffsrechte aus Eventualverbindlichkeiten	120 915,41	
		<u>197 148 110 120,10</u>

	DM	DM
1 Banknotenumlauf		96 073 021 755,—
2 Einlagen von Kreditinstituten		
2.1 auf Girokonten	52 681 187 153,80	
2.2 sonstige	<u>20 806 879,24</u>	52 701 994 033,04
3 Einlagen von öffentlichen Haushalten		
3.1 Bund	1 516 855 097,56	
3.2 Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	19 061 434,78	
3.3 Länder	592 170 986,02	
3.4 andere öffentliche Einleger	<u>31 895 018,28</u>	2 159 982 536,64
4 Einlagen von anderen inländischen Einlegern		
4.1 Bundesbahn	10 352 938,13	
4.2 Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	2 561 795 993,95	
4.3 sonstige Einleger	<u>599 602 662,15</u>	3 171 751 594,23
5 Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren		6 296 000 000,—
6 Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft		
6.1 Einlagen ausländischer Einleger	9 763 614 339,73	
6.2 sonstige	<u>16 888 193,45</u>	9 780 502 533,18
7 Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte		3 452 712 184,40
8 Rückstellungen		
8.1 für Pensionsverpflichtungen	2 066 000 000,—	
8.2 sonstige Rückstellungen	<u>4 126 200 000,—</u>	6 192 200 000,—
9 Sonstige Verbindlichkeiten		159 888 090,42
10 Rechnungsabgrenzungsposten		380 818 032,21
11 Grundkapital		290 000 000,—
12 Rücklagen		
12.1 gesetzliche Rücklage	4 428 700 000,—	
12.2 sonstige Rücklagen	<u>290 000 000,—</u>	4 718 700 000,—
13 Bilanzgewinn		11 770 539 360,98
Eventualverbindlichkeiten	120 915,41	

197 148 110 120,10

Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1983

154 Aufwand

	DM	DM
1 Verwaltungskosten		
1.1 persönliche	719 779 045,37	
1.2 sächliche	164 355 275,02	884 134 320,39
2 Notendruck		153 904 872, —
3 Abschreibungen		
3.1 auf Grundstücke und Gebäude	112 117 602,75	
3.2 auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	52 236 397,50	164 354 000,25
4 Zuweisungen an Rückstellungen		
4.1 Pensionsverpflichtungen	163 932 755,94	
4.2 sonstige	1 856 200 000, —	2 020 132 755,94
5 Versorgungsleistungen wegen Reichsbank		28 886 802,48
6 Sonstige Aufwendungen		40 628 365,03
7 Jahresüberschuß (= Bilanzgewinn)		11 770 539 360,98
		<u>15 062 580 477,07</u>

Ertrag

	DM
1 Zinsen	12 804 360 709,91
2 Gebühren	19 020 163,83
3 Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen sowie aus Bewertung der Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungspositionen	2 140 101 448,19
4 Sonstige Erträge	99 098 155,14
	<u>15 062 580 477,07</u>

Frankfurt am Main, den 8. Februar 1984

Deutsche Bundesbank
Das Direktorium
Pöhl Dr. Schlesinger
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Frankfurt am Main, den 12. März 1984

Treuarbeit Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Wollert — Dr. Elmendorff KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Scholz
Wirtschaftsprüfer

Goldbach
Wirtschaftsprüfer

Thoennes
Wirtschaftsprüfer

Euskirchen
Wirtschaftsprüfer

Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen

Stand am 31. Dezember 1983

	Ausgleichs- forderungen (Restkapital) DM	Verfügbare Mittel DM	Verbindlich- keiten DM	Gesamtes Fondsvermögen DM	155
Stand am 31. Dezember 1982	1 508 401 752,35	69 740 197,43	64 032,49	1 578 077 917,29	
Zuführung aus dem Reingewinn 1982 der Deutschen Bundesbank	—	30 000 000,—	—	30 000 000,—	
Ankauf und lineare Übernahme von Ausgleichsforderungen	158 992 679,45	./ 158 992 679,45	—	—	
Tilgungen	./ 69 772 248,89	69 772 248,89	—	—	
Zinsen					
auf Ausgleichsforderungen	—	52 129 029,05	—	52 129 029,05	
aus vorübergehender Anlage der Barmittel des Fonds	—	1 831 074,60	—	1 831 074,60	
auf Wertpapiere	—	568 679,66	—	568 679,66	
Stand am 31. Dezember 1983	1 597 622 182,91	65 048 550,18	64 032,49	1 662 606 700,60	

Frankfurt am Main, den 8. Februar 1984

Deutsche Bundesbank
Das Direktorium
Pöhl Dr. Schlesinger
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

Ausweise der Deutschen Bundesbank*)

Aktiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	Währungsreserven		Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte				Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems 1)					Devisen und Sorten	
	ins- gesamt	Gold	zusam- men	Zie- hungs- rechte in der Reserve- tranche	Kredite auf Grund von be- sonde- ren Kre- ditver- einbar- ungen	Sonder- zie- hungs- rechte	zusam- men	Gutha- ben in Europä- ischen Wäh- rungs- einhei- ten (ECU)	Gutha- ben in ECU aus der vor- läufigen Einbrin- gung von Gold- und Dol- larreser- ven nach Abzug des Unter- schieds- betrages zwischen ECU-Wert und Buch- wert der einge- brachten Reserven	Gutha- ben in ECU aus Übertra- gungen von an- deren Zentral- banken	sonstige Forde- rungen	zusam- men	Gutha- ben bei ausländi- schen Banken und Geld- markt- anlagen im Ausland
1983													
7. 1.	108 398	13 688	12 204	4 163	3 159	4 882	43 685	41 565	—	—	2 120	38 821	38 796
15. 1.	109 087	13 688	12 447	4 528	3 159	4 760	43 685	41 565	—	—	2 120	39 267	39 242
23. 1.	111 912	13 688	12 494	4 541	3 159	4 794	43 685	41 565	—	—	2 120	42 045	42 020
31. 1.	110 194	13 688	13 321	5 291	3 159	4 871	43 653	41 533	—	—	2 120	39 532	39 506
7. 2.	110 478	13 688	13 296	5 290	3 159	4 847	43 653	41 533	—	—	2 120	39 841	39 815
15. 2.	110 607	13 688	13 471	5 289	3 159	5 023	42 616	42 616	—	—	—	40 832	40 807
23. 2.	112 336	13 688	13 469	5 287	3 159	5 023	42 616	42 616	—	—	—	42 563	42 537
28. 2.	113 206	13 688	13 731	5 287	3 421	5 023	42 613	42 578	—	—	35	43 174	43 149
7. 3.	119 310	13 688	14 274	5 830	3 421	5 023	43 507	42 578	—	—	929	47 841	47 816
15. 3.	122 561	13 688	14 273	5 830	3 421	5 022	47 562	42 578	—	—	4 984	47 038	47 014
23. 3.	124 340	13 688	14 273	5 830	3 421	5 022	48 807	42 578	—	—	6 229	47 572	47 547
31. 3.	118 582	13 688	14 422	5 979	3 421	5 022	47 350	42 604	—	—	4 746	43 122	43 097
7. 4.	118 418	13 688	14 420	5 977	3 421	5 022	46 985	42 604	—	—	4 381	43 325	43 301
15. 4.	117 824	13 688	14 398	5 977	3 421	5 000	48 782	45 842	—	—	2 940	40 956	40 931
23. 4.	115 366	13 688	14 389	5 977	3 421	4 991	48 170	45 842	—	—	2 328	39 119	39 093
30. 4.	110 666	13 688	14 624	6 243	3 421	4 960	45 524	43 415	—	—	2 109	36 830	36 805
7. 5.	110 265	13 688	14 725	6 243	3 421	5 061	45 157	43 415	—	—	1 742	36 695	36 670
15. 5.	110 316	13 688	14 710	6 243	3 421	5 046	45 157	43 415	—	—	1 742	36 761	36 736
23. 5.	110 679	13 688	14 964	6 366	3 552	5 046	44 856	43 454	—	—	1 402	37 171	37 146
31. 5.	109 846	13 688	15 125	6 534	3 552	5 039	43 983	43 478	—	—	505	37 050	37 024
7. 6.	109 307	13 688	15 233	6 528	3 552	5 153	43 247	43 247	—	—	—	37 139	37 113
15. 6.	108 749	13 688	15 219	6 528	3 552	5 139	42 849	42 849	—	—	—	36 993	36 966
23. 6.	108 372	13 688	15 199	6 528	3 552	5 119	42 679	42 679	—	—	—	36 806	36 780
30. 6.	108 337	13 688	15 250	6 522	3 552	5 176	42 698	42 698	—	—	—	36 701	36 674
7. 7.	108 537	13 688	15 214	6 518	3 552	5 144	42 667	42 667	—	—	—	36 968	36 942
15. 7.	109 540	13 688	15 191	6 529	3 552	5 110	42 442	42 442	—	—	—	38 219	38 193
23. 7.	109 891	13 688	15 172	6 529	3 552	5 091	42 421	42 421	—	—	—	38 610	38 584
31. 7.	109 924	13 688	15 082	6 497	3 552	5 033	42 438	42 438	—	—	—	38 716	38 689
7. 8.	108 816	13 688	15 440	6 491	3 552	5 397	42 438	42 438	—	—	—	37 250	37 223
15. 8.	108 178	13 688	15 521	6 603	3 552	5 366	42 438	42 438	—	—	—	36 531	36 504
23. 8.	108 314	13 688	15 502	6 584	3 552	5 366	42 438	42 438	—	—	—	36 686	36 660
31. 8.	108 248	13 688	15 353	6 435	3 552	5 366	42 457	42 457	—	—	—	36 750	36 724
7. 9.	80 740	13 688	15 353	6 435	3 552	5 366	15 550	—	12 617	2 933	—	36 149	36 124
15. 9.	80 804	13 688	15 281	6 408	3 552	5 321	15 550	—	12 617	2 933	—	36 285	36 260
23. 9.	81 037	13 688	15 273	6 408	3 552	5 313	15 550	—	12 617	2 933	—	36 526	36 500
30. 9.	81 394	13 688	15 284	6 395	3 552	5 337	15 567	—	12 617	2 950	—	36 855	36 829
7. 10.	81 972	13 688	15 284	6 395	3 552	5 337	15 458	—	12 508	2 950	—	37 542	37 516
15. 10.	85 066	13 688	15 425	6 378	3 552	5 495	15 458	—	12 508	2 950	—	40 495	40 470
23. 10.	85 753	13 688	15 623	6 492	3 677	5 454	15 458	—	12 508	2 950	—	40 984	40 959
31. 10.	83 221	13 688	15 516	6 492	3 677	5 347	15 476	—	12 508	2 968	—	38 541	38 516
7. 11.	85 288	13 688	15 389	6 461	3 677	5 251	15 476	—	12 508	2 968	—	40 735	40 710
15. 11.	83 012	13 688	15 387	6 461	2 148	6 778	15 476	—	12 508	2 968	—	38 461	38 436
23. 11.	83 526	13 688	15 474	6 420	2 302	6 752	15 476	—	12 508	2 968	—	38 888	38 863
30. 11.	83 468	13 688	15 747	6 564	2 302	6 881	15 494	—	12 508	2 986	—	38 539	38 514
7. 12.	83 109	13 688	15 719	6 551	2 302	6 866	15 494	—	12 508	2 986	—	38 208	38 183
15. 12.	82 470	13 688	15 609	6 548	2 302	6 759	15 494	—	12 508	2 986	—	37 679	37 654
23. 12.	81 291	13 688	14 998	6 531	2 302	6 165	15 494	—	12 508	2 986	—	37 111	37 086
31. 12.	81 554	13 688	14 603	7 705	2 504	4 394	15 444	—	12 496	2 948	—	37 819	37 794

* Die auf \$, ECU und SZR lautenden Auslandspositionen sind zu den am Jahresende 1982 festgestellten Bilanzkursen ausgewiesen. — 1 Ab 7. September 1983 wird der bis dahin auf der Passivseite geführte „Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den EFZW vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven“ direkt von der zugehörigen Aktivposition abgesetzt.

noch: Ausweise der Deutschen Bundesbank

Aktiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	Kredite und Forderungen an öffentliche Haushalte						Kredite an Bundesbahn und Bundespost			Wert- papiere	Deut- sche Scheide- münzen	Post- scheck- gut- haben	Son- stige Aktiva	Aktiva ins- gesamt	
	ins- gesamt	Kassenkredite (Buchkredite)				Schatz- wechsel und un- verzins- liche Schatz- anwei- sungen — Bund und Län- der —	Aus- gleichs- forde- rungen und un- verzins- liche Schuld- ver- schrei- bung	ins- gesamt	Kassen- kredite (Buch- kredite)						Schatz- wechsel und un- verzins- liche Schatz- anwei- sungen
		zusam- men	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	Länder										
1983															
7. 1.	12 272	3 588	2 223	—	1 365	—	8 684	—	—	—	5 409	1 098	209	5 996	201 167
15. 1.	9 591	907	—	—	907	—	8 684	—	—	—	5 420	1 119	172	6 446	197 273
23. 1.	9 345	661	—	—	661	—	8 684	—	—	—	5 689	1 130	130	5 929	205 150
31. 1.	11 905	3 221	2 246	—	975	—	8 684	—	—	—	6 097	1 134	3 284	11 973	216 526
7. 2.	13 896	5 212	4 001	—	1 211	—	8 684	—	—	—	5 860	1 118	229	5 889	202 011
15. 2.	13 234	4 550	3 637	—	913	—	8 684	—	—	—	5 861	1 097	147	9 082	202 966
23. 2.	8 876	192	—	—	192	—	8 684	—	—	—	5 858	1 081	116	6 167	197 552
28. 2.	11 899	3 215	2 773	—	442	—	8 684	—	—	—	5 854	1 086	3 291	11 351	214 076
7. 3.	13 212	4 528	3 456	—	1 072	—	8 684	—	—	—	5 841	1 081	132	6 407	202 024
15. 3.	11 106	2 422	2 066	—	356	—	8 684	—	—	—	5 840	1 060	91	9 428	201 376
23. 3.	8 887	203	—	—	203	—	8 684	—	—	—	5 897	1 038	116	6 773	210 222
31. 3.	14 375	5 691	4 746	—	945	—	8 684	230	230	—	6 066	1 003	187	7 389	209 101
7. 4.	9 747	1 063	—	—	1 063	—	8 684	—	—	—	6 021	989	236	7 965	199 284
15. 4.	9 657	973	—	—	973	—	8 684	—	—	—	6 020	989	112	6 712	197 817
23. 4.	8 779	95	—	—	95	—	8 684	—	—	—	6 073	985	103	5 033	199 060
30. 4.	9 830	1 146	—	—	1 146	—	8 684	—	—	—	6 121	959	168	5 529	199 486
7. 5.	10 579	1 895	343	—	1 552	—	8 684	—	—	—	6 080	943	180	4 023	194 940
15. 5.	11 387	2 703	1 344	—	1 359	—	8 684	—	—	—	6 088	925	124	5 220	197 112
23. 5.	8 944	260	—	—	260	—	8 684	—	—	—	6 338	900	217	4 262	191 822
31. 5.	15 038	6 354	5 340	—	1 014	—	8 684	—	—	—	6 764	888	3 359	11 615	209 645
7. 6.	14 974	6 290	5 036	—	1 254	—	8 684	—	—	—	7 244	876	191	5 337	200 326
15. 6.	11 619	2 935	2 660	—	275	—	8 684	—	—	—	7 295	871	108	7 502	196 992
23. 6.	8 878	194	—	—	194	—	8 684	—	—	—	7 376	876	102	4 276	199 454
30. 6.	10 214	1 530	671	—	859	—	8 684	—	—	—	7 427	879	3 433	11 620	211 283
7. 7.	11 607	2 923	1 948	—	975	—	8 684	—	—	—	7 364	892	187	4 816	201 982
15. 7.	11 592	2 908	1 947	—	961	—	8 684	—	—	—	7 486	905	166	5 262	201 436
23. 7.	8 828	144	—	—	144	—	8 684	—	—	—	7 445	915	105	4 461	200 185
31. 7.	11 617	2 933	1 797	—	1 136	—	8 684	—	—	—	7 464	923	3 443	10 610	213 316
7. 8.	13 129	4 445	3 125	—	1 320	—	8 684	140	140	—	7 559	935	163	3 828	209 711
15. 8.	14 787	6 103	5 144	—	959	—	8 684	—	—	—	8 010	939	94	6 042	204 744
23. 8.	8 886	202	—	—	202	—	8 684	—	—	—	7 895	924	163	5 117	202 040
31. 8.	13 040	4 356	3 419	—	937	—	8 684	—	—	—	7 969	926	3 461	10 715	215 165
7. 9.	15 176	6 492	5 369	—	1 123	—	8 684	—	—	—	7 971	931	155	4 549	191 526
15. 9.	11 740	3 056	3 001	—	55	—	8 684	—	—	—	7 902	929	99	5 991	173 605
23. 9.	8 782	98	—	—	98	—	8 684	—	—	—	7 848	939	37	4 680	176 458
30. 9.	9 639	955	—	—	955	—	8 684	—	—	—	7 789	936	177	5 117	181 499
7. 10.	9 659	975	—	—	975	—	8 684	—	—	—	7 726	942	148	4 738	180 340
15. 10.	9 622	938	—	—	938	—	8 684	—	—	—	7 755	945	128	5 204	177 801
23. 10.	8 705	21	—	—	21	—	8 684	—	—	—	7 740	944	142	5 675	178 505
31. 10.	9 672	988	—	—	988	—	8 684	—	—	—	7 724	980	1 086	7 270	185 897
7. 11.	9 826	1 142	—	—	1 142	—	8 684	—	—	—	7 619	1 007	162	4 748	182 723
15. 11.	9 893	1 199	503	—	696	—	8 684	—	—	—	7 725	1 011	112	8 245	185 004
23. 11.	8 725	41	—	—	41	—	8 684	—	—	—	7 755	999	72	5 100	180 746
30. 11.	13 221	4 537	3 432	—	1 105	—	8 684	—	—	—	7 786	975	3 403	12 265	194 409
7. 12.	15 430	6 746	5 403	—	1 343	—	8 684	—	—	—	7 788	958	155	5 046	190 251
15. 12.	13 061	4 377	4 291	—	86	—	8 684	—	—	—	7 900	946	31	7 776	189 009
23. 12.	9 218	534	—	—	534	—	8 684	—	—	—	7 914	960	111	3 551	187 831
31. 12.	9 585	901	—	—	901	—	8 684	—	—	—	7 797	1 014	238	9 006	197 148

noch: Ausweise der Deutschen Bundesbank

Passiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	Bank- noten- umlauf	Einlagen von Kreditinstituten			Einlagen von öffentlichen Haushalten					Einlagen von anderen inländischen Einlegern				Ver- bind- lich- keiten ge- genüber Kredit- institu- ten
		ins- gesamt	auf Giro- konten	sonstige	ins- gesamt	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds und ERP- Sonder- vermög- en	Länder	andere öffent- liche Einleger	ins- gesamt	Bundes- bahn	Bundes- post (einschl. Post- scheck- und Post- spar- kassen- ämter)	sonstige Einleger	
1983														
7. 1.	89 218	43 186	43 169	17	1 003	193	185	602	23	1 462	5	956	501	—
15. 1.	87 542	40 995	40 979	16	1 862	943	160	706	53	726	5	276	445	—
23. 1.	85 454	48 454	48 436	18	5 250	2 197	94	2 906	53	606	2	148	456	—
31. 1.	86 875	51 764	51 748	16	1 245	79	64	1 075	27	9 968	3	9 463	502	—
7. 2.	87 487	44 492	44 476	16	823	47	30	709	37	2 312	122	1 703	487	—
15. 2.	86 014	46 800	46 783	17	2 434	285	85	1 956	108	1 299	3	794	502	—
23. 2.	84 349	40 026	40 008	18	6 738	4 031	193	2 485	29	609	4	148	457	—
28. 2.	87 026	49 107	49 089	18	1 427	212	100	1 083	32	10 490	3	9 960	527	—
7. 3.	88 906	43 868	43 851	17	1 166	56	61	1 013	36	2 967	2	2 458	507	—
15. 3.	87 555	42 098	42 079	19	4 062	296	63	3 657	46	1 837	4	1 343	490	—
23. 3.	85 895	44 884	44 866	18	12 441	7 514	57	4 847	23	1 386	4	919	463	—
31. 3.	90 670	47 883	47 867	16	1 679	314	42	1 252	71	3 726	4	3 174	548	—
7. 4.	89 579	47 947	47 929	18	4 007	2 785	103	1 089	30	2 808	4	2 285	519	—
15. 4.	88 908	43 105	43 085	20	3 643	1 026	169	2 355	93	1 121	2	605	514	3 406
23. 4.	87 205	37 310	37 289	21	10 607	7 157	102	3 305	43	938	2	500	436	4 002
30. 4.	89 930	47 627	47 608	19	1 663	916	30	693	24	3 327	2	2 821	504	—
7. 5.	90 873	43 703	43 684	19	573	48	45	452	28	2 321	2	1 852	467	—
15. 5.	90 377	45 781	45 764	17	1 112	144	37	846	85	2 563	3	2 057	503	—
23. 5.	89 159	38 472	38 456	16	5 180	2 966	58	2 062	94	1 353	3	869	481	—
31. 5.	90 343	48 109	48 091	18	723	65	70	566	22	11 921	3	11 440	478	—
7. 6.	90 697	47 923	47 905	18	625	60	32	503	30	2 460	4	1 948	508	—
15. 6.	89 989	43 026	43 008	18	3 802	266	68	3 418	50	1 524	4	1 040	480	—
23. 6.	88 544	38 963	38 943	20	12 444	7 657	27	4 721	39	1 172	3	707	462	—
30. 6.	91 566	46 160	46 139	21	2 694	317	137	2 186	54	12 273	20	11 552	701	—
7. 7.	93 713	46 347	46 327	20	1 334	98	82	1 120	34	1 894	5	1 375	514	—
15. 7.	93 133	44 380	44 362	18	2 766	270	99	2 336	61	873	4	360	509	—
23. 7.	91 612	38 715	38 697	18	9 006	5 716	28	3 227	35	791	2	332	457	—
31. 7.	93 728	46 316	46 299	17	1 283	55	50	1 098	80	11 712	2	11 213	497	—
7. 8.	94 555	50 131	50 113	18	859	64	31	725	39	2 018	2	1 531	485	—
15. 8.	92 965	44 518	44 501	17	2 205	258	38	1 786	123	2 199	5	1 686	508	—
23. 8.	90 457	39 477	39 458	19	7 321	4 440	30	2 817	34	1 764	3	1 294	467	—
31. 8.	92 758	46 415	46 399	16	1 238	69	56	1 085	28	11 744	2	11 236	506	—
7. 9.	93 025	58 566	58 545	21	1 060	59	21	945	35	2 227	4	1 756	467	—
15. 9.	92 246	38 968	38 948	20	3 780	352	39	3 344	45	1 829	2	1 352	475	—
23. 9.	90 243	35 648	35 629	19	12 985	7 506	55	5 369	55	1 066	3	602	461	—
30. 9.	93 191	45 113	45 093	20	3 650	987	10	2 627	26	3 420	3	2 877	540	—
7. 10.	93 319	44 564	44 546	18	4 056	1 537	51	2 420	48	1 524	3	1 059	462	—
15. 10.	92 174	44 717	44 698	19	4 595	1 523	133	2 871	68	863	3	378	482	—
23. 10.	90 261	41 610	41 594	16	10 153	4 532	78	5 492	51	898	2	409	487	—
31. 10.	92 472	47 744	47 727	17	3 453	1 089	25	2 300	39	4 842	6	4 296	540	—
7. 11.	92 379	47 214	47 197	17	3 634	1 332	68	2 199	35	3 089	2	2 510	577	—
15. 11.	91 995	49 285	49 270	15	3 595	280	23	3 178	114	2 015	5	1 462	548	—
23. 11.	90 401	39 669	39 652	17	10 511	5 845	49	4 574	43	1 426	3	899	524	—
30. 11.	94 964	47 380	47 362	18	937	114	13	773	37	12 133	3	11 582	548	—
7. 12.	97 762	49 562	49 545	17	1 280	93	49	1 097	41	2 608	4	2 024	580	—
15. 12.	97 566	44 763	44 745	18	4 982	286	112	4 503	81	2 198	4	1 476	718	—
23. 12.	97 402	39 303	39 285	18	9 948	6 096	50	3 760	42	1 593	7	995	591	—
31. 12.	96 073	52 702	52 681	21	2 160	1 517	19	592	32	3 172	10	2 562	600	—

noch: Ausweise der Deutschen Bundesbank

Passiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	Verbind- lichkeiten aus abgege- benen Mobili- sierungs- und Li- quidi- tätspa- pieren	Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft			Verbind- lichkei- ten ge- genüber dem EFWZ im Rahmen des Eu- ropä- ischen Wäh- rungssy- stems	Gegen- posten im Zu- sammen- hang mit der Bewer- tung der in den EFWZ vorläufig einge- brachten Gold- und Dollar- reser- ven 1)	Aus- gleichs- posten für zuge- teilte Sonder- zie- hungs- rechte	Rück- stellun- gen	Sonstige Passiva	Grund- kapital	Rück- lagen	Passiva ins- gesamt	Nach- richtlich: Bargeld- umlauf (Bank- noten und Scheide- münzen)
		ins- gesamt	Einlagen auslän- discher Einleger	sonstige									
1983													
7. 1.	6 106	12 015	9 493	2 522	—	23 713	3 174	3 866	12 654	290	4 480	201 167	97 338
15. 1.	6 122	11 898	9 344	2 554	—	23 713	3 174	3 866	12 605	290	4 480	197 273	95 646
23. 1.	5 136	12 784	10 182	2 602	—	23 713	3 174	3 866	11 943	290	4 480	205 150	93 554
31. 1.	6 106	12 039	9 513	2 526	—	23 713	3 174	3 866	13 006	290	4 480	216 526	94 981
7. 2.	6 069	12 047	9 482	2 565	—	23 713	3 174	3 866	13 258	290	4 480	202 011	95 613
15. 2.	5 801	12 173	9 645	2 528	—	23 713	3 174	3 866	12 922	290	4 480	202 966	94 163
23. 2.	5 144	11 997	9 457	2 540	—	23 713	3 174	3 866	13 166	290	4 480	197 552	92 520
28. 2.	5 352	11 866	9 373	2 493	—	23 713	3 174	3 866	13 285	290	4 480	214 076	95 196
7. 3.	5 223	11 721	9 247	2 474	—	23 713	3 174	3 866	12 650	290	4 480	202 024	97 083
15. 3.	5 090	11 958	9 498	2 460	—	23 713	3 174	3 866	13 253	290	4 480	201 376	95 754
23. 3.	3 964	12 868	10 337	2 531	—	23 713	3 174	3 866	13 261	290	4 480	210 222	94 122
31. 3.	4 628	11 647	9 126	2 521	—	23 713	3 174	3 866	13 345	290	4 480	209 101	98 935
7. 4.	5 786	11 915	9 405	2 510	—	23 713	3 174	4 306	1 040	290	4 719	199 284	97 859
15. 4.	5 812	12 012	9 516	2 496	—	26 049	3 174	4 306	1 272	290	4 719	197 817	97 195
23. 4.	5 821	12 741	10 167	2 574	—	26 049	3 174	4 306	1 898	290	4 719	199 060	95 497
30. 4.	6 504	9 500	9 473	27	—	26 049	3 174	4 306	2 397	290	4 719	199 486	98 251
7. 5.	6 579	9 655	9 579	76	—	26 049	3 174	4 306	2 698	290	4 719	194 940	99 213
15. 5.	6 590	9 481	9 406	75	—	26 049	3 174	4 306	2 670	290	4 719	197 112	98 737
23. 5.	6 507	9 479	9 460	19	—	26 049	3 174	4 306	3 134	290	4 719	191 822	97 551
31. 5.	6 325	10 289	10 271	18	—	26 049	3 174	4 306	3 397	290	4 719	209 645	98 753
7. 6.	6 337	10 091	9 923	168	—	26 049	3 174	4 306	3 655	290	4 719	200 326	99 125
15. 6.	6 454	10 070	10 027	43	—	26 049	3 174	4 306	3 589	290	4 719	196 992	98 432
23. 6.	6 298	9 801	9 771	30	—	26 049	3 174	4 306	3 694	290	4 719	199 454	97 028
30. 6.	6 399	9 691	9 635	56	—	26 049	3 174	4 306	3 962	290	4 719	211 283	100 063
7. 7.	6 339	9 513	9 499	14	—	26 049	3 174	4 306	4 304	290	4 719	201 982	102 208
15. 7.	6 154	10 281	10 265	16	—	26 907	3 174	4 306	4 453	290	4 719	201 436	101 620
23. 7.	6 103	9 727	9 703	24	—	26 907	3 174	4 306	4 835	290	4 719	200 185	100 106
31. 7.	6 006	9 883	9 861	22	—	26 907	3 174	4 306	4 992	290	4 719	213 316	102 232
7. 8.	6 102	10 412	10 386	26	—	26 907	3 174	4 306	6 238	290	4 719	209 711	103 054
15. 8.	6 254	10 432	10 341	91	—	26 907	3 174	4 306	6 775	290	4 719	204 744	101 466
23. 8.	6 336	10 101	10 081	20	—	26 907	3 174	4 306	7 188	290	4 719	202 040	98 978
31. 8.	6 306	10 107	10 089	18	—	26 907	3 174	4 306	7 201	290	4 719	215 165	101 281
7. 9.	6 361	10 027	9 998	29	—	—	3 174	4 306	7 771	290	4 719	191 526	101 551
15. 9.	6 414	10 201	10 180	21	—	—	3 174	4 306	7 678	290	4 719	173 605	100 778
23. 9.	6 415	10 002	9 962	40	—	—	3 174	4 306	7 610	290	4 719	176 458	98 774
30. 9.	5 991	10 095	10 060	35	—	—	3 174	4 306	7 550	290	4 719	181 499	101 728
7. 10.	6 521	9 917	9 909	8	—	—	3 174	4 306	7 950	290	4 719	180 340	101 859
15. 10.	6 429	10 037	9 991	46	—	—	3 174	4 306	6 497	290	4 719	177 801	100 715
23. 10.	6 478	9 957	9 929	28	—	—	3 174	4 306	6 659	290	4 719	178 505	98 809
31. 10.	6 739	10 098	10 030	68	—	—	3 174	4 306	8 060	290	4 719	185 897	100 999
7. 11.	6 642	9 959	9 931	28	—	—	3 174	4 306	7 317	290	4 719	182 723	100 884
15. 11.	6 559	10 509	10 491	18	—	—	3 174	4 306	8 557	290	4 719	185 004	100 543
23. 11.	6 560	10 629	10 543	86	—	—	3 174	4 306	9 061	290	4 719	180 746	98 970
30. 11.	6 617	10 554	10 520	34	—	—	3 174	4 306	9 335	290	4 719	194 409	103 559
7. 12.	6 379	10 480	10 456	24	—	—	3 174	4 306	9 691	290	4 719	190 251	106 384
15. 12.	6 333	10 689	10 598	91	—	—	3 174	4 306	9 989	290	4 719	189 009	106 222
23. 12.	6 242	10 491	10 425	66	—	—	3 174	4 306	10 363	290	4 719	187 831	106 070
31. 12.	6 296	9 780	9 763	17	—	—	3 453	4 306	14 197	290	4 719	197 148	104 692

1 Ab 7. September 1983 wird der bis dahin auf der Passivseite geführte „Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den EFWZ vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven“ direkt von der zugehörigen Aktivposition abgesetzt.

Umsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank								
Bereich	Belastungen				Gutschriften			
	1982		1983		1982		1983	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Landeszentralbank								
Baden-Württemberg	220 639	1 624 699	237 401	1 802 816	215 445	1 624 395	223 976	1 803 888
Bayern	263 258	1 868 450	282 132	1 979 518	242 223	1 868 111	262 288	1 979 953
Berlin	36 798	312 316	38 386	339 874	27 564	312 703	28 787	339 929
Bremen	30 395	195 831	28 059	211 159	21 124	195 811	21 056	211 633
Hamburg	136 312	1 609 855	139 979	1 785 781	193 510	1 612 865	201 311	1 787 030
Hessen	193 940	3 963 916	207 092	4 519 230	230 993	3 965 955	244 810	4 518 717
Niedersachsen	116 910	865 398	129 659	968 872	106 103	865 763	114 283	968 436
Nordrhein-Westfalen	343 743	3 838 995	363 390	4 314 304	318 487	3 836 100	345 121	4 341 661
Rheinland-Pfalz	69 160	465 186	72 350	488 874	75 651	464 965	79 456	489 399
Saarland	19 469	139 343	20 784	140 468	12 358	139 174	13 392	140 797
Schleswig-Holstein	41 557	216 293	45 394	236 423	28 765	215 960	30 135	236 745
Zusammen	1 472 181	15 100 282	1 564 626	16 787 319	1 472 223	15 101 802	1 564 615	16 818 188
Bundesbank – Direktorium –	1 124	1 400 668	1 143	1 318 794	859	1 402 775	860	1 319 369
Insgesamt	1 473 305	16 500 950	1 565 769	18 106 113	1 473 082	16 504 577	1 565 475	18 137 557

Vereinfachter Scheck- und Lastschriftinzug								
Bereich	Einreichungen				Einlösungen			
	1982		1983		1982		1983	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Landeszentralbank								
Baden-Württemberg	165 870	322 866	172 205	343 782	172 569	311 875	187 116	338 938
Bayern	150 448	262 208	163 093	287 628	163 408	308 304	173 201	323 657
Berlin	19 732	37 244	20 591	39 154	27 105	47 854	28 617	50 081
Bremen	16 368	42 183	16 090	44 274	24 921	46 803	22 033	46 571
Hamburg	134 255	203 852	138 756	203 267	80 397	153 466	81 866	156 622
Hessen	188 798	261 564	192 246	275 536	165 501	316 857	170 921	333 925
Niedersachsen	79 089	155 825	85 691	159 588	90 460	144 829	100 908	150 905
Nordrhein-Westfalen	253 487	587 077	275 527	623 429	277 507	557 833	293 032	592 272
Rheinland-Pfalz	60 009	107 322	63 550	112 188	50 287	92 006	51 799	92 651
Saarland	10 077	21 193	10 928	23 828	15 520	21 111	16 580	23 762
Schleswig-Holstein	19 642	39 155	20 162	40 411	30 550	37 420	32 663	40 329
Zusammen	1 097 775	2 040 489	1 158 839	2 153 085	1 098 225	2 038 358	1 158 736	2 149 713
Bundesbank – Direktorium –	19	596	19	651	98	337	98	376
Insgesamt	1 097 794	2 041 085	1 158 858	2 153 736	1 098 323	2 038 695	1 158 834	2 150 089

Telegrafischer Giroverkehr				
abgesandte telegrafische Giroüberweisungen				
Bereich	1982		1983	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Landeszentralbank				
Baden-Württemberg		97		382 217
Bayern		79		401 349
Berlin		11		87 201
Bremen		9		35 152
Hamburg		55		252 535
Hessen		124		911 949
Niedersachsen		48		213 166
Nordrhein-Westfalen		181		1 046 241
Rheinland-Pfalz		33		138 288
Saarland		6		23 879
Schleswig-Holstein		22		54 021
Zusammen		665		3 545 998
Bundesbank – Direktorium –		20		23 922
Insgesamt		685		3 569 920

Vereinfachter Einzug von Auslandsschecks				
	1982		1983	
	Stück	Tsd DM	Stück	Tsd DM
Landeszentralbank				
Baden-Württemberg	149 831	219 355	170 778	260 199
Bayern	133 866	261 312	194 747	520 748
Berlin	17 057	7 360	19 769	12 669
Bremen	508	413	484	164
Hamburg	15 489	82 175	18 059	220 543
Hessen	39 542	485 023	47 668	353 276
Niedersachsen	50 940	66 679	53 736	77 702
Nordrhein-Westfalen	36 950	199 405	38 597	214 649
Rheinland-Pfalz	69 365	70 286	84 232	104 975
Saarland	24 659	314 090	34 105	226 080
Schleswig-Holstein	4 593	16 719	8 063	12 146
Insgesamt	542 800	1 722 817	670 238	2 003 151

Bestätigte Schecks				
	1982		1983	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
Landeszentralbank				
Baden-Württemberg	1 821	6 022	2 157	6 282
Bayern	1 088	1 554	1 460	1 460
Berlin	535	46	691	52
Bremen	168	63	217	74
Hamburg	717	44	993	74
Hessen	1 218	808	1 631	891
Niedersachsen	633	40	996	67
Nordrhein-Westfalen	4 817	4 013	5 485	3 246
Rheinland-Pfalz	352	31	611	49
Saarland	7	1	27	1
Schleswig-Holstein	336	26	587	40
Insgesamt	11 692	12 648	14 855	12 236

Umsätze im Abrechnungsverkehr

Landeszentralbank	1982				1983							
	Eingelieferte Wechsel, Schecks usw.		Eingelieferte Platzübertragungen		Gesamtsumme		Eingelieferte Wechsel, Schecks usw.		Eingelieferte Platzübertragungen		Gesamtsumme	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Baden-Württemberg	13 624	98 437	26 142	169 634	39 766	268 071	12 450	99 102	24 880	183 624	37 330	282 726
Bayern	27 811	134 960	42 612	187 176	70 423	322 136	27 258	138 621	42 165	198 733	69 423	337 354
Berlin	3 354	25 551	17 197	142 336	20 551	167 887	3 108	26 214	17 644	155 176	20 752	181 390
Bremen	1 920	13 708	6 760	23 294	8 680	37 002	1 714	12 729	6 329	22 819	8 043	35 548
Hamburg 1)	1 620	34 571	20 811	868 330	22 431	902 901	1 657	36 396	21 494	918 572	23 151	954 968
Hessen	11 586	111 693	29 914	27 425 716	41 500	27 537 409	10 759	107 962	28 107	33 018 261	38 866	33 126 223
Niedersachsen	7 636	54 527	11 337	56 213	18 973	110 740	7 891	54 098	11 470	58 292	19 361	112 390
Nordrhein-Westfalen	14 956	144 879	49 167	755 204	64 123	900 083	14 301	143 185	48 448	737 734	62 749	880 919
Rheinland-Pfalz	3 563	22 190	9 298	31 294	12 861	53 484	3 527	19 657	9 117	32 344	12 644	52 001
Saarland	1 862	10 712	2 799	37 581	4 661	48 293	1 712	9 841	2 866	38 609	4 578	48 450
Schleswig-Holstein	3 370	10 552	7 729	26 433	11 099	36 985	3 068	10 461	7 331	26 540	10 399	37 001
Insgesamt	91 302	661 780	223 766	29 723 211	315 068	30 384 991	87 445	658 266	219 851	35 390 704	307 296	36 048 970

1 Über die Abrechnung Hamburg, für die Sondervereinbarungen gelten, wurden ferner verrechnet:

1983 1 995 Tsd Stück Fernübertragungen mit 6 678 Mio DM

(1982 2 142 Tsd Stück Fernübertragungen mit 7 059 Mio DM)

Banknotenumlauf

Stand am Jahresende

Noten zu DM	1980		1981		1982		1983	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
1 000	11 986,5	14,31	12 054,1	14,39	14 614,9	16,50	17 563,4	18,28
500	9 278,2	11,08	9 215,3	11,00	10 179,9	11,49	11 542,7	12,01
100	44 222,7	52,82	44 250,6	52,81	45 455,5	51,32	48 070,5	50,04
50	11 334,0	13,54	11 255,1	13,43	11 230,4	12,68	11 551,6	12,02
20	4 142,9	4,95	4 224,7	5,04	4 277,7	4,83	4 430,1	4,61
10	2 639,5	3,15	2 674,0	3,19	2 699,6	3,05	2 795,4	2,91
5	126,5	0,15	116,5	0,14	116,7	0,13	119,3	0,13
Insgesamt	83 730,3	100,00	83 790,3	100,00	88 574,7	100,00	96 073,0	100,00

Münzumlaufl

Stand am Jahresende

Münzen zu DM	1980		1981		1982		1983	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
10,-	957,3	12,83	960,3	12,29	960,1	11,82	992,0	11,51
5,-	2 857,0	38,29	3 044,2	38,95	3 227,7	39,75	3 461,4	40,16
2,-	938,0	12,57	984,7	12,60	1 006,2	12,39	1 064,5	12,35
1,-	1 319,6	17,69	1 364,6	17,46	1 402,2	17,27	1 469,0	17,04
-,50	604,9	8,11	630,1	8,06	655,2	8,07	709,4	8,23
-,10	466,7	6,25	494,2	6,32	513,6	6,32	548,8	6,37
-,05	152,2	2,04	161,3	2,06	167,7	2,07	176,7	2,05
-,02	76,7	1,03	82,2	1,05	86,8	1,07	91,0	1,06
-,01	88,6	1,19	94,9	1,21	100,7	1,24	106,5	1,23
Insgesamt	7 461,0	100,00	7 816,5	100,00	8 120,2	100,00	8 619,3	100,00

Verzeichnis der Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank

Stand am 1. April 1984

163

Orts- Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes- zentral- bank ¹⁾	Orts- Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes- zentral- bank ¹⁾
390	5100 Aachen	Aachen	NW	420	4650 Gelsenkirchen	Bochum	NW
614	7080 Aalen	Ulm	BW	513	6300 Gießen	Gießen	H
653	7470 Albstadt	Reutlingen	BW	610	7320 Göppingen	Stuttgart	BW
752	8450 Amberg	Regensburg	BY	260	3400 Göttingen	Göttingen	N
765	8800 Ansbach	Nürnberg	BY	268	3380 Goslar	Braunschweig	N
464	5760 Arnshausen	Hamm	NW	478	4830 Gütersloh	Bielefeld	NW
795	8750 Aschaffenburg	Würzburg	BY	384	5270 Gummersbach	Bonn	NW
720	8900 Augsburg	Augsburg	BY				
				450	5800 Hagen	Hagen	NW
662	7570 Baden-Baden	Karlsruhe	BW	200	2000 Hamburg	Hamburg	HH
532	6430 Bad Hersfeld	Fulda	H	206	2000 Hamburg-Altona	Hamburg	HH
560	6550 Bad Kreuznach	Mainz	R	207	2100 Hamburg- Harburg	Hamburg	HH
710	8230 Bad Reichenhall	München	BY				
684	7880 Bad Säckingen	Freiburg	BW	254	3250 Hameln	Hannover	N
770	8600 Bamberg	Nürnberg	BY	410	4700 Hamm	Hamm	NW
773	8580 Bayreuth	Hof	BY	506	6450 Hanau	Frankfurt	H
412	4720 Beckum	Münster	NW	250	3000 Hannover	Hannover	N
509	6140 Bensheim	Darmstadt	H	218	2240 Heide	Flensburg	SH
100	1000 Berlin (West)	Berlin	B	672	6900 Heidelberg	Mannheim	BW
573	5240 Betzdorf	Koblenz	R	632	7920 Heidenheim	Ulm	BW
654	7950 Biberach	Ulm	BW	620	7100 Heilbronn	Heilbronn	BW
480	4800 Bielefeld	Bielefeld	NW	494	4900 Herford	Bielefeld	NW
586	5520 Bitburg	Trier	R	259	3200 Hildesheim	Hildesheim	N
428	4290 Bocholt	Münster	NW	780	8670 Hof	Hof	BY
430	4630 Bochum	Bochum	NW	272	3450 Holzminden	Göttingen	N
380	5300 Bonn	Bonn	NW	217	2250 Husum	Flensburg	SH
270	3300 Braunschweig	Braunschweig	N				
290	2800 Bremen	Bremen	HB	562	6580 Idar-Oberstein	Mainz	R
292	2850 Bremerhaven	Bremen	HB	721	8070 Ingolstadt	München	BY
663	7520 Bruchsal	Karlsruhe	BW	445	5860 Iserlohn	Dortmund	NW
492	4980 Bünde	Minden	NW	222	2210 Itzehoe	Kiel	SH
257	3100 Celle	Hannover	N	540	6750 Kaiserslautern	Kaiserslautern	R
783	8630 Coburg	Hof	BY	660	7500 Karlsruhe	Karlsruhe	BW
241	2190 Cuxhaven	Lüneburg	N	520	3500 Kassel	Kassel	H
				734	8950 Kaufbeuren	Augsburg	BY
508	6100 Darmstadt	Darmstadt	H	733	8960 Kempten	Augsburg	BY
741	8360 Deggendorf	Regensburg	BY	210	2300 Kiel	Kiel	SH
476	4930 Detmold	Minden	NW	791	8710 Kitzingen	Würzburg	BY
516	6340 Dillenburg	Gießen	H	324	4190 Kleve	Duisburg	NW
440	4600 Dortmund	Dortmund	NW	570	5400 Koblenz	Koblenz	R
395	5160 Düren	Aachen	NW	370	5000 Köln	Köln	NW
300	4000 Düsseldorf	Düsseldorf	NW	690	7750 Konstanz	Konstanz	BW
350	4100 Duisburg	Duisburg	NW	523	3540 Korbach	Kassel	H
				320	4150 Krefeld	Mönchen- gladbach	NW
221	2200 Elmshorn	Lübeck	SH			Hof	BY
284	2970 Emden	Oldenburg	N	771	8650 Kulmbach		
763	8520 Erlangen	Nürnberg	BY				
522	3440 Eschwege	Kassel	H	682	7630 Lahr	Freiburg	BW
360	4300 Essen	Essen	NW	548	6740 Landau	Ludwigshafen	R
611	7300 Esslingen	Stuttgart	BW	743	8300 Landshut	Regensburg	BY
382	5350 Euskirchen	Bonn	NW	285	2950 Leer	Oldenburg	N
				482	4920 Lemgo	Minden	NW
215	2390 Flensburg	Flensburg	SH	375	5090 Leverkusen	Köln	NW
500	6000 Frankfurt	Frankfurt	H	511	6250 Limburg	Wiesbaden	H
680	7800 Freiburg	Freiburg	BW	735	8990 Lindau	Augsburg	BY
518	6360 Friedberg	Gießen	H	266	4450 Lingen	Osnabrück	N
651	7990 Friedrichshafen	Konstanz	BW	416	4780 Lippstadt	Hamm	NW
762	8510 Fürth	Nürnberg	BY	683	7850 Lörrach	Freiburg	BW
530	6400 Fulda	Fulda	H	604	7140 Ludwigsburg	Stuttgart	BW
				545	6700 Ludwigshafen	Ludwigshafen	R
703	8100 Garmisch- Partenkirchen	München	BY	230	2400 Lübeck	Lübeck	SH
507	6460 Gelnhausen	Fulda	H	458	5880 Lüdenscheid	Hagen	NW
				240	2120 Lüneburg	Lüneburg	N

Verzeichnis der Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank

Stand am 1. April 1984

164

Orts-Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes-zentral-bank ¹⁾	Orts-Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes-zentral-bank ¹⁾
550	6500 Mainz	Mainz	R	403	4440 Rheine	Münster	NW
670	6800 Mannheim	Mannheim	BW	711	8200 Rosenheim	München	BY
533	3550 Marburg	Gießen	H	642	7210 Rottweil	Reutlingen	BW
781	8590 Marktredwitz	Hof	BY				
576	5440 Mayen	Koblenz	R	590	6600 Saarbrücken	Saarbrücken	S
731	8940 Memmingen	Augsburg	BY	593	6630 Saarlouis	Saarbrücken	S
490	4950 Minden	Minden	NW	594	6670 St Ingbert	Saarbrücken	S
310	4050 Mönchen- gladbach	Mönchen- gladbach	NW	216	2380 Schleswig	Flensburg	SH
354	4130 Moers	Duisburg	NW	764	8540 Schwabach	Nürnberg	BY
674	6950 Mosbach	Heilbronn	BW	613	7070 Schwäbisch Gmünd	Ulm	BW
362	4330 Mülheim a d Ruhr	Essen	NW	622	7170 Schwäbisch Hall	Heilbronn	BW
700	8000 München	München	BY	793	8720 Schweinfurt	Würzburg	BY
400	4400 Münster	Münster	NW	386	5200 Siegburg	Bonn	NW
				460	5900 Siegen	Hagen	NW
212	2350 Neumünster	Kiel	SH	603	7032 Sindelfingen	Stuttgart	BW
592	6680 Neunkirchen	Saarbrücken	S	692	7700 Singen	Konstanz	BW
305	4040 Neuss	Düsseldorf	NW	414	4770 Soest	Hamm	NW
213	2430 Neustadt	Lübeck	SH	342	5650 Solingen	Wuppertal	NW
546	6730 Neustadt	Ludwigshafen	R	547	6720 Speyer	Ludwigshafen	R
574	5450 Neuwied	Koblenz	R	255	3060 Stadthagen	Hannover	N
256	3070 Nienburg	Hannover	N	742	8440 Straubing	Regensburg	BY
722	8860 Nördlingen	Augsburg	BY	600	7000 Stuttgart	Stuttgart	BW
283	2980 Norden	Oldenburg	N				
267	4460 Nordhorn	Osnabrück	N	587	5580 Traben-Trarbach	Trier	R
262	3410 Northeim	Göttingen	N	585	5500 Trier	Trier	R
760	8500 Nürnberg	Nürnberg	BY	641	7400 Tübingen	Reutlingen	BW
612	7440 Nürtingen	Reutlingen	BW	643	7200 Tuttlingen	Konstanz	BW
				258	3110 Uelzen	Lüneburg	N
365	4200 Oberhausen	Essen	NW	630	7900 Ulm	Ulm	BW
505	6050 Offenbach	Frankfurt	H	443	4750 Unna	Hamm	NW
664	7600 Offenburg	Freiburg	BW				
280	2900 Oldenburg	Oldenburg	N	314	4060 Viersen	Mönchen- gladbach	NW
462	5960 Olpe	Hagen	NW				
265	4500 Osnabrück	Osnabrück	N	694	7730 Villingen- Schwenningen	Freiburg	BW
263	3360 Osterode	Göttingen	N				
472	4790 Paderborn	Bielefeld	NW	602	7050 Waiblingen	Stuttgart	BW
740	8390 Passau	Regensburg	BY	753	8480 Weiden	Regensburg	BY
252	3150 Peine	Hildesheim	N	673	6980 Wertheim	Heilbronn	BW
666	7530 Pforzheim	Karlsruhe	BW	356	4230 Wesel	Duisburg	NW
542	6780 Pirmasens	Kaiserslautern	R	515	6330 Wetzlar	Gießen	H
665	7550 Rastatt	Karlsruhe	BW	510	6200 Wiesbaden	Wiesbaden	H
650	7980 Ravensburg	Konstanz	BW	282	2940 Wilhelmshaven	Oldenburg	N
426	4350 Recklinghausen	Bochum	NW	452	5810 Witten	Dortmund	NW
750	8400 Regensburg	Regensburg	BY	553	6520 Worms	Mainz	R
577	5480 Remagen	Koblenz	R	790	8700 Würzburg	Würzburg	BY
340	5630 Remscheid	Wuppertal	NW	330	5600 Wuppertal	Wuppertal	NW
214	2370 Rendsburg	Kiel	SH				
640	7410 Reutlingen	Reutlingen	BW	543	6660 Zweibrücken	Kaiserslautern	R

¹ Abkürzungen
 BW = Baden-Württemberg;
 BY = Bayern;
 B = Berlin;

HB = Bremen;
 HH = Hamburg;
 H = Hessen;
 N = Niedersachsen;

NW = Nordrhein-Westfalen;
 R = Rheinland-Pfalz;
 S = Saarland;
 SH = Schleswig-Holstein.

Druck: Johannes Weisbecker, Frankfurt am Main

Der Bericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main. Er wird auf Grund des § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26.7.1957 veröffentlicht. Der Bericht wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

